



Michael Groier, Gerhard Hovorka

## Innovativ bergauf oder traditionell bergab?

Politik für das österreichische Berggebiet  
am Beginn des 21. Jahrhunderts

# **INNOVATIV BERGAUF ODER TRADITIONELL BERGAB?**

**POLITIK FÜR DAS ÖSTERREICHISCHE BERGGEBIET  
AM BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS**

Michael Groier und Gerhard Hovorka

unter der Mitarbeit von:

Thomas Dax, Josef Hoppichler, Josef Krammer, Elisabeth Loibl, Ingrid Machold,  
Theresia Oedl-Wieser, Oliver Tamme, Georg Wiesinger

Forschungsbericht Nr. 59

Wien, Oktober 2007



**Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
Bundesanstalt für Bergbauernfragen**

**A-1030 Wien, Marxergasse 2  
<http://www.berggebiete.at>**

**Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39  
[office@berggebiete.at](mailto:office@berggebiete.at)**

**Layout: R. Neissl, M. Hager  
Lektorat: H. Pflögner, I. Stiasny  
Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.**

**ISBN: 978-3-85311-085-0**

## Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	3
Abbildungsverzeichnis	5
Abkürzungen	7
1. Einleitung	9
2. Struktur der österreichischen Landwirtschaft	11
2.1 Historische Entwicklung der Landwirtschaft	11
2.2 Die aktuelle Situation der (Berg)Landwirtschaft	15
3. Bedeutung der Berglandwirtschaft im Wandel	17
3.1 Berggebietspolitik in Österreich	17
3.2 Die Definition von Bergbauernbetrieben	17
3.3 Die Abgrenzung des Berggebietes in Österreich	20
3.4 Almwirtschaft	22
3.5 Leistungen für die Gesellschaft	28
4. Agrarpolitischer Rahmen	33
4.1 Die Phasen der Agrarpolitik seit 1945	33
4.2 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU	34
5. Einkommen und Förderungen der Berglandwirtschaft	37
5.1 Die längerfristige Einkommensentwicklung	37
5.2 Die aktuelle Einkommenssituation	38
5.3 Die Förderungen der Berglandwirtschaft	39
5.4 Die Verteilung des Förderkuchens	40
5.5 Exkurs: Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete (AZ)	41
5.6 Arbeitszeitbedarf und Förderungen	46

6.	Gesellschaftlicher Wandel im Berggebiet	51
6.1	Wertewandel in ländlichen Regionen	51
6.2	Arbeitswelt und Berufsbild	53
6.3	Frauen in der Landwirtschaft	60
6.4	Jugend am Land – Beispiel Bergregion Murau	65
6.5	Aussteigerlandwirtschaften – Entwicklungsimpulse aus der Stadt am Beispiel Waldviertel	69
6.6	Betriebsaufgabe in der Landwirtschaft	73
6.7	Ländliche Armut	78
6.8	Esskultur und bäuerliche Landwirtschaft	81
7.	Naturräumliche Aspekte im Berggebiet	85
7.1	Naturraum im Berggebiet	85
7.2	Biolandbau – Innovation im Berggebiet	89
7.3	Die Bedrohung der Berglandwirtschaft durch die Gentechnologie	93
8.	Regionale Innovationen im Berggebiet	99
8.1	Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung	99
8.2	EU-Regionalpolitik und Berggebiete	103
8.3	Infrastrukturentwicklung im Berggebiet	108
8.4	Alternativen im Berggebiet	111
9.	Zukunftsaspekte der Berglandwirtschaft	121
9.1	Entwicklungen und Szenarien	121
9.2	Exkurs: Zukunftsperspektiven für den Biologischen Landbau	122
9.3	Eckpunkte zukünftiger Entwicklungen im Berggebiet	123
10.	Literaturverzeichnis	129
	Summary	141
	Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen	143

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 :	Wichtige agrarische Kennzahlen (Land- und Forstwirtschaft)	14
Tabelle 2 :	BHK-Bergbauernbetriebe nach Gruppen und Bundesländern	20
Tabelle 3 :	Benachteiligte Gebiete in Österreich (Katasterfläche in ha)	21
Tabelle 4 :	Almfutterfläche 2005	24
Tabelle 5 :	Bedeutung der Almen in den einzelnen Bundesländern 2005	24
Tabelle 6 :	Anzahl der Almen 2005	25
Tabelle 7 :	Gealptes Vieh in Stück 2005	26
Tabelle 8 :	Verteilung der Marktordnungsförderungen nach Förderklassen in der EU25 (2005)	35
Tabelle 9 :	Die langfristige Einkommensentwicklung der Bergbauernbetriebe im Vergleich zu den Nichtbergbauernbetrieben	37
Tabelle 10 :	Das Einkommen der Bergbauernbetriebe je Betrieb nach BHK-Gruppen (Durchschnitt 2003-2005)	38
Tabelle 11 :	Die Ausgleichszulage nach BHK-Gruppen im Jahr 2004	44
Tabelle 12 :	Die Ausgleichszulage (AZ) inklusive Nationale Beihilfe (NB) im Zeitablauf	45
Tabelle 13 :	Landwirtschaftliche Betriebe und Beschäftigte	47
Tabelle 14 :	Förderungen je Betrieb und Arbeitskraft	48
Tabelle 15 :	Strukturfondsmittel für Österreich (2000 – 2006)	106
Tabelle 16 :	Verteilung der LEADER+Regionen in Österreich nach Bundesländern (2000–2006)	107



## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 :	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1951 – 2005	12
Abbildung 2 :	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der Erwerbsform 1951 – 2005	13
Abbildung 3 :	Bergbauernbetriebe nach BHK-Gruppierung und Bundesländern 2005	19
Abbildung 4 :	Benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete in Österreich	22
Abbildung 5 :	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Bergbauernbetrieb nach Erschwernisgruppen (2003 – 2005)	39
Abbildung 6 :	Zusammensetzung Öffentliche Gelder je Bergbauernbetrieb (2003- 2005)	40
Abbildung 7 :	Verteilung der Direktzahlungen 2005	41
Abbildung 8 :	Ausgleichszulage je Betrieb nach Erschwernisgruppen 2005	44
Abbildung 9 :	Der Prozess der Betriebsaufgabe	76
Abbildung 10 :	Entwicklung der Anzahl der Biobetriebe in Österreich	89





## Abkürzungen

AVL	Äußere Verkehrslage
AZ	Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete
BABF	Bundesanstalt für Bergbauernfragen
BAF	Bergland-Aktionsfonds
BHK	Berghöfekataster
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMLF	Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
B-VG	Bundesverfassungsgesetz
CIPRA	Commission Internationale pour la Protection des Alpes (Internationale Alpenschutzkommission)
DB	Deckungsbeitrag
EAGFL-A	Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung
EFRE	Europäische Regionalfonds
EG	Europäische Gemeinschaften
ESF	Europäische Sozialfonds
EU	Europäische Union
FAK	Familienarbeitskräfte
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
FER	Förderungsaktion für Eigenständige Regionalentwicklung
IAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Handelsabkommen)
GI	Gemeinschaftsinitiativen
GVE	Großvieheinheit
GVO	gentechnisch veränderte Organismen
Ha	Hektar

IVL	Innere Verkehrslage
INVEKOS	Ingetriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
KLIBO	Klima/Bodenverhältnisse
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LBG	LBG Wirtschaftstreuhand- und Beratungsgesellschaft m.b.H.
LEADER	Liaison entre Actions de Developpement de l'Economie Rurale (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der Wirtschaft im ländlichen Raum)
LF	landwirtschaftliche genutzte Fläche
LW	Landwirtschaft
nAK	nicht entlohnte Arbeitskraft
NB	Nationale Beihilfe
ÖAR	Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung
ÖBV	Österreichische Bergbauernvereinigung
OECD	Organisation for Economic Coopertion and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
ÖG	Öffentliche Gelder
ÖPUL	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft
ÖROK	Österreichische Raumordnungskonferenz
ÖSTAT	Österreichisches Statistisches Zentralamt (Statistik Austria)
PKW	Personenkraftwagen
PRÄKO	Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
RLF	Reduzierte landwirtschaftlich genutzte Fläche
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
ÖVP	Österreichische Volkspartei
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
USA	United States of Amerika (Vereinigte Staaten von Amerika)
WSSD	World Summit on Sustainable Development (Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung)
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)

## 1. Einleitung

Das Leben der BergbäuerInnen ist den wenigsten Menschen wirklich bekannt. Medien und Werbung zeichnen oft romantisierende Bilder von uralten, vom harten Leben in den Bergen gezeichneten Menschen, die Sensen schwingend auf steilen Hängen der Heuernte nachgehen, vor alten, hölzernen Almhütten Pfeife rauchend die Abendsonne genießen oder in alten Sennhütten händisch in Kupferkesseln die Almmilch verkäsen.



Weidewirtschaft

Foto: Georg Wiesinger

Und auch im Tourismus werden solche Stereotype im Rahmen des Eventtourismus und der Fremdenverkehrswerbung gerne bemüht. Es sind Bilder einer alpinen Idylle, einer vergangenen Welt, die Tourismuskli-schees bedienen, sich auf Urlaubserfahrungen stützen, die vielschichtigen Realitäten des Lebens und Arbeitens der Menschen im Berggebiet aber nur sehr verkürzt wiedergeben. Es sind Projektionen urbaner Sehnsüchte nach dem einfachen, harten aber gerechten Leben in über-schaubaren, solidarischen

Dorfgemeinschaften, dem Arbeiten in und mit der Natur hoch oben in den Bergen, fern der alltäglichen Probleme und Sorgen. Aber auch Symbole der Beherrschbarkeit und der Gestaltung der wilden Natur im Hochgebirge durch den Menschen.

Schiebt man solche Stereotype beiseite, so werden Lebensrealitäten sichtbar, die zwar von den natur-räumlichen und soziokulturellen Gegebenheiten in alpinen Kulturlandschaften geprägt werden, die aber, wenn auch in sehr vielfältiger Art und Weise, prinzipiell ähnliche Entwicklungen und Problemfelder aufweisen wie das Leben in anderen Regionen. Man erkennt, dass der Struktur- und Wertewandel im Berggebiet ähnliche Muster zeigt wie in den agrarischen Gunstlagen oder teilweise auch städtischen Regionen. Alte bäuerliche Werte haben zwar noch – regional unterschiedlich – einige Bedeutung, werden aber zunehmend von städtischen Lebensstilen überlagert bzw. ersetzt.

Die Massenmedien, der Tourismus sowie die veränderten Bildungs- und Berufsbiographien der Menschen im Berggebiet und die davon beeinflussten veränderten Lebensperspektiven und Lebensentwürfe haben zu einer gewissen Angleichung urbaner und ländlicher Lebensstile geführt und die einst größtenteils rückständigen, armen und vorwiegend bäuerlich geprägten Regionen in ländliche Regionen transformiert, in denen die Bedeutung der Landwirtschaft abnimmt und außerlandwirtschaftliche Sektoren an

Bedeutung gewinnen. So zählen manche zweisaisonale Tourismusgemeinden im Berggebiet zu den reichsten in Österreich. Massentouristische Phänomene haben aber gleichzeitig zu einem substantiellen Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensrealitäten geführt, den Menschen beachtlichen materiellen Wohlstand beschert, die Form und Struktur der Landwirtschaft und damit das Leben der BergbäuerInnen aber stark verändert.

Wie überall findet man auch im Berggebiet die Zeichen der Modernisierung wie z.B. die Mechanisierung der Berglandwirtschaft, eine höhere Arbeitsmobilität (Nebenerwerb bzw. Erwerbskombination, Pendlerproblematik), höhere Bildungsniveaus und ein geändertes Freizeitverhalten der Jugend. Gerade der Tourismus in zweisaisonalen Fremdenverkehrsgemeinden wirkt dabei als starker Transmissionsriemen derartiger Veränderungen, da der Kontakt mit den TouristInnen nicht nur zu Veränderungen des ökonomischen (zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten) und soziokulturellen Gefüges in solchen Gemeinden führt, sondern darüber hinaus auch eine gewisse individuelle und gesellschaftliche Öffnung unterstützt.

Entsprechend dieses strukturellen Wandels haben sich auch die Lebens- und Arbeitsrealitäten der BergbäuerInnen in den letzten 50 Jahren stark verändert. In diesem Forschungsbericht soll deshalb das moderne Leben der BergbäuerInnen skizziert, das Berggebiet als sich dynamisch verändernder Lebensraum betrachtet und vor allem auch die agrarpolitischen, strukturellen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Problemfelder analysiert werden.

Basis dieser Studie sind verschiedene wissenschaftliche Publikationen der MitarbeiterInnen der BA für Bergbauernfragen, die sich mit den unterschiedlichsten Problem- und Aktionsfeldern der Berglandwirtschaft bzw. des Berggebiets befasst haben, sowie ergänzende Literaturrecherchen, die die Arbeiten thematisch abrunden. Schlussendlich werden Überlegungen über die zukünftige Entwicklung der Berglandwirtschaft und entsprechende Zukunftsstrategien zur Diskussion gestellt.

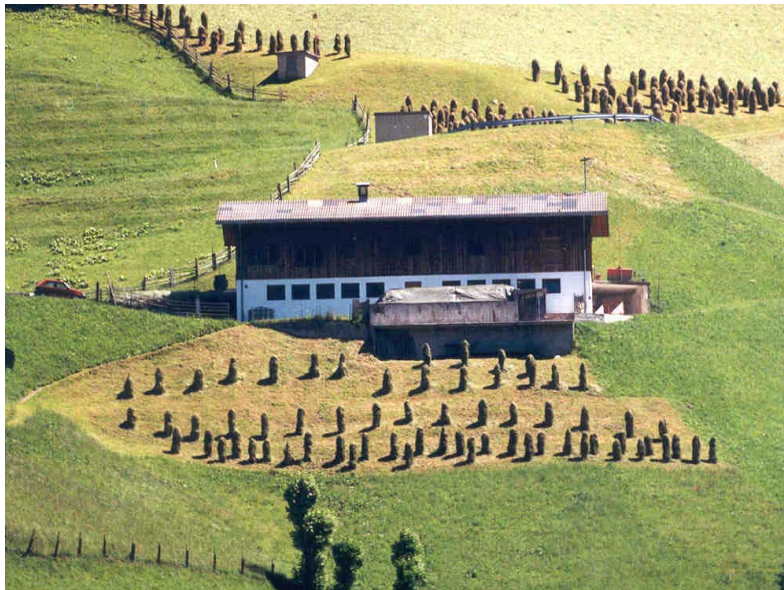
Wir hoffen, mit diesem Beitrag eine möglichst umfassende, den realen Gegebenheiten entsprechende Darstellung der Strukturen, Rahmenbedingungen und Entwicklungen der modernen Berglandwirtschaft fern ab gängiger Klischees und Romantizismen geschaffen zu haben, die das Verständnis für diese Bevölkerungsgruppe bzw. diese besondere Ausprägung der österreichischen Landwirtschaft vertiefen und damit zu deren langfristiger Absicherung beitragen soll.

## 2. Struktur der österreichischen Landwirtschaft

### 2.1 Historische Entwicklung der Landwirtschaft

Im 20. Jahrhundert kam es in der Landwirtschaft zu tief greifenden und dramatischen Veränderungen. Die erste Hälfte war durch Unterversorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten geprägt, die sich während und nach dem 1. Weltkrieg und nochmals im und nach dem 2. Weltkrieg zu Ernährungskrisen und Hungersnöten zuspitzte.

Nach dem 2. Weltkrieg kam es aufgrund des enormen Technisierungs-, Mechanisierungs- und Innovationsschubs in der Landwirtschaft zu einem gewaltigen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Während um 1900 ein Beschäftigter in der österreichischen Landwirtschaft den Nahrungsmittelbedarf von zwei Personen erzeugte, schaffte er dies um 1950 bereits für fünf Personen und um 1970 für 16 Personen. Ende der 1990er Jahre erzeugte ein Beschäftigter bereits den Bedarf für 60 bis



Bergbauernhof, Heumandl

Foto: Norbert Gleirscher

70 Personen (Sandgruber 2002, 195). Die Mechanisierung bedeutete auch einen starken Anstieg der Kapitalintensität und Rückgang der Arbeitsintensität (und damit der erforderlichen Arbeitskräfte).

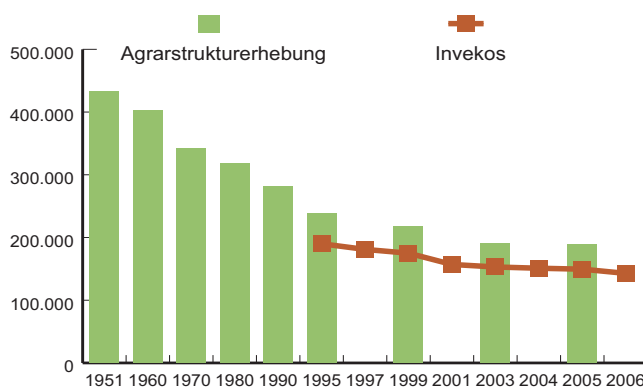
Nicht nur eine enorme Mechanisierung hat in den letzten 50 Jahren stattgefunden, z.B. ist die Zahl der Traktoren von 19.000 im Jahr 1951 auf 336.000 im Jahr 1999 gestiegen (Sandgruber 2002, 343), sondern auch die Produktivität hat in allen Bereichen stark zugenommen. So wurde beispielsweise die durchschnittliche Milchproduktion je Kuh seit dem Jahr 1951 (2,3 Tonnen/Jahr) bis zum Jahr 2005 (5,8 Tonnen/Jahr) mehr als verdoppelt. Dabei ist zu bedenken, dass die Leistungssteigerung seit 1990 größer war als jene der 40 Jahre zuvor zusammengenommen.

Die Turbokuh mit 10.000 kg Jahresleistung ist zwar als durchschnittliche Norm noch Fiktion, nicht aber für einzelne Betriebe. Am Beispiel Milchleistung (und an anderen Beispielen) ist zu sehen, dass die Produktivitätssteigerung kein kontinuierlicher, linearer Prozess ist, sondern sich beschleunigt.

Die Folge dieser Entwicklungen war ein allmählicher Übergang von einer Unterversorgung zu Überschussituation bei Nahrungsmitteln.<sup>1</sup> Gleichlaufend kam es zu einer massiven Freisetzung und Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft. Im Jahr 1951 wurden noch über eine Million Erwerbstätige gezählt. Diese Zahl halbierte sich innerhalb von 20 Jahren, und die Abwanderung setzte sich auch in den folgenden Jahren massiv fort. Am Beginn des 21. Jahrhunderts wurden nur noch 187.000 Erwerbstätige gezählt, d.h. in der Land- und Forstwirtschaft sind innerhalb von fünf Jahrzehnten knapp 900.000 Menschen weniger beschäftigt. Dieser massive Rückgang ist mit dem Übergang vom gesinde- und kinderreichen Familienbetrieb zum mechanisierten Einmann- und Einfraubetrieb verbunden, so dass im Jahr 2005 statistisch gesehen nur mehr knapp ein/e Erwerbstätige/r je Betrieb gezählt wurde. Vor 50 Jahren gab es im Durchschnitt noch 2,5 Beschäftigte je Betrieb. Außerdem waren im Jahr 1951 noch 32% der Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft, bis 2005 ist dieser Anteil auf 5,3% gesunken. Dieser Rückgang der volkswirtschaftlichen Bedeutung ist auch am schrumpfenden Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ablesbar. Aufgrund der Produktivitätssteigerung und neuerdings aufgrund des EU-Beitrittes und der EU-Erweiterung sowie der generell stärkeren Marktöffnung und Liberalisierung wurden auch die Agrarmärkte verstärkt internationalisiert, so dass in den letzten Jahren der Agraranteil deutlich auf 6,2% des Gesamtexportes gesteigert wurde.

Die Anzahl der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als halbiert (-56%), die Anzahl der Erwerbstätigen ist mit -83% noch stärker gesunken. Der EU-Beitritt bewirkte einen Schub an Betriebsaufgaben, so dass seit 1995 bereits 21% der Betriebe die Bewirtschaftung eingestellt haben. Dieser Rückgang betrifft vor allem kleine und mittlere Betriebe (bis 30 ha Gesamtfläche).

**Abbildung 1: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1951 – 2005**



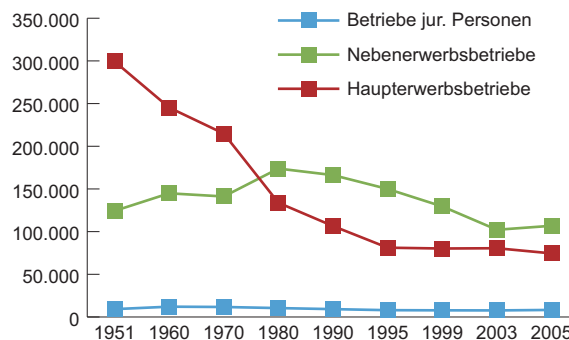
Quelle: BMLFUW 2007

1. Beispielsweise war ab 1960 die Bedarfsdeckung bei Weizen erreicht und ab 1980 wurde Österreich ein Getreideexportland bzw. ab 1982 auch bei Futtergetreide (Posch 1988, 33).



Die historische Entwicklung geht vom Haupterwerb als dominierende Erwerbsform hin zum Nebenerwerb. Bis in den 1970er Jahren lag der Anteil des Haupterwerbs trotz deutlichen Rückgangs noch bei über 50%, aber bereits in der Zählung 1980 überwog der Nebenerwerb. Seit 1995 ist durch die wesentlich stärkere Abnahme der kleinen Nebenerwerbsbetriebe der Anteil der Haupterwerbsbetriebe wieder gestiegen (2005 betrug der Anteil 39%).

**Abbildung 2: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der Erwerbsform 1951 – 2005**



Quelle: BMLFUW 2007

Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich in den letzten 50 Jahren fast verdoppelt und liegt derzeit bei 18,8 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Auch bei diesem Merkmal zeigt sich die Beschleunigung des Strukturwandels sehr deutlich. Der Anstieg seit 1990 war wesentlich größer als die 40 Jahre davor zusammengenommen und spiegelt den allgemeinen Trend zu größeren Strukturen wider.

Die Bergbauernbetriebe haben einen bedeutenden Anteil an allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Österreich, der derzeit bei 38% aller Betriebe bzw. bei 41% aller Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt. Dieser Anteil ist in den letzten 50 Jahren erstaunlich stabil geblieben. Das bedeutet allerdings auch, dass sich aufgrund der generellen Tendenz der Betriebsabnahme die Zahl der Bergbauernbetriebe in 50 Jahren mehr als halbiert hat. Diese Zahlen zeigen, dass in Österreich trotz der großen Bewirtschaftungsschwernisse der Bergbauernbetriebe der Strukturwandel im Berggebiet bisher nicht stärker war als in den Gunstlagen. Zwei wesentliche Gründe dafür sind die gezielte Förderung der Berglandwirtschaft seit Anfang der 70er Jahre und die Möglichkeit des (Zusatz)Einkommens im Tourismus im Berggebiet.

In der folgenden Tabelle wird die Entwicklung wichtiger agrarischer Kennzahlen seit 1951 dargestellt.



**Tabelle 1: Wichtige agrarische Kennzahlen (Land- und Forstwirtschaft)**

	1951	1970	1990	1995	1999	2003	2005
Anteil am BIP (in %)	16,4	6,9	3,2	1,7	1,5	1,3	k.A.
Betriebe (in 1000)	432,8	367,7	281,9	239,1	217,5	190,4	189,6
Anteil Haupterwerb (in %)	69	59	38	34	37	42	39
Anteil Bergbauern (in %)	39	37	35	38	39	39	38
durchschn. Betriebsgröße (ha LF)	9,6	10,5	12,6	15,3	16,8	18,4	18,8
Agraranteil Gesamtexport (in %)	1,0	4,5	3,5	4,3	5,1	6,1	6,2
Milchproduktion/Kuh (in kg/Jahr)	2.331	3.089	3.791	4.619	5.062	5.638	5.783
Erwerbstätige (in 1000)	1.079,6	523,0	271,0	219,5	198,4	191,1	187,3
Erwerbstätigenanteil (in %)	32,3	17,4	7,7	6,6	5,8	5,5	5,3

Quellen: BMLF 1991, 172; BMLFUW 2001, 228; BMLFUW 2004, 165, 167, 177, u. 206, BMLFUW 2006, 171, 182, 192 u. 208; Sandgruber 2002, 247, 306 u. 344; Statistik Austria 2001, 2005 u. 2006; Hovorka/Hoppichler 2006, 702.<sup>2</sup>

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass die Agrarentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg im Wesentlichen durch folgende Trends gekennzeichnet ist (siehe Tabelle 1):

- ♦ eine enorme Zunahme der Produktivität und Kapitalintensität in der Landwirtschaft
- ♦ eine starke Abnahme der volkswirtschaftlichen Bedeutung
- ♦ eine starke Reduktion des Anteils an den Erwerbstätigen
- ♦ einen massiven Strukturwandel, der sich seit 1990 deutlich beschleunigt hat
- ♦ eine starke Bedeutungszunahme der allgemeinen und spezifischen Umweltleistungen (die immer stärker durch direkte Förderungen abgegolten werden)
- ♦ die weiterhin große Bedeutung der Berglandwirtschaft

Die Überschusssituation bei wichtigen Nahrungsmitteln ab den 1980er Jahren führte zu wachsenden Budgetkosten für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Verwertung der Überschüsse und der Finanzierung der Agrarverwaltung, so dass eine Kurskorrektur in der Agrarpolitik immer dringender erschien (Steger 1988, 45ff). Auch die ökologischen Probleme der Intensivlandwirtschaft wurden immer sichtbarer (Priebe 1990). Mit den internationalen Handelsvereinbarungen im Rahmen des GATT/WTO in den 90er Jahren und dem EU-Beitritt im Jahr 1995 änderten sich die Wettbewerbsbedingungen und die agrarpolitischen Rahmenbedingungen weiter in Richtung Liberalisierung und ver-

2. Im Zeitablauf haben sich die statistischen Erfassungsuntergrenzen verändert, so dass es notwendigerweise zu statistischen Unschärfen kommt. Die Agrarstatistikdaten für 1995 wurden nachträglich an die Erfassungsbestimmungen von 1999 angepasst (d.h. nach den früheren Erfassungsbestimmungen wären es um 24.423 Betriebe mehr gewesen und daher um diese Zahl der Abstand zur Zahl für 1990 geringer; da diese statistische Umstellung die Nichtbergbauernbetriebe stärker betraf, wäre der Anteil der Bergbauernbetriebe nur 35% gewesen). Die durchschnittliche Betriebsgröße in LF (landwirtschaftlich genutzte Nutzfläche) bezieht sich nur auf Betriebe mit LF. Bei den Erwerbstätigen handelt es sich um die Zahlen von 1971 und 1991. Ab 1995 werden die Erwerbstätigen in Jahresarbeitseinheiten berechnet. Anteil des BIP ist die Zahl für 1950.

stärker Konkurrenz. Dadurch ging zusätzlich starker Druck auf die Anpassung der Agrarpolitik und auf die Landwirtschaft aus.

## 2.2 Die aktuelle Situation der (Berg)Landwirtschaft

Die österreichische Landwirtschaft ist im internationalen Vergleich durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet.<sup>3</sup> Ein hoher Anteil der Betriebe liegt in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten (70% Österreichs ist als Berggebiet eingestuft) und ein Großteil der landwirtschaftlichen Fläche wird relativ nachhaltig bewirtschaftet.<sup>4</sup> Die Verarbeitungsindustrie in Österreich ist nur beschränkt konkurrenzfähig und befindet sich vor allem seit dem EU-Beitritt in einem Konzentrations- und Zentralisationsprozess. Zum Teil konnte die im internationalen Maßstab kleinbetriebliche Struktur aber auch flexible Anpassungsschritte an die Erfordernisse des Marktes vornehmen. Der Lebensmittelhandel wird immer stärker konzentriert.<sup>5</sup> Seit dem EU-Beitritt sind die Agrarpreise gesunken und im Gegenzug haben die Förderungen eine wesentlich stärkere Gewichtung bekommen. Im Durchschnitt hatten im Jahr 2005 die öffentlichen Gelder einen Anteil von 24% am Unternehmensertrag bzw. von 84% am Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft (BMLFUW 2006, 77; Hovorka 2006, 31).

Eine besondere Bedeutung in Österreich hat die Berglandwirtschaft. Ihr fällt eine Schlüsselrolle für die Sicherung des sensiblen Ökosystems und der Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft zu. Die Bergbauernbetriebe haben einen Anteil von 38% aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe. Das aus der Produktion erzielbare Einkommen liegt weit unter jenem der Nichtbergbauernbetriebe und mit zunehmender Bewirtschaftungsschwernis wird der Einkommensabstand größer (Hovorka 2004). Es besteht in Österreich ein nationaler Konsens darüber, dass für die längerfristige Sicherung der Bewirtschaftung im Berggebiet spezifische Förderungszahlungen an die Bergbauernbetriebe erforderlich sind.

Im Berggebiet hat die Viehhaltung eine herausragende Bedeutung. Den Schwerpunkt der tierischen Produktion bilden die raufutterverzehrenden Rinder, Pferde, Schafe und Ziegen. In der Rinderhaltung spielt die Milchproduktion eine bedeutende Rolle. Rund 65% der Milchquote werden von Bergbauernbetrieben gehalten, die zusammen 71% der Betriebe mit Milchquote stellen (allerdings ist der Anteil der Bergbauernbetriebe mit hoher und extremer Erschwernis an der Milchquote mit gemeinsam 8% gering, d.h. die Milchproduktion wird zunehmend eine Domäne des Flachlandes und der Betriebe mit geringer Bergbauernerschwernis).

3. Der Anteil der Betriebe mit weniger als 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche liegt bei knapp 60%. Gemäß der EU-Agrarstrukturstatistik, bei der kleine Betriebe weniger berücksichtigt werden, liegt Österreich mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 19 ha im Bereich der südlichen und östlichen Mitgliedsstaaten, aber deutlich unter dem Durchschnitt der nörd- und westlichen Mitgliedsstaaten (BMLFUW 2006, 64).
4. Es werden 89% der landwirtschaftlich genutzten Nutzfläche vom Agrarumweltprogramm erfasst (die Almflächen sind dabei nicht berücksichtigt) und auch der Anteil der Biobetriebe ist mit 13% aller INVEKOS-Betriebe im internationalen Vergleich sehr hoch (BMFLUW 2006, 85 und 103).
5. Die beiden Marktführer Rewe Austria und Spar AG haben gemeinsam bereits einen Marktanteil von 57% am Umsatz und der Diskonter Hofer hat einen Marktanteil von 19% (BMLFUW 2006, 18).



Kulturlandschaft im Berggebiet

Foto: Josef Krammer

Obwohl laut Statistik die Milchquote außerhalb des Berggebietes abnimmt und im Berggebiet zunimmt (BMLFUW 2005, 43), haben nur mehr knapp die Hälfte der Bergbauernbetriebe eine Milchquote (BMLFUW 2006, 195). Allerdings sind nicht nur die Milchlieferebetriebe weniger und die Milchquote je Betrieb größer geworden, sondern die Milchlieferleistung je Milchkuh ist im österreichischen Durchschnitt in den letzten 25 Jahren (seit 1980) um 65% gestiegen.

Der Biolandbau hat in Österreich im Vergleich zu den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten eine wesentlich größere Bedeutung. Der Schwerpunkt des Biolandbaues in Österreich liegt im Benachteiligten Gebiet und hier vor allem im Berggebiet bzw. bei den Bergbauernbetrieben, von denen bereits 21% als Biobetriebe bewirtschaftet werden. Mit steigender Erschwernis nimmt auch der Anteil der biologisch wirtschaftenden Betriebe und Flächen deutlich zu. Die biologische Landwirtschaft ist auch der klarste und deutlichste Indikator für eine ökologisch-nachhaltige Bewirtschaftungsform in der Landwirtschaft.

### 3. Bedeutung der Berglandwirtschaft im Wandel

Die Berglandwirtschaft ist Teil des Berggebietes und mit seinen Stärken und Schwächen untrennbar verbunden. Daher haben für die Berglandwirtschaft auch Analysen, Politiken und Maßnahmen, die nicht sektorspezifisch bezogen sind, sondern auf das gesamte Berggebiet abzielen, eine große Bedeutung. Eine solche Gesamtschau ist im strategischen Rahmenplan Österreichs für 2007 – 2013 (ÖROK 2006) enthalten.

#### 3.1 Berggebietspolitik in Österreich

Der nationale strategische Rahmenplan Österreichs für 2007 – 2013 nennt als spezifische Herausforderungen, auf die eine regionale Entwicklungsstrategie für Berggebiete einzugehen hat, folgende Themen (ÖROK 2006):

- ♦ Raumknappheit für Siedlungsentwicklung, Verkehr und Infrastruktur, insbesondere für städtisch geprägte Regionsteile
- ♦ Mobilitätsbarrieren und Erreichbarkeitsnachteile, periphere Lagen mit Versorgungs- und Arbeitsplatzdefiziten
- ♦ Hohe Belastungssituationen im Bereich von Transitrouten und in touristischen Intensivzonen
- ♦ Landschaftliche und ökologische Sensibilität bei gleichzeitig hoher Relevanz für den Tourismus
- ♦ Be- und Überlastungserscheinungen durch einseitige touristische Entwicklung
- ♦ Teilweise sehr starke Bewirtschaftungsschwernisse für die Land- und Forstwirtschaft
- ♦ Hohes Risiko durch Naturgefahren (auch für Siedlungsgebiete), insbesondere durch Lawinen, Muren, Steinschlag und Hochwasser.

Die österreichischen Berggebiete beinhalten sowohl Charakteristika des Ländlichen Raumes als auch von städtischen Gebieten. Diese komplexe Situation der Berggebiete ergibt, dass wesentliche Teile von Zielsetzungen und Strategien für diese beiden Raumkategorien auch auf Berggebiete zutreffen, allerdings in ihrer regionalen Bedeutung und Gewichtung andere Profile aufweisen. So ist z.B. die Bedeutung des Themenbereiches Naturgefahren in den Berggebieten besonders hoch und die Entwicklung des Tourismus als für viele Teile des Berggebietes einzige tragfähige Option für die Aufrechterhaltung der Besiedelung zentral. Die großen Bewirtschaftungsschwernisse der Land- und Forstwirtschaft bedürfen besonderer Maßnahmen im Österreichischen Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums.

#### 3.2 Die Definition von Bergbauernbetrieben

Die Abgrenzung von Berggebietsgemeinden und die Klassifizierung von Bergbauernbetrieben nach der Bewirtschaftungsschwernisse hat in Österreich eine lange Tradition. Eine wichtige Grundlage zur gezielten Förderung der Bergbauernbetriebe ist die Einstufung nach den standortbedingten Bewirtschaftungsschwernissen. Diese Einstufung wurde in den 1950er Jahren mithilfe des Berghöfekata-

sters vorgenommen. Welche land- und forstwirtschaftlichen Betriebe aufgrund besonders erschwelter Lebens- und Produktionsbedingungen Bergbauernbetriebe sind, wurde in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts auf Basis des Landwirtschaftsgesetzes von 1960 in den Verordnungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (nach Bundesländern) festgelegt und damit de facto das Bergbauernegebiet abgegrenzt (Knöbl 1987, 7). In den 1970er Jahren wurden der frühere Berghöfekataster bereinigt und die Bergbauernbetriebe nach Erschwerniskategorien (-zonen) eingeteilt.

### Das System der Erschwerniskategorien (-zonen) von 1974 - 2000

Jeder Bergbauernbetrieb war in Österreich seit Mitte der 1970er Jahre (aufbauend auf das System des alten Berghöfekatasters) einer Erschwerniskategorie (-zone) zugeordnet. Das System wurde 1985 von drei auf vier Erschwerniszonen erweitert, wobei die Erschwerniskategorie 4 jene mit der höchsten Erschwernis war. Das Hauptkriterium für die Einstufung eines Bergbauernbetriebes in eine der vier Erschwerniskategorien war die „Innere Verkehrslage“, d.h. die Höhe des Anteils an Erschwernisflächen mit einer Hangneigung von mindestens 25% an der selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Betriebes (mit dem Normaltraktor nicht mehr bearbeitbar) bzw. mit einer Hangneigung von mindestens 50% (das sind Extremflächen, d.h. Handarbeitsflächen) bei den Betrieben der Erschwerniszone 4. Dieses „Zonierungssystem“ wurde in der Folge für die Bemessung von Direktzahlungen (für den Bergbauernzuschuss des Bundes ab 1976, für die EU-Ausgleichszulage ab 1995) und für einige andere Fördermaßnahmen angewendet.

### Der Neue Berghöfekataster (ab 2001)

Ab dem Jahr 2001 wurde das Erschwerniszonensystem durch den neuen Berghöfekataster (BHK) abgelöst, in dem nach drei Hauptkriterien (Innere Verkehrslage, Äußere Verkehrslage, Klima/Bodenverhältnisse) für jeden Bergbauernbetrieb eine betriebsindividuelle Punktezahl erhoben wurde. Je größer die Bewirtschaftungerschwernisse, desto höher die Gesamtpunktezahl eines Betriebes. Seine Anwendung findet der neue BHK seit dem Jahr 2001 in der Bemessung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete bei den Bergbauernbetrieben und der Förderung der Offenhaltung der Kulturlandschaft im Rahmen des ÖPUL.

Die drei Hauptkriterien zur Punkteberechnung sind:

- ◆ Innere Verkehrslage (IVL); maximal 320 Punkte; davon 280 für die Hangneigungsfläche; die Grundstücksflächen werden 5 Hangneigungsstufen zugeordnet,
- ◆ Äußere Verkehrslage (AVL); maximal 100 Punkte; Bewertung der Erreichbarkeit der Hofstelle (max. 25 Punkte), Entfernung der Hofstelle zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zum Bezirkshauptort, Sonderverhältnisse und
- ◆ Klima/Bodenverhältnisse (KLIBO), maximal 150 Punkte; abhängig von Klimawert, Seehöhe, Ertragsmessenzen.

Für statistische Zwecke und um eine gewisse Vergleichbarkeit mit dem früheren System aufrechtzuerhalten wurden die Bergbauernbetriebe in Abhängigkeit von der BHK-Punkte-Zahl in vier Erschwernisgruppen (BHK-Gruppen) zusammengefasst. Die Aufteilung ist in Abbildung 3 und in Tabelle 2 dargestellt. Die BHK-Gruppe 4 (mehr als 270 Punkte) ist jene mit der höchsten Erschwernis. Für die Höhe der Ausgleichszulage für den jeweiligen Betrieb hat diese Zuordnung im Gegensatz

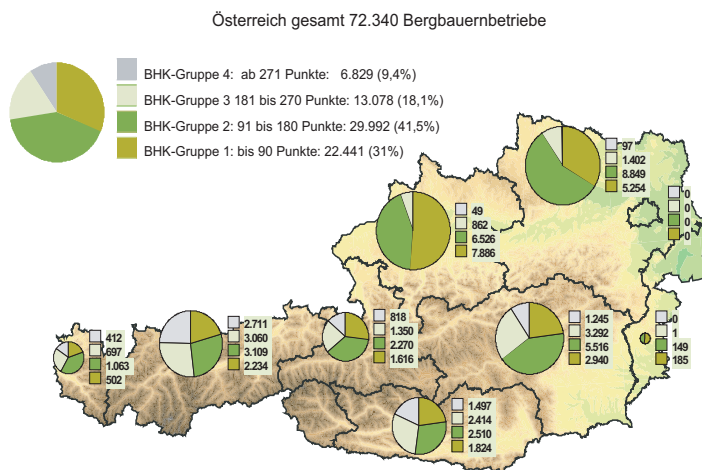


Bergbauernbetrieb in Steillage

Foto: Gerhard Hovorka

zum früheren System jedoch keine Bedeutung, da die Ausgleichszulage nach den jeweiligen BHK-Punkten eines Bergbauernbetriebes berechnet wird. Im Jahr 2005 waren 72.340 geförderte Bergbauernbetriebe mit BHK-Punkten durch das INVEKOS-System erfasst. In den westlichen Bundesländern ist der Anteil der Bergbauernbetriebe mit hoher und extremer Erschwernis hoch, in den östlichen Bundesländern hingegen niedrig. Die durchschnittliche BHK-Punktezahl je Betrieb beträgt 143 Punkte. In Tirol ist dieser Wert mit durchschnittlich 190 Punkte je Betrieb am höchsten.

### Abbildung 3: Bergbauernbetriebe nach BHK-Gruppierung und Bundesländern 2005



Quelle: BMLFUW 2006



**Tabelle 2: BHK-Bergbauernbetriebe nach Gruppen und Bundesländern**

Bundesland	BHK – Erschwernisgruppen				Gesamt
	1	2	3	4	
Burgenland	185	149	1	-	335
Kärnten	1.824	2.510	2.414	1.497	8.245
Niederösterreich	5.254	8.849	1.402	97	15.602
Oberösterreich	7.886	6.526	862	49	15.323
Salzburg	1.616	2.270	1.350	818	6.054
Steiermark	2.940	5.516	3.292	1.245	12.993
Tirol	2.234	3.109	3.060	2.711	11.114
Vorarlberg	502	1.063	697	412	2.674
<b>Österreich</b>	<b>22.441</b>	<b>29.992</b>	<b>13.078</b>	<b>6.829</b>	<b>72.340</b>
<b>in Prozent</b>	<b>31,0</b>	<b>41,5</b>	<b>18,1</b>	<b>9,4</b>	<b>100,0</b>

Anmerkungen : In dieser Tabelle sind nur die geförderten Bergbauernbetriebe berücksichtigt. Erschwernisgruppe 1: bis 90 Punkte; Erschwernisgruppe 2: 91 bis 180 Punkte; Erschwernisgruppe 3: 181 bis 270 Punkte; Erschwernisgruppe 4: mehr als 270 Punkte

Quelle: BMLFUW 2006, 195 ; eigene Berechnungen

Österreich hatte bereits in der Vergangenheit ein gutes Bewertungssystem. Der neue Berghöfekataster (BHK) ist ein weiterer Schritt einer objektivierten und nachvollziehbaren differenzierten Förderungsrichtung. Die betriebsindividuelle Feststellung der ständigen natürlichen Nachteile der Bergbauernbetriebe in den Benachteiligten Gebieten ist damit auch ein gewichtiges Argument zur Fortführung der Bergbauernförderung in Österreich und in der Europäischen Union. Wesentliche Vorteile des neuen BHK liegen in der Erfassung der Vielfalt von Erschwernissen, der hohen Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit sowie der Möglichkeit der laufenden Aktualisierung, die im Rahmen des jährlichen Mehrfachantrages Flächen durchgeführt wird. Der neue BHK gibt betriebsindividuell Auskunft über die vorhandene Erschwernisvielfalt.<sup>6</sup>

### 3.3 Die Abgrenzung des Berggebietes in Österreich

Mit dem EU-Beitritt musste von Österreich der gebietsbezogene Ansatz (Abgrenzung primär nach politischen Gemeinden bzw. Katastralgemeinden) der Abgrenzung des Benachteiligten Gebietes übernommen werden. Gleichzeitig blieb aber das österreichische – betriebsindividuelle – Klassifizierungssystem der Bergbauernbetriebe (siehe vorheriges Unterkapitel) zur Differenzierung der Erschwernis innerhalb von Gemeinden erhalten. Gemäß den EU-Bestimmungen wurden drei Arten von benachtei-

6. Die objektive Einteilung der Bergbauernbetriebe gemäß BHK-Punkten korrespondiert allerdings nicht immer mit der subjektiven Einschätzung der Bergbauernbetriebe darüber, wer ein Bergbauer ist. Es gibt Stimmen auch unter den Bergbauern und Bergbäuerinnen, vor allem im Westen Österreichs, für die ein „richtiger“ Bergbauernbetrieb einen hohen Anteil von Erschwernisflächen haben muss und „weit oben“ am Berg liegt. Diese „Einschätzung“ korrespondiert in etwa mit den Bergbauernbetrieben der BHK-Gruppen 3 und 4.

ligten landwirtschaftlichen Gebieten abgegrenzt: Berggebiete, Sonstige Benachteiligte Gebiete, Kleine Gebiete.

Die EU-Abgrenzungskriterien für das Berggebiet waren folgende<sup>7</sup>:

- ♦ Höhenlage von mindestens 700 m oder
- ♦ Hangneigung von mindestens 20% oder
- ♦ als Kombination beider Faktoren eine Höhenlage von mindestens 500 m und einer mittleren Hangneigung von mindestens 15%.

Die Abgrenzung erfolgte 1995 (EU-Beitritt) auf Ebene der Gemeinden und Katastralgemeinden und wurde 1997 um eine naturräumliche Abgrenzung ergänzt. Im Jahr 2000 konnte das Kleine Gebiet etwas ausgeweitet werden. Gemäß dem Gemeinschaftsverzeichnis der EU liegen derzeit 81% der Landesfläche und 71% der landwirtschaftlichen Nutzfläche Österreichs im benachteiligten Gebiet. Das Berggebiet hat daran den größten Anteil, es umfasst 70% der Landesfläche und 58% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In Tirol sind 100% der Katasterfläche Berggebiet, in Kärnten sind es 95%, in Salzburg 94% und in Vorarlberg 93% (Hovorka 2004, 121). Gemäß der Betriebszählung 2005 liegen 73% der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im benachteiligten Gebiet bzw. 54% im Berggebiet (Statistik Austria 2006, 27).

**Tabelle 3: Benachteiligte Gebiete in Österreich (Katasterfläche in ha)**

Bundesland	Gesamtfläche (ha)	Nicht benacht. Gebiet (ha)	Berggebiet (ha)	Sonst. benacht. Gebiet (ha)	Kleines Gebiet (ha)	Summe benacht. Gebiet (ha)	Summe benacht. Gebiet (%)
Burgenland	396.547	149.186	7.328	216.832	23.201	247.361	62,4
Kärnten	953.311	22.368	904.032	0	26.911	930.943	97,7
Niederösterreich	1.917.378	796.248	832.328	151.022	137.780	1.121.130	58,5
Oberösterreich	1.197.971	427.333	622.217	115.467	32.954	770.638	64,3
Salzburg	715.410	25.666	673.165	13.110	3.469	689.744	96,4
Steiermark	1.638.799	114.178	1.301.792	2.183	220.646	1.524.621	93,0
Tirol	1.264.801	0	1.264.801	0	0	1.264.801	100,0
Vorarlberg	260.141	8.567	242.773	0	8.801	251.574	96,7
Wien	41.497	41.497	0	0	0	0	0,0
Österreich	8.385.855	1.585.043	5.848.436	498.614	453.762	6.800.812	
	100,0%	18,9%	69,7%	5,9%	5,4%	81,1%	81,1%

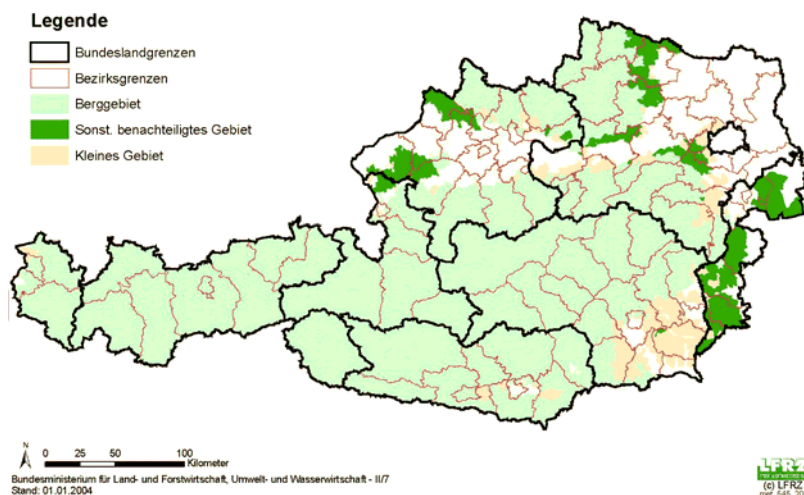
Quelle: Hovorka 2004, 120

7. Die Abgrenzungskriterien für das Sonstige benachteiligte Gebiet bzw. das Kleine Gebiet sind z.B. in Hovorka 2004, Seite 119f. dargestellt.



## Abbildung 4: Benachteiligte landwirtschaftliche Gebiete in Österreich

Benachteiligtes Gebiet gemäß Verordnung (EG) Nr. 1257/99



Quelle: BMLFUW 2006

### 3.4 Almwirtschaft

Almen gehören im Berggebiet zu den ersten Siedlungsplätzen. Sie sind durch Kultivierung und Rodungen entstanden und das Ergebnis jahrtausende langer Nutzung und Pflege dieser extensiven Dauergrünlandflächen durch die BergbäuerInnen bzw. Berglandwirtschaft. Vorläufer der eigentlichen Almwirtschaft waren der Hirten- und Halbnomadismus sowie die Transhumance (mediterrane Wanderherdenwirtschaft). In einigen Regionen Österreichs (Vorarlberg, Teilen Salzburgs und Tirols) blieb bis heute die so genannte Dreistufenwirtschaft, eine Sonderform der Almwirtschaft erhalten: dabei findet auf den drei vertikal getrennten Betriebsstufen Heimbetrieb, Maien- oder Vorsäß und Alpe eine jahreszyklische Weide- und Mähwirtschaft statt.

Die Almen prägen als Weideflächen oberhalb und unterhalb der Waldgrenze bis heute die Kulturlandschaften des Berggebietes und sind – über die schwindende landwirtschaftliche Bedeutung hinaus – von großem volkswirtschaftlichem Wert. Almen sind extensive Grünlandflächen der alpinen subalpinen Klimastufen, sie liegen, getrennt vom Hof, in Höhenlagen zwischen ca. 800 und 2.500 m, werden in den Sommermonaten beweidet und sind integrale Bestandteile landwirtschaftlicher Betriebe.

Vor allem in Hinblick auf die abnehmende Bedeutung der Almwirtschaft in agrarischer Hinsicht wird der multifunktionale Charakter der Almen gesellschaftlich immer bewusster und auch geschätzt. Prinzipiell erfüllen Almen unterschiedliche Funktionen:

- ♦ Landwirtschaftliche Produktion (Milch, Fleisch, Almspezialitäten)
- ♦ Forstwirtschaft (Holz)
- ♦ Naturschutz (Biodiversität, Landschaftserhaltung)
- ♦ Tourismus/Fremdenverkehr (Wintersportflächen, Beherbergungs- und Verpflegungsbetriebe, Straßen und Wege)
- ♦ Jagd (Jagdpacht, Wildpret)

Obwohl auch Höfe aus den agrarischen Gunstlagen Almen bewirtschaften, wird ein Großteil von Bergbauernbetrieben genutzt, die damit die Futtergrundlage des Viehs vergrößern, die sommerlichen Arbeitsspitzen verringern und zur Verbesserung der Gesundheit und Vitalität und damit zur Wertsteigerung des gealpten Viehs beitragen. Große Bedeutung haben die in Almsennereien hergestellten hochqualitativen Almspezialitäten wie Almkäse und Almbutter, die sich sowohl beim Fachhandel



Almhütte

Foto: Georg Wiesinger

als auch der regionalen Gastronomie und den TouristInnen großer Beliebtheit erfreuen. Neben diesen wirtschaftlichen Funktionen erfüllen die Almflächen aber auch ökologische Funktionen, da extensiv bewirtschaftete Almflächen eine hohe Biodiversität aufweisen. Zahllose seltene Tier- und Pflanzenarten/-gesellschaften finden sich auf den alpinen Almweiden. Zusätzlich haben Almen einen hohen Erholungswert und stellen attraktive Elemente der Kulturlandschaften dar, die für den österreichischen Tourismus von zentraler Bedeutung sind. Schlussendlich darf nicht vergessen werden, dass Almen ein wichtiges Element österreichischer Identität darstellen, indem sie Symbole und Projektionsflächen für Sehnsüchte nach Heimat, Freiheit, Natur und einer heilen Welt verkörpern (Kirchengast 2005).

### Struktur der Österreichischen Almwirtschaft

In Österreich als Alpenland ist die Almwirtschaft ein prägendes Landschaftselement. So entfallen ca. 12% des Staatsgebietes auf Almen (Almweiden inkl. Almwald und unproduktive Almflächen), was die hohe Raumwirkung dieser Flächen verdeutlicht. Die Almweiden verteilen sich in Österreich folgendermaßen:

**Tabelle 4: Almfutterfläche 2005**

Bundesland	Almfutterfläche 2005 in ha	Almfutterfläche 2005 in %
Kärnten	79.042	16,4
Niederösterreich	4.392	0,9
Oberösterreich	5.194	1,1
Salzburg	88.313	18,3
Steiermark	65.135	13,5
Tirol	196.246	40,7
Vorarlberg	44.066	9,1
<b>Österreich</b>	<b>482.388</b>	<b>100,0</b>

Quelle: INVEKOS 2005

Bis auf Wien und das Burgenland findet man in Österreich – in sehr unterschiedlichem Ausmaß – in allen Bundesländern Almen. Man erkennt, dass der Schwerpunkt der Almwirtschaft in den alpinen Regionen Westösterreichs liegt, wobei Tirol, aber auch Salzburg, Kärnten und die Steiermark große Almflächen aufweisen. Die Ausdehnung der Almwirtschaft bezogen auf die Landesgröße, die landwirtschaftlich genutzte Fläche, das Dauergrünland und das extensive Grünland verdeutlicht deren Bedeutung in den einzelnen Bundesländern.

**Tabelle 5: Bedeutung der Almen in den einzelnen Bundesländern 2005**

Bundesland	Anteil Almfutterfläche in % der Gesamtfläche	Anteil Almfutterfläche in % der LF	Anteil Almfutterfläche in % des Dauergrünlandes	Anteil Almfutterfläche in % des extensiven Grünlandes
Kärnten	8,3	32,6	44,6	83,2
Niederösterreich	0,2	0,5	2,4	30,6
Oberösterreich	0,4	1,0	2,2	47,9
Salzburg	12,3	44,6	46,0	81,1
Steiermark	4,0	16,0	26,2	76,0
Tirol	15,5	62,6	65,0	88,3
Vorarlberg	16,9	51,2	53,0	83,1
<b>Österreich</b>	<b>5,8</b>	<b>16,8</b>	<b>33,5</b>	<b>81,3</b>

Quelle: INVEKOS 2005

Die Almweiden bedecken 6% des gesamten Staatsgebietes und nehmen 17 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ein. Knapp 34 % des gesamten Dauergrünlandes und 81 % des ökologisch besonders wertvollen extensiven Grünlandes fallen unter diese Grünlandkategorie. Weiters ist ersichtlich, dass die Almen gerade für die Landwirtschaft in den westlichen Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg von überragender Bedeutung sind. Die hohen Anteile an Almfläche im extensiven Dauergrünland verdeutlichen außerdem den hohen Stellenwert der Almwirtschaft für die Erhaltung der Biodiversität.

Die Almflächen werden von ca. 9.150 Almbetrieben bewirtschaftet, die wiederum sehr unterschiedlich strukturiert sind.

**Tabelle 6: Anzahl der Almen 2005**

Bundesland	Almen 2005	Almen 2005 in %	durchschnittliche Almfutterfläche je Alm in ha
Kärnten	2.099	22,9	38
Niederösterreich	81	0,9	54
Oberösterreich	220	2,4	24
Salzburg	1.831	20,0	48
Steiermark	2.111	23,1	31
Tirol	2.208	24,1	89
Vorarlberg	601	6,6	73
<b>Österreich</b>	<b>9.151</b>	<b>100,0</b>	<b>53</b>

Quelle: INVEKOS 2005

### Struktur der österreichischen Almwirtschaft

Für die österreichische Almwirtschaft ist die starke West-Ost-Differenzierung der Almwirtschaft und der Almbetriebe charakteristisch. Die westlichen Bundesländer haben eine größere Tradition der Almkäserei, alpen mehr Milchkühe und weisen höhere Anteile an Hochalmen und großen, gemeinschaftlich bewirtschafteten Almen auf (Gemeinschafts- und Agrargemeinschaftsalmen). In den ostösterreichischen Almwirtschaftsgebieten hingegen dominieren kleine Einzelalmen/Privatalmen, die oft nur noch von Jungvieh oder Mutterkühen bestoßen werden. In Österreich werden fast zwei Drittel aller Almen als Einzelalmen, die zu einem Heimbetrieb gehören, bewirtschaftet.

Da Almwirtschaft in verschiedenen Höhenlagen stattfindet, unterscheidet man zwischen Niederalmen (bis 1.300 m), Mittelalmen und den Hochalmen (über 1.700 m). Letztere, die oft oberhalb der Baumgrenze liegen, machen zwar nur ca. ein Viertel aller Almen aus, nehmen aber aufgrund ihrer Größe fast die Hälfte der Almfutterfläche ein. Ungefähr die Hälfte aller Almen sind Mittelalmen in einer Seehöhe zwischen 1.300 und 1.700 Metern.

Entsprechend der unterschiedlichen Nutzung der Almweiden unterscheidet man auch zwischen Melkalmen (6 %), auf denen vorwiegend Milchkühe weiden, Galtalmen (65 %), auf denen das Jungvieh und Mutterkühe gehalten werden, gemischte Almen (26 %) und schlussendlich Almen mit Pferde-, Schaf- oder Ziegenalpung (3 %). Als Sennalmen werden jene bezeichnet, auf denen die Milch in eigenen Almsennereien zu Käse und Butter verarbeitet wird.

Die Alpung hat also für die Berglandwirtschaft und die Tierhaltung im Berggebiet große Bedeutung. So werden ca. 18 % des Galtviehs, 10 % der Milchkühe, über ein Fünftel aller Schafe und Ziegen sowie, wegen der zunehmenden Hobbypferdehaltung, 14 % aller Pferde im Sommer auf die Almen getrieben. Ohne die Almweiden würde der Berglandwirtschaft ein großer Teil ihrer Futtergrundlage fehlen und die Viehbestände müssten verringert werden.

Insgesamt werden in Österreich jährlich fast 430.000 Stück Vieh auf den Almen gesömmert.

**Tabelle 7: Gealptes Vieh in Stück 2005**

Bundesland	Rinder und Mutterkühe	Milchkühe	Pferde	Schafe	Ziegen
Kärnten	51.484	1.792	1.566	10.160	782
Niederösterreich	4.973	41	66	657	0
Oberösterreich	4.478	93	66	1.001	20
Salzburg	58.130	9.236	3.040	14.065	1.017
Steiermark	48.870	1.819	1.019	5.300	55
Tirol	74.202	33.793	3.207	52.170	3.438
Vorarlberg	26.083	10.150	1.047	3.894	792
<b>Österreich</b>	<b>268.220</b>	<b>56.924</b>	<b>10.011</b>	<b>87.247</b>	<b>6.104</b>

Quelle: INVEKOS 2005

Diese Tiere werden von rund 30.400 Heimbetrieben aufgetrieben, von denen fast 90 % Bergbauernhöfe sind. 35 % aller Bergbauernbetriebe nutzen die Almen für ihr Vieh (Parizek 2006). Generell handelt es sich bei den Almbauernbetrieben um kleine Betriebe mit geringen Viehbeständen, für die die Alping eine wichtige betriebliche Grundlage darstellt.

In den drei Alpmonaten werden auf Österreichs Almen über 60.000 Tonnen Milch erzeugt, wovon wiederum 13% zu Käse, Butter und anderen Produkten weiterverarbeitet werden.

Ganz wesentlich für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung der Almen, ebenso wie der Bergbauernbetriebe allgemein, ist deren Erschließung. Vor allem die Anbindung der meisten Almen an das Straßennetz hat zur Stabilisierung der Almwirtschaft wesentlich beigetragen. So sind derzeit 84 % aller Almen mit dem LKW zu erreichen, und nur noch 9 % der Almen sind nur zu Fuß erreichbar. Die angespannte Situation bezüglich des Almpersonals, also der SennerInnen und HirtInnen, ist nach wie vor ein Problem der österreichischen Almwirtschaft, obwohl die verbesserte Verkehrserschließung vor allem auf Jungvieh- und Schafalmen die Bewirtschaftung der Alm vom Heimbetrieb aus erleichtert und so die Problematik lindert. Moderne Stallungen, modernes Weide- und Düngemanagement, elektrische Melkanlagen sowie bequemere Aufenthaltsräume haben zusätzlich zu einer Erleichterung der langen Arbeitstage auf den Almen beigetragen.

### Almwirtschaft im Wandel

Nach dem 2. Weltkrieg kam die Almwirtschaft durch die Kapitalisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft (Postulat: Steigerung der Produktivität) unter starken Druck und erreichte in den 70er Jahren ihren Tiefpunkt (z.B. Zahl aufgetriebener GVE). Durch die Neuorientierung der Agrarpolitik ab den 80er Jahren setzte ein agrarpolitisches Umdenken ein (Erkennen der außerlandwirtschaftlichen Leistungen der Alm- und Berglandwirtschaft). Die Überschussproblematik sowie das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik führten zu einer Verstärkung der Almwirtschaftsförderung (Auftriebsprämien und andere Direktzahlungen der Länder), sodass sich die Situation der Almwirtschaft stabilisierte. Seit dem EU-Beitritt steht den Alm- und Bergbauernbetrieben – allerdings bei stark gesunkenen Produzentenpreisen – ein attraktives Förderungsinstrumentarium zur Verfügung.

Trotz all dieser Anstrengungen haben auf den Almen entscheidende Veränderungen stattgefunden. Der landwirtschaftliche Strukturwandel und die entsprechenden Umstrukturierungen auf den Heimbetrieben wie die Abnahme der Rinderhaltenden Betriebe, die Abnahme des Kuhbestandes bei gleichzeitiger Erhöhung der individuellen Milchleistung und sinkende Alpnungsquoten haben sich auf die Struktur und Bewirtschaftung der Almen ausgewirkt. Durch die Abnahme rinderhaltender Betriebe und damit des Viehbestandes sowie dem Mangel an Alppersonal kam es vor allem in den östlichen Almwirtschaftsregionen (Oberösterreich, Niederösterreich, Kärnten und Steiermark) zur Aufgabe von Almbetrieben und der Bewirtschaftung von extensiven, ertragsarmen Almflächen, was wiederum zu Verwaldungen und Vergandungen führte. Dies schränkt nicht nur die Futtergrundlage der Berglandwirtschaft ein, sondern hat auch negative Auswirkungen auf die Biodiversität und Landschaftsvielfalt.

Insgesamt fand seit den 1960er Jahren auf den Almen ein massiver Strukturwandel statt. Im Rahmen der Extensivierung der Almwirtschaft kam es einerseits zu einem starken Rückgang der regionalwirtschaftlich attraktiven Sennalmen, wobei die Almmilch entweder im Tal verarbeitet wurde oder die Milchviehhaltung überhaupt verschwand. Dadurch nahmen die Jungviehalmen und die Alpnung von Mutterkühen stark zu. Parallel zu diesem Extensivierungsprozess wurde die Bewirtschaftung auf ertragreicheren, Stall nahen Almflächen auf günstig gelegenen Almen und Almflächen durch Almbesserungsmaßnahmen, Düngewirtschaft und Fütterung intensiviert, was punktuell auch negative Umweltauswirkungen hatte (Überweidung, Überdüngung, Trittschäden, sinkende Biodiversität). Durch den Mangel an qualifiziertem Alppersonal, verbesserte Erschließung der Almen mittels Güterwegen und Zunahme der arbeitsexensiven Galtalmen hat die Bewirtschaftung der Almen vom Heimbetrieb aus zugenommen, dadurch aber auch die Intensität der Almpflege (z.B. Schwenden, Weidemanagement) abgenommen.

Durch den Rückgang der landwirtschaftlichen Bedeutung der Almen hat in vielen Almregionen der Einfluss anderer Nutzungen wie Tourismus, Jagd und Naturschutz zugenommen. In intensiven Fremdenverkehrsregionen, die sich ja großteils mit den attraktiven Almregionen decken, sind aber negative Einflüsse des Massentourismus zu beobachten (Schädigung der Almwiesen durch Pistenpräparierung und Schifahren, Verbauung der Landschaft mit Seilbahnen, Schiliften und anderer touristischer Infrastruktur u.v.m.).

Die Vernetzung der Almwirtschaft mit dem Tourismus birgt in entsprechend konzipierten, auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Regionalentwicklungsprogrammen aber auch große Chancen auf zusätzliche Einkommensquellen wie die Direktvermarktung bäuerlicher Qualitätsprodukte, die touristische Nutzung leer stehender Almgebäude sowie eine generelle wirtschaftliche Belebung der Region. Gerade in letzter Zeit, vor allem seit dem EU-Beitritt, ist auch der Einfluss des Naturschutzes auf den ökologisch meist wertvollen Almweiden gestiegen. Viele Almen liegen im europäischen Naturschutznetzwerk Natura 2000 und sind daher entsprechenden Schutz- und Pflegeauflagen unterworfen. Spezielle Maßnahmen im agrarischen Umweltprogramm ÖPUL sowie spezielle Kulturlandschaftsprogramme der Länder haben die Umweltsensibilität der Alm- und BergbäuerInnen erhöht und damit die Stabilisierung der Almwirtschaft als Voraussetzung für die Erhaltung ökologisch wertvoller Kulturlandschaften gefördert.

Zusammenfassend lässt sich sagen: die Almwirtschaft steht und fällt mit dem Fortbestand einer lebendigen Berglandwirtschaft. Wird der agrarische Strukturwandel, wie prognostiziert, in den nächsten



Jahren noch stärker als bisher das Berggebiet erfassen, so wird das auch die Almwirtschaft massiv beeinflussen. Eine vermehrte Auffassung und Verwaldung von Almen bzw. Almweiden wäre die Konsequenz. Es ist daher nicht nur entscheidend, dass für die Almwirtschaft spezielle Förderungsmaßnahmen entwickelt werden, sondern dass die zukünftige Gestaltung und Ausrichtung der agrarischen, regionalwirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene entsprechend reformiert werden (Groier 2004). Darunter fallen die Aufrechterhaltung der Milchkontingente im Berggebiet, die Gentechnikfreiheit, die verstärkte Förderung des Biolandbaus, eine gerechtere Verteilung der agrarischen Förderungsmitel sowie der Ausbau nachhaltiger, integraler und endogener Regionalentwicklungsprogramme. Mehr als bisher werden Natur- und Umweltschutz relevante Aktivitäten im Rahmen der Almwirtschaft an Bedeutung gewinnen und Kooperationen zwischen AlmbäuerInnen bzw. dem Fremdenverkehr und dem Natur- und Umweltschutz intensiviert werden müssen.

### 3.5 Leistungen für die Gesellschaft

Weltweit gesehen, sind Berggebiete fragile Ökosysteme mit zentraler Bedeutung für das Überleben des globalen Ökosystems. Sie stellen das globale Wasserreservoir der Erde, einen Raum großer Biodiversität und genetischer Ressourcen sowie den Lebens- und Wirtschaftsraum der dort lebenden Bevölkerung und einen wichtigen Erholungs- und Ergänzungsraum für die Bevölkerung außerhalb der Berggebiete dar. Die Berggebiete umfassen weltweit etwa ein Viertel der Landoberfläche. Sie sind die direkte Lebensbasis für etwa ein Zehntel der Menschheit und sie haben einen direkten Einfluss auf das Leben von 50% der Weltbevölkerung (z.B. Trinkwasserressourcen) (Hovorka 2004, 23).

Berggebiete unterliegen aber global zunehmend einer negativen dynamischen Veränderung, die sich vor allem in einer wachsenden Marginalisierung, einem ökonomischen Niedergang und verstärkten Umweltschäden ausdrückt. Die Pflanzen- und Tierwelt der Berge ist durch den Verlust ihres Lebensraumes und durch den Klimawandel gefährdet. Flusssysteme und Wasser-Einzugsgebiete werden beschädigt und verschmutzt. Lokale Tradition und überliefertes Wissen verschwinden immer mehr.

Um das Bewusstsein zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung in den Berggebieten zu stärken und entsprechendes Handeln einzuleiten, wurde das Jahr 2002 von der UNO zum Internationalen Jahr der Berge erklärt, von dem einige wichtige Impulse ausgingen (beispielsweise wurde die international aktive Mountain Partnership gegründet)<sup>8</sup>. Auch beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 (World Summit on Sustainable Development 2002, WSSD) spielten die ökologischen und sozialen Probleme der Berggebiete eine Rolle. Seit dem Jahr 2003 hat die UNO den 11. Dezember zum Internationalen Tag der Berge (International Mountain Day) erklärt. Dieser Tag steht jedes Jahr unter einem anderen Motto und soll das internationale Interesse an den Problemen und –lösungen für die Berggebiete verstärken.<sup>9</sup>

---

8. Zu den Aktivitäten des Mountain Partnership siehe <http://www.mountainpartnership.org> mit dem Newsletter Peak to Peak.

9. Detaillierte Informationen zum Internationalen Tag der Berge sind unter [http://www.fao.org/mnts/intl\\_mountain\\_day\\_en.asp](http://www.fao.org/mnts/intl_mountain_day_en.asp) zu finden.

Ein wichtiges Vertragswerk für die Berggebiete ist die Alpenkonvention (Staatsvertrag zur Gewährleistung des Schutzes und einer nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums). Die Vertragsparteien haben sich verpflichtet, zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen unter umsichtiger und nachhaltiger Nutzung der Ressourcen ganzheitlich beizutragen. Weiters haben sie vereinbart, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Alpenraum zu verstärken sowie räumlich und fachlich zu erweitern (ÖROK 2002). Die über die Alpenkonvention abgegrenzte Fläche des Alpenraums beträgt 190.600 km<sup>2</sup> und umfasst eine Bevölkerung von 13,6 Millionen (Ständiges Sekretariat 2005, 6). Die inhaltliche Präzisierung und Vertiefung der Alpenkonvention (der Rahmenkonvention) erfolgt in Form themenorientierter Ausführungsprotokolle. Eine besondere Bedeutung in sektoraler Hinsicht für die Bergbauern und Bergbäuerinnen haben die Protokolle Bergwald und Berglandwirtschaft. Aber auch das Ziel einer nachhaltigen Tourismusentwicklung im Alpengebiet ist im Sinne der Berglandwirtschaft. Die Umsetzung der Alpenkonvention in den Vertragsstaaten ist allerdings ein langer und mühsamer Weg.

Das Bewusstsein über die Bedeutung der Berggebiete und ihre Bedrohung ist in den letzten Jahren global und auch in der EU gestiegen (Dax und Hovorka 2004, 3). Von der Gesamtfläche der EU 15 sind 40% als Berggebiet definiert (Nordregio 2004, 29). Dieser hohe Anteil zeigt, dass für die EU die zukünftige Entwicklung der Berggebiete ein wichtiges Thema sein sollte. Eine entscheidende Rolle für die Sicherung des sensiblen Ökosystems im Berggebiet fällt der Berglandwirtschaft zu. Ihre gezielte Förderung mittels Direktzahlungen erfolgt in Österreich bereits seit 1972 (Bergbauernzuschuss) und in der EU seit 1975 (Ausgleichszulage). Eine globale Sensibilisierung für die Situation der Berggebiete ist besonders für Österreich als Bergland von großer Bedeutung.

Die Kulturlandschaften in den Berggebieten sind stark von der Landwirtschaft geprägt. Sie bestehen aus einer Vielzahl von Elementen wie Siedlungen, Dörfern, Wirtschafts- und Wohngebäuden, Wiesen, Weiden, Äcker, Almen, Obstbäumen, Waldstücken, Einzelbäumen und Baumgruppen, Feldbegrenzungen und Wegen, Terrassierungen, Weidetieren, aber auch Wildtieren und -pflanzen, Gewässern etc. die insgesamt ein Bild der Kulturlandschaft ergeben. Dominant ist in der heutigen Zeit im Berggebiet das Grünland und der Wald. Die Kulturlandschaften wurden bei der Berglandwirtschaft im historischen Zeitablauf vor allem durch eine nachhaltige Entwicklung mittels einer standortgerechten Bewirtschaftung bestimmt, d.h. durch eine Bewirtschaftungsform, die natur- und sozialverträglich ist und die dauerhafte Erhaltung oder Herstellung der Lebensgrundlagen auch für zukünftige Generationen sicherstellt. Die Kulturlandschaft in ihrer sozioökonomischen, kulturellen und naturräumlichen Dimension ist die wesentlichste Basis für den Tourismus in Österreich, der ein wichtiges Element der nationalen Wirtschaftsentwicklung darstellt.

Kulturlandschaften entwickeln und verändern sich über die Zeit als Ergebnis des Zusammenwirkens sozioökonomischer, kultureller und naturräumlicher Faktoren. Sie sind daher nicht als statisches Gebilde zu begreifen, sondern sind, – anders als die fertigen Erzeugnisse der Konsumgüterfabrikation – in ständiger Veränderung begriffen (Hovorka 1998, 15).





Blick von einer Almweide ins Tal

Foto: Georg Wiesinger

Die Produktion von Lebensmitteln und regionstypischen Qualitätsprodukten hat in der Relation zu anderen gesellschaftlichen Aufgaben eine abnehmende Bedeutung. Die Aufgaben reichen von der Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft, der Gefahrenabwehr (Schutz vor Erosion, Lawinen, Muren, Steinschlag, Hochwasser) über den Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität und Artenvielfalt bis zur Erfüllung der Mindestbesiedlungsfunktion, der Aufrechterhaltung des sozialen und

wirtschaftlichen Lebens und der regionalen Kultur, der Bereitstellung von Verkehrs- und Freizeitinfrastruktur und der Basis für den Tourismus. Die Berglandwirtschaft ist auch für den Schutz des Waldes und die Bewirtschaftung der Almflächen von größter Bedeutung.

Das österreichische Berggebiet ist allerdings seit langem keine reine Agrarregion mehr, sondern ein voll integrierter Lebens- und Wirtschaftsraum, in dem 36% der österreichischen Bevölkerung leben und dessen geographische Besonderheiten nicht zu einer Separierung in wirtschaftsstruktureller Hinsicht führen. Große wirtschaftliche Bedeutung hat, vor allem im westlichen und südlichen Teil des Berggebietes, der Tourismus (im besonderen der Wintertourismus). Hier werden jedoch teilweise bereits Ressourcen bedrohende Nutzungsdichten erreicht. Vor allem in den Alpentälern wachsen die ökologischen Belastungen infolge der räumlichen Konzentration zahlreicher Raumansprüche (z.B. Transitverkehr, touristische Nachfrage, Bevölkerungszuwächse und Siedlungsflächennachfrage) stark an (OECD 1998).

Die langfristige Sicherung von Umwelt und Kulturleistungen sowie der ländlichen Entwicklung im Berggebiet bedarf aufgrund der vielfältigen Nutzungsansprüche und Aufgaben des Berggebietes (Lebens- und Wirtschaftsraum für die einheimische Bevölkerung, Ergänzungs- und Erholungsraum für die Bevölkerung Österreichs außerhalb des Berggebietes und großer Teile Europas, Erhaltung des besonders sensiblen alpinen Ökosystems und der natürlichen Ressourcen) nicht nur einer adäquaten Agrarpolitik und Agrarstrukturpolitik sondern erfordert auch die Einbettung räumlich orientierter Sektorpolitik in integrierte Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raumes (Hovorka 1998 und 2004, OECD 1998).

Die ungünstigen natürlichen Voraussetzungen der Bergbauernbetriebe – vor allem jene mit hoher Erschwernis – kommen durch die starke Hangneigung der landwirtschaftlichen Flächen, die kürzere Vegetationsdauer, extreme Witterungsverhältnisse, schwache Ertragslage aufgrund geringer Bodenbo-

nität und den Mangel an alternativen Produktionsmöglichkeiten zum Ausdruck. Dazu kommen häufig ungünstige innere und äußere Verkehrsverhältnisse und eine teure Infrastruktur.

Das aus der Bodenproduktion, Tierhaltung und Forstwirtschaft erzielbare Einkommen der Bergbauernbetriebe liegt weit unter jenem der Nichtbergbauernbetriebe in Österreich. Mit zunehmender Bewirtschaftungerschwernis wird der Einkommensabstand größer (Hovorka/Reichsthaler/Schneeberger 1999; Hovorka 2004, 74). Die für die Erhaltung des Lebens- und Wirtschaftsraumes im Berggebiet unverzichtbare Bewirtschaftung durch die Landwirtschaft ist daher ohne öffentliche Zuschüsse bei vielen Bergbauernbetrieben nicht möglich. In Österreich besteht ein nationaler Konsens über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Berggebiet und in den Sonstigen Benachteiligten Gebieten für die Gesamtgesellschaft und über das Ziel, die Land- und Forstwirtschaft in diesen Gebieten auch in Zukunft zu erhalten (Hovorka 2001, 27 und 2004, 25).



## 4. Agrarpolitischer Rahmen

### 4.1 Die Phasen der Agrarpolitik seit 1945

Analysiert man die Agrarpolitik in Österreich seit 1945, so können einzelne Phasen unterschieden werden. Die Berglandwirtschaft hatte in diesen Phasen als Adressat der Agrarpolitik manchmal mehr und manchmal weniger Bedeutung und die Auswirkungen der Agrarpolitik auf die Berglandwirtschaft waren daher auch verschieden. Im Wesentlichen lässt sich die Agrarpolitik in folgende fünf Phasen einteilen (Hovorka/Hoppichler, 2006, 702ff):

- ◆ *Wiederaufbau, Stabilisierung und Intensivierung (1945 – 1960)*  
Das Hauptziel der Agrarpolitik in dieser Phase war vor allem die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades. Die expansive Agrarentwicklung verursachte in Summe aber relativ wenige politische Probleme, da ein Großteil der Mehrproduktion am Markt abgesetzt werden konnte.
- ◆ *Intensivierung unter Angebotsdruck (die 1960er)*  
Die Produktivitätssteigerung und die Industrialisierungstendenzen wurden auch in den 60er Jahren, nicht zuletzt zusätzlich durch den Förderungsapparat unterstützt, fortgesetzt („Wachsen oder Weichen“). Für die Agrarpolitik wurden die technokratischen Ideen, die vorwiegend von Agrarökonomen vertreten wurden, entscheidend.
- ◆ *Die differenzierte Agrarpolitik (1971-1987)*  
Die Programmatik der SPÖ Alleinregierung bzw. der Koalition SPÖ/FPÖ zielte primär auf eine Differenzierung der Agrarförderung, die bisher ohne Unterscheidung zwischen Berggebieten und Gunstlagen und ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen verteilt wurde, und deshalb vorwiegend den agrarischen Gunstlagen bzw. den Großbetrieben zugute kam. In der Folge wurde das Bergbauernsonderprogramm initiiert, das neben Infrastrukturmaßnahmen vor allem eine Direktförderung für Bergbauernbetriebe in der Form des so genannten Bergbauernzuschusses vorsah. Ideologisch wurde der bestehenden Mischung aus traditioneller Bauerntumsideologie und technokratischem Ansatz in den 70er Jahren ein neuer Ansatz in Form der funktionalistischen Agrartheorie hinzugefügt.
- ◆ *Die ökosoziale Agrarpolitik (1987-1995)*  
Mit dem Wiedereintritt der ÖVP in die Regierung im Rahmen einer großen Koalition übernahm der Bauernbund auch wieder die weitgehende Alleinverantwortung für die Agrarpolitik. Angesichts der großen Probleme am Marktordnungssektor und da man gleichzeitig eine offensive Vorgangsweise für neue Ausgleichsmaßnahmen am Agrarsektor anstrebte, war man auf der Suche nach neuen Ansätzen und Ideen. Diesbezüglich war die funktionalistische Agrartheorie sehr hilfreich und wurde zu ihrer Hochblüte entwickelt. Ingesamt handelt es sich bei der ökosozialen Programmatik, wie sie sich in den Agrarmedien darstellt, um eine Mischung und Vermischung aus Bauerntumsideologie und funktionalistischer Agrartheorie mit den Inhalten der Ökologiebewegung (Krammer 1995). Auch wurde der Beitritt Österreichs zum EG-Binnenmarkt verstärkt zum zentralen Anliegen der Außen- und Wirtschaftspolitik, sodass man zusätzlich ein positives Angebot für Bauern brauchte. Der Bergbauernzuschuss wurde in dieser Phase

weiter ausgebaut und auf Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis ausgedehnt. Die Förderung der biologischen Landwirtschaft wirkte sich für die Berglandwirtschaft ebenfalls sehr positiv aus.

◆ **Österreich als Mitglied der Europäischen Union (seit 1995)**

Der angestrebte EU-Beitritt Österreichs (Beitrittsantrag im Jahr 1989) bestimmte bereits zu einem großen Teil die Agrarpolitik in Österreich zu Ende der 80er Jahre und vor allem in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Alle neuen Maßnahmen wurden hinsichtlich ihrer EU-Kompatibilität überprüft und das Agrarfördersystem und die Agrarmarktpolitik so weit wie möglich bereits an die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU angepasst. Im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit in der EU und die EU-Marktordnungen wurden 1994 bereits die Düngemittelabgabe und die Verwertungsbeiträge bei Getreide abgeschafft sowie die Viehbestandsobergrenzen erhöht. Hinsichtlich des Ziels einer ökosozialen Agrarpolitik wurden diese Änderungen von der Agraropposition als falsches Signal kritisiert.

Mit der Übernahme der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU wurde der nationale Spielraum für die Agrarpolitik stark eingeengt. Der EU-Beitritt brachte eine Neuverteilung der Kompetenzen und der Kosten des Fördersystems zwischen EU, Bund und Ländern. Die Bundesländer werden durch das Landwirtschaftsgesetz stärker zur nationalen Finanzierung der Agrarförderungen herangezogen. Die Agrarpolitik seit dem EU-Beitritt beruht im Marktbereich vor allem auf den EU-Marktordnungen und den damit zusammenhängenden nationalen Quoten und Ausgleichszahlungen. Die Eckdaten wurden in den Beitrittsverhandlungen festgelegt, die Finanzierung erfolgt fast ausschließlich aus dem EU-Budget, der nationale Spielraum ist gering. Die 2. Säule, die seit der Agenda 2000 auch so genannt wird, ist die Agrarstrukturpolitik. In diesem, von der EU kofinanzierten Bereich besteht ein wesentlich größerer Gestaltungsspielraum der Mitgliedsstaaten, der von Österreich auch in sehr umfassenden Sinn zur Abfederung der negativen Auswirkungen des Beitritts für die Landwirtschaft genutzt wurde (Krammer/Hovorka 2006, 491). Vor allem das agrarische Umweltprogramm ÖPUL und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sind hier zu nennen. Beide Maßnahmen tragen seit dem EU-Beitritt wesentlich zum Einkommen der Landwirtschaft bei. Sie sind für die Berglandwirtschaft die wichtigsten Förderungen, bei vielen Bergbauernbetrieben die Haupteinkommensquellen.

## 4.2 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU

Der EU-Beitritt Österreichs bedeutete auch im Bereich der Agrarpolitik die Übernahme des Rechtsbestandes der EU. Die Agrarpolitik stellt innerhalb der EU einen von den am stärksten durch EU-Bestimmungen reglementierten Bereich dar (Krammer 2005, 80).

Bereits der Gründungsvertrag der EWG aus dem Jahre 1957 beschäftigt sich mit der Landwirtschaft und legt die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik und eines einheitlichen Agrarmarktes fest. Der hohe Grad der Vergemeinschaftung der Agrarpolitik in der EU bedeutet auch, dass fast die Hälfte des EU-Budgets (2005: 46%) für den Agrarbereich aufgewendet wird (BMLFUW 2006, 270). Dieses Ausmaß sowie die Verteilung der Mittel wird vielfach kritisiert (Reichert 2006).

Seit der GAP-Reform von 1999 (Agenda 2000) kann die Agrarpolitik der EU im Wesentlichen in zwei Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeteilt werden: in die Marktordnungsmaßnahmen und in die Politik der ländlichen Entwicklung (Agrarstrukturpolitik). Die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten erfolgt einerseits direkt (bei den Marktordnungsmaßnahmen – EU-Finanzierung) und andererseits mittelbar durch Erstellung von mehrjährigen Programmen auf Basis der EU-Rahmenregelung (ländliche Entwicklungsprogramme – Kofinanzierung). Ergänzend besteht die Möglichkeit für nationale Agrarförderungen (nationale Finanzierung), die allerdings als nicht wettbewerbsverzerrend eingestuft werden müssen und durch die EU-Kommission zu notifizieren sind (Krammer 2005, 81).

### Ausgleichszahlungen der Agrarmarktpolitik (1. Säule)

Seit der Reform 1992 werden in der EU-Direktzahlungen immer stärker zum Ausgleich von Preissenkungen und als Instrument der Einkommensförderung eingesetzt, sodass im Jahr 2005 von der EU bereits 33 Mill. Euro dafür aufgewendet wurden. Diese ausschließlich über das EU-Budget finanzierten Agrarzahungen waren bis zur Umsetzung der GAP-Reform 2003 im Jahr 2005 auf die Hektar und die Tierzahl eines Betriebes bezogen und werden seit 2005 zum überwiegenden Teil als Betriebsprämien gezahlt. Daraus folgt, dass große Betriebe hohe Förderungen, kleine Betriebe hingegen nur wenig Geld erhalten. Diese seit langem kritisierte ungleiche Verteilung führte dazu, dass im Jahr 2005 im Durchschnitt der EU 82% Betriebe nur 15% der Förderungen erhielten, jedoch an der Spitze der Förderpyramide die 1,4% größten Betriebe 29,5% aller Gelder lukrierten. In Österreich ist die ungleiche Verteilung weniger ausgeprägt als im Durchschnitt der EU.

**Tabelle 8: Verteilung der Marktordnungsförderungen nach Förderklassen in der EU25 (2005)**

Förderklasse in €	EU Durchschnitt		Österreich	
	Anteil an Betrieben in %	Anteil an Fördersumme in %	Anteil an Betrieben in %	Anteil an Fördersumme in %
bis 5.000	81,5	15,4	68,1	26,1
5.000 – 50.000	17,2	55,2	31,7	68,9
über 50.000	1,4	29,5	0,2	5,0

Quelle: EU-Kommission 2006, eigene Berechnungen

Österreich hat sich im Rahmen der GAP-Reform 2003 gegen das Regionalmodell (Fördersumme einer Region dividiert durch Förderfläche einer Region) entschieden und ab 2005 das Modell der einheitlichen Betriebsprämie eingeführt. Bei diesem Modell werden die meisten Ausgleichszahlungen gemäß historischen Förderansprüchen (Besitzstandwahrung) zur Betriebsprämie zusammengefasst und von der tatsächlichen Produktion entkoppelt. Die EU-Vorschriften verlangen ergänzend die Einhaltung von Umwelt- und Tierschutzauflagen (Cross Compliance). Die Modulation (= Reduktion) der Fördersumme von 5% je Betrieb wirkt ab 5.000 € Zahlungsanspruch und wird für die ländliche Entwicklung verwendet. Die Bauern und Bäuerinnen erhielten mit dieser Reform einen größeren Spielraum bei der Bewirtschaftung, allerdings wird mit diesem Modell die ungleiche Verteilung der Förderungen und damit der Einkommenschancen zementiert. Die Förderdaten für 2005 bestätigen diese Annahme. Auch wird es in Zukunft schwierig werden, den SteuerzahlerInnen zu vermitteln, dass ein Betrieb z.B. im

Jahr 2011 Förderungen erhält, deren Anspruch sich auf eine Situation vor 10 Jahren bezieht und nicht auf die aktuelle Bewirtschaftung und Leistung für die Gesellschaft.

### **Programm ländliche Entwicklung (2. Säule)**

Im Gegensatz zu den Maßnahmen der 1. Säule werden diese Förderungen von den Mitgliedsstaaten kofinanziert. Obwohl die Bedeutung dieses Bereiches in der EU langsam zunimmt, waren 2005 in der EU nur 14% der Agrarausgaben dafür budgetiert. In Österreich hingegen hat dieser Bereich bereits seit vielen Jahren einen großen Stellenwert (Bergbauernsonderprogramm seit 1972, Grüner Plan), der mit dem EU-Beitritt 1995 noch ausgebaut wurde. Die Budgetausgaben des Programms für die ländliche Entwicklung liegen in Österreich mit jährlich einer Milliarde Euro deutlich über den Ausgleichszahlungen aus der Marktordnung. Der Anteil am gesamten Agrarbudget (EU, Bund, Länder) liegt bei 43%, der Anteil an den Direktzahlungen bei 58%. Diese agrarpolitische Strategie Österreichs ist für die Agrarstruktur und die Rahmenbedingungen der Landwirtschaft in Österreich (hoher Anteil Berggebiete etc.) zielführend. Die budgetär wichtigsten Maßnahmen sind das Agrarumweltprogramm ÖPUL (62%) und die Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete AZ (26%). Innerhalb vom ÖPUL liegt die Förderung des Biolandbaus mit 96 Mill. € hinter der Grundförderung und der Begrünung von Ackerflächen an dritter Stelle. Der Großteil der Biobetriebe sind Bergbauernbetriebe. Allerdings ist das Programm Ländliche Entwicklung in der Realität fast ein ausschließliches Programm für die Landwirtschaft, bei dem der Anteil an Förderungen an dem auch NichtlandwirtInnen beteiligt sind, sehr gering ist (Tamme 2004, 5).

Im neuen Programm (Periode 2007 – 2013) musste aufgrund der EU-Vorgaben die Grundförderung in der bisherigen Form gestrichen und das Budget für das ÖPUL deutlich reduziert werden. Dennoch bleiben ÖPUL und AZ die zentralen Maßnahmen des neuen Programms und sind auch weiterhin die zentralen Förderungen für die Berglandwirtschaft. Mehr Gewicht werden in Zukunft Investitionsförderungen und Bildungsmaßnahmen erhalten (BMLFUW 2006a). Allerdings wurden die Möglichkeiten einer stärkeren Modulation der Förderungen nach der Betriebsgröße nicht genutzt und die ungleiche Verteilung der Geldmittel bleibt daher aufrecht.

### **Nationale Maßnahmen und das österreichische Landwirtschaftsgesetz**

Nach der österreichischer Bundesverfassung sind die Angelegenheiten der Landwirtschaft Landessache bis auf jene Bereiche, für die das Bundesverfassungsgesetz (B-VG) bzw. einfache Gesetze mit verfassungsgesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich Bundeskompetenz vorsieht (Krammer 2005, 77). Die offizielle Definition der Ziele der Agrarpolitik des Bundes ist im Landwirtschaftsgesetz 1992 (in der geltenden Fassung) festgelegt (BMLFUW 2006b, 312ff). Die Agrarpolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des BMLFUW. Der EU-Beitritt Österreichs brachte eine Kräfteverschiebung zugunsten des Bundes mit sich, da die Bestimmungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und ein Großteil der Agrarförderungen über den Bund (mittels der Agrarmarkt Austria) umgesetzt werden und daher für die Bundesländer nur mehr ein geringer Spielraum bleibt. Ein aktuelles Beispiel für eine nationale Förderung im Agrarbereich ist die Agrardieselerückvergütung. Dabei handelt es sich um ein 50 Millionen Euro Budget für die Mineralölstuerrückvergütung ab dem Jahr 2005. Die Förderung erfolgt je Hektar Fläche, differenziert nach Grünland, Ackerland, Zuckerrüben etc (BMLFUW 2006b, 114).



## 5. Einkommen und Förderungen der Berglandwirtschaft

### 5.1 Die längerfristige Einkommensentwicklung

Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Bergbauernbetriebe hat sich von 1981/82 bis 2001/02 nominell verdoppelt, wobei knapp mehr als die Hälfte der Zunahme bis zum EU-Beitritt stattgefunden hat.<sup>10</sup> Allerdings hat sich die Zusammensetzung des Einkommens aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen (Preissenkungen und deren Ausgleich durch Direktzahlungen, Übernahme der EU-Agrarpolitik, wachsende Bedeutung von Agrarumwelt- und Bergbauernförderung) stark in Richtung Förderungen verschoben (Hovorka 2007).

Da die Milchwirtschaft für die Bergbauernbetriebe einen wichtigen Produktionsbereich darstellt, soll am Beispiel des Milchpreises gezeigt werden, dass der Einkommenszuwachs nicht über die Produktion erwirtschaftet werden konnte. Der Milchpreis (ohne Mehrwertsteuer) betrug im Jahr 1981 28,6 € je 100 kg. Er lag im Jahr 2002 nur um 8% höher als 1981.

**Tabelle 9: Die langfristige Einkommensentwicklung der Bergbauernbetriebe im Vergleich zu den Nichtbergbauernbetrieben**

Je Betrieb	1981/82 in €	1991/92 in €	2001/02 in €
<b>Bergbauernbetriebe:</b>			
Landw. Einkommen	10.656	15.6110	21.678
Erwerbseinkommen	14.336	20.265	29.463
Öffentliche Gelder	1.069	3.500	16.208
<b>Nichtbergbauernbetriebe:</b>			
Landw. Einkommen	17.137	21.489	22.556
Erwerbseinkommen	19.317	27.171	33.315
Öffentliche Gelder	k.A.	3.132	14.465
Einkommensrelation (LW) der Nichtbergbauern zu Bergbauern	161%	138%	104%

Anmerkung: Landw. Einkommen ist das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft inkl. Öffentl. Gelder; Erwerbseinkommen ist das Landw. Einkommen plus dem außerlandwirtschaftlichen Einkommen.

Quelle: diverse Grüne Berichte des BMLFUW, Hovorka 2007, 29

Von Interesse für die Einschätzung der Einkommensentwicklung bei den Bergbauernbetrieben ist auch die Entwicklung in der Relation zu den Nichtbergbauernbetrieben. Die Nichtbergbauernbetriebe hatten in den letzten 20 Jahren einen nominellen Zuwachs des Erwerbseinkommens von 72% und konnten auch real einen Einkommenszuwachs erzielen. Allerdings ist dieser Zuwachs – ausgehend von einem höheren Niveau – deutlich geringer als bei den Bergbauernbetrieben. Daraus folgt, dass sich die Situa-

10. Mit dem Jahr 2003 wurde die Methode der Einkommensberechnung für den Grünen Bericht signifikant umgestellt, so dass ein längerfristiger Vergleich nur bis 2002 sinnvoll ist. Der Durchschnitt der Jahre 2003, 2004 und 2005 wird in Folge für den aktuellen Vergleich nach BHK-Gruppen verwendet.



tion der Bergbauernbetriebe in diesem Zeitraum relativ verbessert hat. Bei den Bergbauernbetrieben begründet sich die relative Annäherung an das Einkommen der Nichtbergbauernbetriebe in den letzten Jahren vor allem durch den Anstieg der Bergbauernförderung und durch die intensive Teilnahme am Agrarumweltprogramm.

Im längerfristigen Vergleich ist aus statistischen Gründen nur ein Vergleich der Einkommensentwicklung des Durchschnitts der Bergbauernbetriebe mit dem Durchschnitt der Nichtbergbauernbetriebe möglich. Aber die Bergbauernbetriebe mit hoher Erschwernis liegen weit unter dem Durchschnitt. Diese Unterschiede sind in der aktuellen Einkommenssituation im folgenden Unterkapitel dargestellt.

## 5.2 Die aktuelle Einkommenssituation

Die Höhe des Deckungsbeitrages<sup>11</sup> in der land- und forstwirtschaftlichen Produktion ist stark von der natürlichen Bewirtschaftungerschwernis gemäß BHK-Punkten abhängig. Im Mittel erreichten die Bergbauernbetriebe (Durchschnitt 2003-2005) nur 72% des Deckungsbeitrages der Nichtbergbauernbetriebe. Bergbauernbetriebe mit extremer Erschwernis (BHK-Gruppe 4) erreichten im Durchschnitt nur 41% des Deckungsbeitrages der Nichtbergbauernbetriebe. Beim landwirtschaftlichen Einkommen und beim Erwerbseinkommen sind diese Unterschiede aufgrund der höheren öffentlichen Gelder der Bergbauernbetriebe (vor allem der Ausgleichszulage) deutlich geringer. Daraus folgt, dass die aufgrund der natürlichen Erschwernisse bestehenden ökonomischen Nachteile durch die gezielte Förderung zum Teil ausgeglichen werden konnten (Hovorka 2007).

**Tabelle 10: Das Einkommen der Bergbauernbetriebe je Betrieb nach BHK-Gruppen (Durchschnitt 2003-2005)**

	DB	Landw. Einkommen	Öffentliche Gelder	Erwerbseinkommen
BHK-Gruppe 1	87	93	103	91
BHK-Gruppe 2	73	87	105	88
BHK-Gruppe 3	61	95	117	84
BHK-Gruppe 4	41	76	117	76
Bergbauern	72	89	108	87
Berggebiet	74	90	103	87
Nichtbergbauern	100	100	100	100

Anmerkung: Der Index lautet Nichtbergbauernbetriebe = 100

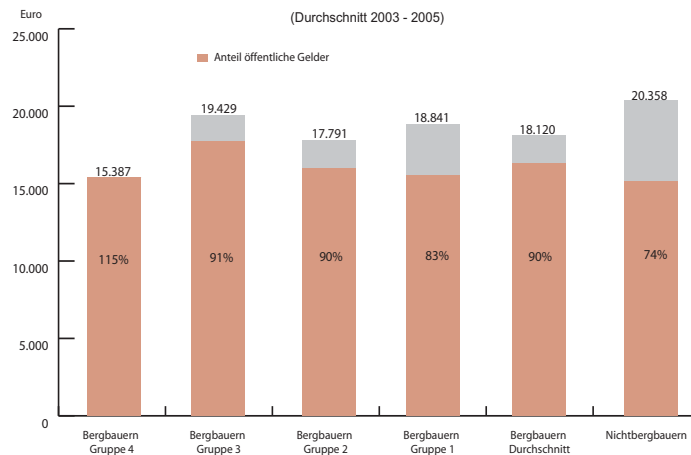
Quelle: LBG 2004, 2005 und 2006; eigene Berechnungen

11. DB (Jahresdeckungsbeitrag) = Erträge Boden, Tier, Forst (jeweils inkl. direkte öffentliche Gelder) abzüglich des variablen Aufwandes.

### 5.3 Die Förderungen der Berglandwirtschaft

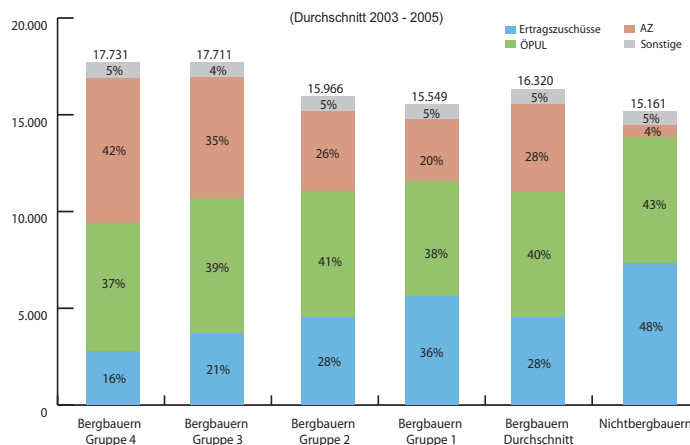
Der Anteil der öffentlichen Gelder (ÖG) am Einkommen je Betrieb steigt mit wachsender Erschwernis. Während dieser Anteil bei den Nichtbergbauernbetrieben im Durchschnitt 2003-2005 74% umfasst, im Durchschnitt der Bergbauernbetriebe bei 90% liegt, übersteigt dieser Anteil bei den Bergbauernbetrieben mit extremer Erschwernis mit 115% sogar das landwirtschaftliche Einkommen, d.h. bei den extremen Bergbauernbetrieben ist ohne Berücksichtigung der öffentlichen Gelder der Aufwand höher als der Ertrag der land- und forstwirtschaftlichen Produktion. Diese Produktion ist allerdings die Voraussetzung für die öffentlichen Gelder.

**Abbildung 5: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft je Bergbauernbetrieb nach Erschwernisgruppen (2003 – 2005)**



Quelle: eigene Berechnungen

Die Zusammensetzung der Förderungen ist bei Bergbauernbetrieben und Nichtbergbauernbetrieben sehr unterschiedlich. Während die Nichtbergbauernbetriebe 48% ihrer öffentlichen Gelder als Marktordnungszahlungen erhalten, sind es im Durchschnitt der Bergbauernbetriebe nur 28% und bei der BHK-Gruppe 4 nur 16% (Durchschnitt 2003 – 2005). Für die Bergbauernbetriebe sind die Förderungen aus dem Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums von zentraler Bedeutung (vor allem AZ und ÖPUL). Bei den Bergbauernbetrieben mit extremer Erschwernis haben ÖPUL und AZ gemeinsam bereits einen Anteil von 80%. Dementsprechend hoch ist auch der Anteil von ÖPUL und AZ mit 92% am landwirtschaftlichen Einkommen.

**Abbildung 6: Zusammensetzung Öffentliche Gelder je Bergbauernbetrieb (2003- 2005)**

Quelle: eigene Berechnungen

## 5.4 Die Verteilung des Förderkuchens

Da die Fördersumme je Betrieb vor allem von der Größe der Förderfläche abhängig ist (und dem früheren Viehbesatz), können kleinere Betriebe nur wenig Fördermittel lukrieren. Es kommt betrieblich gesehen zu einer sehr ungleichen Verteilung der Direktzahlungen (BMLFUW 2006, 118). An diesen Umstand hat auch die Agrarreform mit der Einführung der Betriebsprämie im Jahr 2005 nichts geändert.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 2,4 Milliarden Euro an Förderungen für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet, davon sind 1,9 Milliarden Euro direkt an die Bauern und Bäuerinnen überwiesen worden. Die Direktzahlungen laut INVEKOS stiegen um 11 Millionen Euro auf 1,6 Milliarden Euro an.<sup>12</sup> Im Maßnahmenjahr 2005 wurde im Rahmen von INVEKOS an 148.612 Betriebe eine Gesamtsumme durchschnittlich 10.701 Euro je Betrieb (plus 310 Euro je Betrieb im Vergleich zum Vorjahr) bezahlt.

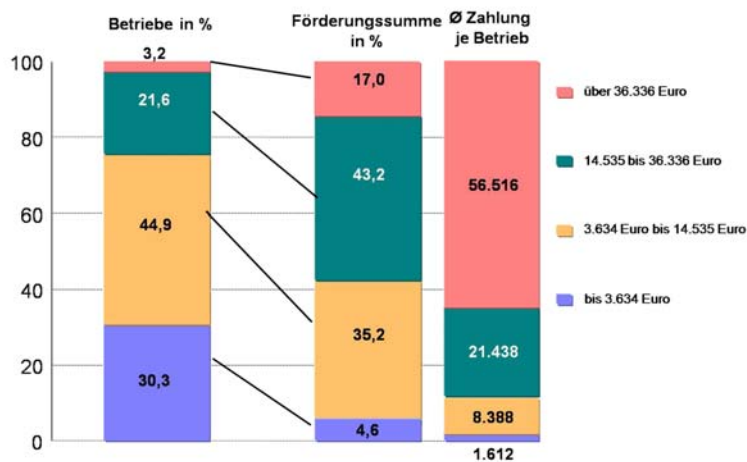
Die tatsächliche Verteilung wich stark vom Durchschnittswert ab. Die Betriebe in den Förderklassen bis 3.634 Euro je Betrieb hatten einen Anteil von 30% an allen Betrieben und erhielten nur 5% der gesamten Fördersumme. Diese Betriebe bewirtschaften 10% der landwirtschaftlich genutzten Flächen. Ihre durchschnittliche Förderung betrug 1.612 Euro je Betrieb. Nur 3% aller geförderten Betriebe lagen in einer der Förderkategorien über 36.366 Euro je Betrieb. Im Durchschnitt bekamen diese Betriebe 56.516 Euro je Betrieb. Sie bewirtschafteten 15% der Flächen und hatten einen Anteil von

12. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Marktordnungszahlungen, die ÖPUL-Mittel und die Ausgleichszulage (AZ) für Benachteiligte Gebiete. Die sonstigen Maßnahmen der Ländlichen Entwicklung (z.B. Investitionszuschuss, Niederlassungsprämien, Artikel 33-Maßnahmen) von 128 Millionen Euro sind nicht enthalten.

17% der Fördermittel. Das entspricht mehr als dem dreifachen Anteil der Fördersumme der Betriebe in der unteren Förderkategorie. 609 Betriebe erhielten aufgrund ihrer Flächenausstattung jeweils über 72.673 Euro (entspricht dem umgerechneten Schillingbetrag von einer Million) an Direktzahlungen. Von diesen Betrieben lagen 51% in Niederösterreich und 30% im Burgenland. Sie erhielten zusammen 75 Millionen Euro an Direktzahlungen (BMLFUW 2006, 118; Hovorka 2006, 31). Die ungleiche Verteilung auf Basis der Betriebsgröße wirkt sich auch auf die Bergbauernbetriebe stark aus, da 80% der Bergbauernbetriebe unter 20 ha landwirtschaftliche Fläche je Betrieb (ohne Berücksichtigung der Almen) bewirtschaften (BMLFUW 2006b, 195).

### Abbildung 7: Verteilung der Direktzahlungen 2005

in Österreich (1.590,4 Millionen Euro: MO, ÖPUL, AZ)



Quelle: Hovorka 2006

## 5.5 Exkurs: Ausgleichszulage für Benachteiligte Gebiete (AZ)

Auf Grund der naturbedingten Bewirtschaftungsnachteile für die Land- und Forstwirtschaft im Benachteiligten Gebiet in Österreich, insbesondere im Berggebiet, und ausgehend von der relativ kleinstrukturierten Landwirtschaft sowie dem hohen Anteil an Nebenerwerbsbetrieben haben in Österreich spezielle Direktzahlungen zur Förderung der Berglandwirtschaft eine lange Tradition. Mit der Einführung des Bergbauernsonderprogrammes 1972 wurde in Österreich bereits sehr früh mit einer Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung und einem Bündel von Förderungsmaßnahmen ein regionaler Schwerpunkt für das Berggebiet gesetzt. In diesem Programm war bereits die produktionsneutrale Direktzahlung „Bergbauernzuschuss“ des Bundes als Betriebsprämie enthalten. Für den Bergbauernzuschuss ab 1972 galt: je höher die Bewirtschaftungerschwernis und je geringer das Einkommen eines Bergbauernbetriebes desto höher war die Fördersumme. Der stark sozial orientierte Bergbauernzuschuss wurde in den 1980er und 1990er Jahren ausgebaut (höhere Fördersummen, Ausweitung des Bezieherkreises) und um eine Flächenprämie erweitert. Bereits in den 1970er Jahren begannen auch die Bundesländer Bewirtschaftungsprämien an Bergbauernbetriebe zu bezahlen und diese Prämien in den folgenden Jahren auszubauen (Hovorka 2004, 31).<sup>13</sup>

## Die Ausgleichszulage im Zeitraum 1995 – 2000

Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) inklusive der Agrarstrukturpolitik der EU übernommen. Auch die bisherigen Direktzahlungen für Bergbauernbetriebe wurden daher durch die EU-Fördermaßnahme für Benachteiligte Gebiete (Ausgleichszulage) ersetzt. Gemäß Beitrittsvertrag („Wahrungsklausel“) wurde die Ausgleichszulage durch eine Nationale Beihilfe für eine Übergangsperiode von 10 Jahren (bis einschließlich 2004) für jene Bergbauernbetriebe ergänzt, die aufgrund des EU-Fördersystems keine oder eine geringere Förderung (Bergbauernzuschuss plus Bewirtschaftungsprämien der Länder) als vor dem EU-Beitritt erhalten hätten. Obwohl mit dem EU-Beitritt die Fördermittel für diesen Maßnahmenbereich um fast 73 Mio € erhöht wurden, wären vor allem die kleineren Bergbauernbetriebe mit hoher Bewirtschaftungsschwernis und niedrigem Einkommen ohne der Nationalen Beihilfe die Hauptverlierer des neuen Systems gewesen (Hovorka 2001, 72).



Hochtal

Foto: Roland Neissl

Die Ausgleichszulage wurde in Österreich in den Jahren 1995-2000 in Form einer jährlichen Zulage gewährt und je Fördereinheit (GVE bzw. ha) nach dem Grad der Bewirtschaftungsschwernis gestaffelt. Basis der Feststellung der Bewirtschaftungsschwernisse eines Betriebes waren die fünf Erschwerniskategorien (vier Bergbauernkategorien und eine Basiskategorie). Die Differenzierung der Förderungshöhe nach Erschwerniskategorien, d.h. je höher die Bewirtschaftungsschwernis,

desto höher war der Förderbetrag je Fördereinheit, war eine wesentliche Bestimmung für die insgesamt sehr positive Wirkung der Ausgleichszulage (Hovorka, 2004, 31.f). Allerdings spiegelte die Differenzierung der Förderhöhe die unterschiedlichen Erschwernisbedingungen nicht ausreichend wider.

13. Der Bergbauernzuschuss des Bundes betrug im Jahr 1981 im Durchschnitt 414 € je Betrieb für insgesamt 57.561 geförderte Bergbauernbetriebe (Knöbl 1987, 46f). Die Bewirtschaftungsprämien der Bundesländer betragen 1981 ca. 180 € je Betrieb. Der Bergbauernzuschuss stieg bis zum Jahr 1994 auf 989 € je Betrieb für insgesamt 85.806 geförderte Bergbauernbetriebe an. Im gleichen Jahr betragen die Bewirtschaftungsprämien der Bundesländer ca. 430 € je Betrieb.

## Die Ausgleichszulage im Zeitraum 2001 - 2006

Die Ausgleichszulage verzeichnete in der Förderungsperiode 1995-2000 auch unter dem Gesichtspunkt der Multifunktionalität der Benachteiligten Gebiete (vor allem Berggebiete) einige Defizite. Im Rahmen des Programms für die ländliche Entwicklung wurde ab 2001 die Ausgleichszulage daher neu gestaltet. Sie wurde gemäß den Vorgaben der EU in eine reine Hektarprämie umgewandelt. Es wurde ein Flächenbetrag 1 für 6 ha Förderfläche (Sockelbetrag) je Betrieb neu eingeführt und die bisherige Ausgleichszulage in geänderter Form als Flächenbetrag 2 bezahlt. Die Gesamtfördersumme wurde nochmals um fast 73 Mio. € erhöht. Die Neugestaltung der Maßnahme brachte – im Gegensatz zur Ausgestaltung 1995 – vor allem den kleineren Betrieben mit hoher Bewirtschaftungerschwernis Vorteile.<sup>14</sup>

Als Ziele der Ausgleichszulage für die Förderperiode 2001 – 2006 wurde festgelegt (BMFLUW 2006, 53):

- ♦ Gewährleistung des Fortbestandes der landwirtschaftlichen Bodennutzung und somit Erhaltung einer lebensfähigen Gemeinschaft im ländlichen Raum;
- ♦ Beitrag zur Aufrechterhaltung der Besiedelung und nachhaltigen Bodenbewirtschaftung auch unter den ungünstigen Standortbedingungen mit erheblichen naturbedingten Nachteilen in den betreffenden Gebieten;
- ♦ Anerkennung der von diesen Betrieben im öffentlichen Interesse erbrachten Leistungen für ihren Beitrag zu Erhalt und Pflege der Infrastruktur, zum Schutz vor Naturgefahren und zur Schaffung grundlegender Voraussetzungen für Erholung und Tourismus.

Die Höhe der Ausgleichszulage wird seit 2001 mit Hilfe einer Formel berechnet und ist von folgenden Faktoren bestimmt (Hovorka 2004, 38):

- ♦ Ausmaß der Bewirtschaftungerschwernis (gemessen in Berghöfekataster-Punkte), d.h. je höher die Erschwernis, desto höher die Förderung je ha;
- ♦ Art der ausgleichszulagenfähigen Fläche (höhere Förderung für Futterflächen);
- ♦ Art des Betriebes (Betriebstyp „Tierhalter“ hat höhere Förderungen);
- ♦ Ausmaß der ausgleichszulagenfähigen Fläche.

Innerhalb der Förderperiode 2001 – 2006 sind die jährlichen Förderdaten sehr stabil (leichte Abnahme der Anzahl der geförderten Betriebe), sodass die im Folgenden dargestellten Daten des Evaluierungsberichtes für das Jahr 2004 auch die Jahre davor und danach adäquat abbilden.

Im Jahr 2004 erhielten insgesamt 105.048 Betriebe eine Ausgleichszulage mit einer Gesamtfördersumme von 274,9 Mill. € (ohne Nationaler Beihilfe). Der Flächenbetrag 1 hatte im Durchschnitt einen Anteil von 31% an der Gesamtfördersumme, bei den Bergbauern der BHK-Gruppe 4 hingegen sogar

14. Aber auch bei den Nichtbergbauernbetrieben erhöhte sich die durchschnittliche AZ je Betrieb, allerdings nur geringfügig. Viele Bergbauernbetriebe mit geringer Erschwernis und Betriebe der Basiskategorie hätten durch die von der EU vorgeschriebene Umstellung von der GVE-Förderung (1,4 GVE/ha) auf die Hektarförderung im neuen Programm Förderungseinbußen hinnehmen müssen, dies wurde durch die Neugestaltung und die Aufstockung des Budgets verhindert.

von 47%. Die durchschnittliche Fördersumme steigt bei den Bergbauernbetrieben mit steigender Erschwernis je Betrieb und je ha Förderfläche stark an. Im Vergleich zum früheren System bis zum Jahr 2000 sind die Förderungsdifferenzen zwischen den Erschwernisgruppen deutlich größer geworden. Dies liegt vor allem an der Einführung des Flächenbetrages 1.

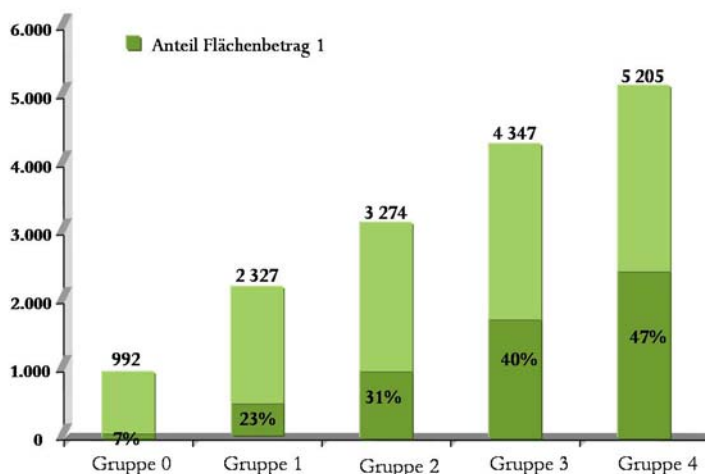
**Tabelle 11: Die Ausgleichszulage nach BHK-Gruppen im Jahr 2004**

	Anzahl der Betriebe	AZ gesamt in 1.000 €	AZ-Förderung je Betrieb in €	Anteil des FB 1 an Fördersumme in %	Anteil Betriebe mit AZ und NB in %	AZ je ha Förderfläche in €
Basiskategorie	32.110	31.730	988	7,3	18,1	84,5
BHK-Gruppe 1	22.543	51.529	2.286	22,7	2,5	140,5
BHK-Gruppe 2	30.107	96.918	3.219	30,7	4,8	191,2
BHK-Gruppe 3	13.224	57.716	4.365	40,0	4,7	283,2
BHK-Gruppe 4	7.064	36.964	5.233	47,0	5,0	387,8
Bergbauern	72.938	243.128	3.333	33,7	4,1	207,3
Berggebiet	76.789	243.215	3.167	32,7	4,9	197,2
<b>Österreich</b>	<b>105.048</b>	<b>274.858</b>	<b>2.616</b>	<b>30,7</b>	<b>8,4</b>	<b>177,5</b>

Anmerkung: In der Tabelle sind die Betriebe nicht enthalten, die ausschließlich die Nationale Beihilfe erhielten (8.180 Betriebe mit 2,8 Mio. €Förderung). Jene Betriebe mit Ausgleichszulage und Nationaler Beihilfe (8.788 Betriebe erhielten 2,5 Mio. € Nationale Beihilfe) sind in der Tabelle mit der Ausgleichszulage enthalten (ohne Nationale Beihilfe). Basiskategorie = durch die Ausgleichszulage geförderte Nichtbergbauernbetriebe.

Quelle: BMLFUW 2005, 58; Hovorka 2007

**Abbildung 8: Ausgleichszulage je Betrieb nach Erschwernisgruppen 2005**



Fördersumme 274,6 Mio. € an 104.400 Betriebe (im Durchschnitt € 2.631 je Betrieb)

Quelle: Hovorka 2007



Die Analyse der Entwicklung der Förderung seit dem EU-Beitritt zeigt einige Veränderungen auf. Seit 1995 hat die Anzahl der geförderten Betriebe um 17% abgenommen. Die Fördersumme ist mit der Neugestaltung im Jahr 2001 um 33% angestiegen und die Nationale Beihilfe hat seit dem Jahr 2000 massiv an Bedeutung verloren.<sup>15</sup> Das neue System ab 2001 brachte einen deutlichen Anstieg der Förderungen, der vor allem auf den Flächenbetrag 1 (Sockelbetrag) zurückzuführen ist. Im Vergleich zum früheren System setzt die Modulation seit 2001 später ein und ist wesentlich geringer. Dies gilt insbesondere für die Betriebe ohne bzw. mit geringer und mittlerer Erschwernis.

**Tabelle 12: Die Ausgleichszulage (AZ) inklusive Nationale Beihilfe (NB) im Zeitablauf**

	<b>Betriebe insgesamt (AZ und NB-Betriebe)</b>	<b>Anteil NB-Betriebe in %</b>	<b>Anteil Bergbauernbetriebe in %</b>	<b>Fördersumme in Mio €</b>	<b>Anteil NB an Fördersumme in % €</b>	<b>Anteil Bergbauern an Fördersumme in %</b>
1995	125.827	35,8	66,4	211,09	12,5	84,8
2000	116.735	31,8	66,4	200,45	9,7	84,8
2001	116.954	16,6	65,4	280,16	2,3	87,5
2004	113.228	15,0	65,0	280,30	1,9	87,4
2005	104.400	0	69,0	274,63	0	88,4

Anmerkung: NB-Betrieb sind alle Betriebe, die entweder ausschließlich oder ergänzend zur AZ eine Nationale Beihilfe erhielten.

Quelle: Hovorka 2004, 122f.; BMLFUW 2005, 56; BMLFUW 2006, 248;

Insgesamt spiegeln die Förderungsdifferenzen die unterschiedliche Erschwernis der Bewirtschaftung und des Beitrages zur Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft und der Aufrechterhaltung der Besiedelung etc. wesentlich besser wider als das frühere System. Die Hauptgründe dafür sind der neue Flächenbetrag 1, die bessere Berücksichtigung der Tierhalter (höhere Fördersätze für Tierhalter und für Futterflächen) und der Berghöfekataster als wesentliches Differenzierungsmerkmal der Bewirtschaftungserchwernis in der Förderhöhe. Die gezielte Förderung der Bergbauernbetriebe hat sich positiv auf das Einkommen der Bergbauernbetriebe, auf die Bewirtschaftung der Flächen und auf die Betriebserhaltung ausgewirkt.

### Ausblick der Ausgleichszulage für den Zeitraum ab 2007

Gemäß dem Entwurf des Programms für die Ländliche Entwicklung für den Zeitraum 2007 – 2013 (BMLFUW 2007) sind für die Ausgleichszulage in der nächsten Programmperiode inhaltlich und finanziell nur kleinere Anpassungen vorgesehen. Daraus folgt, dass diese Maßnahmen weiterhin einen wichtigen Beitrag für die Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung der Kulturlandschaft im Berggebiet und einen wichtigen Beitrag zum Einkommen der Bergbauernbetriebe leisten werden. Allerdings ist keine stärkere Modulation nach der Betriebsgröße vorgesehen, obwohl dies in der Zwischenevaluierung des vorherigen Programms und in der Ex-ante Evaluierung des neuen Programms vorgeschlagen wurde.

15. Die Nationale Beihilfe wurde aufgrund des Auslaufens der 10 jährigen Übergangsregelung (Wahrungsklausel) im Jahr 2004 zum letzten Mal gezahlt.



Eine solche Modulierung käme in höherem Ausmaß den kleinen und mittleren Betrieben mit hoher Erschwernis zugute.

## 5.6 Arbeitszeitbedarf und Förderungen

von *Oliver Tamme*

Die Berglandwirtschaft leistet im ländlichen Raum einen positiven Beitrag zur Beschäftigung. Demgegenüber bemerkenswert ist jedoch, dass abgesehen von Ansätzen<sup>16</sup> die Förderinstrumentarien der Agrarpolitik sich bislang blind gegenüber dem Kriterium „Arbeitskraft“ zeigen. Dies ist umso erstaunlicher, da knapper werdende Förderungsmittel eine höhere Treffsicherheit verlangen als in der Vergangenheit. Der notwendige Arbeitskraftbedarf ist eine objektivierbare Größe die zur Bemessung der Förderung herangezogen werden könnte. Damit könnte der „Arbeitsplatz Bauernhof“ gezielt gefördert und besser gesichert werden.<sup>17</sup>

### Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft

Die Beschäftigung im Agrarsektor weist einige Besonderheiten auf: Es dominieren Klein- und Mittelbetriebe im Familienbesitz. Beschäftigt sind hauptsächlich die Betriebsinhaber und deren Angehörige, wobei Teilzeitarbeit sowie zusätzliche Beschäftigung außerhalb des Betriebes häufig sind. Es besteht eine räumliche und funktionelle Einheit von Haushalt und Betrieb. Die saisonalen Arbeitsspitzen werden mit zusätzlichen Hilfskräften bewältigt. Der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte und davon wiederum der Anteil der regelmäßig beschäftigten Arbeitskräfte ist in Österreich traditionell von verhältnismäßig geringer Bedeutung. Die Bewirtschaftung folgt nicht nur den ökonomischen Rationalitäten sondern hat einen hohen ideellen Stellenwert. In der familiär geprägten Agrarstruktur Österreichs erfolgt die Betriebsaufgabe bzw. das „Auslaufen“ eines Betriebes überwiegend im Zuge des Generationenwechsels.

Der Arbeitskräftebestand in der Land- und Forstwirtschaft ist seit den 50er Jahren kontinuierlich gesunken. Dieser Rückgang ist bis zum Jahr 1980 besonders ausgeprägt gewesen. Erwerbs- und Einkommenskombinationen in der Land- und Forstwirtschaft verlangsamten diesen Trend und haben im Berggebiet und bei den Bergbauernbetrieben große Bedeutung. Mit dem Beitritt Österreichs zur EU und der damit verbundenen Übernahme der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ – GAP beschleunigte sich der Strukturwandel, der mit einem massiven Rückgang der beschäftigten Familienarbeitskräfte (FAK) einherging. Seit 1995 sind damit nahezu ein Fünftel der Beschäftigten verloren gegangen. Im Jahr 2005 waren noch rund 438.000 (rund 198.000 davon auf Bergbauernbetrieben) familieneigene Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Dabei sind die Abgänge der Beschäftigten in den Nicht-

---

16. Über die teilweise Abgeltung von höheren Arbeitskosten ist bei der EU-Ausgleichszulage implizit ein Beschäftigungsbezug gegeben.

17. In der Empfehlung „Arbeitsbedarf in der Landwirtschaft“ der § 7-Kommission an den Bundesminister werden Vorschläge und Umsetzungsmöglichkeiten zur Einbeziehung des notwendigen Arbeitseinsatzes als Kriterium der Förderbemessung angeregt (BMLFUW 2006a: 155).

Bergbauernbetrieben signifikant höher als jene der Bergbauernbetriebe. Der Arbeitskraftbesatz der Bergbauernbetriebe liegt deutlich über jenem der Nichtbergbauernbetriebe.

**Tabelle 13: Landwirtschaftliche Betriebe und Beschäftigte**

	1995	2005	Veränderung	
			absolut	in %
Betriebe Österreich	239.099	189.591	-49.508	-20,7
Bergbauernbetriebe	91.729	72.153	-19.576	-21,3
Familieneigene Arbeitskräfte <sup>1)</sup> Österreich	581.889	437.809	-144.080	-24,8
Familieneigene Arbeitskräfte -Bergbauern	245.958	198.313	-47.645	-19,4
nAK <sup>2)</sup> je 100 ha RLF Bundesmittel	9,01	6,14 <sup>3)</sup>	-2,87	-31,9 <sup>3)</sup>
nAK je 100 ha RLF Bergbauern	10,76	7,90 <sup>3)</sup>	-2,86	-26,6 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> haupt-, fallweise im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt oder im gemeinsamen Haushalt lebend;

<sup>2)</sup> LBG-Werte - nicht entlohnte Arbeitskraft (nAK) für 2004;

<sup>3)</sup> geänderte Definition der nAK (2004) dadurch ist der Arbeitskräfteinsatz statistisch stärker zurückgegangen als es den Daten der Statistik Austria entspricht.

Quelle: Statistik Austria 2006a, LBG diverse Jahrgänge

## Arbeitszeitbedarf

Der Arbeitszeitbedarf bzw. der Arbeitskräftebesatz in den Betrieben ist sehr unterschiedlich und hängt von vielen Faktoren ab. Die Betriebsform bzw. die jeweilige Intensität der Bodennutzung und Tierhaltung spielt eine Rolle. Aber auch das Ausmaß der Mechanisierung und die Hangneigung beeinflussen entscheidend den Besatz. Generell fällt der Arbeitskraftbedarf je Hektar mit der Betriebsgröße. In der Regel haben größere, intensiv wirtschaftende Betriebe auch effizientere, arbeitssparende Abläufe.

Nach der wirtschaftlichen Ausrichtung fällt besonders viel Arbeit in der Milchviehhaltung und Kälberaufzucht an. Die Mutterkuhhaltung ist hingegen arbeitsexensiv. Aber auch die Dauerkulturen (Wein, Obst und Gemüse) sind arbeitsintensiv. In der Veredelung macht die Aufzucht mehr Arbeit als die Mast. Der Ackerbau (kulturspezifisch unterschiedlich) und insbesondere der Getreideanbau sind hingegen wenig arbeitsintensiv.<sup>18</sup>

Für die Berglandwirtschaft sind die arbeitsaufwendige Grünlandbewirtschaftung und Rinderhaltung die wichtigsten Betriebszweige bzw. Einkommensquellen. Hinzu tritt die Hangneigung beim durch Mahd genutzten Dauergrünland als bestimmende Größe der aufzuwendenden Arbeitszeit. Beispielsweise haben Betriebe mit überwiegend Flächen von über 50 % Hangneigung einen fast dreifach höheren Arbeitszeitbedarf als Betriebe mit ebenen Flächen, da der Maschineneinsatz in steilen Lagen nur mehr sehr eingeschränkt möglich ist.

18. Handler/Stadler/Blumauer (2006a) haben Standardarbeitsverfahren und -zeiten für alle in Österreich gängigen Betriebszweige und -größen kalkuliert. Deren Berechnungen geben einen detaillierten Einblick in den Arbeitsaufwand der Landwirtschaft.

## Beschäftigungseffekte der Förderungen

Die Agrarförderungen bieten den landwirtschaftlichen Betrieben neben den Markterlösen einen kalkulierbaren Sockel an Einnahmen. Der Einkommenseffekt ist erheblich. Der Anteil der öffentlichen Gelder am Einkommen (Einkünfte nach LBG-Definition) machte 2004 im Durchschnitt aller Betriebe 15.678 Euro oder 81% je Betrieb aus.<sup>19</sup> Das entspricht 24% des Ertrages (LBG 2005a: 5-8). Umgelegt auf den Arbeitskraftbesatz zeigt sich ein schwach negativer Zusammenhang zwischen Höhe der Prämien und dem Arbeitskraftbesatz. Die höchsten Förderungen je nicht entlohnte Arbeitskraft (n-AK) erhalten die großen Marktfruchtbetriebe. Die Bergbauernbetriebe liegen bei der Förderung je n-AK unter dem Bundesschnitt. Dabei geben die Kleinstrukturiertheit und die relativ niedrige Intensität der bergbäuerlichen Betriebe, die sich in relativ niedrigem Arbeitskraftbesatz je Betrieb äußern, nur einen Teil der Benachteiligung wieder. Bemerkenswert ist auch, dass Bergbauernbetriebe beim Anteil des ÖPUL an den öffentlichen Geldern je Betrieb sogar leicht unter dem Bundesschnitt liegen. Umgekehrt haben große Marktfruchtbetriebe den höchsten Anteil daran.

**Tabelle 14: Förderungen je Betrieb und Arbeitskraft**

	Österreich		Bergbauernbetriebe		BHKP-Gr.4		Nichtbergbauern		Große Marktfruchtbetriebe <sup>1)</sup>	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Ertragszuschüsse										
Bodennutzung	3.340	21,3	931	5,7	-	-	5.719	37,8	19.192	47,6
Ertragszuschüsse										
Tierhaltung	2.656	16,9	3.643	22,5	2.751	15,4	1.681	11,1	876	2,2
Summe Marktord-										
nung	5.996	38,2	4.574	28,2	2.751	15,4	7.400	48,9	20.068	49,8
ÖPUL	6.481	41,3	6.458	39,8	6.799	37,9	6.505	43,0	18.363	45,5
AZ	2.576	16,4	4.523	27,9	7.670	42,8	652	4,3	604	1,5
Forst	46	0,3	66	0,4	172	1,0	26	0,2	18	-
Investitionen, Zins-										
zuschüsse	451	2,9	463	2,9	447	2,5	439	2,9	955	2,4
Sonstige	128	0,8	142	0,9	81	0,5	115	0,8	314	0,8
Summe Ländliche										
Entwicklung	9.682	61,8	11.652	71,8	15.169	84,6	7.737	51,1	20.254	50,2
Öffentliche Gelder/ Betrieb	15.678	100,0	16.226	100,0	17.920	100,0	15.137	100,0	40.322	100
Öffentliche Gelder/ n-AK <sup>2)</sup>	11.613		11.114		13.274		12.207		27.062	

<sup>1)</sup> 35.000 bis < 120.000 Euro GSDB

<sup>2)</sup> nicht-entlohnte Arbeitskräfte je Betrieb (n-AK)

Quelle: LBG 2005, eigene Berechnungen

19. Die Differenz gegenüber den INVEKOS-Daten lässt sich damit erklären, dass die Förderungen von den Buchführungsbetrieben stärker in Anspruch genommen werden als von Durchschnittsbetrieben.

## Conclusio

Trotz sinkendem Anteil am Bruttoinlandsprodukt und an der Gesamtbeschäftigung ist der Agrarsektor nach wie vor ein wichtiger Faktor der Beschäftigung im ländlichen Raum und im Berggebiet. Die klein strukturierte Bewirtschaftung, vor allem in Regionen ohne Erwerbsalternativen, leistet einen positiven Beitrag zum ländlichen Arbeitsmarkt. Dessen ungeachtet begünstigt die jetzige Förderausrichtung die flächenstarken, intensiv wirtschaftenden und wettbewerbsfähigen Betriebe. Zieladressaten der Fördermittel sollten der Bewirtschafter und die familieneigenen Arbeitskräfte sein. Die Grundlagen für einen Umbau des Fördersystems wurden mit der Studie des BMLFUW „Arbeitszeitbedarf in der Landwirtschaft“ bereits geschaffen. Längerfristig könnte der standardisierte, notwendige Arbeitseinsatz so als Basis für die Fördervergabe herangezogen werden.



## 6. Gesellschaftlicher Wandel im Berggebiet

### 6.1 Wertewandel in ländlichen Regionen

*von Georg Wiesinger*

Im Beziehungsgeflecht urbaner und ländlicher Räume haben vielfältige Prozesse zu ökonomischen, strukturellen und soziokulturellen Veränderungen geführt, die im Zuge der fortschreitenden Globalisierung dynamisiert wurden/werden und die natürlich auch substantielle Auswirkungen auf den Sektor Landwirtschaft hatten/haben. Diese meist von urbanen Ballungsräumen ausgehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse fanden und finden über die Massenmedien, veränderte Bildungs- und Arbeitsbiographien (Nebenerwerb), gestiegene Mobilität durch Ausbau der Infrastruktur sowie touristischen Austausch Einzug in ländliche Regionen, Dörfer und Bauernhöfe.

Der ökonomisch-strukturelle und der gesellschaftliche Wandel beeinflusst natürlich auch die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen auf den Bauernhöfen bzw. in den landwirtschaftlichen Haushalten. In den entlegenen, früher oft in sich geschlossenen und isolierten Dörfern alpiner Täler hat vor allem der in den 1960er Jahren einsetzende Massentourismus mit den damit verbundenen außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten und dem soziokulturellen Austausch mit den TouristInnen zu starken sozialen und kulturellen Veränderungen sowie einer gewissen gesellschaftlichen Öffnung geführt.

Die Produktionsform des bäuerlichen Familienbetriebes befindet sich in einem Spannungsfeld zwischen einer auf Profitmaximierung ausgerichteten Marktwirtschaft und einer auf Selbstversorgung und Nachhaltigkeit ausgerichteten Haushaltswirtschaft. In manchen Talschaften Westösterreichs und anderen peripheren Regionen hielt sich die Subsistenzorientierung als wesentliche Haushaltsstrategie noch bis nach dem 2. Weltkrieg, ehe sich die Betriebe im Rahmen des technisch-industriellen Fortschritts, der zunehmenden Marktintegration sowie der Liberalisierung der Agrarmärkte durch diverse Anpassungsmaßnahmen dem Wettbewerb stellen mussten. Einschneidend dabei war sicherlich auch der EU-Beitritt, der zu einem Abbau der Handelsschranken und damit zu einer drastischen Absenkung der Produzentenpreise führte, die die BäuerInnen zur Veränderung ihrer Handlungsstrategien zwang. Neben allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen gehören dazu einerseits die Spezialisierung auf bestimmte Betriebszweige bzw. Wirtschaftsweisen (biologischer Landbau), die Extensivierung bzw. Intensivierung der Produktion und die Ausweitung der Betriebsfläche, die Diversifizierung des Haushaltseinkommens (Erwerbskombination), andererseits aber auch die Optimierung der steigenden Direktförderungen. All diese Maßnahmen hatten nicht nur Auswirkung auf die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, sondern auch auf die Sozialstruktur in der Familie und den Dörfern.

Die bäuerliche Lebens- und Arbeitswelt unterliegt einem äußerst raschen und dynamischen Wandel, der noch nicht abgeschlossen ist. Alte, ständisch geprägte Leitbilder verlieren ihre Gültigkeit, und herkömmliche Entscheidungsstrategien erweisen sich als ineffizient, wenn nicht gar als kontraproduktiv. Tradiertes Wissen hat großteils seine Gültigkeit verloren, wodurch sich auch der Sozialstatus, das Berufsbild und der Umgang zwischen den Generationen ändern (Knöbl / Kogler / Wiesinger 1999).



Traditioneller Bänderzaun am Zirbitzkogel

Foto: Josef Krammer

Der Wertewandel führt bei der bäuerlichen Bevölkerung zu einer Anpassung bzw. Übernahme urbaner Wertevorstellungen, die die traditionellen bäuerlichen Werte wie Bodenverbundenheit, generationsübergreifendes Handeln, Arbeit, Religiosität als Werte- bzw. Orientierungsmuster veränderten bzw. ersetzten und die sich in der Angleichung der Lebensstile manifestiert (Dax 1993). Diese Wandlungsprozesse und Umstellungsstrategien im Spannungsfeld zwischen Tradition und

Moderne äußern sich auch in einer zeitlichen Dimension und im Zusammenspiel der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und Generationen. Beispielsweise war es noch vor nicht allzu langer Zeit undenkbar, den Betrieb nicht in der Familie bzw. der Verwandtschaft an die nächste Generation weiter zu geben. Betriebsaufgaben waren ein Tabuthema, die Auflassung des Hofes musste mit allen Mitteln verhindert werden, auch wenn damit horrenden Schulden oder Bankrott verbunden waren. Es galt als Schande, Faulheit oder als Verrat am Bauernstand, den Hof nicht mehr weiterzuführen, und Betriebsaufgaben wurden im Dorf entsprechend sanktioniert. Heute findet man eine derartige Tabuisierung eher bei der älteren Generation. JungbäuerInnen mit guter Ausbildung und entsprechenden Berufsoptionen betrachten eventuelle Krisensituationen auf Betrieben rationaler, analysieren das Für und Wider und geben die Bewirtschaftung auf, wenn eine Weiterführung des Hofes sinnlos erscheint (Groier 2004).

Auch der Lebenssinn stiftende Wert der landwirtschaftlichen Arbeit hat an Bedeutung verloren. Gründe dafür sind vor allem der hohe Anteil an NebenerwerbsbäuerInnen, die einen Großteil ihres Einkommens in nichtlandwirtschaftlichen Berufen erarbeiten und dabei mit anderen Berufsbildern, Lebensentwürfen und Freizeitbedürfnissen in Berührung kommen. Andererseits trägt auch die Technisierung und Mechanisierung der Bewirtschaftung dazu bei, die soziale Komponente der Arbeit zu reduzieren. Die Chemisierung der Landwirtschaft wiederum hat die Arbeitsplatzqualität insofern verschlechtert, dass traditionelles Wissen um die natürlichen Abläufe bezüglich Boden, Pflanzen und Tieren immer weniger gefragt ist, da Kreislauf orientiertes Wirtschaften von linearen, Chemie unterstützten Produktionsmethoden verdrängt wurde. Im Berggebiet verlaufen diesbezügliche Veränderungen aber eher gebremst, da die steilen Gründlandflächen mit niedrigem Ertragspotential eine geringe Kapitalproduktivität aufweisen und dadurch der Intensivierung gewisse Schranken auferlegen. Der biologische Landbau, der im Berggebiet seine weiteste Verbreitung findet, stellt in dieser Hinsicht

ein Gegenkonzept zur sich industrialisierenden Landwirtschaft und damit eine langfristige Strategie zur Sicherung der Landwirtschaft im Berggebiet dar.

Gläubigkeit und Religiosität sind in ländlichen Regionen großteils noch stark verankerte Werte, auch wenn im Rahmen der allgemeinen Säkularisierung der Gesellschaft bzw. der Transformation hin zu esoterischen Glaubenspraktiken auch hier die Auflösung traditioneller Bindungen vor allem bezüglich vorherrschender Religionen zu beobachten ist. Generell kann man sagen, dass die abnehmende Bindung an traditionelle bäuerliche Werte zusammen mit den sich verschärfenden Wettbewerbsbedingungen in der Landwirtschaft den Prozess des Wachsens und Weichens – die Auflassung kleinerer zugunsten weniger großer Betriebe – weiter beschleunigen werden.

Gegenläufig zu diesem Trend hat der diffuse Begriff „Bäuerlichkeit“ für viele Menschen aus der Stadt an Attraktivität gewonnen. Das gesunde, einfache Leben auf dem Land, Arbeiten mit und in der Natur und die soziale Einbettung im Dorfverband werden oft als idealtypische Lebensperspektive dargestellt. Sei es aus Sehnsucht nach einem Kontrapunkt, einem Gegenentwurf zur globalisierten, technisierten Welt, dem lauten, hektischen Stadtleben, sei es als Bedürfnis nach Lebenssinn und Natürlichkeit, sozialer Wärme, Langsamkeit, Überschaubarkeit oder romantischen Projektionen über das Alte, Gute aber Verlorene.

Derartige Orientierungen manifestieren sich einerseits in der Transformation bzw. Adaption und Integration alter bäuerlicher Werte als Teil alternativer, postmoderner Wertemuster, die wiederum Einfluss auf die praktizierten Lebensentwürfe und Lebensstile haben. Neben der großflächigen Suburbanisierung stadtnaher ländlicher Regionen ist diesbezüglich vor allem das Phänomen der so genannten „AussteigerInnen“ interessant. Meist urban geprägten Menschen, die sich vor allem in agrarisch instabilen, peripheren Regionen ansiedeln und in vielen Fällen auf unterschiedliche Art und Weise auch landwirtschaftlichen Aktivitäten nachgehen.

## 6.2 Arbeitswelt und Berufsbild

Das Berufsbild der BäuerInnen im Allgemeinen und BergbäuerInnen im Speziellen ist einem starken Wandel unterworfen. Ausschlaggebende Faktoren sind die massiven Veränderungen in der Landwirtschaft selbst, der allgemeine gesellschaftliche Wertewandel, der über die Massenmedien, den Tourismus und den außerbetrieblichen Nebenerwerb auch die entlegensten Höfe erreicht, sowie sich ändernde gesellschaftliche Erwartungshaltungen an diesen Berufsstand, die in unterschiedlichem Ausmaß von den BäuerInnen rezipiert werden.

Gesellschaftlich omnipräsent sind die BergbäuerInnen, die Berglandwirtschaft und die Almen in Österreich auch durch die Verwendung alpiner Symbole wie Edelweiß, Almen, knorrige Bergbauern und Berggipfel, die eine identitätsstiftende Wirkung aufweisen, bestimmte Wertevorstellungen transportieren und deswegen in Marketingkonzepten unzähliger Produkte und Dienstleistungen überaus „erfolgreich“ kommerzialisiert werden (s.a. Kirchengast 2005). Es entstehen, in Wechselbeziehung mit den BäuerInnen, Fremdbilder der Berglandwirtschaft, die von der Realität des Lebens im Berggebiet oft stark abweichen und gleichzeitig als Kulissen und Werbeträger knallharter Wirtschaftinteressen sowie Projektionsflächen urbaner Sehnsüchte fungieren. Gleichzeitig, in Interaktion mit den Fremdbil-



dern, verändert sich auch das Selbstbild der BäuerInnen, indem Teile dieser gesellschaftlichen Projektionen übernommen und in das Selbstbild integriert werden.

### Veränderungen der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt

Denkt man an die Berglandwirtschaft, so kommen vielen Menschen einerseits Bilder hart arbeitender Menschen in den Sinn, die BergbäuerInnen auf steilen Wiesen zeigen, wie sie mit Sensen das Gras mähen, es zu Schwaden zusammenrechen, auf Hieflern zu „Heumandln“ stapeln und im Winter mit Schlitten von den Heuhütten ins Tal transportieren. Noch ältere Fotos zeigen BäuerInnen, die mit Ochsen, Kühen, Pferden oder mit Hilfe des Seilzugs am Steilhang ackern oder den Mist mit Körben auf den steilen Wiesen ausbringen, um den steilen Hängen einen kargen Ertrag abzurufen.

Begibt man sich selbst ins Berggebiet, besucht Höfe und redet mit den Menschen, so werden die großen Umwälzungen der letzten 50 Jahre sichtbar. Auch wenn die Bewirtschaftung der steilen Bergwiesen und Weiden trotz allem technischen Fortschritt immer noch harte Arbeit ist, haben sich die Arbeitswelt und vor allem auch die verwendete Landtechnik der BergbäuerInnen in den letzten Jahrzehnten stark verändert.



Grassilage in Rundballen

Foto: Georg Wiesinger

Nach wie vor ist die Arbeit der BergbäuerInnen durch die oft extremen naturräumlichen Bedingungen wie steile Flächen, entlegene Almen und das raue Klima vergleichsweise hart. Die Modernisierung der Landwirtschaft durch spezielle Maschinen und der Ausbau der Infrastruktur haben zu wesentlichen Erleichterungen, aber auch Veränderungen in der bergbäuerlichen Arbeitswelt geführt. Sichtbar wird das z.B. durch die jedermann/frau bekannten bunten foliierten Grassilage-

ballen, die die Heumandln ersetzt haben, die modernen, geländegängigen Mähtracs und Bergtraktoren sowie die modernen Ställe und Milchkammern. Auch architektonisch hat sich viel verändert. Zwar sieht man in einigen Dörfern noch Ensembles alter Höfe, und vereinzelt sind sogar auch Ansätze moderner architektonischer Konzepte sichtbar. Vielerorts haben die Gebäude aber den nüchternen, gesichtslosen Stil der urbanen Wochenend- und Freizeithäuser angenommen oder fühlen sich, quer durchs Land, dem „Lederhosenstil“, einer westösterreichischen Bauernhöfen nachempfundenen Formensprache, verpflichtet. Auch wenn man über den architektonischen Wert und die landschaftlichen

Auswirkungen geteilter Meinung sein kann, ist diese Architektur, die ja auch im Tourismus große Verbreitung gefunden hat, eine authentische Abbildung des Wertewandels in ländlichen Regionen.

Obwohl sich die Berglandwirtschaft nach wie vor auf die wirtschaftlichen Standbeine - Milchvieh-/ Rinderhaltung und Forstwirtschaft - stützt, haben sich Betriebsstrukturen und die Art und der Ablauf der Arbeit stark verändert. Die strenge, hierarchische Arbeitsteilung zwischen Bauer und Bäuerin (früher auch Knechten und Mägden) ist vielerorts verschwunden bzw. hat sich verwischt, auch wenn von einer Gleichstellung von Frauen und Männern in landwirtschaftlichen Haushalten nicht die Rede sein kann und die Mehrfachbelastungen auf vielen Höfen die Arbeit für viele Frauen unattraktiv macht.

### Wandel in landwirtschaftlichen Haushalten

Die Sonderstellung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes gegenüber anderen Wirtschaftstreibenden charakterisiert sich – neben der Dominanz des Produktionsfaktors Grund und Boden – vor allem darin, dass am Hof der landwirtschaftliche Betrieb mit dem Haushalt eine Einheit bildet bzw. beide eng miteinander verschränkt sind; dass also Arbeiten und Leben auf den Höfen ungetrennt mit einander verschmelzen.

Die Subsistenzarbeit und die marktorientierte landwirtschaftliche Arbeit waren auf dem Bauerhof sowohl personell als auch wirtschaftlich miteinander stark verflochten. Diese Einheit besteht auf Familienbetrieben in unterschiedlichem Ausmaß noch immer, löst sich aber durch den landwirtschaftlichen Strukturwandel, die zunehmende Markteinbindung der Betriebe, die veränderten Arbeitsprozesse und Haushaltsstrategien sowie den gesellschaftlichen Wertewandel zunehmend auf. Arbeiteten Frauen, als „Ergänzung der männlichen Hauptarbeitskraft“ (Brüggemann, Riehle 2005), großteils im Innenbereich des Hofes (Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Altenpflege, Versorgung des Viehs, Produktveredelung etc.), so waren die Männer die Betriebsleiter und für den Außenbereich Landwirtschaft zuständig. Sie hatten nicht nur die Feldarbeit über, sondern waren auch dominante Repräsentanten des Hof und der Familie in der Dorfgesellschaft (Vereine, politische Aktivitäten). Diese Muster und Strukturen lösen sich aufgrund der schon erwähnten gesellschaftlichen und landwirtschaftlichen Veränderungen schon langsam auf.

### Änderung der Betriebsstruktur und Betriebsorganisation

Vor allem auf Grund des Einzugs betriebswirtschaftlichen Denkens sowie des agrarischen Strukturwandels kam es auf den meisten Höfen zu einer Transformation von der Versorgungsökonomie (Produktion vor allem für den eigenen Bedarf) zur Marktökonomie, wo die landwirtschaftlichen Produkte hauptsächlich am Markt verkauft und Dinge des alltäglichen Lebens zugekauft werden. Diese voranschreitende Marktintegration der landwirtschaftlichen Betriebe führte einerseits zu Arbeitsvereinfachungen durch Mechanisierung der Produktion, andererseits gingen wertvolle betriebliche Verarbeitungskapazitäten und betriebliches Know how verloren, und die Abhängigkeit von Verarbeitungs- und Handelsunternehmen stieg (zunehmender Preisdruck, schlechtere Preise).

Die Auflösung von Mehr-Generationenhaushalten, die Etablierung der klassischen Kernfamilie, veränderte Berufsbiographien potentieller Familienarbeitskräfte und vor allem das Ende des Gesindewesens führten zu einer Umorganisation und Umstrukturierung des landwirtschaftlichen Betriebes sowie des

gesamten landwirtschaftlichen Haushaltes. Zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels und zur Steigerung der Produktivität kam es zu verschiedensten Vereinfachungen der Betriebsstruktur bzw. Betriebsorganisation.

Ursprünglich unterhielten die meisten Bergbauernbetriebe mehrere Betriebszweige wie Milchproduktion, Rinderzucht, Rindermast, Schweinehaltung, Getreidebau und Forstwirtschaft, die aber zunehmend der Spezialisierung wichen. Der unrentable Getreidebau im Berggebiet verschwand völlig, die Milchviehhaltung wurde zum dominanten Betriebszweig. Gleichzeitig wurden arbeitsintensive Tätigkeiten minimiert und handarbeitsintensive Arbeitsabläufe durch die Mechanisierung der Produktionsabläufe mittels der Entwicklung spezieller Maschinen für das Berggebiet sowie den Einsatz von Betriebsmitteln vereinfacht. Im Laufe der Öffnung der Agrarmärkte, der Überproduktion agrarischer Güter und dem Sinken der Produzentenpreise kam es zusätzlich zur Extensivierung der Berglandwirtschaft. In eher ungünstigeren Produktionslagen wurde die arbeitsintensive Milchviehhaltung durch extensive, arbeitssparende Produktionszweige wie der Mutterkuhhaltung oder der Schafhaltung und die Lämmerproduktion ersetzt. Im Rahmen dieser Extensivierung des Grünlandes werden Grenzertragsflächen wie Hutweiden oder Almen aus der Produktion genommen und verwalden bzw. werden aufgeforstet (Groier 2004). In letzter Konsequenz kann es zur Auflassung des Betriebes kommen.

In den ertragsreicheren Lagen des Berggebietes fand eine Intensivierung vor allem der Milchproduktion statt. Die Milchmenge wird von immer weniger Betrieben mit immer leistungsfähigeren, aber gestressten Tieren erzeugt. Dadurch wird zwar der Arbeitsaufwand reduziert, aber wegen der ganzjährigen Stallhaltung und der immer größeren Kraftfuttermengen werden immer weniger Grünlandflächen genutzt. Das betrifft vor allem die ökologisch wertvollen extensiven Grünlandflächen, die als Hutweiden oder Almen ein attraktiver, wertvoller Bestandteil der (sub)alpinen Kulturlandschaften sind. Perspektivisch lässt sich sagen, dass innerhalb des Berggebietes eine Verschiebung der Milchproduktion vom extensiven Grünland in ertragsstärkere Grünlandregionen stattfindet, die in Zukunft negative Auswirkungen auf den Weiterbestand der Berglandwirtschaft, auf die Attraktivität der Kulturlandschaft und damit die Volkswirtschaft insgesamt haben wird.

### Der Einfluss der Direktzahlungen

Durch die fortschreitende Liberalisierung der Agrarmärkte hat eine Entkoppelung des landwirtschaftlichen Einkommens von der Produktion stattgefunden. Sinkende Preise für die Produkte und gleichzeitig steigende finanzielle Mittel zum Ausgleich der Einkommensverluste (Betriebsprämie) und zur Abgeltung ökologischer Leistungen haben Direktzahlungen zu einem dominanten Einkommensbestandteil gemacht. Es hat also ein Wandel von produktionsbezogenem zur dienstleistungsorientiertem Arbeiten und Einkommen stattgefunden. Die damit verbundenen aufwendigen Kontroll- und Regelungsmechanismen haben auf den Höfen zu einer Umgewichtung von der produktiven landwirtschaftlichen Arbeit zu administrativen Tätigkeiten geführt, worüber sich viele BäuerInnen beschwerten. Sie beklagen den erhöhten Arbeitsaufwand, eine Entwertung der bäuerlichen Arbeit (Wandel zu LandschaftspflegerInnen) sowie die zunehmenden Abhängigkeiten von staatlichen Förderungstöpfen. Die Freiheit, die viele BäuerInnen als gefährdet empfinden, war allerdings immer schon ein Mythos, der die wechselnde Abhängigkeit und Fremdbestimmung dieses Berufsstandes kaschierte (Unterordnung unter weltliche und geistliche Grundherrschaft, finanzielle Abhängigkeit durch gestützte Produzentenpreise,

Monopol des Raiffeisensektors, agrarpolitische Bevormundung durch die Interessenvertretung etc.). Es ist aber auch klar, dass diese teilweise sehr beachtlichen jährlichen finanziellen Zuwendungen seit dem EU-Beitritt 1995 vielen Betrieben erst die Möglichkeit schufen, arbeitssparende Investitionen wie Laufställe oder Maschinen zu tätigen, auch wenn sich das in vielen Fällen nicht rentiert.

### Ausbau der Infrastruktur

Ganz wesentlichen Einfluss auf die Arbeitswelt hatten natürlich auch verschiedene staatliche Aktivitäten zur Schaffung einer modernen Infrastruktur im Berggebiet (Güterwegebau, Telefon etc.) ab den 1970er-Jahren, die die Anbindung der oft sehr exponierten Berghöfe an regionale Strukturen erleichterte und die regionale Integration förderten. Gleichzeitig führte die verbesserte Mobilität zur Ausweitung des Nebenerwerbs sowie zu veränderten Berufsbiographien wegen besserer Bildungsmöglichkeiten. Auch die arbeitsintensive Bewirtschaftung der Almen konnte durch die bessere Erreichbarkeit vereinfacht werden und hat zur Stabilisierung der Almwirtschaft wesentlich beigetragen.

### Strategie Erwerbskombination

Vor allem kleine, unrentable Betriebe und mittelgroße Landwirtschaften an der Rentabilitätsschwelle mussten ihre Haushaltsstruktur verändern bzw. diversifizieren und erschlossen sich im Rahmen der Erwerbskombination lukrativere, nichtlandwirtschaftliche Einkommensquellen. Das reicht von den klassischen, unselbstständigen (Post, Bahn, Privatwirtschaft) und selbstständigen außerbetrieblichen Arbeitsplätzen (Gewerbebetriebe wie Gasthäuser, Tourismusbetriebe, Verarbeitungsbetriebe) bis hin zu betriebsgebundenen, nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten wie Zimmervermietung, kommunale Dienstleistungen sowie Verarbeitungs- und Direktvermarktungsaktivitäten, die die Sicherung eines befriedigenden Haushaltseinkommens bewerkstelligen. Übersteigen solche Aktivitäten die freien Arbeitskapazitäten, so kann es trotz aller Innovationsbereitschaft zu einer Überlastung der Bauernfamilie – und hier oft der unter Mehrfachbelastung leidenden Frauen – kommen (Groier 2004). Gerade im Berggebiet ist die Kooperation und Vernetzung der Bergbauernhöfe mit unterschiedlichen Tourismuseinrichtungen eine Erfolg versprechende Strategie. Die Direktvermarktung von Almspezialitäten und anderen selbst erzeugten Produkten an Gastronomiebetriebe und TouristInnen, Arbeitsplätze bei Seilbahn und Liftgesellschaften sowie Entschädigungszahlungen für Pisten und Loipen sind wichtige Einkommensbestandteile, die wesentlich zu einer langfristigen Sicherung der Bergbauernbetriebe beitragen können.

### Überbetriebliche Zusammenarbeit und regionale Integration

Eine andere erfolgreiche Strategie ist jene der überbetrieblichen Zusammenarbeit, dem Zusammenschluss von Höfen zur Senkung der Kosten und des Arbeitsaufwandes. Die Bildung von Einkaufsgemeinschaften für billigere Betriebsmittel, die Schaffung von Maschinenringen zur effizienteren Nutzung der teuren Spezialmaschinen sowie die Gründung von Gemeinschaftsställen und gemeinschaftlich genutzten Verarbeitungseinrichtungen (Käsereien, Schlachträume etc.) stellen weitere Anstrengungen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Einzelbetriebe im Berggebiet dar.

Da die Berglandwirtschaft mittels agrarischer Förderungen langfristig allein nicht gesichert werden kann, sind neben lokalen Betriebskooperationen vor allem regionale Kooperationen und Vernetzungen und Aktivitäten zielführend. Außerlandwirtschaftliche Zusammenarbeit von Höfen oder Verarbeitungs- und Vermarktungsinitiativen mit verschiedenen regionalen AkteurInnen wie der Gastronomie, Großküchen, Tourismuseinrichtungen, dem Kleingewerbe, regionalen Energieversorgern (z.B. Hack-schnitzel, Biogas) oder den Kommunen (Dienstleistungen) tragen wesentlich zur einer Konsolidierung bzw. Weiterentwicklung der Regionalwirtschaft bzw. regionaler Infrastrukturen bei. Letztendlich profitiert die ganze Region bzw. der regionalen Arbeitsmarktes und damit auch die Landwirtschaft.

Anders als in den agrarischen Gunstlagen verlief der Strukturwandel im Berggebiet in den letzten Jahren etwas moderater. Da die kleinen Höfe mit erschwerten Produktionsbedingungen und fehlender Kapitalproduktivität den Produktivitätswettbewerb nicht voll mitgehen konnten, wurden dadurch relativ umweltschonende Produktionssysteme aufrecht erhalten (extensive Grünlandwirtschaft, hoher Anteil an Biobetrieben). Auch aufgrund mangelnder außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und damit fehlender Einkommensalternativen zeigen die Bergbauerbetriebe bisher ein erstaunliches Beharrungsvermögen, das aber mit den nächsten Generationswechseln ernsthaft gefährdet ist.

### Berufsbild im Wandel

Das Berufsbild der BäuerIn bzw. das Image der Landwirtschaft waren schon immer einem starken Wandel unterworfen, wurden immer schon von den sich verändernden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst und sind zu einem hohen Ausmaß von Fremdbestimmtheit geprägt. Sei es durch die Grundherrschaft bis zur Grundentlastung 1848, später durch die Abhängigkeit der LandwirtInnen von ihrer Interessensvertretung und dem Raiffeisenmonopol und schließlich durch die massiven Direktzahlungen seit dem EU-Beitritt, die den Mythos der Unabhängigkeit des Bauernstandes endgültig in Frage stellen. Aus diesen Abhängigkeiten resultierten auch gewisse Berufsbilder, die den BäuerInnen meist von außen zugeordnet wurden.

So vielfältig wie die Landwirtschaft sind auch deren Image bzw. deren Berufsbilder. Vom mittelgroßen Bergbauernbetrieb im Haupterwerb, kleinen Subsistenz- bzw. Aussteigerhöfen, klassischen Nebenerwerbsbetrieben bis hin zu den industriell wirtschaftenden Geflügel- oder Schweinemastbetrieben in den agrarischen Gunstlagen spannt sich der Bogen. So transportiert die Agrarpolitik, aber auch die Werbewirtschaft eher Stereotype einer naturnahen, nichttechnisierten „heilen“ österreichischen Landwirtschaft, wobei die Bergbauern- und Biobetriebe als Positivbilder eingesetzt werden. Einerseits, um politische Strategien wie den EU-Beitritt, die Liberalisierung der Agrarmärkte oder die Sicherung der finanziellen Solidarität der Öffentlichkeit mit den BäuerInnen durchzusetzen. Und andererseits, um dieses positive Image auf die gesamte Landwirtschaft zu übertragen und es für entsprechende-Marketingkonzepte in bare Münze zu verwandeln.

Ebenso wie die positiven werden auch negative bzw. ideologisch gefärbte begriffliche Zuordnungen für landwirtschaftliche Betriebe eingesetzt. So setzen kritische KonsumentInnen oder Umwelt- und Tierschutz-NGOs zur Durchsetzung ihrer Anliegen die Landwirtschaft mit Begriffen wie „Umweltverschmutzer“ oder „Tierquälerei“ in Beziehung. Denken wir weiters an den abschätzigen Begriff der „tumben Bauern“ als Inbegriff ungebildeter Menschen in Rückgriff auf den unfreien Bauernstand zu Zeiten der Grundherrschaft; oder den „Bauern als Unternehmer“, einem agrarpolitischen Leitbild, das die

LandwirtInnen als betriebswirtschaftlich-unternehmerisch agierende ProduzentInnen für den Wettbewerb auf den liberalisierten Agrarmärkten fit machen sollte. Mit der betriebswirtschaftlich gesehen sinkenden Bedeutung der Produktion bei gleichzeitig zunehmender Abhängigkeit der BäuerInnen von den agrarischen Direktzahlungen tauchte häufig der Begriff „Landschaftspfleger“ auf, der immer noch sehr kontroversiell diskutiert wird. Viele BäuerInnen empfinden diese Bezeichnung als Entwertung ihrer Arbeit bzw. ihres Berufsbildes, obwohl sich die realen Gegebenheiten, vor allem die steigende Bedeutung ökologisch ausgerichteter Direktzahlungen sowie der zunehmende Einfluss des Umwelt- und Naturschutzes, für immer mehr Höfe in diese Richtung entwickeln. In diesem Zusammenhang wird auch des Öfteren die Bezeichnung „Förderungsoptimierer“ bzw. „Subventionsempfänger“ verwendet, in denen neben der berechtigten Kritik an der Verteilungswirkung der Förderungen zugunsten der großen, nicht unbedingt umweltfreundlichen Betriebe auch Unkenntnis und Neid mitschwingen. In all diesen Beispielen manifestiert sich die Notwendigkeit, diese Berufsbilder bzw. Images differenziert zu betrachten, da zwar hinter jedem Begriff ein Teil Wahrheit steckt, aber auch bewusst überzogene Klischees bezüglich dieses Berufsstandes verwendet werden, die die komplexen Realitäten dahinter verschleiern bzw. überdecken.

Das Selbstbild der BäuerInnen bzw. der Landwirtschaft wird durch Traditionen, eigenen Erfahrungen mit der landwirtschaftlichen Arbeit und externen Einflüssen, die durch Politik, Medien, veränderte Bildungs- und Arbeitsbiographien, Effekte des Massentourismus sowie Fremdbilder über die Landwirtschaft beeinflusst und determiniert. Obwohl sich der bäuerliche Wertekanon in den letzten Jahrzehnten stark verändert und sich an urbane Lebensstile angepasst hat, spielen bäuerliche Grundwerte wie Pflege und Weitergabe von Grund und Boden, Hof- und Dorfbauzentriertheit, Konservatismus und Gläubigkeit sowie vor allem die landwirtschaftliche Arbeit als zentraler sinnstiftender Faktor nach wie vor eine große Rolle. Dies sind teilweise auch Werte, die im grün-alternativen Milieu in adaptierter Form (zurück zur Familie, in die Dorfgemeinschaft, Arbeiten in der Natur, Regionalität etc.) eine gewisse Renaissance erleben (Groier 1999).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in den letzten 50 Jahren in der Berglandwirtschaft zu massiven gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüchen und Strukturveränderungen gekommen ist, die gravierende Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitswelt der landwirtschaftlichen Haushalte hatten und nach wie vor haben. Diese sozioökonomischen und soziokulturellen Veränderungen haben einerseits den agrarischen Strukturwandel beschleunigt, andererseits aber auch zu arbeitswirtschaftlichen Erleichterungen und einer gewissen soziokulturellen Öffnung in den bäuerlichen Familien und Dörfern geführt, die eine Teilhabe am modernen Leben fördert und eine zentrale Voraussetzung für eine langfristige Aufrechterhaltung der Berglandwirtschaft ist. In Zukunft wird das Berufsbild der BergbäuerInnen in verstärktem Ausmaß durch die neuen gesellschaftlichen Aufgabenstellungen und die damit verbundenen Kompetenzen (Natur- und Umweltschutz, Regionalmanagement, Marketing, Tourismus, EDV etc.), die sich die junge Generation aneignet, sowie durch weitere Angleichung an urbane Lebensstile bestimmt sein.



### 6.3 Frauen in der Landwirtschaft

von *Theresia Oedl-Wieser*

In ihrem Memorandum zum Thema Chancengleichheit stellten die Landwirtschaftsminister der EU im April 2002 fest, dass die Präsenz der Frauen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen weitgehender Verbesserungen bedarf und dass die Gemeinschaftspolitiken hier unterstützend mitwirken müssen. Im Sinne der Gender Mainstreaming Strategie der EU sind die einzelnen Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, ihre Verantwortung hinsichtlich der Erleichterung des Zutritts von Frauen zu Entscheidungspositionen im agrarischen Bereich wahrzunehmen. Die Sensibilität für Gleichstellung und Chancengleichheit ist im agrarpolitischen Setting in Österreich bis jetzt jedoch noch nicht sehr groß, es wird vielmehr davon ausgegangen, dass die Programme und Maßnahmen in diesen Politikfeldern beiden Geschlechtern zu Gute kommen, dass Frauen so zu sagen automatisch mitpartizipieren.



Bäuerin im Mühlviertel

Foto: Elisabeth Loibl

Bäuerinnen haben durch ihre Arbeit am Hof, Versorgungsarbeit in der Familie und durch ihr ehrenamtliches Engagement immer eine zentrale Rolle in der ländlichen Ökonomie und im sozialen Leben in den Dörfern, in der Gemeinde und in der Region gespielt. Obwohl dieses Engagement begrüßt und meist auch geschätzt wird, so hat sich doch die Position der Frauen in der lokalen und regionalen Öffentlichkeit wenig verändert.

Die Erwerbskombination und die externen Effekte der Landbewirtschaftung (z.B. Tourismus), sind wichtige Faktoren im Rahmen der ländlichen Entwicklung in Österreich. Viele Impulse und Innovationen sind in diesem dynamischen Prozess der Erwerbskombination und Diversifizierung von Bäuerinnen gekommen (Dax et al. 1995a, 1995b). Frauen sind, im Vergleich zu Männern, oft sensibler und zugänglicher für neue Ideen, Produkte oder alternative Methoden in der Landwirtschaft. Die niedrige Rate der Beteiligung in wichtigen agrarpolitischen Gremien allerdings und ihr Engagement in eher sozialen und Bildungsfragen zeugt davon, dass die Entscheidungen in der Agrarpolitik, in der ländlichen Entwicklungspolitik und bei den agrarischen Förderungen vornehmlich von Männern getroffen werden (siehe auch Teil 2 des Buches).

## Geschlechterordnung in der Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft manifestieren sich geschlechtliche Ordnungsstrukturen sowohl in staatlichen Institutionen (Gesetzgebung, Verwaltung) und Interessensorganisationen (Kammern, Sektorsozialität) als auch in der sozialen Institution des bäuerlichen Familienbetriebes. Wie viele feministische Studien<sup>20</sup> der vergangenen Jahre gezeigt haben, spielt der Staat, der nicht geschlechter-neutral sondern überwiegend patriarchal strukturiert ist und dementsprechend handelt, eine wichtige Rolle im Ermöglichen oder Verhindern von einer verstärkten Partizipation von Frauen im agrarpolitischen Bereich – vor allem auch in Führungspositionen. In dem er nämlich bestehende Strukturen und Praktiken unterstützt, die Frauen in ihren ökonomischen, rechtlichen, sozialen und persönlichen Chancen einschränkt und somit die männliche Dominanz in diesem Bereich sichert (Alston 2000, 521). Dies ist insofern problematisch, da der agrarische Diskurs in großem Maße einseitig verläuft (s.o. ländliche Entwicklungspolitik) da nicht das volle Spektrum der vorhandenen Expertise einfließt – aufgrund einer geringen Zahl von Frauen in agrarischen Führungspositionen. Aber nicht nur der Staat (Gesetzgebung, Bürokratie) reproduziert hegemoniale Männlichkeit und tradierte Geschlechterrollen, sondern auch die Interessenvertretungen, die (agrarischen) Medien, die Agrarstatistik sowie das land- und hauswirtschaftliche Ausbildungssystem (Oedl-Wieser 2006; Alston 2000; Schmitt 1997).

Die Struktur des bäuerlichen Familienbetriebes mit seiner geschlechterspezifischen Arbeitsverfassung und Hierarchisierung (Oedl-Wieser 1997; Brandth 2002; Rossier 2003; Goldberg 2003) ist neben den oben beschriebenen institutionellen Strukturen eine der wesentlichsten Orte der (Re-)Produktion der geschlechterspezifischen Machtverteilung und Positionen in der Landwirtschaft.

## Bäuerlicher Familienbetrieb – Ort patriarchaler Organisation

Das europaweite Modell des „bäuerlichen Familienbetriebes“: Diese dominante Form der Landwirtschaft ist dadurch charakterisiert, dass die Arbeit auf dem Hof von der bäuerlichen Familie geleistet wird und dass es keine Trennung von Arbeiten und Wohnen gibt. Es handelt sich dabei also um eine wirtschaftliche als auch um eine soziale Einheit. Innerhalb der bäuerlichen Arbeitsorganisation gab es seit jeher symbolisch und tatsächlich „typisch weibliche und typisch männliche Räume“ (Whatmore 1991). Erst im Zuge der Moderne mit der Herausbildung der öffentlichen und privaten Sphäre kam es zu einer Hierarchisierung der Arbeitsbereiche. Im patriarchalisch organisierten bäuerlichen Familienbetrieb arbeiten die Männer meist nur im Betrieb und in der Außenwirtschaft und beteiligen sich kaum an der Versorgungsarbeit, während die weibliche Arbeitssphäre sehr vielfältig und unbegrenzt ist<sup>21</sup>. Die Aufgabenverteilung wurde als die „natürliche“ Arbeitsteilung aufgrund von Geschlechterrollenzuweisungen angesehen. Frauen sind verantwortlich für die Versorgungsarbeit für Haushalt und Familie, ihre Arbeitskraft ist flexibel und anpassungsfähig und darum wird sie vielfach – auch in Statistiken – als Familienarbeitskraft oder Zuarbeiterin des Betriebsleiters bezeichnet. Diese oft als „Mithilfe“ bezeich-

20. Whatmore 1991, Alston 2000, O'Hara 1996, Shortall 1999, Brandth 2002, Goldberg 2003, Oedl-Wieser 1997

21. Bei dieser idealtypischen Form des bäuerlichen Familienbetriebes ist die außerlandwirtschaftliche Arbeit, der heutzutage schon viele Bauern und Bäuerinnen neben der landwirtschaftlichen Arbeit nachgehen, nicht mit einbezogen.



nete Arbeitsleistung der Frau in der Produktion und in der Außenwirtschaft ist jedoch für den Hof unentbehrlich (Oedl-Wieser 1997).

Darüber hinaus werden diese beiden Sphären gesellschaftlich unterschiedlich bewertet. Die produktive Sphäre auf dem Hof genießt mehr Ansehen als die Arbeit der Frauen im Schatten der Privatheit, die viel zu wenig beachtet wird. Dieses Paradoxon der gleichzeitigen Unsichtbarkeit und Notwendigkeit der Bäuerinnen in allen Sphären des bäuerlichen Familienbetriebes kann allgemein auch für die Konstruktion von Weiblichkeit gelten – als eine Art von Wichtigkeit, die keinen öffentlichen Ausdruck findet<sup>22</sup> (Goldberg 2003; Oedl-Wieser 2004a). In Wirklichkeit jedoch, sichern die Bäuerinnen durch ihre Arbeit in der produktiven Sphäre – sei es jetzt landwirtschaftlich oder außerlandwirtschaftlich – oftmals das Überleben des Familienbetriebes (O’Hara 1996, Shortall 1999) und stehen auch die so genannten Versorgungsleistungen in direktem Dienst der Produktion. Die soziale Konstruktion des Rollenbildes der Bäuerin verhilft dazu, das „gender regime“ auf den Betrieben zu konservieren und die Geschlechterordnung in der Agrarpolitik zu prolongieren.

### Weitervererbung landwirtschaftlicher Betriebe

Aber nicht nur die geschlechterspezifische Arbeitsteilung und die Bewertung der Arbeitsleistung bergen Benachteiligungen für Frauen in sich, sondern auch die Verfügbarkeit über die betrieblichen Ressourcen (s. Einleitung). In den überwiegenden Fällen heiraten Frauen auf den Betrieb ein und müssen sich an ein vorgegebenes Milieu anpassen (Oedl-Wieser 1997, 140ff). Nach österreichischer Erbsitte werden die Höfe meist noch immer patrilinear vererbt, das heißt, an die Söhne weitergegeben<sup>23</sup>. Töchter erben meist erst dann, wenn kein männlicher Erbe vorhanden ist oder die Söhne kein Interesse an der Übernahme zeigen. Ein weiterer Aspekt, der die geschlechterspezifische Arbeits- und Machtverteilung auf den Höfen verfestigt, liegt in der dual angelegten Ausbildungsschiene im landwirtschaftlichen Bereich – landwirtschaftliche Ausbildung für Männer, hauswirtschaftliche Ausbildung für Frauen. Denn auch nach der gesetzlichen Erbfolge wird der-/diejenige bevorzugt, welche(r) über die fundiertere landwirtschaftliche Ausbildung verfügt<sup>24</sup>.

Die interne Dynamik des landwirtschaftlichen Familienbetriebes ist also geprägt durch eine geschlechterspezifisch ausgerichtete (I) Arbeitsteilung, (i) Entscheidungsfindung, (ii) Bewertung bzw. Stellenwert der Arbeitsleistung sowie (iv) Kontrolle über die Ressourcen. Dem Bauern obliegt nach wie vor die Rolle des Entscheidungsträgers und jene des Repräsentanten nach außen (Alston 2000). In Anlehnung an Bourdieu (1983; 1991; 2005) kann argumentiert werden, dass Frauen aufgrund der ungleichen Verteilung von Ressourcen auf landwirtschaftlichen Betrieben im Vergleich zu Männern weniger

---

22. Die Arbeit als meist noch immer bestimmende Konstante im Leben der Bäuerin sprengt in ihren produktiven wie reproduktiven Tätigkeiten das Bild der bürgerlichen Frau. Die Arbeitsteilung der Moderne ist hier nicht in der bekanntesten Ausprägung aufzufinden. Ihr Arbeitsbereich geht über den Weiblichkeitsraum des Hauses hinaus (Goldberg 2003,13).

23. Die Zeitgemäßheit des Anerbenrechts, im Zuge dessen bei der Bestimmung des Anerbens der Mannesvorzug herrscht - wird im Lichte des Gleichheitssatzes und im Sinne einer gebotenen Gleichbehandlung schon seit den 1980er Jahren hinterfragt (Brauneder 1980, 64; Bäck 2005).

24. BGBl. 659/1989

Möglichkeiten haben, bei der Gestaltung und Veränderung des Betriebes mitzuwirken bzw. an Förderungen zu gleichen Teilen mit zu partizipieren.

Auch die EU Strukturpolitik beeinflusst die Geschlechterordnung in der österreichischen Landwirtschaft. So werden in der aktuellen Förderperiode des Programms zur Entwicklung des Ländlichen Raumes lediglich 3,3% des Gesamtbudgets für Diversifizierungsaktivitäten ausgegeben, wengleich bekannt war, dass in der vergangenen Periode dies vor allem den Frauen zugute kam. Bei der Einführung von Direktzahlungen im Rahmen der GAP dürften Geschlechterfragen kaum eine Rolle gespielt haben, obwohl sie eine massive Umverteilung von Ressourcen beinhalteten. Solange das Hofeinkommen von einem gemeinsam erwirtschafteten Produkt abhing, konnten Frauen legitim einen Teil ihres Arbeitswertes verlangen. Sobald das Einkommen allerdings nach Grundfläche bemessen wird und diese in den meisten Fällen den Männern gehören, verlieren Frauen hier eigentlich diesen Anspruch (Prügl 2005, 38, Braithwaite 2000). Es gibt dem zu Folge in der EU bis dato kaum eine Diskussion über die Verteilung von Fördergeldern zwischen Frauen und Männer in der Landwirtschaft und in der ländlichen Entwicklung.

### Inhaltsanalyse landwirtschaftlicher Medien

In ihrer Analyse landwirtschaftlicher Medien (1953 – 1994) unterscheidet Gamauf (2000, 52 ff) zwei Perioden mit unterschiedlichen Rollenbildern von Bäuerinnen: (i) Bäuerinnen sind verantwortlich für den Haushalt und die Versorgungsarbeit aufgrund ihrer „natürlichen“ Disposition (Familienfrau und Mutter) und (ii) die Diversifizierung der Tätigkeiten der Bäuerinnen als Reaktion auf die veränderte Situation in der Landwirtschaft. Vor allem in der ersten Periode stimmte dieses medial vermittelte Bild meist nicht mit der Realität überein, da Bäuerinnen immer sehr stark in das betriebliche Geschehen involviert waren. Durch die soziale Konstruktion dieses Rollenbildes wurden jedoch die Machtverhältnisse und die Ressourcenverteilung auf dem Hof zugunsten des Mannes in der Öffentlichkeit festgeschrieben und der patriarchal und hierarchisch organisierte bäuerliche Familienbetrieb prolongiert. Diese essentialistische Position hatte aber auch ökonomische Gründe, da die offizielle Agrarpolitik spezialisiertere Betriebe favorisierte und daher die Aktivitäten auf den Höfen reduziert werden sollten. Die Geschlechterhierarchie erstreckt sich über die Grenzen des Hofes hinaus, da viele der ehemals von der Bäuerin bewältigten Betriebszweige an die Industrie und an genossenschaftliche Einrichtungen abgegeben wurden, welche in der Regel unter der Führung von Männern standen (Gamauf 2000, 56).

In der zweiten Periode (1980 – 2000) werden die Aufgaben der Frauen vielfältiger und die produktiven Aufgaben der Frauen werden wieder stärker betont. Durch die ökosoziale und multifunktionale Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft wurde die Position der Frauen in dieser agrarischen Neuorientierung gestärkt. Gleichzeitig begann der Diskurs über eine stärkere Beteiligung der Frauen in Entscheidungsprozessen auf den Betrieben und in der Landwirtschaft allgemein. Allerdings, so stellte Gamauf fest, unterscheiden sich Frauen in ihrer politischen Beteiligung von Männern. Ihr Engagement hat sich eher im Bereich der Nachhaltigkeit und der ökologische Produktion situiert.

Als mögliche dritte Periode oder Entwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts können (iii) die „multiplen“ oder „cross-cutting“ Identitäten von Bäuerinnen in einer post-modernen Welt angesehen werden (Goldberg 2003, 224; Brandt 2002). Auf den landwirtschaftlichen Betrieben gibt es eine große Vielfalt an Lebens- und Arbeitsmustern von Frauen. Durch diese vielfältigen Perspektiven ergeben sich viele

neue Chancen und Impulse für Entwicklungen und sozialen Wandel in einer traditionellen Welt der Landwirtschaft. Rossier (2003, 16) folgert aus ihrer Untersuchung über Rollenmodelle in der Schweizer Landwirtschaft, dass sich starre Geschlechterrollen auf bäuerlichen Betrieben restriktiv auf die nötige Flexibilität und die Entwicklungsoption der Betriebe auswirken.

### Frauen in der Interessensvertretung

Der Anteil der Frauen beträgt in den Vollversammlungen der Landwirtschaftskammern im österreichischen Durchschnitt lediglich 14,2%. Den höchsten Anteil an weiblichen Kammerrät/-innen hat Oberösterreich mit über einem Viertel der Mitglieder. Weit abgeschlagen liegen Niederösterreich, Tirol und Wien mit einem Anteil von lediglich 8%. In den Landwirtschaftskammern der übrigen Bundesländer sind etwa um die 15% weibliche Kammerrät/-innen vertreten. Noch geringer ist mit 9% die Vertretung der Frauen in den Hauptausschüssen der Landwirtschaftskammern. Der Hauptausschuss ist als der zentrale Ausschuss zu betrachten, in dem die meisten wichtigen Entscheidungen fallen. In Anbetracht des hohen Anteils an weiblichen Betriebsleitern in Österreich (BMLFUW 2005) ist diese Verteilung zwischen Männern und Frauen in den Entscheidungsgremien der bäuerlichen Interessenvertretung sehr bedenklich.

In den österreichischen Landwirtschaftskammern gibt es nur männliche Präsidenten und unter den zwölf Vizepräsident/-innen befinden sich drei Frauen (Niederösterreich, Salzburg und Steiermark). In der Verwaltung der Landwirtschaftskammern zeigt sich, dass alle neun Kammeramtsdirektionen von Männern geleitet werden und unter den 65 Abteilungen nur 11 Abteilungsleiterinnen zu finden sind. Die von Frauen geleiteten Abteilungen sind vorwiegend mit den Bereichen Erwerbskombination, Diversifizierung, Bäuerinnen, Bildung, Beratung befasst. Alle produktionstechnischen Abteilungen (Pflanzenbau, Tierzucht) etwa werden von Männern geleitet. In den österreichischen Bezirksbauernkammern (Bezirksreferate, Außenstellen) ist der Anteil der Frauen in der Leitung und Geschäftsführung ebenfalls sehr gering. Unter den 80 BBK's sind lediglich 2 Bezirksbauernkammersekretärinnen zu finden (Neusiedl am See, Gmunden). Unter den 65 Obleuten gibt es eine Frau (Amstetten).

In die oberste Führungsebene des Raiffeisenverbandes ist bis jetzt keine Frau vorgedrungen.

### Erfahrungen von Frauen in der Politik für den ländlichen Raum

Die Erklärungsmuster für die weitgehende Absenz von Frauen in Gremien und Führungspositionen im agrarischen Bereich sind komplex. Die Gründe liegen einerseits im historischen Ausschluss der Frauen aus der institutionellen Politik und sind andererseits in der Geschlechterordnung in der Landwirtschaft begründet. Die enge personelle Verflechtung durchwegs männlicher Akteure in Gesetzgebung, Verwaltung, Interessenorganisationen (Landwirtschaftskammern, Sektorsolidarität) und die sichtliche Abgeschlossenheit dieses Systems für Frauen lassen auf die Zuschreibung einer „*hegemonialen Männlichkeit*“ im Agrarbereich schließen.

Im Zuge einer Studie (Oedl-Wieser 2006) wurden Österreich weit Frauen befragt, die in der Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklungspolitik aktiv mitgestalten. Sie haben sich sehr deutlich dazu geäußert, was sich ändern würde, wenn mehr Frauen in diesen Politikbereichen tätig wären. Die Aussagen können unter dem Motto zusammengefasst werden „Die Politik würde insgesamt lebensnaher

werden!“. Dieses Zitat spricht viele Aspekte an wie etwa, dass die Politik menschlicher werden würde, soziale Fragen mehr Gewicht bekommen würden und die Verteilungsgerechtigkeit viel weiter oben auf der politischen Agenda stehen würde. Kinder, Frauen und Familien sowie die Friedenssicherung würden nach Meinung vieler Befragter viel wichtiger werden. Es käme sozusagen zu einer Werteverchiebung – soziale Kompetenz versus neoliberale „Notwendigkeiten“.

Hinsichtlich des politischen Arbeitsstils von Frauen äußern sich viele Befragte, dass dieser im Vergleich zu den Männern effizienter, logischer, flexibler, konsensbereiter und toleranter sei. Frauen würden mit einer ganzheitlicheren und zukunftsorientierteren Sichtweise an politische Fragen und Probleme herangehen und die verfügbaren Finanzmittel in einer anderen Zielrichtung einsetzen. Manche der Befragten sind der Meinung, dass mehr Frauen in der Politik durch ihre „andere“ Herangehensweise (auch praktischer und einfacher) an Probleme die bisherige männerdominierte Politik ausgleichen könnten. Eine steigende politische Betätigung von Frauen wurde nach Meinung von einigen Befragten die Lebensqualität für die Menschen in den Regionen verbessern.

Als Gründe für die geringe Beteiligung der Frauen in der institutionalisierten Politik bewerten die Befragten vor allem das „familiäre Engagement von Frauen“, den „Zeitmangel“ sowie die „Männerdominanz in der Politik“ als am ausschlaggebendsten. In Hinblick auf eine Erhöhung der politischen Beteiligung von Frauen schätzen die Befragten die „bewusste Förderung von Frauen in politischen Parteien und Interessensorganisationen“ und die politische Bildung für die Jugend für sehr wichtig ein.

Um die Geschlechterordnung in der Landwirtschaft zugunsten der Frauen zu ändern und Frauen effektiv in die Agrarpolitik und in die ländliche Entwicklungspolitik einzubinden, sind Änderungen in der politischen Kultur und in der politischen Agenda notwendig. Weiters ist eine Öffnung der institutionellen Strukturen im Agrarbereich für Frauen unumgänglich. Dazu ist es aber unabdingbar, dass auch in der Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklungspolitik die tradierten Geschlechterbilder revidiert werden und Frauen als Akteurinnen im Agrarbereich aktiv gefördert werden und ihre Expertise als unentbehrlicher Beitrag für die Entwicklung der ländlichen Räume erkannt wird. Gleichstellungsorientierung in der Agrarpolitik und ländlichen Entwicklungspolitik muss von den Akteur/-innen in Politik, Verwaltung und Interessensvertretung als sozialer und ökonomischer Nutzen erkannt werden.

## 6.4 Jugend am Land – Beispiel Bergregion Murau

*von Thomas Dax und Ingrid Machold*

In vielen ländlichen Regionen ist der Spielraum für Jugendliche, ihr Leben jenseits traditionell etablierter und vertrauter Muster zu leben, relativ gering. Denn neben persönlichen Voraussetzungen werden die Entwicklungschancen und Handlungsspielräume der Jugendlichen durch soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflusst, die sich im regional recht unterschiedlichen und oft beschränkten Angebot an Bildungseinrichtungen, Lehrstellen und Arbeitsplätzen, aber auch durch ein striktes Werte- und Normensystem manifestieren (Machold/Dax 2002).

Eine umfassende Bewertung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen ist daher für die zentralen Entscheidungen der Jugendlichen maßgebend. Im Rahmen eines EU-Forschungsprojektes wurden ausführliche Gespräche mit Jugendlichen in sieben europäischen Studienregionen geführt. Die Jugendlichen kamen selbst zu Wort und beschrieben ihre Strategien, mit denen sie den Herausforde-

rungen des Übergangs ins Erwachsenenalter und den regionalen Rahmenbedingungen begegnen. Dabei geht es insbesondere darum, den Einfluss ländlicher Gebiete auf den Handlungsspielraum Jugendlicher auszuloten (Jentsch/Shucksmith 2002). In Österreich wurde die Studie im Bezirk Murau (Steiermark) durchgeführt, einer Bergregion, die durch ihre periphere Lage, wenig dynamische Wirtschaftsstruktur und durch starke Abwanderung bei gleichzeitig (noch) hoher Geburtenrate gekennzeichnet ist.

Murau liegt als naturräumlich relativ abgeschlossenes Gebiet abseits der Hauptverkehrsrouten und ist nur mangelhaft ans öffentliche Verkehrsnetz angebunden. Seit langem wird die periphere Lage als Hürde in der regionalen Entwicklung erfahren. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren zurückgegangen, insbesondere Jugendliche wandern aus der Region ab. Eine höhere Ausbildung wird von den Jugendlichen als wenig nützlich angesehen. Das allgemeine Bildungsniveau ist vergleichsweise niedrig, wobei auch in Murau die Problematik der frühen SchulabgängerInnen – ein gesamteuropäisches Problem – zum Tragen kommt.

### Der regionale Arbeitsmarkt – echte Chancen?

Die Einstellung zur Erwerbsarbeit ist bei den Jugendlichen durch eine hohe Arbeitsethik geprägt, ihre Bereitschaft bzw. die Notwendigkeit zu einem adäquaten Arbeitsplatz zu pendeln, ist dementsprechend hoch. Die hohe PendlerInnenquote ist vor allem auf die regionale Arbeitsmarktlage zurückzuführen, die durch eine beschränkte und auf bestimmte Bereiche konzentrierte Nachfrage an Arbeitskräften gekennzeichnet ist. Dies äußert sich insbesondere in geschlechtsspezifischen und branchenspezifischen Arbeitsmarktproblemen. Obwohl von fast allen InterviewpartnerInnen generell eine Knappheit an Lehrstellen beklagt wird, stellt sich die Situation für junge Mädchen noch verschärft dar. Zudem erscheint der regionale Arbeitsmarkt in weiten Bereichen als „jugend-unfreundlich“, was sich neben dem geringen Lehrstellenangebot auch im geringen Angebot an Arbeitsplätzen für MaturantInnen oder AkademikerInnen ausdrückt. Die Abwanderung der jungen, erwerbsfähigen Bevölkerung erfolgt aber nicht nur aus Murau, sondern auch in vielen anderen ländlichen Regionen. Vom Österreichischen Raumentwicklungskonzept 2001 (ÖROK 2002) werden dafür als Hauptgründe das geringere Ausmaß an Beschäftigungsmöglichkeiten, das niedrige Einkommen und das Fehlen von qualifizierten Tätigkeiten im Bereich des sekundären und tertiären Sektors genannt. Unter diesen Rahmenbedingungen ist es schwer „Karriere“ zu machen (ÖROK 2002, 134). Mobilität stellt dementsprechend vor allem für Jugendliche eine zentrale Voraussetzung dar, um die häufig räumlich recht weit entfernten Bildungs-, Berufs- und Freizeitangebote in Anspruch nehmen zu können (Dax/Machold 2002).

### Von den Erwachsenen ignoriert

Für die Jugendlichen sind aber nicht nur die Faktoren Ausbildung und ein geeigneter Arbeitsplatz dafür ausschlaggebend, wie sie ihre Lebensperspektive in einer Region sehen. Für viele besteht der Eindruck, dass geringe Einflussmöglichkeiten auf lokale und regionale (jugendrelevante) Entscheidungen ihre Teilnahme am öffentlichen Leben beschränken. Althergebrachte Handlungsmuster bestimmen das dörfliche Geschehen, was sich auch in öffentlichen Veranstaltungen und Zusammenkünften spiegelt. Es gibt zwar ein breites Angebot an etablierter Vereinskultur (wie Musikverein, freiwillige Feuerwehr, Sportvereine, Landjugend, katholische Jugend, etc.) und an volkstümlichen Veranstaltungen, die die Jugendlichen ins dörfliche Geschehen einbinden wollen. Darüber hinaus ist das Angebot an alternativen

Treff- und Sammelpunkten (Lokale, Kinos, Jugendtreffs, etc.), die für viele Jugendlichen deutlich mehr Anziehung haben, allerdings gering, weit verstreut und oft nur mit dem Auto erreichbar. Persönliches Engagement jenseits traditionell akzeptierter Strukturen wird für Jugendliche dadurch erschwert, dass sie von Erwachsenen nicht ernst genommen und vielfach mit Vorurteilen bedacht werden.

### **Ländliche Region – ein enges Heim**

Wie gehen nun Jugendliche mit diesem regional begrenzten Spektrum an Möglichkeiten um? Auf diese Frage sollte im Rahmen des EU-Projektes „Policies and Young People in Rural Development“ (PAYPIRD) eine Antwort gefunden werden. Dabei erscheint die Spannung zwischen Außenwelt und innerregionalen Beziehungen in allen Studienregionen Europas hervorstechend: Jugendliche in ländlichen Gebieten sind von den größeren Agglomerationen und dem städtischen Lebensstil angezogen, sie bleiben aber ihrer Herkunft und der lokalen Gesellschaft verpflichtet.

Für Jugendliche in Murau stehen die schwierigen wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der Region hinsichtlich der persönlichen Zukunftsperspektiven ganz besonders im Zentrum ihrer Überlegungen. Sie beeinflussen die Entscheidung, in der Region zu bleiben oder sie zu verlassen wesentlich. Nur vordergründig dominieren diese ausschließlich ökonomisch fundierten Überlegungen. Die Entscheidung, wie weit die Möglichkeiten der Region akzeptiert werden bzw. ob sie für den persönlichen Lebensweg adäquat erscheinen, sind in hohem Maße an die persönlichen Lebensumstände und Zukunftsvorstellungen des/der Betroffenen gekoppelt. Dabei werden besonders geschlechtsspezifische Argumentationsmechanismen deutlich: Während junge Männer ihre Entscheidung, in der Region zu bleiben oder aus der Region abzuwandern, stärker ökonomisch begründen und Argumente wie die Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs, die Absicht ein eigenes Haus zu bauen oder die vorhandenen beruflichen Möglichkeiten hervorheben, betonen junge Frauen eher die sozialen Aspekte der Entscheidung im Hinblick auf eine Partnerschaft und die Erwartungen von Familie und FreundInnen. Darüber hinaus vermitteln die Jugendlichen eine enge Verbundenheit mit der Region. Sie heben insbesondere die landschaftliche Schönheit der Region, ihre Ursprünglichkeit und „Natürlichkeit“ mit idealen Rahmenbedingungen für beliebte Sportarten sehr positiv hervor.

In Gesprächen mit Jugendlichen, die Murau verlassen haben oder planen, Murau zu verlassen kommen die Einschränkungen des regionalen Arbeitsmarktes und im sozialen Leben ganz massiv zur Sprache. Die Region wird sogar primär als rückständig wahrgenommen und es werden kaum positive Veränderungen ausgemacht. Die Entscheidung, ob die jungen Menschen in der Region bleiben oder sie verlassen, hat dementsprechend viele Dimensionen. Individuelle Zukunftspläne, familiäre Erfahrungen, eine zufriedenstellende Integration ins Arbeitsleben und die Chance, sich im regionalen Gesellschaftsgefüge auf befriedigende Weise einbringen zu können, bilden dabei wesentliche Grundlagen des Entscheidungsprozesses (Dax/Machold 2003).

### **Bleiben bedeutet Anpassung**

Jugendliche, die in einer peripheren Region aufwachsen, sind sich der beschränkten Möglichkeiten insbesondere im Bereich der Ausbildung und des Arbeitsmarktes durchaus bewusst. Anpassung an die regionalen Möglichkeiten bedeutet unter anderem, dass die Jugendlichen ihre Berufswünsche auf jene

Bereiche eingrenzen, die in der Region bekannt und verbreitet sind. Ein höherer Bildungsweg, wie zum Beispiel Maturaabschluss und Studium, wird dabei als wenig hilfreich und nützlich angesehen. Jugendliche, die sich für ein (Kurz)Studium entscheiden, sind sich dessen sehr wohl bewusst, dass damit ihre Chancen, in der Region einen entsprechenden Job zu bekommen, gering sind. Insbesondere für junge Frauen birgt die Orientierung und Anpassung an herkömmliche geschlechtsspezifische Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrukturen allerdings vielfältige Tücken, da verschiedene Wertvorstellungen aufeinanderprallen, die Auswahl und Quantität an vorhandenen traditionellen Frauenberufen gering ist und der Anspruch junger Frauen an eine sozial abgesicherte und fundierte Berufsausbildung gestiegen ist (Dax/Machold 2001).

### **Auf der Suche nach mehr Handlungsspielräumen**

Da Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten wohl verschiedene Vorteile aber auch wesentliche Nachteile mit sich bringt, versuchen Jugendliche aus ländlichen Regionen ihren Handlungs- und Bewegungsradius zu erweitern. Sie pendeln täglich oder wöchentlich zur Schule oder zum Arbeitsplatz und nutzen verstärkt das Freizeit- und Infrastrukturangebot der umliegenden Regionen und Ballungsräume. Die großen räumlichen Distanzen setzen folglich eine erhöhte Mobilität voraus. Dementsprechend erachten junge Menschen den Besitz oder zumindest die Verfügbarkeit eines Individualfahrzeugs als unbedingt notwendig, nicht zuletzt deswegen, weil der öffentliche Verkehr von den Jugendlichen als völlig unzulänglich beschrieben wird. So sind Autos, obwohl finanziell eine Belastung, oft die einzige Chance einen Arbeitsplatz zu bekommen bzw. zu behalten.

Für viele Jugendliche ist das lokale soziale Netzwerk (Familie, Verwandte, Bekannten- und Freundeskreis) der Schlüssel, um sich Möglichkeiten und Chancen in der Region zu eröffnen. Oft bedeutet dies die Vermittlung einer Arbeitsstelle, es beinhaltet aber auch die Möglichkeit, länger im Elternhaus wohnhaft zu bleiben, um Mietkosten zu sparen und mehr Geld für andere Bedürfnisse (Auto, Bau oder Kauf eines Eigenheims) zur Verfügung zu haben.

### **Ausblick**

Manche Jugendliche nähren jedoch weiter ihre Sehnsüchte und arbeiten darauf hin, ihre Handlungsspielräume bedeutend zu erweitern. Sie kennen die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in anderen Regionen und orientieren sich ganz bewusst an den Möglichkeiten und der Attraktivität von Großstädten. Dass die Abwanderung aus peripheren Gebieten wie Murau nach wie vor ungebrochen ein zentrales Thema für Jugendliche in ländlichen Gebieten ist, ist aus dieser Anziehungskraft des erweiterten Blickfeldes und den persönlichen Chancen zu verstehen. Andere Jugendliche äußern jedoch den Wunsch, trotz der gegebenen Defizite in der Region bleiben zu wollen und sich hier eine Existenz aufzubauen. Angesichts der eingeschränkten Entwicklungsperspektiven, erscheint es vorrangig, geeignete Strategien zu entwickeln, um die Motivation der Jugendlichen, vor Ort und in der Region aktiv zu werden, zu stärken.



## 6.5 Aussteigerlandwirtschaften – Entwicklungsimpulse aus der Stadt am Beispiel Waldviertel

Im Zuge der komplexen Anpassungs- und Austauschprozesse zwischen urbanen und ländlichen Räumen sind zwei gegenläufige Entwicklungen interessant, die speziell in peripheren Regionen Österreichs wie z.B. dem Waldviertel oder dem Mittel- und Südburgenland zu beobachten sind. Nämlich die Abwanderung bzw. Marginalisierung der traditionellen Landwirtschaft bzw. der ansässigen Bevölkerung, die von einer gegenläufigen Bewegung, den so genannten AussteigerInnen bzw. NeueinsteigerInnen aus den städtischen Ballungsräumen begleitet wird.

Gerade in jenen peripheren Regionen im Norden Österreichs, die sowohl in agrarischer, industrieller und touristischer Hinsicht – traditionell betrachtet – Ungunslagen darstellen und zum Berggebiet gehören, entstand in den 1970er-Jahren eine neue gesellschaftliche "Szene": Menschen, die aufgrund verschiedenster Motivationen hinaus aufs Land zogen, aufgelassene Höfe kauften/kaufen oder pachteten/pachten und in unterschiedlichem Ausmaß und in verschiedenen Ausprägungen Landwirtschaft betrieben/betreiben, meist aber auch in andere außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten und Aktivitäten involviert waren bzw. sind. Die Palette reicht dabei von HobbyschaffbäuerInnen und Reithöfen über Bio-BäuerInnen bis hin zu alternativen, ganzheitlichen Ansätzen der Lebensgestaltung, im Rahmen derer die Landwirtschaft meist Subsistenzcharakter hat. Die Gründe und Voraussetzungen dieser regionalen Konzentration sind die Randlage der Region mit (agrarischen) Strukturproblemen, Abwanderung, niedrige Gebäude- und Grundstückspreise bzw. Pachtkosten, große Anzahl an leer stehenden Höfen in Einzellage, keine nennenswerte Tourismusentwicklung und die reizvolle Kulturlandschaft.

### Rahmenbedingungen

Seit den 70er Jahren haben unterschiedliche Entwicklungen sowohl in ländlichen als auch städtischen Regionen wie z.B. Strukturwandel in der Landwirtschaft, Abwanderung der bäuerlichen/ländlichen Bevölkerung aus peripheren Regionen, der gesellschaftliche Wertewandel sowie die Stadtfucht bzw. Suburbanisierung zur Herausbildung des Phänomens der so genannten Aussteiger-Landwirtschaften geführt.

In der Region Waldviertel lässt sich die Entwicklung der Aussteigerszene in folgende Phasen gliedern. In den frühen 70er Jahren zogen vor allem Künstler ins Waldviertel und kauften verlassene Bauernhöfe oder Mühlen, um in dieser relativ naturbelassenen Region Inspiration und Kreativität für ihre Arbeiten zu erlangen. Der größte Zustrom fand ab Mitte der 70er- bis Mitte der 80er Jahre im Zuge der „Post-68er-Bewegung“ statt. Mit dem ideologisch-politischen Hintergrund der Alternativ- und Ökologiebewegung unter dem Slogan „Hinaus aufs Land“ zogen junge Menschen vorwiegend aus der Großregion Wien ins Waldviertel, kauften alte verfallene Bauernhöfe, um am Land alternative, selbstbestimmte Lebensformen und -entwürfe mittels konkreter Projekte zu verwirklichen. Diese Phase zeichnete sich durch hohen Idealismus, politisches Engagement und hohe Experimentierfreude in sozialer (Wohngemeinschaften, Heimunterricht etc.), aber auch ökonomischer Hinsicht aus.

In den 90er Jahren – gekennzeichnet durch generelle gesellschaftliche Individualisierung, Entpolitisierung und dem Anwachsen esoterischer Strömungen – war bei den NeueinsteigerInnen zunehmender Pragmatismus und Realismus festzustellen. Die Qualität der Vernetzung der AussteigerInnen unterein-



ander nahm ab, der Zuzug wurde durch den Mangel an geeigneten, günstigen Objekten und Grundstücken zunehmenden geringer.



Aussteigerhof im Waldviertel

Foto: Michael Groier

Milieus ausgestiegen sind und sich danach in alternativen Gruppierungen (Aussteigerszene) – ebenfalls am Land – integriert haben.

### Motivationen des Aus- und Einsteigens

Eine der wichtigsten Fragen ist jene nach den Motivationen, aus dem Gewohnten Auszusteigen- bzw. am Land ein neues Leben zu beginnen. Dabei kristallisierten sich folgende Motivgruppen heraus:

- ♦ *Gesellschaftskritik:*  
Realisierung alternativer Lebensentwürfe  
(Arbeit, Zusammenleben, Ökologie, Spiritualität usw.)
- ♦ *Stadtflucht:*  
Wunsch nach Arbeit und Leben in und mit der Natur, Tierliebe; Kinder sollen am Land aufwachsen
- ♦ *Lebens- und Sinnkrisen:*  
Suche nach Selbstfindung und Selbstverwirklichung

- ♦ *Arbeitsplatzqualität:*  
Wunsch nach überschaubaren, begreifbaren sinnerfüllten Tätigkeiten, sozialer Aspekt der Arbeit, Muße
- ♦ *Ökonomische Gründe:*  
Arbeitsplatzsuche (z.B. Tierärzte), Abschreibeposten Landwirtschaft; Stadtleben zu teuer

Diese Motive erklären, warum für die meisten AussteigerInnen die Ausübung landwirtschaftlicher Tätigkeiten eigentlich eine logische Konsequenz ist.

## Wohnort

Nach dem der Entschluss aufs Land zu ziehen gefasst ist, ist der nächste Schritt die Wahl der Region. Wichtige Faktoren sind dabei Kindheits- und Jugenderlebnisse am Land, Urlaube bei Verwandten, frühe, spielerische Kontakte zur Landwirtschaft, die besondere Atmosphäre und Stimmung dieser Region und die spezielle soziokulturelle Anziehungskraft der Aussteigerszene im Waldviertel. Auch der landschaftliche Reiz und die Abgeschiedenheit sind wichtige Motivationen. Neben Mühlen, alten Gutshöfen, aufgelassenen Industrieobjekten wie etwa ehemalige Hammerwerken, Knopffabriken oder Arbeiterhäusern sind natürlich die Bauernhöfe in Einzellage, die klassischen Vierseithöfe, am beliebtesten.

## Soziale Integration

Ein zentraler Problembereich für viele AussteigerInnen ist die Überwindung der soziokulturellen Barrieren beim Wechsel von der Stadt in ein kleines Dorf, also vom offenen, anonymen Stadtmilieu in das überblickbare, aber fremde und enge Sozialgefüge eines kleinen Dorfes. Für die AussteigerInnen ist die Konfrontation ihrer urban-alternativ geprägten Lebensstile mit den noch stark bäuerlich orientierten Wertvorstellungen in den Dörfern oft sehr konfliktreich. Das Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Verhaltensmustern, Ideologien, Bildungsniveaus, Lebensweisen, Bedürfnissen und fehlenden Gemeinsamkeiten kann zu gegenseitigen Vorurteilen, Neid, Misstrauen, Verunsicherung und Angst vor dem Fremden führen. Erschwerend wirkt, dass AussteigerInnen relativ selten in traditionelle Sozial- und Kommunikationsstrukturen eingebunden sind. Stattdessen errichteten sie eigene Netzwerke (Heimschulen, Kunsthandwerksvereine, Nachbarschaftshilfe, Aussteigerfeste etc.).

## Von der Land-Wirtschaft zum Land-Leben

Der Bauernhof stellt für die meisten AussteigerInnen primär nicht einen landwirtschaftlichen Produktionsbetrieb dar, sondern dient als Stützpunkt und Ausgangspunkt vielfältiger Aktivitäten. Nicht die agrarische Produktion, sondern die Beschäftigung mit Tieren, das Arbeiten in der Natur, die Verwirklichung gesamtheitlicher Lebenskonzepte stehen im Mittelpunkt des Interesses. Der anfänglich unbelastete und oft „naive“ Zugang zur landwirtschaftlichen Praxis ohne entsprechender Ausbildung wirft anfangs viele Probleme auf, stellt aber gleichzeitig eines der größten Potentiale von Aussteigerlandwirtschaften dar. Gerade die kleinen Subsistenzbetriebe mit geringem Marktbezug und deshalb auch geringen Marktzwängen bieten ideale Voraussetzungen für ein relativ risikoarmes Experimentieren mit alten Kulturpflanzen, Haustierrassen oder ökologischen Produktionsmethoden.

Die Aussteigerlandwirtschaft ist generell sehr kleinstrukturiert. Die Bandbreite reicht von Kleinstlandwirtschaften mit 2000 m<sup>2</sup>, den typischen Subsistenzbetrieben mit ca. 4 ha über die relativ professionell geführten, durchschnittlich großen Landwirtschaften (Direktvermarkter von Schaf- oder Ziegenkäse) bis hin zu großen Pferdegstüten wohlhabender Wirtschaftstreibender. Entsprechend der häufig anzutreffenden Subsistenzorientierung wird auf vielen Höfen in verschiedenen Verarbeitungs- und Veredelungsstufen eine vielfältige Palette landwirtschaftlicher, handwerklicher und künstlerischer Produkte hergestellt. Direktvermarktung ist oft ein integraler Bestandteil der Produktion.

Viele der Aussteigerhöfe machen einen typischen Entwicklungsprozess durch. Auf die *Einstiegsphase* (Hofrenovierung, Aufbau der Landwirtschaft) folgt eine *Lern- und Experimentierphase*, in der der Ausbau und die Differenzierung der Landwirtschaft sowie die Diversifizierung des Haushalts vorangetrieben werden. Danach kommt es oft zur *Frustrations- und Reflexionsphase* (Überdenken aktueller Probleme), die meist in eine *Konsolidierungsphase* (Neuorientierung) mündet. Im Zuge der Spezialisierung des Haushaltes wird die Landwirtschaft aber nur in wenigen Fällen professionalisiert. Meistens wird die Landwirtschaft aber marginalisiert und außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen erschlossen. Es lassen sich dabei vier charakteristische Gruppen definieren:

- ♦ *Professionalisten*  
(die Landwirtschaft ist die wichtigste Einkommensquelle)
- ♦ *Klassische Erwerbskombinierer – Nebenerwerb*  
(das landwirtschaftliches Einkommen spielt untergeordnete Rolle)
- ♦ *Subsistenzbetriebe*  
(Landwirtschaft als Eigenversorgung, Tausch von Überschüssen)
- ♦ *Hobbybetriebe*  
(kein ökonomischer Druck, das Sozialeinkommen – Pension – kann einen wichtigen Einkommensbestandteil bilden)

Meist wird die Landwirtschaft als integraler Bestandteil einer „umfassenden Lebens- und Hofphilosophie“ verstanden.

### Gesellschaftliche Impulse und regionale Innovation

Trotz häufiger Integrationsprobleme entwickeln viele AussteigerInnen auf lokaler und regionaler Ebene in unterschiedlicher Hinsicht beachtliche Aktivitäten, wobei ihnen oft ihre städtische Biographie – also das Nutzen früherer Beziehungen, Ressourcen, bessere Ausbildung, der offenere und unkonventionelle Zugang zu Problemen sowie die relative soziale Ungebundenheit im Dorf und der Region – zugute kommen. So werden neben landwirtschaftlichen Tätigkeiten Einnahmequellen in den Bereichen Veredelung/Direktvermarktung, Kleingewerbe und Kunsthandwerk (Textilkunst, Instrumentenbau), Arbeitslosenbetreuung, Sozial- und Bildungs- und Beratungsarbeit sowie Kultur (Konzept der Kulturhöfe; Kulturinitiativen) erschlossen.

Entsprechend der Lebensmaxime des „Veränderns durch Vorbildwirkung“ durch das Vorleben alternativer Lebensentwürfe, Haushaltskonzepte und landwirtschaftlicher Innovationen konzentrieren sich Aktivitäten oft auf den Betrieb, wodurch sich die Außenwirkung dieser Betriebe eher auf langfristig wirksame, indirekte Impulse beschränkt. Andere Haushalte agieren hingegen offensiver und sind direkt

in konkrete, regionale Direktvermarktungs-, Sozial- und Kulturprojekte eingebunden. Folgende gesellschaftliche Leistungen sind damit verbunden:

- ♦ Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzes „Bauernhof“
- ♦ Beitrag zur Sicherung der Mindestbesiedelung, der Stabilisierung und Belebung des Regionalgefüges
- ♦ Impulse zur Entlastung, aber auch Stimulation des lokalen Arbeitsmarktes
- ♦ Die Bewahrung alter Bausubstanz
- ♦ Beitrag zur Änderung des *Regionalimages*. Das ist in dieser wirtschafts- und strukturschwachen Region insofern interessant, da sich – in letzter Zeit von öffentlichen Stellen auch aktiv unterstützt – Modelle des sanften Tourismus an das Natur-, Kunst- und Esoterikimage des Waldviertels koppeln lassen.

Abschließend lässt sich also sagen, dass AussteigerInnen durch ihre Aktivitäten regional vielleicht nicht unbedingt kurzfristig-quantitativ, sondern vor allem langfristig-qualitativ wirksame lokale und regionale Effekte auslösen, die in unterschiedlichem Ausmaß nicht nur zu einer Belebung der traditionellen Landwirtschaft, sondern auch anderer regionaler Bereiche (Kleingewerbe, Sozial-, Ökologie- und Umweltbereich) führen. Oder, wie es ein Berater ausdrückte, dass AussteigerInnen – neben anderen externen Einflussgrößen – im Rahmen sozialer Veränderungs- und Erneuerungsprozesse in ländlichen Regionen als eine Art „gesellschaftliche Germ“ wirken.

## 6.6 Betriebsaufgabe in der Landwirtschaft

### Die Problematik des „Wachsen und Weichen“

Der allgemeine agrarische Strukturwandel mit dem Phänomen des „Wachsen und Weichen“ ist eine wesentliche Ursache für den ungebremsten Rückgang landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe im Berggebiet. In den agrarischen Gunstlagen gestaltet sich der Prozess des „Wachsen und Weichen“ – die Reduktion der Betriebszahl bei gleichzeitigem Größerwerden der verbliebenen – relativ einfach, da Ackerbaubetriebe die Bewirtschaftung zusätzlicher gepachteter bzw. zugekaufter Flächen durch eine entsprechende Aufstockung der Maschinenkapazität relativ problemlos bewältigen können. Im Berggebiet ist das aber nur bedingt möglich. Flächen von aufgelassenen Betrieben können nicht so einfach von anderen Höfen mitbewirtschaftet werden, da die Flächenstruktur im Berggebiet ungünstiger und Arbeits- und Maschinenkapazitäten beschränkter sind. Das wiederum beschleunigt die Aufforstung bzw. Verwaldung marginaler, ökologisch oft wertvoller Grenzertragsflächen im extensiven Grünland, was wiederum auf die Biodiversität und die Landschaftsvielfalt negative Auswirkungen haben kann.

Gerade im Berggebiet hat der Rückgang der Betriebe massive negative Auswirkungen. Beispiele in Frankreich oder Italien etwa zeigen, dass durch fehlende Berggebietspolitik in der Nachkriegszeit in den 60er und 70er Jahren ganze Landstriche in den Alpen verödeten, da die Bewirtschaftung und Besiedelung durch die BäuerInnen aufgegeben wurde. Statt landwirtschaftlicher Nutzung und lebendigen regionalwirtschaftlichen Strukturen findet man dort verfallene, verlassene Bergdörfer, und satellitenhafte, urban geprägte Ski-Resorts verdeutlichen den radikalen Struktur- und Nutzungswandel. In Österreich hat aber die seit den 1960er/70er Jahren konzipierte Berggebietspolitik (Bergbauernson-

derprogramme, Direktzahlung Bergbauernzuschuss) derartige Entwicklungen verhindert bzw. gedämpft. Trotzdem ist auch die österreichische Berglandwirtschaft bzw. das Berggebiet substantiell vom Rückgang der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe bedroht.

Die folgenden Inhalte dieses Kapitels basieren hauptsächlich auf Aussagen von ehemaligen BäuerInnen, die im Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Projektes (Groier 2004) befragt wurden.

### **Tabuthema Betriebsaufgabe**

Die fortschreitende Spaltung der bäuerlichen Gesellschaft in GewinnerInnen und VerliererInnen des Strukturwandels und die damit verbundene Verunsicherung bezüglich der Weiterführung der Landwirtschaft stellt für viele Menschen auf landwirtschaftlichen Betrieben einen sorgenvollen und teilweise bedrohlichen Rahmen für ihre zukünftigen Lebensperspektiven dar (*Langthaler 2003*). Betriebsaufgaben sind nicht nur ein agrarpolitisches Problem, sondern wirken regionalwirtschaftlich destabilisierend. Kaum bekannt und deshalb auch nicht erstgenommen sind/werden aber speziell die familiären und sozialpsychologischen Folgen, die eine Betriebsaufgabe für die betroffenen Menschen mit sich bringt.

Die landwirtschaftliche Interessenvertretung nimmt sich der negativen Seiten des Strukturwandels zu wenig an und betont großteils nur die positiven wie Modernisierung, Wettbewerbsfähigkeit und das Leitbild des „Bauern als Unternehmer“. Das Thema Betriebsaufgabe wird, wenn auch durch den Wertewandel im abnehmenden Ausmaß, in den Dörfern und Betrieben nach wie vor tabuisiert („Schweigespirale“). Daraus resultieren für die Betroffenen entsprechende Folgeprobleme wie der schlechte Informationsstand, geringes Bewusstsein, keine bzw. verspätete Auseinandersetzung mit dieser Problematik, Verschärfung der Folgen durch zu spätes Handeln und eingeschränkte Entscheidungsfreiheit bezüglich der zukünftigen Lebensgestaltung.

### **Einflussfaktoren bei Betriebsaufgaben**

Betriebsaufgaben können freiwillig oder unfreiwillig stattfinden und unvorhergesehen oder geplant ablaufen. Meist erfolgen Hofauflösungen mit dem Eintritt der BetriebsleiterIn in den Ruhestand. Sie können aber auch frühzeitig (z.B. Verschuldung, Krankheit oder Todesfall) oder nach der Pensionierung (Pensionistenbetriebe) stattfinden. Die Auflassung eines landwirtschaftlichen Betriebes wird auf Betriebsebene von verschiedenen ökonomischen und nicht ökonomischen Faktoren begünstigt bzw. gehemmt. Die Wahrscheinlichkeit, den Betrieb aufzugeben, steigt mit dem allgemeinen Bildungsniveau der BetriebsleiterIn, der Höhe des außerlandwirtschaftlichen Einkommens, der Erwerbsart Nebenerwerb, dem zunehmendem Alter (ab Mitte 40 gesundheitliche Probleme, keine Hofnachfolge) sowie bei Betriebsleiterinnen (Doppelbelastungen in Betrieb und Haushalt). Positiv auf den Weiterbestand eines Betriebs wirken hingegen das Niveau der landwirtschaftlichen Ausbildung der BetriebsleiterIn, die zunehmende Betriebsgröße (Skaleneffekte), das Wachstum bzw. eine positive Entwicklungsdynamik des Betriebes, die zunehmende Größe der Betriebsleiterfamilie (Hofnachfolge), steigendes Alter der BetriebsleiterIn bis Mitte 40 (Erfahrungszuwachs).

## Keine Hofnachfolge, Verschuldung und berufliche Neuorientierung

Die zentrale Ursache für die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe ist meist das Fehlen einer geeigneten HofnachfolgerIn bzw. die Unsicherheit, ob die zum Entscheidungszeitpunkt noch zu kleinen Kinder bzw. unentschlossenen Jugendlichen einmal den elterlichen Betrieb übernehmen werden. Sehr unterschiedlich sind die Motivationen, die potentielle HofnachfolgerInnen von der Weiterführung der Landwirtschaft abhalten. Genannt werden vor allem andere Berufs- und Lebensperspektiven, keine Freude an landwirtschaftlichen Tätigkeiten, das schlechte Berufsimago, fehlende Rentabilität des Betriebes sowie die zu erwartende hohe Arbeitsbelastung neben dem erlernten Beruf. Weitere Gründe sind die Demotivation der potentiellen HofnachfolgerInnen durch zu späte Übergabe durch die BetriebsleiterIn, eine negative Einschätzung der bestehenden und zukünftigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen oder innerfamiliäre Konflikte, die den Ausbruch aus dem gemeinsamen Haushalt beschleunigen. Krankheit oder Tod eines Ehepartners sind sehr oft der auslösende Faktor von Betriebsaufgaben.

Für einige ist der bewusste Schritt zu einer außerlandwirtschaftlichen Ausbildung und einer anderen Berufsorientierung der Knackpunkt, die Entscheidung für die Aufgabe des Betriebs zu treffen. Als wichtige demotivierende Aspekte wurden von den ehemaligen BäuerInnen das unbefriedigende, ungerechte Niveau der Produzentenpreise sowie das ihrer Meinung nach ungerechte, zu bürokratische Förderungssystem, das kleine Betriebe systematisch benachteiligt, genannt. Fast durchgehend wird die Geringschätzung kleiner Betriebe durch die Agrarpolitik kritisiert.

## Die eigentliche Betriebsaufgabe

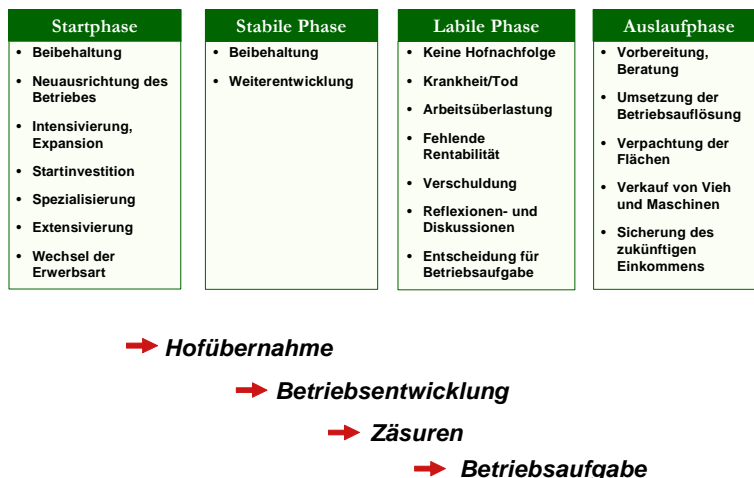
Die Betriebsaufgabe stellt den Schlusspunkt sehr unterschiedlich verlaufender Betriebsentwicklungsprozesse dar. Prinzipiell kann der Prozess der Betriebsaufgabe kontinuierlich, stufenförmig oder abrupt verlaufen: kontinuierlich, wenn der Betrieb bis zur Pension in gleicher Art und Weise bewirtschaftet wird und danach wegen fehlender Hofnachfolge stillgelegt wird. Ein plötzlicher Todesfall oder hohe Verschuldung können zu einer abrupten Betriebsauflassung führen. Manche Betriebe lassen die Bewirtschaftung unter stufenweiser Extensivierung bzw. Marginalisierung des Betriebes auslaufen.

So werden etwa zuerst die arbeitsintensiven Betriebszweige aufgegeben (Milchviehhaltung, Weinbau) bzw. in extensivere umgewandelt (Milchviehhaltung – Mutterkuhhaltung – Schafhaltung), der Betrieb statt im Haupterwerb im Nebenerwerb geführt, dann Grenzertragsflächen aufgeforstet oder Felder geringerer Bonitäten stillgelegt. Danach werden Pachtflächen wieder an die Verpächter retourniert, der Viehbestand reduziert und Investitionen eingestellt. Schließlich werden auch Eigenflächen verpachtet und der Betrieb „heruntergefahren“. Mit der (Früh-) Pensionierung läuft der Betrieb dann endgültig aus.

Der Zeitpunkt und die Art der Betriebsauflösung sind neben innerfamiliären Faktoren (Krankheit, Tod, fehlende Hofnachfolge) vor allem von den anstehenden finanziellen Verpflichtungen abhängig. Sind mit der Betriebsaufgabe zusätzliche Einkommenssteuern, Abfindungsansprüche oder Förderungsrückzahlungen verbunden, so kann der Zeitpunkt sowie die Art der Betriebsauflassung geändert werden. Oft fällt die Betriebsaufgabe mit dem Pensionsantritt der BetriebsleiterIn zusammen. Wegen fehlender Hofnachfolge wird der landwirtschaftliche Betrieb bis in den Ruhestand oder sogar darüber hinaus (Pensionistenbetriebe) weitergeführt und dann aufgelöst.



**Abbildung 9: Der Prozess der Betriebsaufgabe**



Quelle: Groier 2004, 73

### Die psychosozialen Aspekte von Betriebsaufgaben

Wird nach einer mehr oder weniger langen bzw. intensiven innerfamiliären Diskussionsphase die Entscheidung zur Auflassung des Betriebes getroffen, dann bereitet sich die betroffene Familie auf die Umsetzung der Betriebsauflassung vor. Oft besteht dabei eine gewisse Diskrepanz aus rationalem Handeln und emotionalen Erleben. Ein innerer Zwiespalt, der oft schwer zu bewältigen ist (Innerfamiliäre Konflikte, Sprachlosigkeit, Entzug der Identifikationsebene). Harte innerfamiliäre Auseinandersetzungen finden vor allem bei echten Krisensituationen (z.B. hoher Überschuldung des Betriebes) statt, speziell dann, wenn substantielle Entscheidungen von Betriebsleitern ohne gemeinsame Aussprache mit der Familie getroffen werden.

Die endgültige Trennung vom landwirtschaftlichen Betrieb bildet bei Vielen den schmerzhaften Schlusspunkt am Ende jahrelanger Arbeitsüberlastung und verzweifelter Versuche, den Hof doch noch zu erhalten. Damit verbunden sind oft eine Bedrohung der Existenz, finanzielle Probleme und Unsicherheiten bezüglich der weiteren Lebensgestaltung. Betroffene können dadurch ihren Familienbesitz, damit den Arbeitsplatz und die persönliche und familiäre Identität verlieren. Die starke Identifikation mit der Arbeit und dem Hof kann existenzielle Fragen aufwerfen und Ängste auslösen, wie z.B. Infragestellen des Lebenssinnes, psychische Belastungen, Familienkonflikte, auf die niemand vorbereitet ist.

Weitere Streitpunkte sind Generationskonflikte zwischen den potentiellen HofübernehmerInnen und den Eltern/Schwiegereltern bzw. Großeltern, wenn über die Betriebsübernahme, die Art und Weise der Betriebsentwicklung nach der Übergabe oder etwaige Erbansprüche gestritten wird.

Vor allem bei Betrieben, die in Bankrott gegangen sind und/oder zwangsversteigert wurden, stellt die Betriebsauflassung für die Familie eine Katastrophe dar. Nicht nur in wirtschaftlich-finanzieller Hin-

sicht, sondern vor allem in sozialpsychologischer, emotionaler und seelischer Hinsicht. Für viele bricht die Welt zusammen, die BetriebsleiterInnen machen sich persönliche Vorwürfe, haben Gefühle des Versagens und leiden unter Selbstzweifel, Existenzängsten, innerfamiliären Anschuldigungen und Vorwürfen sowie innerdörflichen Konflikten. Viele der betroffenen Personen glauben, mit allen Problemen und Konfliktsituationen selber fertig werden zu müssen und entwickeln individuelle Strategien. Probleme werden auf diese Weise oft verdrängt, die Realität nicht mehr gesehen oder man flüchtet sich in den Alkohol. Neben der fehlenden Anonymität, der dörflichen Sozialkontrolle und tradierten Problemlösungsmustern ist vor allem auch der Mangel entsprechend offener, anonymer sozialer Beratungs- und Informationseinrichtungen in ländlichen Regionen ein großes Problem.

### Positive und negative Aspekte der Betriebsaufgabe

Trotz des manchmal auch schmerzhaften Endes des landwirtschaftlichen Betriebes überwogen bei den meisten Befragten die Erleichterung, „es hinter sich zu haben“, sowie die positiven Aspekte des folgenden neuen Lebensabschnittes ohne eigene Landwirtschaft. Endlich mehr Freizeit, Zeit für die Familie, Hobbys oder Urlaub. Vor allem die erste Zeit nach der Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit erlebten einige als biographische Brüche, als emotionales Vakuum, da ihnen die starke Bindung zur landwirtschaftlichen Tätigkeit, speziell die langjährige Arbeit mit den Tieren trotz des damit verbundenen hohen Aufwandes plötzlich abging. Können Schulden durch die Veräußerung von Grund und Boden, Vieh und Maschinen nicht getilgt werden, stellen die Rückzahlungen ausstehender Kredite – eventuell verbunden mit einer unsicheren Arbeitsplatzsituation – eine oftmals bedrohliche Problemsituation dar.

### Zukunftsperspektiven

Generell ist im Zuge des ungebrochenen landwirtschaftlichen Strukturwandels mit einer weiteren Abnahme der Betriebszahlen und entsprechenden agrarökologischen und regionalwirtschaftlichen Problemen zu rechnen. Das Thema Betriebsaufgabe ist in der agrarpolitischen Diskussion in gewisser Hinsicht ein Tabuthema, da die große Anzahl der jährlich ausscheidenden Betriebe den aktuellen agrarpolitischen Zielen einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft widersprechen.

Prinzipiell sind zur Entschärfung des Problemfeldes Betriebsaufgabe folgende drei Strategieansätze zielführend:

- ◆ Verhinderung von unfreiwilligen bzw. nicht vermeidbaren Betriebsaufgaben
- ◆ Moderation von freiwilligen bzw. nicht vermeidbaren Betriebsaufgaben
- ◆ Förderung des Neueinstiegs in die Landwirtschaft

Voraussetzung für eine nachhaltige Verwirklichung dieser Strategien ist zuallererst eine breite, offene Diskussion über dieses immer noch tabuisierte Thema, um die nach wie vor ungelöste Problematik im agrarpolitischen Bewusstsein der Verantwortlichen und auch der BäuerInnen zu verankern. Darüber hinaus müssen die agrarpolitischen Zielsetzungen und Rahmenbedingungen darauf überprüft werden, ob sie den aktuellen Problemlagen und den zukünftigen Herausforderungen noch gerecht werden können. Das Hinterfragen des agrarischen Strukturwandels mit all seinen Vor- und Nachteilen sowie eine Klärung der Bedeutung bzw. der Funktionen der Kleinlandwirtschaft in Österreich sind dabei priori-



täre Fragestellungen. Dabei kommt der Anpassung des Förderungssystems an diese Problematik, der Intensivierung der umfassenden Förderung des biologischen Landbaus als agrarpolitisches Leitbild sowie zukünftige Anforderungen (Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit, regionale Bündelung agrarischer-, ökologischer und regionalpolitischer Instrumente) besondere Bedeutung zu.

Schlussendlich müssen für Betriebe, bei denen die Betriebsaufgabe unvermeidlich ist, Informations- und Beratungskonzepte speziell zum Problembereich Betriebsaufgabe (Prävention, Moderation und Neueinstieg) angeboten werden.

## 6.7 Ländliche Armut

*von Georg Wiesinger*

Das Leben auf Bergbauernbetrieben, die oft wie Schwalbennester an den steilen Berghängen zu kleben scheinen, wird in der Öffentlichkeit oft immer noch mit Entbehrung und Armut verbunden. Die exponierte Lage der Höfe und die geringe Ertragslage aufgrund der besonderen klimatischen und naturräumlichen Gegebenheiten implizieren für viele Menschen geringes Einkommen, Abgeschiedenheit und beschränkte Entwicklungsmöglichkeiten. Diese Einschätzung war noch bis nach dem zweiten Weltkrieg in vielen Bergregionen sicherlich zutreffend, wie es z.B. Franz Innerhofer in seinem Buch „Schöne Tage“ recht drastisch beschreibt. Mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der damit verbundenen steigenden Mobilität der Menschen kam es zu einer Öffnung und Dynamisierung des Berggebietes. Der aufkommende Sommer- und Wintertourismus brachte vor allem wirtschaftliche Impulse in viele entlegene Alpentäler, Tages- und WochenpendlerInnen konnten zusätzliche außerlandwirtschaftliche Einkommensquellen erschließen und auch entferntere Bildungseinrichtungen in Anspruch nehmen. All diese Veränderungen trugen dazu bei, dass nicht nur materielle, sondern auch andere Armutsfaktoren im Berggebiet entschärft werden konnten. Nicht überraschend liegen in etlichen zweisaisonalen Fremdenverkehrsgebieten einige der reichsten Gemeinden Österreichs. Abgesehen von der hohen Verschuldung vieler Fremdenverkehrsbetriebe und den risikobehafteten Zukunftsperspektiven in dieser Branche dürfen dabei auch nicht die negativen soziokulturellen (Zerfall traditioneller Sozialstrukturen, Fremdbestimmung, Urbanisierung) und ökologischen Effekte des Massentourismus übersehen werden.

### Faktoren der ländlichen Armut

Wie in den urbanen Ballungsräumen findet man auch in ländlichen Regionen armutsgefährdete Menschen, die in den unterschiedlichsten Bereichen wie Einkommen, Mobilität, Bildung etc. nur in unzureichendem Ausmaß am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dabei darf Armut am Land nicht mit Armut in der Landwirtschaft gleichgesetzt werden, da BäuerInnen nur noch einen geringen Teil der ländlichen Bevölkerung ausmachen. Armut in der Landwirtschaft wird von vielen StädterInnen oft mit Bergbauernbetrieben in Verbindung gebracht, in der Annahme, dass dort die Menschen bei harter Arbeit und geringem Einkommen ein karges, abgeschiedenes Leben führen. Bezeichnend war diesbezüglich eine Initiative in einer städtischen Schule in den 1990er Jahren, bei der Jugendliche im Rahmen eines Projektes Socken und Handschuhe für vermeintlich bedürftige Bergbauernkinder bereitgestellt haben.

Die Zeiten großräumiger Armut in isolierten Alpentälern und in entlegenen Weilern und Dörfern ist aber zum Glück vorbei, auch wenn es solche Fälle noch gibt und die Armutsgefährdung allgemein wieder wächst. So haben vor allem der Tourismus sowie die gut ausgebaute Bergbauernförderung den BäuerInnen im Rahmen der Erwerbskombination zusätzliche Einkommensquellen erschlossen und zur Sicherung adäquater Einkommen beigetragen. Vor allem im Vergleich mit Menschen in unselbstständigen Beschäftigungsverhältnissen haben BäuerInnen als Eigentümer von Grund- und Boden gegenüber einkommensschwachen ArbeitnehmerInnen doch gewisse materielle Absicherungen, die im Notfall veräußert werden können. Zudem stellen die staatlichen agrarischer Direktzahlungen für die BäuerInnen in gewisser Weise eine Art Grundsicherung dar, die anderen Berufsgruppen (ArbeiterInnen und Angestellte) nicht zusteht (siehe auch Kapitel Förderungen). Trotzdem haben die im Rahmen der Globalisierung ablaufenden Transformationsprozesse auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu vielfältigen wirtschaftlichen, strukturellen und sozialen Veränderungen geführt, die wieder zu einer Steigerung der Armutsgefährdung beitragen.

Armut wirkt sich am Land für die Betroffenen oftmals wesentlich krasser aus als im städtischen Umfeld. Die einzelnen Armutsfaktoren wie Überschuldung, niedrige Einkommen, unzureichende Mobilität, fehlende Erwerbsmöglichkeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen usw. wirken nicht nur spezifischer, sie kumulieren auch und verstärken sich gegenseitig. Die Armutsspirale dreht sich dann oft rascher und unbarmherziger. Doch ist einmal jemand aus dem sozialen Sicherheitsnetz der Dorfgesellschaft herausgefallen, dann sind die Konsequenzen meist wesentlich härter. Armut kann dann zur Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung führen. Wird Armut nicht als strukturelles, sondern als individuelles Problem gesehen, so gilt sie auch als Strafe. Armut wird von den Betroffenen selbst als peinlich und belastend erlebt, und deshalb zugedeckt bzw. versteckt. Eine Hauptaufgabe ist es daher, Einsicht und Verständnis für die Situation bzw. die Problemlagen der ländlichen Armut und der sozialen Ausgrenzung am Land zu wecken und damit zu deren effektiver Bekämpfung beizutragen (Wiesinger 2000).

### Strategien zur Armutsbekämpfung

Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der ländlichen Armut und der sozialen Ausgrenzung setzen zunächst einmal ein Grundverständnis über deren strukturelle Ursachen und Wirkungen sowie einen Grundkonsens über die Sinnhaftigkeit der Maßnahmen überhaupt voraus. Die herrschenden politischen, oft einseitig auf ein diffuses Effizienz- und Leistungsverständnis ausgerichteten Denkmuster und Einstellungen müssten sich wieder mehr vom Konkurrenzdenken entfernen und auf eine verstärkte soziale Verantwortlichkeit und Solidarität setzen. Denn erst mit einem Grundkonsens zur Beseitigung der gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsmechanismen kann es gelingen, die ländliche Armut wirksam und nachhaltig zu eliminieren. Dies würde einerseits Strukturen und politische Rahmenbedingungen von oben und andererseits eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung von unten voraussetzen, die von den lokalen und regionalen Wohlstandsverbänden, von Sozialinitiativen, Kirchen, örtlichen Vereinen sowie von Betroffenen und sonstigen Engagierten getragen wird.

Vor allem über die Auswirkungen vieler budgetärer sozialer Sparmaßnahmen auf bestimmte soziale Gruppen im ländlichen Raum ist zuwenig bekannt. Im Bereich der Umweltpolitik gibt es bereits das Instrument einer Umweltverträglichkeitsprüfung, im sozialen Bereich gibt es allerdings leider nur

wenig Überlegungen in Richtung einer verpflichtenden Sozialverträglichkeitsprüfung als Voraussetzung, um sozialpolitisch relevante Maßnahmen durchzuführen. Nur wenige machen sich etwa Gedanken, wie sich z.B. im ländlichen Raum die Einstellung einer Lokalbahn oder die Schließung eines Postamtes auf bestimmte Personengruppen auswirkt und in welchem Ausmaß diese davon betroffen wären.

Mit der Einrichtung von Sozialberatungsstellen und Sozialsprengeln, dem verstärkten Einsatz von SozialarbeiterInnen und mit wirksamen Instrumenten, wie einem am jeweiligen Einzelfall orientierten „case-management“ könnte eine gemeindenahere Präventionsstruktur gegen Armut geschaffen werden. Da in den ländlichen Regionen aufgrund der fehlenden Anonymität und der Angst vor einer Stigmatisierung viele von Armut betroffene Personen keine Sozialhilfe beantragen, müssten die Antragskriterien geändert werden. Der Antrag auf eine Sozialhilfe sollte nicht nur bei den Gemeindeämtern, sondern auch bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft oder beim Amt der Landesregierung gestellt werden können. Da das Antragsprinzip generell eine administrative Schwelle für die Sozialhilfe schafft, sollte auch eine Sozialhilfe von Amts wegen möglich sein; dies sollte jene Fälle betreffen, wo Armut festgestellt wurde und die Betroffenen nicht fähig sind, ihre Ansprüche selbst geltend zu machen. Als Beschwerdeinstanzen könnten etwa Sozialhilfe-Anwaltschaften die laufende Vollziehung der Sozialhilfe auf ihre Angemessenheit und Rechtmäßigkeit überprüfen, einsetzen und damit viel Positives bewirken.

Insofern ist eine wirksame Bekämpfung der Armut, insbesondere der ländlichen Armut, nur in Form einer integrativen Regional- und Sozialpolitik mit einem Zusammenwirken der verschiedenen Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen möglich. Von sektoralen Betrachtungsweisen sollte abgegangen werden. Ziel ist ein integratives Vorgehen, um alle Sektoren und Handlungsträger zu vernetzen. Die entsprechenden Maßnahmen sollten in den unterschiedlichsten Bereichen gesetzt werden, wie etwa in der Sozial-, Beschäftigungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Familien-, Frauen-, Kinder-, Wohnbau-, Fiskalpolitik und der Regionalentwicklung – immer jedoch nicht isoliert, sondern sektorenübergreifend erfolgen (Wiesinger 2000).

Insgesamt hat also zwischen urbanen und ländlichen Regionen in den letzten Jahren sicherlich ein Ausgleich stattgefunden, der die früher weit verbreitete Armut im Berggebiet vermindert hat. Wie in urbanen Ballungsräumen sind aber auch in ländlichen Regionen Anzeichen der „neuen Armut“ festzustellen, die zunehmend den Mittelstand betreffen und in der Landwirtschaft auch mittelgroße Betriebe an der Rentabilitätsgrenze in Existenzschwierigkeiten bringt. Auslösende Faktoren dabei sind Effekte der Globalisierung, Deregulierung und Liberalisierung der Märkte sowie der Zentralisierung der Kapitalverwertung (Stärkung der urbanen Zentren, Schwächung ländlicher Regionen), die in Form hoher Arbeitslosigkeit (Aufgabe bzw. Abwanderung von Gewerbe- bzw. Industriebetrieben, Abbau regionaler Arbeitsplätze) sowie dem Rückbau regionaler Infrastrukturen (Regionale Nahversorgung, Post, Schulen, Bahn etc.) sichtbar werden.

Speziell auf die Landwirtschaft bezogen muss aber festgestellt werden, dass die hohen Direktzahlungen, die nach dem EU-Beitritt Österreichs in steigendem Ausmaß an die Landwirtschaftsbetriebe ausbezahlt werden, zur Einkommenssicherung wesentlich beigetragen haben, auch wenn die Verteilung die großen Betriebe bevorzugt.

## 6.8 Esskultur und bäuerliche Landwirtschaft

von *Elisabeth Loibl*

Bilder der Berglandwirtschaft werden in der Produktwerbung häufig eingesetzt, um damit das positive Image von „natürlich“ hergestellten Lebensmitteln in einer intakten Natur als Kaufanreiz für oft industriell produzierte Nahrungsmittel zu nutzen. Die Realität sieht anders aus.

Der Zusammenhang zwischen Essen und Landwirtschaft geht im Zeitalter der Tiefkühlkost und „Schnellfräsketten“ zunehmend verloren. Die Tatsache, dass die Nahrung aus dem Boden kommt und ihre Erzeugung in den Händen der Bäuerinnen und Bauern liegt, gerät angesichts der überdimensionierten Supermarktregale in Vergessenheit. Der Vormarsch von Fertig- und Halbfertiggerichten soll das Kochen ersetzen, ohne dass wir die Folgen für Landschaft und Landwirtschaft wie auch für unser leibliches und seelisches Wohl abschätzen können.

Heutzutage verdienen die meisten landwirtschaftlichen Betriebe Geld über Cash-Crops (Marktprodukte). Mit diesem Geld kaufen sie Nahrungsmittel mit einer minderwertigeren Qualität ein, als sie selbst produzieren könnten. Wie kann diesem ökonomischen, ökologischen und sozialen Antagonismus ein Ende bereitet werden? Wie können regionale Kreislaufwirtschaften wieder instand gesetzt werden, damit die Produkte vor Ort ihren Absatz finden, die noch immer nachhaltigste Art und Weise der Bewirtschaftung?

Bäuerliche Landwirtschaft ist von vielen Klischees zu entstauben. Die zwei wichtigsten darunter sind, dass die bäuerliche Selbstversorgung der Vergangenheit angehört und die Küche der Bäuerin karg und einseitig ist. Es verhält sich vielmehr umgekehrt: im Zuge der gesellschaftlichen Anerkennung der Multifunktionalität der Landwirtschaft wurde ihre wichtigste Funktion, die der Versorgung mit Lebensmitteln an den Rand gedrängt. Damit wurde die Rolle der Bäuerin auf einem Bauernhof ebenfalls hinausgedrängt. Deren wichtigsten Aufgaben bis in die Nachkriegszeit waren es, die bäuerliche Familie durch Garten- und Vorratswirtschaft zu versorgen.

### Erforderliche Aufklärungsarbeit der KonsumentInnen

Es gibt auf der einen Seite sehr bewusste EinkäuferInnen, die wissen wollen, wie und wo ihre Lebensmittel hergestellt worden sind. Wenn sie verarbeitete Produkte kaufen, studieren sie gewissenhaft Inhaltsstoffe und E-Nummernlisten. Diese Personen sind jedoch in der Minderheit. Die meisten KonsumentInnen heutzutage interessieren in erster Linie die Preise der Nahrungsmittel, die sie sich täglich einverleiben, weniger die Fakten, woher diese stammen und wie sie hergestellt worden sind. Sie sind nicht informiert über die Folgen der billigen Nahrungsmittelproduktion und können daher die Zusammenhänge nicht erkennen, beispielsweise dass die Agrarindustrie maßgebliche Ursache des Hungers auf der Welt ist und durch sie unsere Lebensgrundlagen zerstört werden. Die meisten wissen auch nicht Bescheid über die Folgen der Aufnahme von industriell gefertigter Nahrung auf unsere Gesundheit. Es sei denn, sie sind von einer Allergie oder einer Erkrankung des Verdauungsapparates betroffen. Erst mit einem körperlichen Leiden sind viele bereit, sich bewusst zu ernähren.

## Fast food und die schnelle Küche sind nicht dasselbe

Anhand unserer Esskultur lässt sich der US-amerikanische Einfluss auf unser Land deutlich erkennen. Beispielsweise in den Supermärkten an den immer länger werdenden Kühlregalen mit den immer mehr werdenden Fertig- und Halbfertigprodukten und den immer länger werdenden Regalen mit den pulverisierten Packerlgerichten. Vor mehr als zwanzig Jahren wusste eine US-Amerikanerin, die bei der Rauriser Bäuerin Roswitha Huber zu Besuch war, nicht mehr, dass ein Kuchen aus Butter, Mehl, Eiern und Zucker hergestellt wird. In den USA hat es dafür schon damals Fertigmischungen im Supermarkt gegeben. Das Wissen darüber, wie bestimmte Gerichte gekocht oder Brot und Kuchen gebacken werden, kann innerhalb einer Generation verloren gehen. Welche Interessen stecken dahinter, dass man traditionelles Wissen über das Zubereiten von Gerichten verloren gehen lässt? Ökonomische? Unbestritten ist, dass mit Fertigmischungen sehr viel Geld verdient werden kann.

Auf der anderen Seite boomen Kochkurse, vor allem im Fernsehen, siehe Jamie Oliver und Co, wie auch der Verkauf von Kochbüchern. Die klassische Gegenreaktion? Während das Kochen aus dem Alltag verschwindet, wird es auf der anderen Seite als etwas Besonderes dargestellt. Auch hierzu fällt mir wieder der Vergleich mit der bäuerlichen Landwirtschaft ein. Je mehr sie verschwindet, umso mehr wird sie im Tourismus und in der Werbung vermarktet. Noch etwas ist augenfällig: Kochen wird durch das Medieninteresse zu einer neuen Art der Freizeitgestaltung. Das ist einerseits begrüßenswert, hinterlässt andererseits jedoch die Befürchtung, dass es nur so lange interessant ist, solange es gesellschaftlich „hipp“ ist. Wenn der Trend sich wieder in eine andere Richtung wendet, ist es damit wieder vorbei. Kochen sollte jedoch als abwechslungsreiche Tätigkeit des Alltags angesehen werden, als etwas das die Gesundheit fördert wie tägliches Joggen und darüber hinaus dem Gemeinschaftsleben in der Familie förderlich ist. Für sich und die Familie täglich ein Essen zu kochen ist eine Rarität geworden. Rezepte für die schnelle Küche sind in Vergessenheit geraten oder werden aus welchen Gründen auch immer (Bequemlichkeit und Unbedachtsamkeit?) einfach weg geschoben, weil es soviel einfacher ist, ein Stück Fertigpizza in die Mikrowelle zu schieben und nur ein paar Minuten darauf zu warten, bis sie essfertig ist. Die aufgezwungene Esskultur wird uns durch den so genannten „Schnellfraß“ (im Original: fast food) noch mehr deutlich. Aufgezwungen, weil den Kindern kaum Alternativen bleiben. Wer schafft es, die eigenen Kinder fern zu halten, wenn sie dadurch Gefahr laufen, in der Schulklasse als AußenseiterIn verschrien zu sein? Viele Eltern bedauern, dass ihre Kinder um dem Gruppendruck Folge zu leisten, sehr viel Geld ausgeben. Es geht jedoch dabei auch um die grundsätzliche Frage nach der Sinnhaftigkeit des weltweiten Transfers von Essgewohnheiten und Nahrungsmitteln, durch den die Landwirtschaft vor Ort, lokale kulinarische Eigenheiten wie auch der regionale Handel beeinträchtigt und langfristig gesehen zerstört werden.

Aber selbst bei einer ablehnenden Haltung gegenüber dem „Schnellfraß“ umfasst eine nachhaltige Esskultur nicht nur die ideell einwandfreie Versorgung mit vor Ort biologisch produzierten Lebensmitteln, oder gar eine autarke Selbstversorgungswirtschaft. Zwischen fast food respektive Fertiggerichten und einem schnell selbst zubereiteten Essen besteht ein sehr großer Unterschied. Dieser lässt sich nicht nur am Geschmack (am nicht vorhandenen Geschmacksverstärker), an der Tradition und der Einfachheit der Gerichte festmachen. Sondern vor allem auch daran, wer einerseits damit Geld verdient und wer andererseits noch über das Wissen verfügt, wie einfach und schnell ein gutes Essen auf den Tisch „gezaubert“ werden kann. Je mehr dieses Wissen verloren geht, wie flott ein Kaiserschmarren, eine

Erdäpfelsuppe oder ein Getreidemus gekocht werden kann, und ausgezeichnet schmeckt, wenn frau dafür qualitativ hochwertige Zutaten verwendet, umso mehr lässt sich mit den Fertig- und Halbfertigprodukten Geld verdienen. Nicht von den Bäuerinnen und Bauern selbst, die die Grundstoffe für unsere Ernährung erzeugen. Nein, im nach gelagerten Bereich der Lebensmittelverarbeitenden Industrie (die aus Milch und Eiern Trockenmilch- und Trockeneipulver herstellen) und im Handel. Ja, natürlich, mit den Bioprodukten lässt sich noch mehr Marge verdienen.

### Am Anfang war die Empfindung

Wie verarbeitet ein Produkt auch immer ist, es ist Natur, die wir uns einverleiben. Wenn wir unser Essen bis zu seinem Ursprung zurückverfolgen, ist es früher irgendwo gewachsen, durch die Kraft der Erde, die Kraft der Sonne und welche Mächte damit immer in Verbindung stehen. Je achtsamer und gewissenhafter wir uns ernähren, auch im Hinblick darauf, wer unsere Lebensmittel wie erzeugt und dass sie möglichst wenig durch die Lande chauffiert werden, umso mehr achten wir gleichzeitig darauf, dass unsere Lebensgrundlagen auch noch nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Die Nachhaltigkeit beginnt beim Essen.

Diese lässt sich jedoch nicht von oben herab verordnen. Ständig ist die Rede davon, ohne nachhaltig Früchte zu tragen. Wir müssen Nachhaltigkeit begreifen und am eigenen Leib erfahren. Christine Gattringer, Bäuerin im Mühlviertel und ausgebildete Krankenschwester, meint, wir müssten mehr darauf achten, was „wir täglich unserem Leib zuführen“, wenn wir essen (Loibl 2003, 99). Die sinnliche Wahrnehmung, die körperliche Empfindung ist der beste Ansatz-



Würste und Schinken in der Speis

Foto: Georg Wiesinger

punkt, „nachhaltig“ zu handeln. Dies lässt sich anhand der Nahrungsmittelallergien leicht erklären. Eine Allergie ist eine Art Überempfindlichkeit, durch die die Ernährung aus sich heraus umgestellt wird, wenn jemand die Folgewirkungen eines unverträglichen Nahrungsmittels vermeiden will. Auf der globalen Ebene wirkt die sinnliche Wahrnehmung ebenfalls wesentlich stärker als bloße Aufklärung. So hat Heidi Ammerer, Bäuerin in Großarl, nach der Bäuerinnen Begegnungsreise in Ecuador im Herbst 2000 für sich die Zusammenhänge zwischen der Armut des Südens und dem Reichtum des Nordens erkannt und den Schluss gezogen, sie müsse wieder mehr auf ihre eigene Versorgung mit Lebensmitteln setzen, wieder selber Brot backen und wieder mehr Vorratswirtschaft betreiben. Vor allem „bestreikt sie seither die Bananen konsequent“. Die pestizidreiche Plantagenwirtschaft in den Ländern des Südens belie-



fert die Märkte des Nordens mit billigen Produkten und die Intensivlandwirtschaft mit billigen Mastfuttermitteln wie Soja u.a.m. Hingegen fehlen den Menschen vor Ort die Böden für ihre Eigenversorgung. Das ist die Ursache für den Hunger auf der Welt. Wir können diesen daher besser bekämpfen, in dem wir regionale Produkte konsumieren, beispielsweise Fleisch vom Biobauernhof, das nicht mit Soja aus Lateinamerika, sondern mit hofeigenen Futtermitteln gemästet worden ist.

### Die Plage mit dem Abnehmen

Um wieder in heimischen Gefilden zu landen und weiter den Zusammenhang zwischen sinnlicher Wahrnehmung und konsequentem Verhalten zu erklären, befasse ich mich mit einem Thema, mit dem sich einerseits sehr viel Geld verdienen lässt, andererseits eine drastische Folge der Ess-Unkultur ist: die Diät. Beinahe jede aktuelle Ausgabe der meisten Frauenzeitschriften bietet eine neue, „garantiert zuverlässige“ Diät an. Diät bedeutet Schonkost, auf die Bedürfnisse eines/einer Kranken abgestimmte Ernährung. Aus der Zwanghaftigkeit einer kalorienbewussten Ernährung kann erst ausgestiegen werden, wenn die Ursache für diese Zwanghaftigkeit bewusst geworden ist. Es geht dabei – grob gesprochen – um eine Disharmonie zwischen Körper, Seele und dem Leben selbst. Denn einen gesunden Appetit auf Essen zu haben bedeutet immer gleichzeitig einen gesunden Appetit auf das Leben zu haben. Wenn mir dieser Appetit vergällt wird, muss eine Absicht dahinter stecken. Warum kann mir jemand (wer?) vorschreiben, wie meine Figur auszusehen hat, wie viel ich ergo zu mir nehmen soll und wie viel ich täglich trainieren muss, um Überschüsse wieder abzubauen und einen wohl geformten Körper zu erhalten? Oder warum stopfen wir aus lauter Frust Naschereien in uns hinein, um uns zu beruhigen? Warum kennen wir keine anderen, gesünderen Methoden, innerlich wieder zur Ruhe zu kommen? Wann haben wir den Kontakt zu uns selbst verloren, dass wir nicht mehr wissen, was und wie viel der eigene Körper braucht, um sich mollig wohl zu fühlen? Oder geht es hierbei um eine Art Entmündigung? Wenn wir als erwachsene Menschen entmündigt werden können, wie fest stehen wir dann noch mit beiden Beinen in diesem Leben, auf diesem Boden? Sind wir dann nicht schon längst entwurzelt? Beherrschbarkeit und Manipulierbarkeit folgt der Entwurzelung auf den Fuß. Damit bin ich wieder am Anfang meiner Geschichte. Ich will damit verdeutlichen, welchen politischen Stellenwert unser Essen hat. Dieser wird aus meiner Sicht viel zu selten wahrgenommen.

### Beziehungslos, farblos oder schmackhaft?

Die Hygienekultur hat die weiß getünchten Küchen „zum langweiligsten Ort der Welt verkommen“ lassen. In durchrationalisierten, engen Räumlichkeiten, abgespalten vom Wohnraum, werden selbst zubereitete Mahlzeiten zunehmend verschwinden. Damit verschwindet auch der Gemeinschaft stiftende Teil des Essens, wenn es im Kreis der Familie oder der Hausgemeinschaft eingenommen wird (Meyer-Renschhauser 2002, 221). Die mangelhafte Beziehung zu unserer Leiblichkeit als soziale Wesen und zu dem, was wir uns einverleiben, zum Essen, wird dadurch noch verstärkt. Und wenn wir, die KonsumentInnen, keine Beziehung mehr haben zu den ProduzentInnen unserer Nahrung, zu Bäuerinnen und Bauern, dann werden bäuerliche Produkte – und das bedeutet das bäuerliche Leben in seiner Gesamtheit – dem Schnellfraß weichen müssen. Was das für unser aller Eigenständigkeit bedeutet, lässt sich nur in schwarzgrauen Bildern ausmalen. Es bleibt mir nur zu appellieren, am Biobauernhof und im Bioladen einzukaufen, damit die Zukunft farbenfroh und vor allem schmackhaft bleiben wird!



## 7. Naturräumliche Aspekte im Berggebiet

### 7.1 Naturraum im Berggebiet

Die österreichische Berglandwirtschaft wird nicht nur selbst von den naturräumlichen Rahmenbedingungen subalpiner und alpiner Klima- und Vegetationsstufen geprägt, sondern hat im Laufe ihrer Jahrtausende langen Entwicklung die (sub)alpinen Kulturlandschaften im Berggebiet durch die Bewirtschaftung und Kultivierung wesentlich mitgestaltet. Hand in Hand mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und Brüchen veränderte sich auch die Nutzung des Bergraumes sowie die Struktur der Berglandwirtschaft, was wiederum Auswirkungen auf die ökologisch wertvollen (sub)alpinen Kulturlandschaften und Lebensräume hatte/hat. Neben der Landwirtschaft haben früher – vor allem im Rahmen der Industrialisierung – der Bergbau, die Forstwirtschaft (großer Holzbedarf für die Glas- und Eisenerzeugung) und in jüngerer Zeit die Energiewirtschaft und der Tourismus zu einschneidenden Veränderungen geführt. Das bedeutet, dass dieser steigende Nutzungsdruck sowohl Einflüsse auf die Berglandwirtschaft als auch auf alpine und subalpine Ökosysteme hat. Das ist auch der Grund, warum vor allem ökologische Aspekte im Berggebiet zunehmend an Bedeutung gewinnen und sich die Berglandwirtschaft, nicht immer mit voller Zustimmung aller Betroffenen, mit den damit verbundenen Auswirkungen auseinandersetzen muss. Die Auflassung von extensiven, arbeitsintensiven Grenzertragsflächen (Bergmähder, Almen, Hutweiden), die Intensivierung ertragsreicher Grünlandflächen, Verwaltungstendenzen und die damit verbundenen ökologischen Veränderungen wie Abnahme der Artenvielfalt, der Vielfältigkeit der Kulturlandschaft sowie des Landschaftsbildes sind dabei wesentliche Problembereiche.

#### Kooperationspartner Natur- und Umweltschutz

Die zunehmende Bedeutung des Umwelt- und Naturschutzes ist auch darauf zurückzuführen, dass parallel zum Rückgang der Produktionsfunktion der Berglandwirtschaft andere Nutzungen an Bedeutung gewonnen haben, die neben positiven wirtschaftlichen Effekten zu starken soziokulturellen, aber auch vor allem ökologischen Belastungen geführt haben. Das Paradebeispiel ist dabei der vor allem in Westösterreich verbreitete zweisaisonale Intensivtourismus, der nicht nur zu einer „Urbanisierung“ und damit Veränderung dörflicher Sozial- und Kulturstrukturen geführt hat, sondern vor allem durch den massiven Ausbau winterlicher Fremdenverkehrsinfrastrukturen wie Aufstiegshilfen, Schipisten und Loipen, Beschneiungsanlagen sowie Beherbergungs- und Verpflegungseinrichtungen auch die alpinen Kulturlandschaften stark verändert und deren ökologische Qualität vermindert hat. Natürlich müssen dabei auch die positiven Beschäftigungs- und Einkommenseffekte für die BäuerInnen bedacht werden, die durch die Vernetzung von Tourismus und Landwirtschaft erschlossen wurden. Ist in vielen solchen Tourismusregionen/-gemeinden/-orten die Belastbarkeitsgrenze bereits überschritten, so sind zukünftig im Rahmen von regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzepten bei der Planung und Umsetzung verstärkt Punkte wie partizipative Einbindung der regionalen Bevölkerung, auf nachhaltige Nutzung der regionalen Ressourcen sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards verbindlich einzuhalten, was über Koppelung von Förderungsmitteln an entsprechende Auflagen zu erreichen wäre.

Allgemein lässt sich feststellen, dass parallel zur Abnahme der wirtschaftlichen Funktion der Berglandwirtschaft und zum Rückgang der Anzahl der Bergbauernhöfe urbane, gesellschaftlich erwünschte Ausgleichsfunktionen wie Erholung und Tourismus sowie Umwelt und Naturschutz zunehmen und der Druck von Mehrfachnutzungen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen ansteigt. Das wiederum schafft einerseits neue Entwicklungschancen und führt auch in gewissem Maße zu einer gesellschaftlichen Öffnung, bedingt aber andererseits vielfältige Konfliktfelder. In diesem Zusammenhang zu nennen sind z.B. die Konflikte zwischen BäuerInnen und Naturschützern bei der Errichtung der ersten Nationalparks in Österreich, wobei staatlicher Naturschutz dekretiert wurde und auf eine partizipative Einbindung der betroffenen LandeigentümerInnen manchmal kein Wert gelegt wurde. Auch Naturschutzaktivitäten auf Almen wurden und werden immer noch als Angriff auf die Eigenständigkeit der BäuerInnen und deren Eigentum empfunden, obwohl bei partnerschaftlicher Planung und entsprechenden finanziellen Abgeltungen zwischen Berglandwirtschaft und Naturschutz attraktive Synergieeffekte zu verwirklichen wären. Zu nennen wäre dabei die Einbindung von Nationalparks und Naturparks für Projekte eigenständiger Regionalentwicklung, die Produktion biologischer Spezialitäten sowie Möglichkeiten eines sanften Regionaltourismus.

Nicht nur aufgrund der hohen Agrarförderungen, die sowohl den BäuerInnen als auch dem Naturschutz als wesentliches Instrumentarium zur Verfügung stehen, sondern auch das steigende gesellschaftliche Bewusstsein um die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Kooperation von Landwirtschaft und Naturschutz führen aber zu einer zunehmenden Aufweichung dieser Fronten bzw. Konflikte.

### Agrarische Umweltpolitik

Die Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz wird in Österreich durch verschiedene Steuerungs- und Förderungsinstrumente der agrarischen Umweltpolitik geregelt. An internationalen Vertragswerken ist vor allem die Alpenkonvention mit ihren entsprechenden Protokollen (z.B. Berglandwirtschaft) zu nennen. In Österreich sind seitens der Landwirtschaft besonders die Direktzahlungen des ÖPUL (Österreichisches Agrarumweltprogramm) sowie der Ausgleichszulage für Betriebe im Berggebiet (benachteiligten Gebiet) geschaffen worden, deren Ziel es ist, im Berggebiet eine extensive, umweltgerechte Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Diese Zahlungen sollen einerseits den BäuerInnen ein entsprechendes Einkommen ermöglichen und andererseits die Sicherung bzw. Verbesserung der Biodiversität und der Vielfalt der Kulturlandschaft unterstützen. In diesem Zusammenhang zu nennen ist auch die mit der letzten GAP-Reform eingeführte so genannte Cross Compliance (CC), ein Regelwerk an bestehenden und neuen, hauptsächlich ökologisch orientierten Mindeststandards, dessen Einhaltung seitens der BäuerInnen Voraussetzung für die Gewährung der einheitlichen Betriebsprämie (Ausgleichszahlungen der EU Marktpolitik) darstellen. Bestimmungen zum Schutz des Grundwassers, zur Einhaltung der Nitratrichlinie, der Ausbringung von Klärschlamm, dem Schutz ökologisch wertvoller Flächen und Arten und vieles mehr werden darin geregelt.

## Naturschutz im Berggebiet



Gämsen in der Latschenzone

Foto: Gerhard Hovorka

Seitens des Naturschutzes ist neben Aktivitäten des Vertragsnaturschutzes vor allem das von der EU geschaffene Naturschutznetzwerk Natura 2000 zu nennen, welches europaweit den Schutz ökologisch wertvoller Arten und Biotope sowie die Vernetzung entsprechender Schutzgebiete sichern soll. Es beinhaltet hauptsächlich schon bestehende Naturschutzflächen wie Nationalparks und andere Naturschutzgebiete sowie neu ausgewiesene Flächen, die von den Naturschutzbehörden

der Bundesländer zum Schutz zusätzlicher wertvoller Biotope nominiert wurden. Bei der Auswahl der Gebiete war darauf zu achten, dass die Lebensraumtypen nach Anhang I und die Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) und Arten der Vogelschutzrichtlinie abgedeckt werden ([www.UBA.at](http://www.UBA.at)). Kernziel ist ein Verschlechterungsverbot, das auch konkrete Auswirkungen auf die land- und forstliche Nutzung von Flächen in Natura 2000 Gebieten hat. Die Erarbeitung von Managementplänen und ein entsprechendes Monitoring und die Berichtspflicht sollen die Erreichung dieser Ziele garantieren. Da große Anteile der Natura 2000 Flächen im Berggebiet liegen, ist vor allem die Beibehaltung extensiver Wirtschaftsweisen in der Land- und Forstwirtschaft von zentraler Bedeutung. Bezogen auf die Berglandwirtschaft bedeutet dies, dass einerseits die Bewirtschaftung extensiver, ökologisch wertvoller Flächen wie Almen, Hutweiden und einmähige Bergwiesen/Bergmäher (extensives Grünland) gesichert werden muss, um die daran gekoppelte hohe Biodiversität zu erhalten und eine Verwaldung hintan zu halten. Andererseits soll eine Intensivierung solcher Flächen (Überbestockung auf günstig gelegenen Almflächen) durch entsprechende Förderungen/Leistungsabgeltungen verhindert werden.

Das diesbezüglich zentrale Förderungsinstrument ist, neben der Ausgleichszulage für Betriebe im benachteiligten Gebiet/Berggebiet, das Österreichische Agrarumweltprogramm ÖPUL, das für Bergbauernbetriebe verschiedener Maßnahmen anbietet.

### Das agrarische Umweltprogramm ÖPUL

Das agrarische Förderungsprogramm ÖPUL wurde mit dem EU-Beitritt Österreichs als wesentliches Beitrittsargument eingeführt und ist mit ca. 654 Mio. € die höchstdotierte Direktzahlung (2005: 62 %) im Österreichischen Programm zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums. Das ÖPUL ist

damit das wichtigste Instrument im Rahmen der agrarischen Umweltpolitik. Neben umwelt- und naturschutzorientierten Maßnahmen zur Beibehaltung umweltgerechter Bewirtschaftungsformen bzw. Reduktion umweltbelastender Produktionsweisen steht vor allem der Aspekt der Einkommenssicherung im Vordergrund. Aufgrund der flächenbezogenen Konzeption der ÖPUL-Prämien – größere Betriebe bekommen mehr Geld – und der großen Vielfalt an mehr oder weniger ökologisch wirksamen Maßnahmen ergibt sich allerdings eine Verteilung der Förderungsmittel, die Großbetriebe in den agrarischen Gunstlagen bevorzugt und kleine Betriebe benachteiligt, was sich im klein strukturierten Berggebiet nachteilig auswirkt.

Bei einem Flächenanteil von 11% fließen 18% der ÖPUL-Mittel an Bergbauernbetriebe des Hochalpengebietes, die vor allem von der Teilnahme an hochprämiierten, ökologisch wertvollen Maßnahmen profitieren. In Regionen mit hohem Anteil an Veredelungsbetrieben wie dem Südöstlichen Flach- und Hügelland sowie dem Alpenvorland fließen – bezogen auf die Fläche – relativ wenige ÖPUL-Mittel. Je Betrieb sind die ÖPUL Prämien im Hochalpengebiet mit durchschnittlich 4.235 € unterdurchschnittlich (kleinbetriebliche Struktur), während sie je Flächeneinheit aufgrund des hohen Anteils an hochprämiierten ÖPUL-Maßnahmen wie Biologische Wirtschaftsweise, Steiflächenmahd oder Alpungsprämie allerdings Österreich weit am höchsten ausfallen (Groier 2005).

Das ÖPUL sieht für unterschiedliche betriebliche Umwelt- und Naturschutzauflagen mittels einer Vielzahl an untereinander kombinierbarer Maßnahmen entsprechende Leistungsabgeltungen vor. Speziell für die Bergbauernbetriebe werden dabei die Maßnahmen „Alpung und Behirtung“, „Offenhaltung der Kulturlandschaft (Mahd von Steiflächen und Bergmähdern)“, „Biologische Wirtschaftsweise“ und Verzicht auf ertragssteigernde Betriebsmittel im Grünland“ angeboten. Auf die wichtige Maßnahme „Biologische Wirtschaftsweise“ wird im folgenden Kapitel näher eingegangen.

### Zur Diskussion über die Weiterentwicklung des ÖPUL

Das Umweltprogramm weist bei den BäuerInnen eine sehr hohe Akzeptanz auf. So nehmen 78 % aller landwirtschaftlichen Betriebe mit 89 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (ohne Almen) am ÖPUL teil. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung im Berggebiet ohne die Direktzahlungen des ÖPUL in weiten Bereichen nicht sichergestellt werden könnte, da der Anteil dieser Förderung am Landwirtschaftlichen Einkommen unverzichtbar hoch ist. Angesichts der Reduktion der ÖPUL Mittel für die neue Förderungsperiode 2007-2013 sowie der aufgrund des Flächenbezugs ungerechten Verteilungswirkung wäre es aber wichtig, das ÖPUL zu straffen, sich auf ökologisch wirksame Maßnahmen zu konzentrieren und das ohnehin vorhandene, aber zahnlose Instrument der Modulation (degressive Gestaltung der Prämien) effizienter zu gestalten. Gerade im Hinblick auf die Diskussion über die Reform der EU und der Neustrukturierung des EU Budgets (Reduktion des Agrarbudgets etwa zugunsten von Bildung und Wissenschaft) verlangen eine Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Förderungsgelder.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die zunehmende Vernetzung und Kooperation von Landwirtschaft und Naturschutz vor allem im Berggebiet bei partnerschaftlicher Kooperation für beide Seiten vorteilhaft ist, auch wenn die dabei entstandene Agrar- und Naturschutzbürokratie Ausmaße angenommen hat, die für viele BäuerInnen eine große Belastung darstellen und ihrem Selbstbild eines freien Bauernstandes scheinbar zuwiderlaufen.

## 7.2 Biolandbau – Innovation im Berggebiet

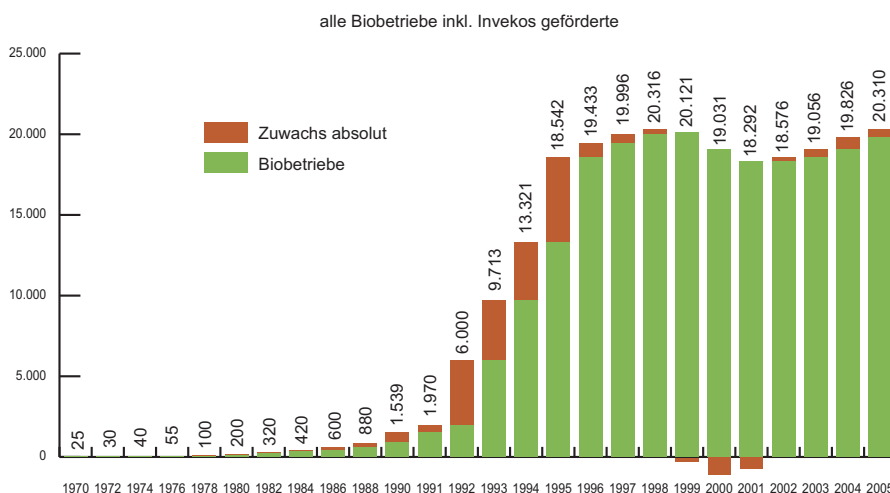
Eine der wichtigsten agrarischen Innovationen, nämlich der biologische Landbau, ist trotz der in den letzten Jahren größeren Umstellungsdynamik in den agrarischen Gunstlagen, mit 89 % aller Biobetriebe bzw. 85% der Biofläche eine Produktionsform des Berggebiets. In manchen Regionen Westösterreichs wirtschaften schon weit über die Hälfte aller Höfe nach dieser umweltfreundlichen Bewirtschaftungsmethode. Der Biolandbau ist also für die Berglandwirtschaft und auch die Berggebiete zu einem echten Stabilisierungsfaktor herangewachsen.

Trotz der vergleichsweise geringen Landesgröße nimmt der Biolandbau in Österreich im internationalen Vergleich eine Spitzenstellung ein. EU-weit betrachtet rangiert Österreich bei der Biofläche an sechster, bei der Anzahl der Biobetriebe sogar an zweiter Stelle. Bezüglich der Bioquote, als dem Anteil der Biobetriebe an allen Betrieben bzw. dem Anteil der Biofläche an der Gesamtfläche liegt Österreich in Europa an der Spitze.

Der Biolandbau hat sich in den letzten 20 Jahren von einer Marktnische zu einem fixen Bestandteil der österreichischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion entwickelt. Im Jahr 2005 bewirtschafteten in Österreich 20.100 Biobetriebe ca. 364.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (incl. Almen). Das entspricht 13,4 % aller landwirtschaftlichen Betriebe bzw. 12,7 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (Invekos 2005). Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt mit fast 18 ha LN über dem Durchschnitt der konventionellen Betriebe (höherer Haupterwerbsanteil) und hat seit 1995 um über 50% zugenommen. Fast 5 % der Nahrungsmittelproduktion entfällt schon auf Bioprodukte, und eine Marktsättigung ist nur in einigen Überschusssparten (Biomilch, Biorindfleisch) festzustellen.

Aufgrund der großteils extensiven Bewirtschaftungsintensität ist der Biolandbau derzeit noch eine Wirtschaftsweise des Berggebietes, auch wenn in den letzten Jahren der Zuwachs im Berggebiet stagniert und die größte Umstellungsdynamik in den agrarischen Gunstlagen zu beobachten ist.

**Abbildung 10: Entwicklung der Anzahl der Biobetriebe in Österreich**



Quelle: BMLFUW, BABF

Der Biolandbau zeigt gegenüber der konventionellen Landwirtschaft eine gegenläufige, positive Entwicklung. Im Gegensatz zu der Gesamtentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe, die in Österreich mit einer durchschnittlichen jährlichen Abnahme von ca. 4.600 Betrieben seit 1951 den dramatisch verlaufenden Prozess des „Wachsen und Weichen“ verdeutlicht, hat der biologische Landbau in den letzten 10 Jahren ein rasantes Wachstum hinter sich.

Die wesentlichen Entwicklungsphasen im biologischen Landbau lassen sich folgendermaßen skizzieren:

- ◆ **Gründungsphase**  
in der Zwischenkriegszeit in den 1920 Jahren auf Basis der Erkenntnisse und Lehren des Anthroposophen Rudolf Steiners. Geisteswissenschaftlicher Zugang, Begründung des biologisch dynamischen Landbaues
- ◆ **Pionierphase**  
Netzwerk weniger VorreiterInnen bis in die 1960er Jahre
- ◆ **Phase des qualitativen Wachstums**  
Verbandsgründungen, konstantes Wachstum in den 1970er Jahren
- ◆ **Erste Boomphase**  
Anfang der 1990er Jahre durch Beginn der staatlichen Förderungen (Biobauernzuschuss)
- ◆ **Zweite Boomphase**  
Mitte der 1990er Jahre mit dem EU-Beitritt (Erhöhung der Biodirektzahlungen im agrarischen Umweltprogramm ÖPUL) und den Einstieg der großen Supermarktketten (Billa, Spar) in die Bio-Vermarktung
- ◆ **Konsolidierungsphase**  
ab Ende der 1990er Jahre, Rückgang der Anzahl der Biobetriebe, Marktungleichgewichte in Biomarkt (Überschüsse bei Milch und Rindfleisch), institutionelle Professionalisierung (Gründung der Dachorganisation Bio-Austria), Entideologisierung der BiobäuerInnen und BiokonsumentInnen, Einführung der nationalen Bio-Aktionsprogramme
- ◆ **Konventionalisierungsphase**  
seit Anfang des 2. Jahrtausend, Betriebszahl steigt wieder und erreicht 2005 wieder das Niveau von 1998; Konventionalisierungserscheinungen in Produktion, Verarbeitung und Vermarktung sowie bei den Werten und Einstellungen von BäuerInnen und KonsumentInnen

Man kann also feststellen, dass der biologische Landbau ursprünglich von gesellschaftspolitisch eher konservativen, antimodernen Strömungen getragen und weiterentwickelt wurde, auch wenn sich in den Konzeptionen antikapitalistische, lebensreformistische und ökologische Elemente wieder finden. In dieser Gründungsphase wurde der Gedanke des biologischen Landbaus zu einer umfassenden Arbeits- und Lebensphilosophie weiterentwickelt und von einzelnen Pionierbetrieben einer ersten praktischen Erprobung unterzogen. Der biologische Landbau wurde zu dieser Zeit primär nicht als ökologisch motivierte Produktionsalternative, sondern als ein umfassendes, Menschen, Tier und Pflanzen einbeziehendes Modell einer selbst bestimmten, relativ unabhängigen und kreislauforientierten Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft am Hof betrachtet. Gerade die Alternativszene – wie z.B. im Waldviertel, gab dem Biolandbau in den 1970/80er Jahren durch die Gründung verschiedener Produktions- und Vermarktungsinitiativen (z. B. BERSTA, ARGE Rosenauerwald, EVI, MÜHLI, Tauernlamm) neue Entwicklungsimpulse, die auf Produktionsalternativen, hofgestützte Verarbeitung der



Rohstoffe zu hochqualitativen Spezialitäten und die Direktvermarktung in Form des Ab-Hofverkaufes, Bauernmärkte oder Verkaufslokale in Ballungszentren setzen.

Anfang der 1990er Jahre erlebte der Biolandbau in Österreich seine erste Boomphase. Im Zuge der Vorbereitungen zur Übernahme der EU-Agrarpolitik, die zum Ausgleich sinkender Produzentenpreise und landwirtschaftlicher Einkommen die Schaffung produktionsneutraler Direktzahlungen vorsah, führte der Bund 1992 den so genannten Biobauernzuschuss ein, mittels dessen sowohl Umstellungs- als auch bestehende Biobetriebe erstmals systematisch gefördert wurden. Diese Direktzahlungen führten zu einer sprunghaften Ausweitung der Umstellung auf biologische Wirtschaftsweise, wodurch sich die Anzahl der Biohöfe zwischen 1990 und 1994 fast verzehnfachte und die Bioquote auf ca. 5 % hinaufschleunigte. Gleichmaßen stieg auch die Produktion, und Bauernmärkte und Naturkostläden in den städtischen Ballungszentren erlebten einen starken Aufschwung (Agrar)politisch geprägt wurde diese Phase durch die großkoalitionären Vorbereitungen auf den EU-Beitritt 1995 mit dem Ausbau der



Biobauer mit Schweinen in Freilandhaltung Foto: Elisabeth Loibl

ökologisch orientierten Direktzahlungen – so auch der Bioförderungen – und deren Integration in das kommende neue agrarische Umweltprogramm ÖPUL.

Die zweite Boomphase des biologischen Landbaues wurde mit dem EU- Beitritt Österreichs 1995 eingeläutet. Mit der Integration der Biodirektzahlungen in das agrarische Umweltprogramm ÖPUL kam es nicht nur zu einer abermaligen Erhöhung der Prämiensätze für Biobetriebe, sondern auch zur endgültigen Verankerung der Bioförderung in der Agrarförderung. Der neue Expansionsschub katapultierte den Biolandbau bis zum Jahr 1998 auf den Rekordstand von 20.300 Betrieben. Die Bioquote stieg auf beachtliche 9 % (Invekos 1998) an. Gleichzeitig mit den steigenden Produktionsvolumen und entsprechenden Anstrengungen der Bioverbände – hier vor allem des weitaus größten und dominanten ERNTE Verbands – wurde es für die großen Supermarktketten interessant, professionell in die Vermarktung von Bioprodukten einzusteigen (Billa, Spar).

### Konventionalisierungserscheinungen im Biolandbau

Die Einbindung des Biolandbaus in die konventionellen Marktstrukturen in den letzten 10 Jahren hat zwar zur Ausweitung des Absatzes von Bioprodukten geführt und neue Käuferschichten erschlossen. Gleichzeitig aber treten im biologischen Landbau Konventionalisierungserscheinungen zutage. Das



bedeutet, dass sich die gesamte Wertschöpfungskette des Biolandbaus (Produktion, Verarbeitung, Vermarktung) sowie die Werthaltung der BäuerInnen, KonsumentInnen und PolitikerInnen an konventionelle Verhaltensweisen, Praktiken, Mechanismen und Strukturen angepasst haben, wobei sowohl positive als auch negative Effekte gegenüber der ursprünglichen Form des Biolandbaus auftreten, die auf die Anpassung der gesamten Wertschöpfungskette zurückzuführen sind.

Die Produktion von biologischen Lebensmitteln nähert sich – nicht nur strukturell – unter Einhaltung der Produktionsrichtlinien den Praktiken des konventionellen Landbaus immer mehr an und wird in günstigen Produktionslagen von einer Intensivierung der Produktion getragen. Der Wettbewerbsdruck, dem landwirtschaftliche Betriebe zunehmend ausgesetzt sind, hat auch vor der Biolandwirtschaft nicht halt gemacht. So verlagert sich die Bioproduktion mittels „marktkonformer“ Großbetriebe immer mehr in die agrarischen Gunstlagen. Zusätzlich erfordert der allgemeine Wettbewerbsdruck vor allem in den großen, biologisch bewirtschafteten Ackerbaubetrieben oder den Milchviehbetrieben in den intensiveren Grünlandgebieten betriebswirtschaftliche Optimierungsschritte. Zu nennen sind dabei:

- ♦ Die Intensivierung der Bewirtschaftung (Zukauf von Futtermitteln, vermehrter Einsatz von ökologisch nicht unbedenklichen, zugelassenen Pestiziden und Düngern) (Piatti u.a. 2006)
- ♦ die zunehmende Spezialisierung auf wenige Betriebszweige (viehlose Biobetriebe in den Ackerbauregionen)
- ♦ die Verengung von Fruchtfolgen
- ♦ der Einsatz ökologisch und qualitativ bedenklicher Produktionstechniken wie die Gewinnung von Grassilage anstelle der Heuproduktion
- ♦ der Einsatz von wenigen, auch im konventionellen Bereich eingesetzten Hochleistungssorten in der Gemüse und Obstproduktion (Einengung der Sorten- und Produktvielfalt bzw. -qualität)
- ♦ die Haltung leistungsstarker, umweltsensibler Nutztierassen (Hybride)
- ♦ der vermehrte Einsatz von Medikamenten bei Hochleistungstieren in Großbeständen

Neben der Produktion hat vor allem die Verarbeitung von Bio-Rohstoffen in industriellen Verarbeitungsbetrieben (Mühlen, Molkereien, Fleischverarbeitungsbetriebe) zu Beeinträchtigungen der Bio-Qualität geführt, sodass sich viele Bio-Supermarktprodukte im Qualitätsbestandteil des Genusswertes nur noch wenig von konventionellen Produkten unterscheiden. Entsprechend den bei Großanbietern bestehenden Anforderungen an Lebensmittel wie Haltbarkeit, Lagerfähigkeit, Standardisierung, Asaisonalität und Preisniveau müssen sich auch Biolebensmittel diesen Marktzwängen immer stärker anpassen. Kostengünstige, der Qualität oft abträgliche Verarbeitungsverfahren (Einsatz von Hochleistungssorten, Ernte im unreifen Zustand, kurze Reifezeiten, industrielle Verarbeitungstechniken) nehmen daher zu.

Weiters sind seitens des Umwelt- und Naturschutzes kritische Stimmen zu hören, die bemängeln, dass sich Biobetriebe in ihren naturschutzfachlichen, ökologischen Effekten kaum von konventionellen Betrieben unterscheiden. Es wird deshalb eine Schärfung des Qualitäts- und Ökologieprofils durch Verbesserung der Bio-Richtlinien und Intensivierung der entsprechenden schulischen Bildungsinhalte gefordert.

Im Zuge dieses Konventionalisierungsprozesses ist auch ein Wandel der Wertvorstellungen bzw. eine gewisse Entideologisierung sowohl bei den BäuerInnen als auch bei den KonsumentInnen festzustellen. Biolandbau wird nicht mehr als Lebensphilosophie, sondern als attraktive Produktionsalternative gesehen, und die KonsumentInnen greifen gerne zu den preiswerten, industriell erzeugten und über Supermärkte vermarkteten Bioprodukten.

Der Biolandbau befindet sich also erneut in einer wichtigen Umbruchphase, deren Gestaltung ganz entscheidend für dessen zukünftige Entwicklung sein wird. Bei entsprechender Nachfrage ist mit einem weiteren, wenn auch gedämpften Wachstum des Biosektors zu rechnen. Alle Anzeichen weisen aber darauf hin, dass sich der Markt von Bioprodukten, ähnlich jenem konventionell erzeugter Produkte, zukünftig stärker differenzieren wird und die KonsumentInnen zwischen „Billig Bio“ und „Premium Bio“ wählen werden. Das ist, wenn sie konsequent wahrgenommen wird, auch eine große Chance für die Berglandwirtschaft. Gegenüber der wachsenden Menge an günstigen Bioqualitäten aus den Supermärkten wird das hochpreisigere Premium-Bio-Segment, das regional von kleinen Verarbeitungsbetrieben verarbeitet und über KonsumentInnen nahe Vermarktungsschienen (Direkt- und Regionalmarketing) angeboten wird, an Bedeutung gewinnen und für Betriebe im Berggebiet attraktive Einkommensmöglichkeiten erschließen.

Als Vision sollte die Umstellung der gesamten Landwirtschaft im Berggebiet ins Auge gefaßt werden, wobei die Umstellung im Rahmen spezieller Regionalentwicklungskonzepte – Stichwort Bioregionen – und die Umsetzung gentechnikfreier Regionen im Rahmen der länderspezifischen Gentechnik-Vorsorgegesetze zusätzliche Dynamik bringen könnten.

### 7.3 Die Bedrohung der Berglandwirtschaft durch die Gentechnologie

*von Josef Hoppichler*

Speziell für das Berggebiet, aber auch für die gesamte österreichische Landwirtschaft birgt der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) große Gefahren. Herrscht über den Einsatz der Gentechnologie in der Medizin allgemein Einverständnis, so lehnt ein Großteil der KonsumentInnen ihren Einsatz in der Landwirtschaft und damit von GVO-Lebensmitteln ab. Durch ein von der Mehrheit getragenes Gentechnikvolksbegehren (1997) und aufgrund intensiver Überzeugungsarbeit auf nationaler und internationaler Ebene durch NGOs und kritischen WissenschaftlerInnen konnte bisher der Einsatz von GVOs in der österreichischen Landwirtschaft verhindert werden. Wie lange die von der EU-Kommission erwünschte Freigabe aber noch aufgehalten werden kann und wie lange Österreich seine Importverbote für GV-Mais und GV-Raps aufrecht halten kann, ist allerdings unsicher.

#### Risiken des GVO-Einsatzes

Der Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft ist mit unterschiedlichen Konsequenzen, die vor allem Risiken für die menschliche Gesundheit sowie Langfristrisiken für die Umwelt inkludieren, verbunden. Auch die potentiellen sozioökonomischen Veränderungen sind enorm. Diese Risikotechnologie stellt für den Bereich der industriellen Landwirtschaft einen neuen Technologiesprung dar, der zu einer weiteren Durchsetzung der Logik industrieller Produktionsmethoden in der Landwirtschaft beitragen und zu einer zunehmenden Abhängigkeit von den großen

internationalen Agrarkonzernen führen wird. Damit wird aber auch der betriebliche Wettbewerb und damit der Prozess des „Wachsen und Weichen“ weiter angeheizt. Von den KonsumentInnen wird diese Technologie vor allem im Lebensmittelbereich überwiegend deshalb abgelehnt, da eine Verschlechterung der Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit befürchtet wird, die mit gesundheitlichen Risiken wie Allergieproblemen verbunden sein kann (Hoppichler 2005).

Laut IFOAM 2002 ist der GVO-Einsatz in der Landwirtschaft mit folgenden Risiken verbunden:

- ◆ Negative und irreversible Umweltauswirkungen; Gefährdung des Ökosystems Boden, Schädigung von Nützlingen, Auswilderung transgener Pflanzen
- ◆ Freisetzung von Organismen, die nie zuvor in der Natur existiert haben und die nicht wieder zurückgerufen werden können
- ◆ Die Verschmutzung des Genpools der Kulturpflanzen, Mikroorganismen und Tiere
- ◆ Auskreuzung und Verunreinigung von Nicht-Nutzorganismen
- ◆ Vorenthaltung der freien Wahl für Landwirte und Konsumenten
- ◆ Verletzung der traditionellen bäuerlichen Rechte und Gefährdung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit
- ◆ Anwendung von Praktiken, die mit einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht übereinstimmen
- ◆ Nicht akzeptierbare Gefahren für die menschliche Gesundheit
- ◆ Weitere Industrialisierung der Landwirtschaft: Technologie wird von wenigen Industrien im Interesse des Industriewachstums entwickelt. Das know-how liegt bei der Agrarindustrie und den Bauern bleibt immer weniger Entscheidungskompetenz
- ◆ Störung der gentechnikfreien Landwirtschaft: Die biologische und technische Verunreinigung mit GVO verlangt teure Separierungs- und Qualitätssicherungsprogramme. Dadurch wird biologische und gentechnikfreie Landwirtschaft einfach teurer gemacht.

Dem gegenüber stehen allerdings die massiven Verwertungsinteressen der großer Pharma-/Agrar-/Chemiekonzerne (Patentierung von GVO-Pflanzen). Aus dieser Richtung, unterstützt durch Lobbyisten, kommen auch viele der Scheinargumente pro Gentechnologie wie betriebswirtschaftliche Optimierung der Produktion, Minimierung von Umweltbelastungen durch weniger Agrarchemikalien oder der GVO-Einsatz als probates Mittel zur Bekämpfung des Hungers in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Neben diesen Faktoren ist es vor allem die spezielle, von Kleinstrukturen und dem hohen Anteil an Bio-betrieben (Einsatzverbot von GVOs) bestimmte Struktur der österreichischen Landwirtschaft, die einen Einsatz von Gentechnologie so problematisch bzw. unmöglich macht. Aus der kleinräumigen Verzahnung von Biolandbau und konventioneller Landwirtschaft ergibt sich, dass ein nebeneinander dieser beider Produktionsformen ein hohes Kontaminationsrisiko birgt, denn die Bestäubung der Ackerkulturen und die technische Vermengung der pflanzlichen Produkte lässt sich unter solchen Bedingungen nicht kontrollieren. Die klein strukturierte, extensive Berglandwirtschaft würde sich aufgrund der niedrigen Kapitalproduktivität ohnehin nicht für den GVO-Einsatz eignen. Der GVO-Einsatz und mögliche Produktivitätssteigerungen sind eher bei großen, industriell wirtschaftenden Betrieben in den agrarischen Gunstlagen zu erwarten, welche dann aber die Betriebe in benachteiligten Gebieten weiter unter Wettbewerbsdruck setzen. Neben der Gefährdung des biologischen Landbaues würde ein genereller Schaden für das Image österreichischer Qualitätsprodukte entstehen.

## Die Koexistenzproblematik – letztlich unlösbar

Der Biologische Landbau ist vom Gentechnik-Anbau auf allen Ebenen der landwirtschaftlichen Erzeugung und Be- und Verarbeitung von Nahrungs- und Futtermitteln betroffen. Die Verunreinigungspotentiale erstrecken sich über die gesamte Produktionskette: Saatgut, Anbau (Kreuzung mit Kultur- und Wildpopulationen), Auswuchs, Erntemaschinen, gesamte Lagerung, Transport, Be- und Verarbeitung. Wenn keine hinreichenden Maßnahmen gesetzt werden, so ist trotz der Vorsichtsmaßnahmen am Biosektor eine zunehmende GVO-Verunreinigung der Bio-Lebensmittel nicht hintanzuhalten und der Kennzeichnungsgrenzwert von 0,9 % würde zum andauernden Damoklesschwert. Aber selbst wenn solche Maßnahmen gesetzt werden, ist eine schleichende Kontamination geringeren Ausmaßes ebenfalls zu erwarten, sodass der Konsument von biologischen Nahrungsmitteln mit dem bitteren Sachverhalt konfrontiert ist, dass er keine „gentechnikfreien“ Nahrungsmittel mehr erhalten wird. Die Diskussion über die Koexistenz, die freie Konsumwahl bzw. die freie Wahl der Produktionsmethode ist somit eine relative und beinhaltet einen Dauerstreit über Schwellen- und Grenzwerte.

Gleichzeitig steht aber der Biolandbau nach wie vor europaweit vor einem schier unlösbaren Dilemma. Denn alle die Maßnahmen, die die EU in ihren Leitlinien vom Juli 2003 zur Sicherung der Koexistenz bis zur ersten Verkaufsstelle vorschlägt, wie Sicherheitsabstände, Pufferzonen, Pollenfallen oder –barrieren (Hecken), geeignete Fruchtfolgen usw. sind kaum geeignet, das grundsätzliche Problem der Verschleppung zu lösen. Es handelt sich dabei ausschließlich um Regelungsansätze im Bereich des „Soft Law“, also um Leitlinien und Empfehlungen, die nur sehr beschränkt wirksam sind. Wenn etwas wirksam erscheint, so lediglich ein stringentes Haftungsregime für die GVO-Anwender bzw. Zulassungsinhaber. Damit ist man aber wieder auf die Bereitschaft nationaler Regierungen angewiesen, die zivilrechtlichen Haftungsregelungen für solche Schäden anwendbar zu machen bzw. bei Großschäden Haftungsfonds, dotiert von den Zulassungsinhabern bzw. GVO-Anwendern, einzurichten.<sup>25</sup>

## Der Biolandbau braucht gentechnikfreie Zonen

Der Biologische Landbau hat auf die Problematik der Verunreinigung mit zweierlei Strategien bzw. Forderungen reagiert.

- ◆ Einerseits verlangte man möglichst große Abstände und sonstige Sicherheitsmaßnahmen, um zu verhindern, dass über Pollenflug und andere Verunreinigungsquellen die biologische Erzeugung durch GVO belastet wird. Dies wurde insbesondere bei großbetrieblicher Struktur, wie sie eher in Nordeuropa gegeben ist, bzw. bei großen arrondierten Landwirtschaftsbetrieben angestrebt.
- ◆ Andererseits unterstützte man gleich am Anfang alle Politikansätze, die gentechnikfreie Zonen forderten, seien sie rechtlich abgesichert oder eher auf freiwilliger Basis angelegt. Vorwiegend wurde diese Strategie bei kleinbetrieblicher Struktur, wie sie insbesondere unter mittel- und

25. Die Problematik der Unkontrollierbarkeit und Unkalkulierbarkeit zeigt sich auch darin dass die großen Rückversicherungskonzerne sich weigerten diese Art der Schäden zu versichern. Siehe dazu „Gentechnik und Haftpflichtversicherung – die Macht der öffentlichen Wahrnehmung“ – Schweizer Rückversicherungs-Gesellschaft, Zürich 2003. [http://www.swissre.com/INTERNET/pwsfilpr.nsf/vwFilebyID-KEYLu/WWIN-4VFDBX/\\$FILE/genetic\\_dt.Paras.0004.File.pdf](http://www.swissre.com/INTERNET/pwsfilpr.nsf/vwFilebyID-KEYLu/WWIN-4VFDBX/$FILE/genetic_dt.Paras.0004.File.pdf)

südeuropäischen Verhältnissen gegeben ist, bzw. bei starker Aufsplitterung der Agrarflächen verfolgt (siehe z.B. die Ansätze in Italien, Österreich und der Schweiz, neuerdings auch in Deutschland und Großbritannien).

In diesem Zusammenhang wurde in Österreich bereits im Jahre 1999 von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen eine ExpertInnenbefragung durchgeführt, um die Möglichkeiten für GVO-freie Gebiete auszuloten. Dabei wurden auch Strategiemöglichkeiten für den Biologischen Landbau abgefragt. 90% der Befragten forderten GVO-freie Zucht- und Vermehrungsgebiete für biologisches Saatgut ein. Als Strategieempfehlung für den Biologischen Landbau wurde neben der Berücksichtigung der Gentechnikfreiheit in den Agrarumweltprogrammen und der Unterstützung der regionalen Vermarktung vor allem gebietsbezogene Strategien genannt. Insbesondere die VertreterInnen der Bio-Verbände plädierten zu einem sehr hohen Prozentsatz (85 %) für große gentechnikfreie Gebiete.

Die Konzeptionen für gentechnikfreie Gebiete gehen aber weit über die Bedürfnisse des Biologischen Landbaus hinaus. Denn neben dem Oberziel die genetische Integrität unserer Umwelt möglichst weitgehend zu erhalten, geht es bei gentechnikfreien Zonen auch um Naturschutzgebiete und angrenzende Gebiete, um die gentechnikfreie Erhaltung der pflanzengenetischen Ressourcen, um geschlossene Anbauggebiete für gentechnikfreies Saatgut allgemein, um nachhaltige Entwicklung in Berg- und benachteiligten Gebieten, sowie um Ausgleichs- und Regenerationsräume, sollte es zu Fehlentwicklungen beim GVO-Anbau kommen. Selbstverständlich eröffnet sich dadurch auch ein Potential für zukünftige Entwicklungsgebiete für den Biologischen Landbau.

Obwohl die Forderungen des Biosektors für gentechnikfreie Gebiete europaweit eine sehr starke Unterstützung erfuhr, reagierte die EU-Kommission anfänglich nicht darauf. Im Rahmen der Konzeption zur Koexistenzproblematik wies die EU-Kommission sogar eingehend darauf hin, dass es sich bei der GVO-Verschmutzung um ausschließlich wirtschaftliche Schäden handle und dass gentechnikfreie Gebiete deshalb nicht durch rechtliche Regulierung geschaffen werden können, da dies die Erwerbsfreiheit zu sehr einschränken würde<sup>26</sup>. Gentechnikfreie Gebiete dürften ausschließlich auf freiwilliger Basis, d.h. durch freie Vertragsvereinbarungen zwischen den Landwirten bzw. mit der Industrie geschaffen werden.

Nachdem der Biolandbau mit ca. 13% der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. Flächen in Österreich stark verankert ist, aber auch der Großteil der konventionellen Landwirtschaft wenig Kompatibilität mit den Anforderungen eines GVO-Anbaus zeigt, war es eine logische Konsequenz der Umstände, dass die Politik die eingeforderten Ansätze für gentechnikfreie Gebiete aufgreifen musste. Da sich die Bundespolitik diesbezüglich im Zusammenhang mit der Novellierung des Gentechnikgesetzes leicht überfordert fühlte, haben einzelne Bundesländer ihre verfassungsmäßige Kompetenz für das Agrarwesen und den Naturschutz wahrgenommen und entsprechende Gesetzesinitiativen in die Wege geleitet.

So wurde vom Land Oberösterreich noch parallel zur Koexistenzdebatte in der EU ein auf drei Jahre befristetes Gentechnikverbotsgesetz beschlossen. Dieses wurde aber aufgrund eines Verfahrens vor

---

26. COMMUNICATION FROM Mr FISCHLER TO THE COMMISSION - Co-existence of Genetically Modified, Conventional and Organic Crops, Brussels, C(2003) ([http://www.saveourseeds.org/downloads/Communication\\_Fischler\\_02\\_2003.pdf](http://www.saveourseeds.org/downloads/Communication_Fischler_02_2003.pdf))

dem Europäischen Gerichtshof nicht anerkannt. Einen anderen Zugang hat Land Kärnten gewählt. Hier wurde eine sanftere Variante eines Gentechnik-Vorsorgegesetzes 2004 gewählt mit dem Ziel, das unbeabsichtigte Vorhandensein von GVO in anderen Produkten zu verhindern, den Biolandbau weiterhin gentechnikfrei zu erhalten, sowie wildlebende Pflanzen und Tiere und deren natürliche Lebensräume in naturschutzrechtlich besonders geschützten Bereichen in ihrem ursprünglichen Bestand zu erhalten. Dieselbe Vorgangsweise unter der Bedingung eines eigenständigen Genehmigungsverfahrens wurde mittlerweile auch von allen andern Bundesländern und auch von Oberösterreich beschritten (außer Vorarlberg, das nach wie vor nur eine Regelung anhand des Naturschutzgesetzes aufweist).

### Ausblick

Für die Erhaltung der Gentechnikfreiheit des biologischen Landbaus in Österreich stellen diese Gesetze zusammen mit der zivilrechtlichen Haftungsregelung im neuen Gentechnikgesetz ein Minimalerfordernis dar. Aus einer optimistischen Perspektive betrachtet ermöglichen sie im Einklang mit allen Aktivitäten des freiwilligen Verzichts und der Einrichtung von gentechnikfreien Zonen auf freiwilliger Basis, dass die biologische Landwirte und jene konventionellen Betriebe, die diese neue Technologie nicht einsetzen wollen, weiterhin gentechnikfrei oder zumindest gentechnikminimal erzeugen können.

Aus einer pessimistischen Sicht zeigt sich aber, dass selbst diese Regelungen auf Agrarverwaltungsebene sowie eine verbesserte zivilrechtliche Haftung, sollte es zum großflächigen GVO-Anbau in Europa kommen, wenig nützen werden, die schleichende Kontamination biologischer Produkte zu verhindern. Um aber weiterhin den Konsumenten Anforderungen zu entsprechen, wird der Biosektor im Sinne des Minimierungsgebotes gezwungen werden bzw. ist derzeit schon gezwungen, zusätzliche Maßnahmen zu treffen (z.B. laufende Tests auf Verunreinigungen) und eigene, möglichst abgeschottete Produktionslinien aufzubauen, die ähnlich, wie vorher bei Futtermitteln bereits aufgezeigt, zu einer merklichen Verteuerung der biologischen Produkte führen. Der Aufwand dafür ist enorm; nicht nur auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern vor allem auch in der Be- und Verarbeitung, um die Warenflüsse der biologischen Nahrungs- und Futtermittel von den konventionellen zu trennen. Das sind die Kosten der Gen-Verschmutzung, die letztlich auch dem Biokonsumenten aufgebürdet werden. Auch eine zukünftige Strategie bergbäuerliche Produkte allgemein als „gentechnikfrei“ vermarkten zu wollen, ist unter diesen Bedingungen mit einem erhöhten Aufwand verbunden.





## 8. Regionale Innovationen im Berggebiet

### 8.1 Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung

Fragen der Förderung der regionalen Entwicklung und im Besonderen von peripher gelegenen ländlichen Gebieten und Berggebieten haben in Österreich einen hohen politischen Stellenwert und stehen seit langer Zeit im Zentrum der Auseinandersetzung regionaler Wirtschaftspolitik. Die Akzeptanz bezüglich der Notwendigkeit des Abbaus der regionalen Disparitäten hat zur Herausbildung einer Reihe von kooperativen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen geführt. Bund, Bundesländer, regionale Institutionen und Gemeinden sowie Interessensverbände haben aber auch zur Förderung der peripheren ländlichen Regionen, insbesondere der Berggebiete, mit spezifischen Maßnahmen beigetragen (Dax 1998).

#### Rechtlicher Rahmen der Regionalpolitik

Raumplanung und Regionalpolitik gehören in Österreich dem Anspruch nach zusammen. Die enge Verbindung wird gerade in Hinsicht auf die räumliche Struktur der österreichischen Berggebiete deutlich. Aufgrund der sehr kleinräumigen und vielfältigen Wirtschaftsstruktur in einem Raum mit besonders sensibler Landschaft sind ordnungspolitische und entwicklungspolitische Aufgaben weder territorial noch sektoral völlig trennbar.

In Österreich liegt die Kompetenz bezüglich Raumplanung und Regionalpolitik nicht bei einer einzigen staatlichen Institution, sondern ist vielmehr auf eine Vielzahl von staatlichen Maßnahmenträgern auf Bundes- und Landesebene sowie auf die Gemeinden verteilt. Als ein wichtiges, gesetzlich nicht normiertes Schlüsselement für die Koordination raumrelevanter Politiken betreiben Bund, Länder und Gemeinden seit 1971 die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), in deren Rahmen auch gesamtstaatliche Grundlagen für eine koordinierte Raumplanung und Regionalpolitik erarbeitet werden.

Im Österreichischen Raumordnungskonzept 1991 (ÖROK 1992) und dem Raumentwicklungskonzept 2001 (ÖROK 2002) werden die wichtigsten Funktionen einer standortgerechten, ökologisch verträglichen Bewirtschaftungsform der Landwirtschaft benannt. Darin wird unter anderem festgehalten, dass die nachhaltige Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zwar weiterhin eine unverzichtbare Aufgabe bleibt, aber im Rahmen einer multifunktionalen Landwirtschaft nicht mehr alleine im Vordergrund steht.

#### Die Entwicklung des Konzeptes der eigenständigen Regionalentwicklung

Die wirtschaftliche Prosperität der 1960er und frühen 1970er Jahre ermöglichte einen massiven Mitteleinsatz der öffentlichen Hand zur Verringerung des Nachholbedarfs der ländlichen Regionen, insbesondere im Berggebiet, im Bereich der infrastrukturellen Ausstattung durch den Ausbau von Spitälern und Höheren Schulen in den Regionalzentren sowie des Straßen- und Telefonnetzes. Damit wurde ein entscheidender Beitrag zum Abbau der regionalen Disparitäten in den Lebensbedingungen geleistet. Die kräftigen Investitionsschübe in die soziale und technische Infrastruktur, zunächst erfolgreiche Indu-

strieansiedlungen sowie die Tourismusentwicklung in den ländlichen Gebieten, verleiteten dazu, den regionalen Disparitätenabbau generell für machbar zu halten. Dies erwies sich jedoch als Irrtum und führte zur Kritik an der Regionalpolitik.

Unmittelbar aus der Kritik an der Regionalpolitik und ihrem Instrumentarium (unter anderem am sektoralen Ansatz der Förderung der Regionalwirtschaft) wurde eine regionalpolitische Strategie entwickelt, die im Wesentlichen auch heute noch die Regionalpolitik kennzeichnet: Sie ist getragen von der Idee der Mobilisierung des endogenen Potentials der Regionen, von der Innovationsorientierung der Förderungsmaßnahmen und von der Einbeziehung immaterieller Investitionen in die Förderung.

Dieser Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik in Österreich lässt sich am besten damit beschreiben, dass die „schwache Region“ nicht mehr nur als Objekt staatlicher Regionalpolitik „von oben“, sondern zunehmend als „von unten“ selbst gesteuertes Subjekt ins Spiel gebracht wurde. Eine Ausformulierung erfuhr diese Neuorientierung im Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“: Die von den Zentren ausgehende Vereinheitlichung der Lebensräume wurde in Frage gestellt, der Eigenwert nicht-städtischer Strukturen entdeckt und die Bedeutung innerregionaler Potentiale und Ressourcen für eine nachhaltige und selbstbestimmte Regionalentwicklung in den Vordergrund gerückt. Gefragt war nicht mehr die Problemlösung für, sondern mit den Menschen in den Regionen.

Dieses Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ war im Gegensatz bzw. als Ergänzung zu sektoral und funktional orientierten Entwicklungsstrategien sehr stark durch ein territorial gesellschaftspolitisches Konzept gekennzeichnet.<sup>27</sup> Der Schwerpunkt eigenständiger Regionalentwicklung lag von Anbeginn an im Aufbau nachhaltig strukturverbessernder, ökologisch verträglicher und wirtschaftlich tragfähiger regionaler Projekte. Von Anton Rohrmoser (2004, 13) wird die „eigenständige Regionalentwicklung“ in das Konzept der „Gemeinwesenarbeit (GWA)“ eingeordnet.

Relativ bald stellte sich heraus, dass das Konzept der Eigenständigen Regionalentwicklung auch durchaus entwicklungshemmende Elemente aufwies. Dazu zählten unter anderem: Eine zu stark autonomistische Orientierung, die Unterschätzung der Bedeutung von Außenbeziehungen und Einbindungen in nationale und internationale Markt-, Informations- und Entwicklungszusammenhänge sowie die Gefahr der Überschätzung der endogenen Potentiale und innerregionaler Wirtschaftskreisläufe. In der Regionalpolitik gewann daher zu Beginn der 1980er Jahre das umfassendere regionalpolitische Entwicklungsleitbild der „Endogenen Erneuerung“ zusehends an Bedeutung. Es handelt sich dabei um eine Kombination der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ mit einer stärker „innovationsorientierten Strategie“. Diese stellt betriebliche und technologische Innovationen und Anpassungsstrategien als Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Unternehmens- und Regionalentwicklung in den Mittelpunkt (Hovorka 1998). Als weiteres Element der endogenen Erneuerung gewann Mitte der 80er Jahre die „beschäftigungsorientierte Strategie“ an Bedeutung. Erfolgreiche Regionalentwicklungsstrategien verwenden heute - auf der Grundlage des jeweiligen regionalen Profils – Elemente aller drei Teilstrategien.

---

27. In einem kurzen systematischen Überblick über regionale Entwicklungsansätze seit den 1950er Jahren ist die eigenständige Regionalentwicklung am Anfang der 1980er Jahre der erste Ansatz, der als regionale Bezugsebene nicht die Dritte Welt sondern die Erste Welt hat (Heintel 2005, 44ff).

## Proponenten und Fördermaßnahmen der eigenständigen Regionalentwicklung

Das Konzept der „eigenständigen Regionalentwicklung“ wurde sehr stark von regionalen Basisinitiativen im ländlichen Raum getragen. Motor für diese ersten politischen Instrumente war eine 1975 gegründete Gruppe von Bauern und Bäuerinnen in den Berggebieten Salzburgs und Oberösterreichs, die Österreichische Bergbauernvereinigung (ÖBV), bzw. Diskussionen zwischen Theorie und Praxis um diese und ähnliche Gruppierungen. Im Jahr 1978 vereinigten sich – über die Bauernschaft hinausgehend – im Bergland-Aktionsfonds (BAF) alle Kräfte, die für die praktische Umsetzung neuer Entwicklungsansätze in den Berggebieten Österreichs tätig werden wollten. Ein Hauptanliegen des Bergland-Aktionsfonds war die Aktivierung, Beratung und Betreuung von potentiellen Projektinitiativen. Ermöglicht wurde dies durch den Einsatz der ersten Regionalbetreuer/innen und durch die Einrichtung der „Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs“ im Bundeskanzleramt (1981). Im Jahr 1983 wurde als Zusammenschluss des Bergland-Aktionsfonds und sogenannter Regionalvereine, die als Plattformen zum Meinungs- und Ideenaustausch und Träger vielfältiger sozio-kultureller Aktivitäten in den Regionen eng mit den Regionalbetreuern des Bergland-Aktionsfonds kooperierten, die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung (ÖAR) gegründet. Sie löste Ende 1983 den Bergland-Aktionsfonds als Trägerorganisation der Regionalbetreuer/innen ab und organisierte nahezu bis zum EU-Beitritt 1995 im Auftrag des Bundeskanzleramtes den Aufbau der Regionalbetreuung in den österreichischen Regionalfördergebieten (Hovorka 1998, Rohrmoser 2004, 13).

Die von den Proponenten der Eigenständigen Regionalentwicklung forcierte Diskussion um eine Neuorientierung der Regionalpolitik trug wesentlich dazu bei, dass die Sonderaktion zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs („Berggebiets-Sonderaktion“) im Bundeskanzleramt eingerichtet wurde. Nach einer Erweiterung des Förderungsgebietes auf Problemgebiete außerhalb des Berggebietes wurde sie im Jahr 1985 in „Förderungsaktion für Eigenständige Regionalentwicklung“ (FER) umbenannt. Im Jahr 1990 wurde die Förderungsaktion des Bundeskanzleramtes von einer Investitionsförderung zu einer Beratungsförderung umgewandelt. Damit wurde das Schwergewicht noch stärker auf regionale Innovation und Wissenstransfer gelegt. Die Länder entwickelten ebenfalls Förderungsprogramme zur Unterstützung regionaler Entwicklungsinitiativen, die für die wirtschaftliche Entwicklung gerade der Berggebiete von großer Bedeutung sind (Dax 1998, 6f.).

## Regionalförderung im Bereich der Landwirtschaft

Die Maßnahmen der FER im Bereich der Landwirtschaft verdienen hier besondere Erwähnung, insofern als sie ein Beispiel von sehr früh formulierten explizit regionalpolitischen Zielsetzungen repräsentieren und besonders für (periphere) ländliche Gebiete konzipiert waren. Der Schwerpunkt lag auf der Verlängerung der Wertschöpfungskette und umfaßte (Gerhardter/Gruber 2001): Erzeuger-Verbraucher-Initiativen, Bauernmärkte und Bauernläden, Weiterverarbeitung und Veredelung, Produktionsalternativen, den biologischen Landbau, Projekte der erneuerbaren Energie, Tourismus.



Bio-Hofladen, Frischmilchautomat

Foto: Gerhard Hovorka

Weiters gab es innerhalb des Agrarbereiches über das Landwirtschaftsbudget des Bundes eine eigene agrarische Regionalförderung, die seit den 70er-Jahren auf die Förderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in peripheren ländlichen Gebieten ausgerichtet war. Als Zielgruppen sind die Bergbauern über das “Bergbauernsonderprogramm” und das Gebiet an der Grenze zu den östlichen Nachbarstaaten über das “Grenzlandsonderprogramm” bzw. die “Programmgebiete” angesprochen

worden. Ausgehend von Bergbauern mit hoher Bewirtschaftungserschwerung ist es zur Entwicklung von einkommensbezogenen Direktzahlungen für die Bauern dieser beiden Zielgruppen gekommen, die einen Beitrag zum Ausgleich regionaler Disparitäten leisten sollten (Hovorka 1998). Vom früheren eigenen regionalpolitischen Förderungsprogramm für Bergbauern im Agrarbereich ist jedoch im wesentlichen nur die Direktzahlung für das Berggebiet und die benachteiligten Gebiete übrig geblieben.

### Erfolge der eigenständigen Regionalentwicklung

Der regionalpolitische Ansatz der „eigenständigen Regionalentwicklung“ – als österreichischer Weg der endogenen Entwicklungsstrategien – stellte über fast zwei Jahrzehnte einen Schwerpunkt der regionalpolitischen Arbeit des Bundeskanzleramtes dar. Er stieß am Anfang überwiegend auf Skepsis, bildet aber spätestens seit dem Raumordnungskonzept 1991 ein wesentliches Element des gemeinsamen Grundverständnisses der regionalpolitischen Akteure in Österreich. Dieses Grundverständnis hat sich allerdings seit den Anfangsjahren weiterentwickelt und ausdifferenziert. Auch der Wandel des Instruments, die „Förderaktion für eigenständige Regionalentwicklung“ (FER), war komplex, vielschichtig und verwoben (Gerhardter/Gruber 2001).

Bei einer allgemeinen regionalwirtschaftlichen Betrachtung wird jedoch klar, dass die entsprechenden Förderansätze, die für periphere Regionen und um das Konzept der “Eigenständigen Regionalentwicklung” entwickelt wurden, nur einen verhältnismäßig geringen Anteil an der allgemeinen Wirtschaftsförderung erreichen konnten. Überdies wird auch deutlich, dass ein verstärkter Förderfluss allein nicht die beträchtlichen regionalen Disparitäten abzubauen vermag (Dax 1998).

Die Erstellung der österreichischen Programme für die EU-Strukturfonds hat auf zahlreiche Erfahrungen der Regionalpolitik von Bund und Ländern zurückgreifen können. Bedingt durch die Rahmenbe-

dingungen der EU (Wettbewerbsrecht, Strukturfonds) wurde nach dem EU-Beitritt Österreichs das Schwergewicht der regionalpolitischen Aufmerksamkeit wieder stärker auf den Förderungsaspekt gelegt. Dabei konnte an Erfahrungen mit früheren Ansätzen übergreifender, innovationsorientierter Regionalpolitik angeknüpft werden. Das Berggebiet und die Berglandwirtschaft konnten davon profitieren.

## 8.2 EU-Regionalpolitik und Berggebiete

Die Berggebiete in der EU sind in den letzten Jahrzehnten auf europäischer Ebene bzw. weltweit verstärkt als besondere Problemgebiete anerkannt worden (Nordregio 2004, Ebner 2002, Europäische Gemeinschaften 2003, FAO 2006). Im Vordergrund standen in den letzten Jahren zunächst die Beobachtungen der Veränderungen der Kulturlandschaft. Mehr und mehr rücken aber Aspekte globaler Veränderungen (Klimawandel) und die Verknüpfungen der Regionalwirtschaft im Berggebiet mit der Wirtschaftsentwicklung von Regionen außerhalb des Berggebietes ins Zentrum der Aufmerksamkeit, der Schwerpunkt der Szenarienerstellung hat sich von einer technologischen Betrachtung auf den sozio-ökonomischen Bereich ausgeweitet (Dax 2007). Als Beispiel sei an dieser Stelle das Projekt „Zukunft in den Alpen“ der Internationalen Alpenschutzkonvention genannt, mit dem ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung im Alpenraum und zur Umsetzung der Alpenkonvention geleistet werden soll (CIPRA 2005).

In den Berggebieten stellen sich, so wie für viele ländliche Gebiete, beträchtliche Herausforderungen hinsichtlich der Entwicklungsfähigkeit. Diese sind nicht allein von wirtschaftlichen Parametern, sondern ganz wesentlich auch von Aspekten der sozialen Lebensbedingungen und der Berücksichtigung der ökologischen Sensibilität dieser Gebiete abhängig (Dax 2007). Ein entscheidendes Kriterium für die Problemlagen und Entwicklungsmöglichkeiten ist die Zugänglichkeit, die durch die Topographie maßgeblich mitbestimmt wird (Dax/Hovorka 2004, 21). Nicht alle Berggebiete zählen jedoch zu den strukturschwachen europäischen Großregionen. So ist der Alpenraum trotz einer Reihe von Strukturproblemen sicherlich nicht in diese Kategorie einzustufen.

Die Entwicklung der Berggebiete wird durch eine Vielzahl von Politikbereichen beeinflusst. Neben der EU- Ebene ist vor allem die nationale Ebene noch von zentraler Bedeutung. Auf dieser Ebene sind in der Regel sektorale Politikansätze vorherrschend und nur in wenigen Fällen sind sie zu integrierten Politikprogrammen zusammengefasst worden. In vielen Fällen sind sie auch nicht direkt für die Berggebiete bestimmt, betreffen in ihrer Wirkung aber indirekt maßgeblich die Berggebiete. Auf nationaler Ebene lassen sich vier Gruppen von Ländern in Europa unterscheiden (Nordregio 2004, 147ff; Dax/Hovorka 2004, 25f):

- ◆ Länder, in denen es keine Berggebietspolitiken gibt. Dies betrifft Länder ohne Berggebiete (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Niederlande), Länder mit wenigen Berggebieten (Belgien, Irland, Luxemburg, Polen) sowie Länder mit viel Berggebieten, in denen aber Berggebietspolitik weitgehend mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik gleichgesetzt wird (Griechenland, Norwegen, Slowenien).
- ◆ Länder mit sektoralen Berggebietspolitiken. In diesen Ländern wird am häufigsten in der Agrarpolitik auf berggebietspezifische Maßnahmen eingegangen (dies ist in 17 Ländern der Fall) bzw.

in Programmen der Ländlichen Entwicklung. Zu diesen Ländern gehören Irland, Ungarn, Polen und die Slowakei.

- ◆ Länder, in denen sich die Berggebietspolitik auf die multi-sektorale Entwicklung der Regionen bezieht. Ausgangspunkt ist zumeist die Berglandwirtschaft, aber es werden andere Wirtschaftssektoren einbezogen sowie in Politikbereichen wie Ausbildung, Regionalentwicklung, Landnutzung und Raumplan auf berggebietspezifische Aspekte eingegangen. Beispiele für diese Gruppe von Ländern sind Deutschland, Spanien und Österreich.
- ◆ Länder, in denen Berggebietspolitiken in Bezug zur gesamten regionalen Wirtschaftsentwicklung gesetzt werden und die Erfahrung mit Berggebietsgesetzen und Förderprogrammen für die Berggebiete haben. Es sind dies Frankreich, Italien und die Schweiz. In Bulgarien und Rumänien werden derzeit integrierte Berggebietsansätze aufgebaut.

### Strukturpolitische Instrumente der EU

Im EU-Vertrag (Art. 158 und 160) ist das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts verankert. Damit ist die Förderung von wirtschaftlich benachteiligten Regionen sowie von Maßnahmen zur besseren Integration der Arbeitskräfte, Zielen wie dem gemeinsamen Binnenmarkt oder der Wirtschafts- und Währungsunion als gleichrangig festgehalten. Für die Erreichung dieser Ziele stellt die Europäische Union beträchtliche Haushaltsmittel zur Verfügung, nämlich die „strukturpolitischen Instrumente“, die mit über 30% nach den Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik die zweitgrößte Position im EU-Haushalt darstellen (ÖROK 2006).

Folgende Finanzierungsinstrumente werden zu den Strukturfonds im engeren Sinne gezählt:

- ◆ der Europäische Regionalfonds (ERDF)
- ◆ der Europäische Sozialfonds (ESF)
- ◆ der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft - Abteilung Ausrichtung (ERDF-A)<sup>28</sup>
- ◆ das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIF).<sup>28</sup>

Zu den strukturpolitischen Instrumenten zählt weiters der Kohäsionsfonds. Aus diesem werden in den Mitgliedstaaten, deren Brutto-Sozialprodukt pro Einwohner weniger als 90% des EU-Durchschnitts beträgt (EU-15: Spanien, Griechenland und Portugal sowie - auslaufend - Irland), Projekte in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrsnetze unterstützt.

Diese Instrumente wurden für die EU-Haushaltsperiode 2000-2006 finanziell mit 213 Mrd. € (Strukturfonds: 195 Mrd. €, Kohäsionsfonds: 18 Mrd. €) ausgestattet und inhaltlich neu ausgerichtet. Die neuen Rahmenbedingungen für die europäische Regionalpolitik wurden dabei einerseits durch die bevorstehende Erweiterung der Union, andererseits durch das Ziel einer größeren inhaltlichen Konzentration der Strukturfonds sowie einer klareren Aufgabenverteilung zwischen Europäischer Kommission, Mitgliedstaaten und regionalen Behörden geprägt. Die regionalpolitischen Ziele konzentrierten sich auf Regionen mit Entwicklungsrückstand (Ziel 1) und auf Regionen mit wirtschaftlichen und

---

28. Ab der Periode 2007-2013 werden die früher in die Strukturfonds integrierten Maßnahmen dieser Fonds (ERDF-A und FIF) weitgehend über die Programme zur Ländlichen Entwicklung abgewickelt.



sozialen Strukturproblemen (Ziel 2). Die Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken war Gegenstand von Ziel 3, das außerhalb von Ziel 1 horizontal angewendet wurde und somit keiner regionalen Differenzierung unterlag. Die Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums wurden im Rahmen von Ziel 1 aus Mitteln der Strukturfonds (EAGFL-A), außerhalb von Ziel 1 im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gefördert. Der Anteil der Strukturfondsgelder für die drei „vorrangigen Ziele“ betrug 94% (ÖROK 2006). Weitere 5,35 % der Strukturfonds waren für Gemeinschaftsinitiativen (GI) vorgesehen. Es waren dies:

- ◆ INTERREG III: Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den Bereichen: 1. INTERREG IIIA (regionale Zusammenarbeit der Grenzregionen), 2. INTERREG IIIB (großräumige transnationale Zusammenarbeit zur Raumentwicklung) und 3. INTERREG IIIC (großräumige interregionale Zusammenarbeit).
- ◆ LEADER+: Entwicklung des ländlichen Raumes durch integrierte Entwicklungs- und Kooperationsprogramme lokaler Aktionsgruppen.
- ◆ EQUAL: Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt
- ◆ URBAN II: wirtschaftliche und soziale Wiederbelebung von Krisen betroffener Städte und Stadtviertel

Die Umsetzung der Strukturfondsförderung (Ziele und Gemeinschaftsinitiativen) erfolgt über Programme. Dafür sind vom Mitgliedstaat bzw. den zuständigen Behörden ein „Einheitliches Programmplanungsdocument (EPPD)“ und eine „Ergänzung zur Programmplanung (EzP)“ zu erstellen.

### Die EU-Strukturfondsförderung in Österreich (2000 – 2006)

In der Periode 2000-2006 standen in Österreich insgesamt 1.827 Mio € (Preise 1999) an Mitteln der EU-Strukturfonds zur Verfügung. Damit wurde der EU-Beitrag zur Regional- und Arbeitsmarktpolitik in Österreich im Jahresdurchschnitt gegenüber den vergleichbaren Mitteln der Vorperiode (1995-1999) um insgesamt 13% erhöht. Da die Fördergebiete gemäß Ziel 2 gleichzeitig um rund ein Drittel (gemessen an der Einwohnerzahl) reduziert wurden, erhöhte sich die Förderintensität in den verbleibenden Ziel-2-Gebieten pro Kopf und Jahr sogar um 61%. Die ausscheidenden ehemaligen Ziel-2- und Ziel-5b-Gebiete aus der Periode 1995-1999 erhielten jedoch eine degressive Übergangsunterstützung bis einschließlich 2005.

Die Strukturfondsmittel für Österreich in der Periode 2000-2006 verteilten sich auf die einzelnen Ziele und Gemeinschaftsinitiativen wie folgt (in Mio. €, Preise 1999):



**Tabelle 15: Strukturfondsmittel für Österreich (2000 – 2006)**

Ziel/Gemeinschaftsinitiative	Mittel in Mio. € (Preise 1999)	Anteil in %
Ziel 1	261	14,3
Ziel 2 (inkl. Übergangunterstützung)	680	37,2
Ziel 3	528	28,9
Ziele gesamt	1.469	80,4
INTERREG IIIA	142	7,8
INTERREG IIIB	30	1,6
INTERREG IIIC	11	0,6
LEADER+	71	3,9
EQUAL	96	5,3
URBAN II	8	0,4
Gemeinschaftsinitiativen (GIs) gesamt	358	19,6
<b>SUMME Strukturfonds für Österreich</b>	<b>1.827</b>	<b>100,0</b>

Quelle: ÖROK 2006; eigene Berechnungen

### Die Gemeinschaftsinitiative LEADER+



Waidhofen an der Ybbs

Foto: Gerhard Hovorka

Hervorzuheben für das Berggebiet in Österreich ist die hohe Beteiligung an der EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER, in deren Rahmen besonders innovative integrierte regionale Entwicklungsprogramme und Maßnahmen gefördert werden. Der Großteil der "LEADER-Gruppen" wird von einem professionellen "LEADER-Manager", der ebenfalls von Ländern und Gemeinden – und wie die Regionalmanager/innen – auch aus Mitteln der Strukturfonds finanziert wird, betreut. Seit dem EU-

Beitritt Österreichs sind dadurch fast flächendeckend von unten getragene regionale Unterstützungsstrukturen für die Entwicklung der EU-Zielgebiete in Österreich auch in den Berggebieten entstanden. Das Leader+ Programm umfasste alle österreichischen Gemeinden mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen. In Österreich wurden in 2 Ausschreibungsrunden, insgesamt 56 Lokale Aktionsgruppen

(LAGs) ausgewählt. Sie umfassten 1.119 Gemeinden mit 47.000 km<sup>2</sup> (56% der österreichischen Gesamtfläche) und 2,2 Millionen EinwohnerInnen (27% der österreichischen Bevölkerung).

Obwohl das Leader+ Programm ausschließlich aus dem Agrarfonds der EU kofinanziert wurde, waren die Aktionsfelder aller drei EU-Strukturfonds förderfähig. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zum Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums, welches zur Entwicklung der ländlichen Gebiete nur die in Art. 33 der VO 1257/99 genannten Fördergegenstände zuließ. Dies ermöglichte, Leader+ als integriertes Programm zu gestalten und gab den ausgewählten Lokalen Aktionsgruppen weitgehende Entscheidungsfreiheit bei der Wahl der Maßnahmen, die sie zur Entwicklung ihrer Region umsetzen wollten. Das Leader+ Programm verwirklichte jenen Ansatz, welcher in der Literatur der Regionalentwicklung als "bottom up approach" bezeichnet wird, in einem hohen Maße. In der neuen Programmplanungsperiode 2007 – 2013 wurde Leader in das Programm Ländliche Entwicklung integriert.

**Tabelle 16: Verteilung der LEADER+Regionen in Österreich nach Bundesländern (2000–2006)**

Bundesland	Anzahl LEADER+ Regionen	Anzahl LEADER+ Gemeinden	Hauptwohnsitze 2001 in LEADER+ Gemeinden	LEADER+ Fläche in km <sup>2</sup>
Burgenland	2	91	125.299	1.952
Kärnten	4	110	308.787	8.239
Niederösterreich	15	259	537.374	10.725
Oberösterreich	11	160	353.394	5.743
Salzburg	6	86	259.747	5.995
Steiermark	12	289	429.782	9.808
Tirol	5	73	96.228	2.817
Vorarlberg	1	51	64.468	1.717
<b>Österreich gesamt</b>	<b>56</b>	<b>1.119</b>	<b>2.175.079</b>	<b>46.996</b>

Quelle: <http://www.leader-austria.at/network/leaderplus>; Dax/Hovorka 2003, 13

Den größten Anteil an der nationalen Finanzierung übernahm das BMLFUW, das auch die Gesamtverantwortung für das LEADER+ Programm Österreich innehatte. Als sehr erfolgreiche Beispiele für Leader+ Initiativen im Berggebiet, seien an dieser Stelle die Leader Initiative „Almenland Teichalm-Sommeralm“ in der Steiermark (die bereits international als Fallbeispiel dargestellt wurde, siehe Dax/Hovorka 2003) sowie die Leader+ Initiative „KäseStraße Bregenzerwald“ in Vorarlberg (Machold 2004) genannt.

## EU-Strukturfonds für die Zeit 2007 - 2013

Die künftige Strukturpolitik der EU verfolgt drei Hauptziele (Europäische Kommission 2007):

- ♦ Ziel „Konvergenz“
- ♦ Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“
- ♦ Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“

Im nationalen strategischen Rahmenplan für den Zeitraum 2007- 2013 ist im Unterkapitel zur regional- und beschäftigungspolitischen Strategie Österreichs unter territoriale Besonderheiten ein Unterkapitel den Entwicklungsperspektiven in den Berggebieten gewidmet (ÖROK 2006). Ausgehend von den spezifischen Herausforderungen für regionale Entwicklungsstrategien für Berggebiete (unter anderem sind Charakteristika des Ländlichen Raumes und auch der Städtischen Gebiete in den Berggebieten zu finden) wird als generelles, übergeordnetes Ziel formuliert, möglichst alle Teilregionen und Tal-schaften besiedelt und bewirtschaftet zu halten. Daher soll die dort lebende Bevölkerung eine Einkommens- und Entwicklungsperspektive haben, der Siedlungsraum vor Naturgefahren weitgehend gesichert werden und die Natur- und Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt erhalten werden. Dieses Ziel erfordert, auch periphere Teilregionen an der generellen Entwicklungsstrategie zu beteiligen und sie intensiv mit den zentral gelegenen Räumen und Achsen zu vernetzen. Strategien der eigenständigen, integrierten Regionalentwicklung haben hier eine besondere Bedeutung. Nahezu der gesamte westösterreichische Teil des Berggebietes ist gleichzeitig auch Grenzgebiet, das in engem räumlich-funktionellem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit den jeweiligen Nachbarregionen steht. Die Intensivierung und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist für viele der Berggebietsregionen die Strategie, erhebliche Lagenachteile zu überwinden und neue ökonomische Entwicklungspotenziale zu erschließen.

### Keine integrierte Berggebietspolitik auf EU-Ebene

Obwohl die spezifischen Probleme der Berggebiete wissenschaftlich untersucht und von der Politik anerkannt sind, gibt es auf EU-Ebene keine spezifische integrierte Berggebietspolitik sondern sind Maßnahmen zugunsten der Berggebiete im Rahmen der Strukturfonds und Gemeinschaftsinitiativen bzw. der EU-Agrarpolitik und Politik für den Ländlichen Raum durch die Länder umzusetzen.

## 8.3 Infrastrukturentwicklung im Berggebiet

*von Ingrid Machold und Oliver Tamme*

Die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur versorgt die ansässige Bevölkerung nicht nur mit Gütern und Dienstleistungen. Infrastrukturen erfüllen multifunktionale Bedürfnisse. Neben der Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs ist die Inanspruchnahme von Leistungen der Daseinsvorsorge Voraussetzung für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt des Gemeinwesens. Infrastruktureinrichtungen sind damit wichtige Treffpunkte und Orte der Kommunikation. Dies gilt besonders für nicht-berufstätige, ältere und weniger mobile Bewohner. Fragen der zukünftigen Infrastrukturentwicklung haben im Berggebiet und für die Berglandwirtschaft aufgrund der topographisch schwierigen Bedingungen einen besonderen Stellenwert.

## **Bestandsaufnahme der sozialen- und wirtschaftlichen Infrastruktur (Daseinsvorsorge)**

Der ländliche Raum und das Berggebiet haben sich in den letzten Jahrzehnten dynamisch verändert. Bis in die 1980er Jahre wurde der flächendeckende und dezentrale Ausbau von Infrastruktureinrichtungen vorangetrieben. Dadurch konnte auf vielen Standorten ein hoher Versorgungsgrad erreicht werden. Ausgehend von diesem hohen Niveau verschlechterte sich die Situation in den letzten Jahren in vielen Bereichen.

Anzeichen dafür sind u.a. die sinkenden kommunalen Investitionen, die für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur große Bedeutung haben. Lagen diese Mitte der 1990er Jahre noch bei 1,4% des BIP, so fielen sie 2004 auf einen Tiefststand von nur 0,89% des BIP ([www.staedtebund.gv.at](http://www.staedtebund.gv.at)). Während die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich für die Gemeinden tendenziell sinken, steigen die Pflichtausgaben (lt. BV-G bzw. Gemeindeordnungen) überproportional an. Vor allem die Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, Schulen, die Wasserver- und -entsorgung, und der öffentliche Verkehr kommen den Städten und Gemeinden immer teurer.

Vom Rückbau besonders betroffen sind vor allem ländlich-periphere Gemeinden (unter 1.000 Einwohner) in Regionen mit geringer wirtschaftlicher Dynamik. Quantifiziert betrifft dies 25 % der Bevölkerung im ländlichen Raum und 18 % der österreichischen Bevölkerung insgesamt (Favry et al. 2005). Das Fehlen von Arbeitsplätzen macht das Auspendeln notwendig. In einer negativen Spirale sind Kaufkraftverlust, Abwanderung und die Überalterung der Bevölkerung die Folge. Der Einzelhandel, Postdienstleistungen und der öffentliche Nahverkehr (Bus- und Bahnkurse) sind jene Bereiche in denen die Versorgung in den letzten Jahren deutlich schlechter wurde. Beispielsweise ist bei der ÖBB geplant, ab 2008 weitere 17 Nebenstrecken stillzulegen (12 wurden bereits seit 1995 aufgelassen). 18 Nebenbahnen (darunter die Pinzgau-, Mariazeller- und Ybbstalbahn) sollen durch Busse ersetzt und/oder durch die Länder weitergeführt werden. Betroffen sind ausschließlich Strecken in peripheren Regionen, überwiegend in Niederösterreich (Waldviertel, Voralpengebiet).

Demgegenüber ist die regionale Versorgung mit Pflichtschulen noch auf hohem Niveau relativ stabil, obwohl der Druck auf die ländlichen Volksschulen steigt und es immer wieder zu Schließungen von Kleinstschulen kommt. Im Bereich der Kinderbetreuung und der Alten- und Pflegebetreuung sind (ausgehend von einem teils niedrigen Niveau) quantitative Verbesserungen festzustellen. Qualität und Öffnungszeiten der Dienstleistungen entspricht aber oft nicht den Bedürfnissen von (berufstätigen) Eltern.

## **(Gesellschafts)politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Rückbau- und Konzentration der Daseinsvorsorge haben eine ihrer Ursachen in der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Forciert wurde die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen von der europäischen Kommission. Nicht zuletzt verfolgen transnationale Konzerne, die um Marktanteile bislang gemeinwirtschaftlicher Sektoren und Branchen bemüht sind, eine aggressive Marktöffnungsstrategie.

Die Folge davon ist, dass sich die öffentliche Hand (Bund, Länder, Gemeinden) aus der Erbringung und Gestaltung der Daseinsvorsorge zusehends zurückzieht. Die Erhöhung der Rentabilität durch Einstel-

lung bzw. Ausdünnung des Angebotes verschlechtert in vielen Fällen die Versorgung. Gemeinwohlorientierte Zielsetzungen wie z.B. ein flächendeckendes Angebot, hohe Qualitätsstandards etc., die für die Erbringer nicht profitabel sind, verlieren an Bedeutung. Die Infrastruktur zieht sich aus der Fläche, das heißt den ländlichen Kleingemeinden zurück und konzentriert sich an den höherrangigen und zentralen Orten (z.B. den Bezirkshauptorten), wo das Kosten-Nutzen-Verhältnis besser ist.

Es greift jedoch zu kurz, die Gründe für den Rückbau der Infrastruktur ausschließlich in veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen. Was unter Daseinsvorsorge verstanden und nachgefragt wird verändert sich im Lauf der Zeit. Die flächendeckende Erschließung des ländlichen Raumes durch ein engmaschiges Straßennetz bzw. die Motorisierung breiter Kreise der ländlichen Bevölkerung haben beispielsweise die Wahrnehmung von Distanzen fundamental verändert. Auch die Bedürfnisse der Bevölkerung sind heute anders als vor 30 Jahren. Pflege- und Betreuungsangebote werden stärker nachgefragt, da die Frauen vermehrt berufstätig sind und die Kleinfamilien überwiegen. Traditionell weibliche Betreuungsaufgaben werden zunehmend ausgelagert.

### Fallstudie in betroffenen Berggebietsgemeinden



Bushaltestelle in Hinterradmer

Foto: Ingrid Macholad

Die im steirischen Berggebiet gelegenen Kleingemeinden Radmer (794 Einwohner) und Weißenbach a.d. Enns (566 Einwohner) sind vom Rückbau der vergangenen Jahre unterschiedlich stark betroffen. Beide Gemeinden leiden unter Abwanderung und Überalterung der Ortsbewohner. Zusätzlich fehlen Arbeitsplätze, zumal für qualifizierte Beschäftigungen. Ohne privaten PKW können in beiden Ortschaften wichtige Infrastrukturen kaum noch genutzt werden, die fußläufige Erreichbarkeit

wird immer geringer und auch der öffentliche Verkehr bietet wenig Alternativen.

Die befragten Ortsbewohner bewerten die regionalen und überregionalen Infrastrukturen sowie Verschlechterungen des Angebotes ambivalent. Werden bestimmte Infrastrukturen (Post, Bahn, Bus etc.) nicht selbst in Anspruch genommen, so wird deren Bedeutung geringer eingeschätzt auch dann, wenn objektiv Defizite vor Ort bestehen. Weniger mobile Personengruppen (SeniorInnen, Mütter mit Kindern) sind deshalb kritischer als AutobesitzerInnen (PendlerInnen, Männer). Die politische Einschätzung ist widersprüchlich. Die OrtsbewohnerInnen fordern einerseits den Ausgleich von Benachteiligung

gungen (gleiche Lebenschancen für Stadt und Land), rechtfertigen aber auch das Kostenparadigma („das rechnet sich halt nicht mehr“).

### Strategien zur Festigung bzw. Erhaltung der Daseinsvorsorge im Berggebiet

Infrastruktureinrichtungen vor Ort beleben das Ortsbild und „entschleunigen“ den Verkehrsfluss. Werden Infrastruktureinrichtungen an zentralen Orten konzentriert und unrentable Niederlassungen in Kleingemeinden geschlossen, fallen diese (Neben)Effekte weg und es führt buchstäblich zu einer Entleerung der ländlichen Räume. Weiters werden durch lokale und regionale Infrastruktureinrichtungen auch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Dies stärkt die lokale Kaufkraft und verringert den Druck, eine auswärtige Beschäftigung annehmen zu müssen.

Politik und Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden) sind gefordert, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Sektorale Mindeststandards der Grundversorgung können dazu beitragen, dass auch längerfristig eine angemessene Versorgungsqualität und Ausstattung sichergestellt werden kann. Gefordert sind auch die Kommunen selbst. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kleingemeinden kann zu einer Ergänzung des Angebotes und zu einer höheren Auslastung und Rentabilität führen (Machold/Tamme 2005).

Multifunktionale Einrichtungen bieten die Möglichkeit, durch vielfältige Kombinationen Infrastruktureinrichtungen vor Ort auf wirtschaftlicher Basis aufrecht zu erhalten, das Qualitäts- und Angebotsspektrum zu erweitern und damit sowohl die Versorgungsfunktion als auch die nicht konsumorientierten Funktionen von Infrastruktureinrichtungen zu gewährleisten : Dies können beispielsweise Postpartner (Lebensmittelhändler, Trafiken mit Postservice) oder diverse andere Formen von „Dorfläden“ oder „Nachbarschaftsläden“ sein. Schulgebäude können auch für kulturelle und sportliche Aktivitäten genutzt werden. Im Gesundheitsbereich können Praxisgemeinschaften, die ihre Räumlichkeiten für Zusatzangebote (Prävention, Alternativmedizin) zur Verfügung stellen, zu einer höheren Effizienz beitragen. Gelungene Projekte, die von der Bevölkerung angenommen werden, sollten im Sinne von „best-practice“ auch von anderen Regionen übernommen werden, wobei immer auch die spezifischen Gegebenheiten und Bedürfnisse berücksichtigt werden müssen.

## 8.4 Alternativen im Berggebiet

Bezüglich der bäuerlichen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Rohprodukte weist Österreich – speziell im Berggebiet - eine lange Tradition auf. Käse und Speck sind schon seit Jahrhunderten wichtige Bestandteile der ländlichen Küche, sind wichtige Bestandteile der Regionalkultur und bilden vielfach Kristallisationskerne für regionale Identität (z.B. Vorarlberger Bergkäse, Gailtaler Speck, Waldviertler Graumohn) und Regionalentwicklung. Aus diesen Produktionsalternativen haben sich Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre Vermarktungsinitiativen entwickelt, die im Laufe der Entwicklung in Konzepte der endogenen, integralen und nachhaltigen Regionalentwicklung eingebunden wurden und so einen ganz wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Landwirtschaft und der Regionalwirtschaft in Bergregionen geleistet haben.



## Produkte mit geschützter Herkunftsbezeichnung

Zum Schutz regionaler Spezialitäten hat die EU ein Markenprogramm ins Leben gerufen, das in den Mitgliedsländern in sehr unterschiedlicher Ausprägung und Intensität implementiert wurde/wird. Im Zuge des EU-Beitritts 1995 wurde auch in Österreich das durch EU-Verordnungen geregelte Konzept der „geschützten Herkunftsbezeichnungen“ umgesetzt. Die Idee dahinter ist die Auszeichnung regionaler Lebensmittel-Spezialitäten mittels markengeschützter Bezeichnungen zum Schutz vor Plagiaten und zur besseren Vermarktung der Produkte. Die Verarbeitung der Rohstoffe und die Produktqualität werden in eigenen Datenblättern detailliert geregelt. Die Marke garantiert eine besondere, definierte Qualität und Herstellung bzw. deren regionale Herkunft.

Unterschieden werden EU-weit drei, in Österreich umgesetzt werden zwei Kategorien:

- ◆ **Produkte mit geschütztem Ursprung – g.U.**  
Sowohl der Rohstoff als auch die Verarbeitung müssen in der Region stattfinden.
- ◆ **Produkte mit geschützter geographischer Angabe – g.g.A.**  
Nur die Verarbeitung muss in der Region stattfinden.
- ◆ **Garantiert traditionelle Spezialität – g.t.S.**  
In Österreich nicht umgesetzt

Insgesamt sind in Österreich vier Produkte mit „geschützter geografischer Angabe“ (Steirisches Kürbiskernöl, Tiroler Speck, Gailtaler Speck, Marchfeldspargel) und acht Produkte mit „geschütztem Ursprung“ (Gailtaler Almkäse, Tiroler Almkäse, Tiroler Bergkäse, Tiroler Graukäse, Vorarlberger Alpkäse, Vorarlberger Bergkäse, Wachauer Marille, Waldviertler Graumohn) ausgewiesen. Die Tiroler Bezeichnungen für die drei Käsesorten existieren allerdings nur auf dem Papier und wurden bis jetzt noch nicht umgesetzt.

Generell lässt sich feststellen, dass der Großteil dieser Spezialitäten traditionelle Produkte aus dem Berggebiet sind und auf die Kategorien Käse und Speck entfallen. Bei industrieller Verarbeitung - wie z.B. beim „Tiroler Speck“ - stammt aber ein großer Teil der Schweine aus Dänemark. Das wirft natürlich die Frage auf, inwieweit solche Produkte noch mit den „geschützten“ Begriffen Regionalität bzw. regionaler Qualität in Verbindung gebracht werden können. Viele ExpertInnen plädieren daher für eine Streichung der beiden Kategorien g.g.A und g.t.S.

Aufgrund des Markenschutzes und der damit verbundenen Marketing-Initiativen können die BäuerInnen größere Mengen absetzen meist höhere Preise erzielen, was sich klarerweise positiv auf das Einkommen auswirkt.

Ein Grund für die eher laxen Implementierung der geschützten Bezeichnungen in Österreich ist das seit etwa zwei Jahren vom BMLFUW forcierte PR-Projekt der „Genussregionen“, das landwirtschaftliche Produkte im regionalen Kontext bekanntmachen und bewerben soll. Derzeit sind 85 Produkte bzw. Regionen in allen Bundesländern ausgewiesen (Markenschutz), die einerseits die Vermarktung der Produkte ankurbeln und andererseits auch der regionalen Gastronomie und Fremdenverkehrswirtschaft neue Impulse verleihen sollen. Auch wenn die strategische Verknüpfung von landwirtschaftlichen Leitprodukten mit der Region prinzipiell einen zukunftsorientierten Ansatz darstellt, fehlen bei den



Genussregionen – im Gegensatz zu Regionalentwicklungsprogrammen wie Leader oder Bioregionen – sowohl die konkreten Entwicklungskonzepte als auch Maßnahmen und die entsprechenden Förderungsmittel.

### Agrarische Produktionsalternativen

Die Problematik der Überschussproduktion, sinkender ProduzentInnenpreise sowie negative ökologische Effekte bei zu intensiven Produktions- und Bewirtschaftungsmethoden haben schon ab den 1970er-Jahren zur Entwicklung von agrarischen Produktionsalternativen geführt. Sie sollten einerseits die Märkte entlasten, zu einer Extensivierung der Produktion führen, bei entsprechender Vermarktung die Wertschöpfung und damit die bäuerlichen Einkommen erhöhen und einen



Käseherstellung

Foto: Roland Neissl

wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensmittelvielfalt und –qualität leisten. Vor allem im Berggebiet hat die Umschichtung der Produktion von den klassischen Produktionszweigen (Milch, Zuchtrinder) hin zu Produktionsalternativen zur generellen Absicherung der Bergbauernbetriebe und damit auch der Qualität der Kulturlandschaft beigetragen. Wesentlicher Effekt ist auch die Arbeitsentlastung bei extensiven Produktionsalternativen, die Arbeitskapazitäten für lukrativere außerlandwirtschaftliche Beschäftigungen freimacht.

Vor allem tierische, aber auch pflanzliche Produktionsalternativen haben im Berggebiet und benachteiligten Regionen stark an Bedeutung gewonnen:

- ◆ Qualitätsrindfleischproduktion am Rahmen der extensiven Mutterkuhhaltung (Styria beef, Weide- und Almoachsen)
- ◆ Lammfleischproduktion, Milchschafe
- ◆ Ziegenhaltung, Milchziegen
- ◆ Damwild
- ◆ Weideschweine (teilweise alte Nutzierrassen)
- ◆ Geflügelproduktion (Weidgänse, Enten, Perlhühner etc.)
- ◆ Produktion von Biofisch (Waldviertel)
- ◆ Dinkel, Einkorn
- ◆ Faserhanf

- ◆ Tee- und Heilkräuteranbau
- ◆ Mohn

Produktionsalternativen bieten vielen BergbäuerInnen die Chance, über die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Qualitätsprodukten bzw. regionalen Spezialitäten den sinkenden Produzentenpreisen entgegenzutreten und ihre Einkommen zu stabilisieren. Die KonsumentInnen wiederum profitieren von hochqualitativen bäuerlichen Produkten, der Nähe zu den ProduzentInnen und der damit verbundenen Produktwahrheit, Transparenz und Kontrolle.

Wesentliche Elemente der Wertschöpfungskette agrarischer Produktionsalternativen sind:

- ◆ Extensive Produktionsmethoden, oftmals und optimal in Form des biologischen Landbaues
- ◆ Einsatz alter, gefährdeter bzw. spezieller Haustierrassen (Blond-/Gelbvieh, spezielle Fleischrinderrassen, Wollschweine) und Kulturpflanzen (alte Obst-, Gemüse und Getreidesorten) zur Sicherung der Biodiversität (Genpool) und Erschließung spezieller Qualitätsmerkmale (Geschmack, Konsistenz etc.)
- ◆ Veredelung der Rohprodukte in hofeigenen Verarbeitungseinrichtungen (Schlachträume, Hofkäsereien) bzw. durch Kooperation mit dem regionalen Kleingewerbe (Kleinkäsereien, Schlachthöfe) zu regionalen Spezialitäten
- ◆ Direktvermarktung (Ab Hof Verkauf, Bauernläden, Lieferung auf Bestellung etc.) und Regionalmarketing (regionale Produktions- und Vermarktungsgemeinschaften)
- ◆ Positionierung regionaler Spezialitäten als regionale Leitprodukte und als Innovationsträger für Regionalentwicklung
- ◆ Horizontale (zwischen einzelnen BäuerInnen bzw. Betrieben) und vertikale Kooperation (Zusammenarbeit mit anderen regionalen AkteurInnen wie der Gastronomie, dem Gewerbe oder Tourismus)

Diese Produktionsalternativen sind nach ihrer Pionierphase vor allem durch spezielle Förderungsmaßnahmen weiterentwickelt worden und haben sich im Laufe der Zeit teilweise auch innerhalb der konventionellen Vermarktungsschienen am Markt etabliert (z.B. Styria Beef). Auch in Zukunft wird es also wichtig sein, gerade in benachteiligten Regionen wie dem Berggebiet spezielles Augenmerk auf die Pflege und Entwicklung hochqualitativer, regional verankerter Lebensmittel aus biologischer Produktion zu legen und entsprechende Förderungsinstrumente zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt deshalb, weil im Rahmen des ungebremsten agrarischen Strukturwandels und der Liberalisierung der Agrarmärkte mittel- und langfristig mit einer zunehmenden Verlagerung traditioneller Produktionszweige mit Schlüsselprodukten wie etwa Milch oder Rindfleisch in die agrarischen Gunstlagen zu rechnen ist.

### **Konzepte und Initiativen im Rahmen nachhaltiger, endogener und integraler Regionalentwicklung**

Seit Ende der 1970er Jahre, als vor allem die ÖAR (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung) in diesem Bereich Pionierarbeit leistete, hat sich in einem langwierigen Diskussionsprozess die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Sicherung der Landwirtschaft durch sektorale Aktivitäten und Förderungsprogramme alleine nicht gewährleistet werden kann. Dies ist nur durch

eine verstärkte Integration der Landwirtschaft in die Regionalstrukturen und einen integralen Entwicklungs- und Förderungsansatz, der alle regionalen AkteurInnen und Bereiche umfasst, vernetzt und weiterentwickelt, möglich. Oft, aber nicht immer, stellen agrarische Produkte und Initiativen dabei den Ausgangspunkt für Entwicklungsaktivitäten dar. Rund um eine Aktionsgruppe von BäuerInnen können sich regionale Innovationen entwickeln, die über den agrarischen Bereich hinausgehen und der gesamten Regionalwirtschaft positive Impulse verleihen können.

Unter nachhaltiger, endogener und integraler Regionalentwicklung subsumieren sich folgende Inhalte und Zielsetzungen:

- ◆ **nachhaltig:** Entsprechend der in der Agenda 21 (Brundtlandreport 1987, UNCED 1992) festgelegten Zielsetzungen zur nachhaltigen Regional- (RA 21) und Gemeindeentwicklung (LA 21). Der Begriff bezeichnet eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Nachhaltige Entwicklung beinhaltet sowohl die wirtschaftliche, als auch die ökologische, soziale und politische Dimensionen und definiert den schonenden, generationsübergreifenden Umgang mit Ressourcen.
- ◆ **endogen:** Damit wird eine Entwicklung beschrieben, die von der lokalen Bevölkerung ausgeht und getragen wird und sich auf in der Region vorhandenen Stärken, Ressourcen und Potentiale stützt.
- ◆ **integral:** Im Gegensatz zu sektoralen Entwicklungsansätzen, im Rahmen derer ein Bereich (z.B. die Landwirtschaft) weiterentwickelt werden soll, werden im Rahmen integraler Entwicklungskonzepte mehrere oder möglichst alle regionalen Bereiche wie Landwirtschaft, Gastronomie, Gewerbe, Tourismus, aber auch Energie, Verkehr, Bildung und Kultur durch Vernetzung und Kooperation berücksichtigt bzw. weiterentwickelt.

Im Rahmen des Konzepts der nachhaltigen, endogenen und integralen Regionalentwicklung hat sich – speziell im Berggebiet – eine Vielzahl landwirtschaftlicher bzw. regionalwirtschaftlicher Projekte und Initiativen entwickelt, in denen je nach regionaler Situation unterschiedliche thematische Schwerpunkte wie die Vermarktung regionaler agrarischer Leitprodukte, bäuerlicher Tourismus oder die Produktion erneuerbarer Rohstoffe verfolgt werden. Besonders interessant für das Berggebiet sind jene Modelle, die die vorhandenen Stärken und Synergiepotentiale der Region nutzen, indem einerseits regionale Bereiche wie die Landwirtschaft oder der Tourismus mit Einrichtungen und Aktivitäten des Natur- und Umweltschutzes vernetzt werden oder besonders umweltfreundliche bzw. nachhaltige regionale Bereiche wie z.B. der biologische Landbau Ausgangspunkte bzw. Schwerpunkte regionaler Aktivitäten bilden.

Gerade für die Umsetzung des Modells nachhaltiger, endogener und integraler Regionalentwicklung eignet sich das EU-Leader Programm, das in Österreich vor allem auch im Berggebiet weit verbreitet ist und große Akzeptanz findet. In den meisten Leader-Regionen spielen agrarische Projekte, die auf Qualitätsproduktion und entsprechendem Direkt- und Regionalmarketing basieren, eine wichtige Rolle.

Bioregionen wiederum sind ein relatives neues Instrument der Regionalentwicklung mit dem Entwicklungsschwerpunkt Biolandbau. In Kulturparks, die nur in Niederösterreich existieren, liegt zwar der

Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung des Tourismus unter Sichtbarmachung und Erschließung der kulturellen Besonderheiten und Potentiale der Region. Landwirtschaftliche Produkte bzw. Produktions- und Vermarktungsinitiativen in Vernetzung mit Tourismus und Gastronomie stellen aber wertvolle Bausteine der Regionalentwicklung dar und werden auch dementsprechend in die Entwicklungskonzepte eingebunden (z.B. Kulturpark Eisenstrasse, gleichzeitig auch Leader-Region).

Konkrete Anknüpfungspunkte für Regionalentwicklung bieten auch Schutzgebiete wie Biosphärenparks, National- oder Naturparks. Während in Biosphärenparks und Naturparks Regionalentwicklung als wichtiges Ziel dezidiert festgeschrieben ist, überwiegen in Nationalparks vor allem Schutzziele. Die vorgelagerten Nationalparkregionen hingegen weisen eine besondere Eignung für Regionalentwicklungskonzepte auf, indem Projekte aus der Landwirtschaft, dem sanften Tourismus und dem Landschafts- und Naturschutz durch Vernetzung und Kooperation zu einer ökologisch verträglichen und sozial ausgewogenen Regionalentwicklung beitragen können.

Nach der Gründung von Produktionsgemeinschaften werden entlang der Wertschöpfungskette Produktion – Verarbeitung – Vermarktung entsprechende Projekte realisiert, die zu einer Vernetzung der Landwirtschaft mit dem lokalen Gewerbe, der Gastronomie und Tourismus führen. Im Rahmen solcher Regionalentwicklungskonzepte können kleinere Initiativen auf Gemeindeneiveau wie z.B. Agenda 21 Gemeinden, Klimabündnis- oder Energiespargemeinden in den Entwicklungsprozess eingebunden werden, bestimmte Synergieeffekte erzielt werden und so die Entwicklungsdynamik der gesamten Region erhöht werden.

### **Bioregion Murau**

Ein relativ neuer Ansatz nachhaltiger Regionalentwicklung stellt das Modell „Bioregionen“ dar. Da das Grundmodell Bioregionen derzeit erst in einem wissenschaftlichen Projekt ausgearbeitet, präzisiert und definiert wird, fallen in Österreich unter diese Bezeichnung derzeit ca. 10 Regionen mit sehr unterschiedlichen Strukturen und Zielsetzungen.

Prinzipiell definieren sich Bioregionen als Modelle nachhaltiger, endogener Regionalentwicklung, in denen der Biolandbau den Kernbereich bildet und die Umstellungsquote über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Regionale Bio-/Leitprodukte sollen einerseits entlang der Wertschöpfungskette und in Vernetzung mit anderen regionalen Bereichen die regionale Wertschöpfung erhöhen, andererseits durch ihre regionale Verankerung das Profil und Image der Region im Sinne des Konzepts der Nachhaltigkeit sowohl nach innen (Bevölkerung) als auch nach außen (Tourismus, Wettbewerb der Regionen, Regions-Marketing) schärfen.

Wie in vielen Innovationsprozessen wurde das Konzept Bioregionen im Bezirk Murau, einer peripheren Bergregion der Obersteiermark, rund um einige engagierte Personen wie den Regionalmanager der Bezirksbauernkammer, einem innovativen Bäcker sowie die Chefin eines örtlichen Installationsbetriebes initiiert. Ursprünglich gingen die Entwicklungsimpulse und Aktivitäten vor allem vom Energiebereich aus. Gemeinsam wurde von der Aktionsgruppe und dem Stift St. Lamprecht (großer Waldbesitz) eine Energievision entwickelt, die vor allem durch die Verbreitung von Hackschnitzelheizwerken, die von bäuerlichen Waldgenossenschaften beliefert werden, eine Energieautarkie der Region bis 2010 zum Ziel hat.

Parallel dazu liefen und laufen Bemühungen, die Vermarktung von regionalen Bioprodukten zu intensivieren und Kooperationen mit dem regionalen Gewerbe und der Gastronomie zu vertiefen. Trotz des hohen Anteils an Biobetrieben waren die BiobäuerInnen in der Bioregion Murau ursprünglich nicht die zentralen AkteurInnen, da auch konventionelle Landwirtschaftsbetriebe konzeptionell in die Aktivitäten eingebunden waren.

Wegen der Defizite im Kernbereich Biolandwirtschaft/regionale Leitprodukte wurde im Rahmen eines laufenden Forschungsprojektes („Bioregionen als Modell nachhaltiger Regionalentwicklung“; Uni Innsbruck, BA für Bergbauernfragen) gemeinsam mit den AktivistInnen das Modell Bioregionen diskutiert, ein Regionalkonzept erarbeitet und eine Vermittlungs- und Vermarktungsstelle eingerichtet, die das regionale Angebot effizienter bündelt und die Nachfrage vor allem nach regionalen Bioprodukten (aber auch konventionellen) und Buffets gezielt bedient.

Neben den zwei Kernbereichen Energie und Lebensmittelvermarktung sind die AkteurInnen der Bioregion Murau erfolgreich in vielfältige PR- und Werbeaktivitäten eingebunden, die das Regionsprofil schärfen und die Bioregion Murau über die Grenzen hinaus bekannt machen. Das wiederum kurbelt den Tourismus und damit die gesamte Regionalwirtschaft der Region an.

### Ökologischer Kreislauf Moorbach Harbach

Ein weiteres, sehr interessantes Projekt im Rahmen nachhaltiger Regionalentwicklung mit landwirtschaftlichem Schwerpunkt ist der „Ökologische Kreislauf Moorbach Harbach“ im nördlichen Waldviertel westlich von Gmünd an der tschechischen Grenze. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in dieser peripheren Berggebiets-Region wurde von BiobäuerInnen und dem Moorbach Harbach Anfang der 1990er Jahre eine „Öko-GmbH“ gegründet. Unter diesem Dach kooperieren die BiobäuerInnen mit regionalen Verarbeitungseinrichtungen, die die Rohprodukte veredeln. Die GmbH unterstützt einerseits die Umstellung auf biologischen Landbau und hat andererseits die Vermarktung der Produkte an die AbnehmerInnen über. Verkauft werden die Produkte fast ausschließlich an die „Xundheitswelt“, einem Zusammenschluss von sechs Waldviertler „Wohlfühlbetrieben“ wie dem Moorbach Harbach, dem Herz-Kreislauf-Zentrum Groß Gerungs und vier weiteren Gastronomie-/Beherbergungsbetrieben. Die Qualität der Produkte wird – von der Produktion über die Verarbeitung bis hin zu den KonsumentInnen – durch eine eigene, unabhängige Kontrollstelle und ein Qualitätszeichen sichergestellt.

Der Ökologische Kreislauf Harbach verfolgt folgende Zielsetzungen:

- ♦ Bedarfsgerechte Produktion durch ökologische Landwirtschaft
- ♦ Erhaltung der intakten, kleingliedrigen Kulturlandschaft
- ♦ Verlagerung der Produktion auf standortgemäße Feldfrüchte und einheimische Tierrassen
- ♦ Hochqualitative Verarbeitung in besten regionalen Gewerbebetrieben
- ♦ Naturnahe Lebensbedingungen
- ♦ Gäste- und Patientenbetreuung unter ganzheitsmedizinischen Aspekten

Derzeit beteiligen sich ca. 60 Biobetriebe aus der Gemeinde Harbach und der Umgebung an diesem Projekt. Neben Rindern, darunter auch die seltene Rasse Waldviertler Blondvieh, werden auch Schafe,

Ziegen und Pferde (die seltenen Huzulen) gehalten, die einerseits eine hohe Produktqualität garantieren und andererseits die Kulturlandschaft pflegen. Aufgrund der von der Gastronomie benötigten Produktpalette werden auch solche Tiere gehalten und Pflanzen angebaut, die ursprünglich nicht in der Region produziert wurden (Schweine, Geflügel, Feldgemüse, Obst etc.). Die Produktpalette umfasst Milch- und Milchprodukte, Fleisch und Fleischwaren sowie Gemüse und Obst. Da es ursprünglich an geeigneten Verarbeitungseinrichtungen fehlte, wurden eine Bio-Kleinmolkerei und ein Kleinschlachthof errichtet. Die Bio-Produkte werden in den Verarbeitungsbetrieben zu hochqualitativen Bio-Lebensmitteln weiterverarbeitet und gelangen so über kurze Transportwege direkt und frisch zu den AbnehmerInnen. Dadurch können ca. 80 % des Lebensmittelbedarfs der „Xundheitswelt-Betriebe“ abgedeckt werden.

Wie auch in manchen Bioregionen oder Biosphärenparks ist auch in Harbach die Umstellung auf Biomasse eine zentrale Zielsetzung. So wurde 2004 ein Biomasseheizwerk errichtet, das das Moorbad von externen Energiequellen unabhängig machen wird. Der „Ökologische Kreislauf Moorbad Harbach“ ist also ebenfalls ein gutes Beispiel, inwieweit im Rahmen von Regionalentwicklungsprogrammen einerseits die Wertschöpfung in der Region gesteigert, die Berglandwirtschaft und regionale Arbeitsplätze gesichert und die Kulturlandschaft gepflegt werden können.

### **Biosphärenpark Großes Walsertal**

Ende der 1990er-Jahre wurde im Großen Walsertal – einem extremen Bergbauerngebiet Vorarlbergs – beschlossen, aufgrund regionaler Probleme wie der hohen Pendlerquote, der gefährdeten Nahversorgung sowie sinkender Nächtigungszahlen im Fremdenverkehr ein Regionalentwicklungskonzept zu erstellen. Aufgrund der guten naturräumlichen Ausstattung (intakte Kulturlandschaft, Naturschutzgebiete), der hohen Dichte an Biobetrieben und des Faktums, dass die Kategorie „Naturpark“ im Vorarlberger Naturschutzgesetz nicht vorgesehen ist, wurde als Entwicklungsrahmen die UNESCO-Schutzgebietskategorie Biosphärenpark gewählt. In Biosphärenparks werden Naturschutzziele dezidiert mit jenen der nachhaltigen Regionalentwicklung verbunden.

1998 schlossen sich die sechs Biosphärenpark-Gemeinden zusammen und gründeten die Regionalplanungsgesellschaft Großes Walsertal, wobei seit 2000 das Biosphärenpark-Management die Koordination, die Vernetzung und das Erschließen von Förderungen übernommen hat. Gleichzeitig wurde in der Region ein System für integriertes Umweltmanagement installiert und das Große Walsertal EMAS-zertifiziert. Weitere Zielsetzungen und Aufgaben sind die Umsetzung von verschiedenen Regionalentwicklungsprojekten, Forschung und Vernetzung, Naturschutz und Umweltbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung.

Von den 200 landwirtschaftlichen Betrieben wirtschaftet die Hälfte nach den Bestimmungen des biologischen Landbaues, was eine gute Ausgangsposition für hochqualitative, ökologisch erzeugte Lebensmittel darstellt. Finanziert wird der Biosphärenpark mittels eines Mix aus Sockelfinanzierung durch das Land, Beiträgen der Gemeinden und Sponsoren.

Die wesentlichen Entwicklungsbereiche im Biosphärenpark Großes Walsertal sind Natur- und Umweltschutz, Landwirtschaft, Vernetzung von Landwirtschaft-Gastronomie-Tourismus, der Aufbau einer nachhaltigen Tourismusstruktur, die Nutzung erneuerbarer Energie, die Entwicklung umwelt-

schonender Verkehrsmittel, der Einsatz von Auditsystemen für regionale Nachhaltigkeit sowie Bildungsaktivitäten.

Im Rahmen dieser Zielsetzungen wurden folgende konkreten Projekte verwirklicht:

- ◆ **EU-Life Projekt „EcoMonte“**  
Startprojekt für die Regionalentwicklung im Biosphärenpark; Initiierung von Projekten in den Bereichen Naturtourismus, Umweltbildung, Energie; Sommerprogramm, Feste, Themenwege, Umweltzeichen für Tourismusbetriebe
- ◆ **Erlebniskäserei Sonntag – Boden**  
Schaukäserei, Käsereikurse, Käseladen, Käsestube zum Feiern
- ◆ **Bio-Sennerei Marul**  
KOPRA-Betrieb, Führungen, Produktverkauf
- ◆ **Sennereien Thüringerberg und Raggal**  
Ganzjahresbetrieb, Sennereiladen, Besichtigungen
- ◆ **Landwirtschaftliche Exkursionsbetriebe**  
8 Exkursionsbetriebe mit Teilnahme an ÖPUL-Naturschutzplan
- ◆ **Wandererlebnispfad Raggal-Marul**  
Walderlebnispfad, Klanghütte, Hängebrücke etc.
- ◆ **„Walserstolz“**  
Marke für silofreien Käse der Sennereigemeinschaft Großes Walsertal mit 180 Bauern
- ◆ **Impulsprojekt „Köstliche Kiste“**  
Verbesserung des Absatzes von Spezialitäten über die Direktvermarktung; Walserstolz, Hauswürste, Speck, Schafsalami, Trockenobst, Schnaps, Likör, Bergkräutertee, Beerenmarmeladen
- ◆ **„Abenteuer Biosphärenpark“**  
Umsetzung und Vermarktung des Labels Umweltbildung, geführte Erlebniswochen und -tage, ökopädagogische Vermittlung, für Schulen, Familien, Touristen (z.B. Wilde Walser Wege)
- ◆ **„Genussspechte“**  
Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft, Verarbeitung und Gastronomie, gekennzeichnete Produkte für die Gastronomie, mobiler Sennereiladen für Kleinbetriebe, Erstellung von Produktlisten, Aufbau von Lieferservice (Sennereien) und dem Ländle-Fleischer
- ◆ **Marke „Bergholz“**  
Hochwertige Verarbeitung des Bergholzes, alle Gemeinden und 9 Handwerksbetriebe sind beteiligt
- ◆ **Energieprogramme**  
Vision: 100% erneuerbare Energie Energieberatungsstelle, Förderung von Solarenergie, Biomasse (Biomasseheizwerk Faschina), Brennholzbörse, Solarnachrüstaktion, Energieausweis für Wohngebäude, energieeffiziente Sanierung und Neubau von kommunalen Gebäuden, Kampagnen und Veranstaltungen (Stromsparmeisterschaft)
- ◆ **Alp- und Wanderbusse**  
Verringerung des Individualverkehrs, sind an öffentlichen Verkehr angeschlossen
- ◆ **„Partnerbetriebe“**  
Prämierung für touristische Partnerbetriebe (Muss und Kann-Kriterien)



Die vielfältigen Aktivitäten zeigen, dass in der Bergbauernregion Großes Walsertal durch die Einrichtung eines Biosphärenparks unter Einbindung der Bevölkerung bzw. der BäuerInnen und der Gemeinden ein deutlicher regionalwirtschaftlichen Entwicklungsschub ausgelöst werden konnte. Wesentlich dabei ist, dass die Landwirtschaft durch Vernetzung und Kooperationen mit anderen regionalen Bereichen gestärkt wird und als Impulsgeberin für die gesamte Region wirkt. Eine Vielzahl nationaler und internationaler Auszeichnungen wie z.B. der Europäische Dorferneuerungspreis 2002, der Ford-Umweltpreis 2003, der ARGE-Alp Anerkennungspreis 2004, der ESRA-Europäischer Hauptpreis für Nachhaltigkeit 2005 sowie das Prädikat Energieregion der Zukunft 2005 belegen diese erfolgreiche Entwicklung.

### Ausblick

Landwirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Innovationen spielen in Konzepten zur langfristigen Sicherung der Berglandwirtschaft und der Berggebiete eine zentrale Rolle. Sowohl die Entwicklung von hochqualitativen, regional verankerten Leitprodukten, die überbetriebliche Kooperation von Betrieben im Rahmen von Produktions- und Vermarktungsgemeinschaften und schließlich die Integration der Landwirtschaft in nachhaltige, endogene und integrale Regionalentwicklungsprogramme wie z.B. in Bioregionen oder Biosphärenparks sind wertvolle Elemente bzw. Instrumente, zukünftig sowohl die ökonomischen als auch die sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse der BergbäuerInnen bzw. der ansässigen Bevölkerung sowie der BesucherInnen/TouristInnen sicher zu stellen. Dies wiederum würde langfristig zu einer nachhaltigen Stabilisierung der Berggebiete als wertvolle Lebens-, Wirtschafts- und Siedlungsräume führen bzw. die wertvollen Kulturlandschaften der Berggebiete als unverzichtbare Elemente nationaler bzw. internationaler Naturschutznetzwerke bewahren.

Die teilweise schwierige regionalwirtschaftliche Situation, die relative Stagnation des Biolandbaus und seine gleichzeitige Schlüsselposition innerhalb von Regionalentwicklungsinitiativen im Berggebiet rücken zukünftig vor allem das Konzept der „Bioregionen“ in den Mittelpunkt des Interesses. Da diese derzeit im Rahmen der Agrar- und Regionalpolitik noch keine etablierten Instrumente der Regionalentwicklung sind und auch nicht in den staatlichen Förderungsschienen verankert sind, sollen zukünftig ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, das zukunftsorientierte Regionalentwicklungsinstrument „Bioregion“ durch Zertifizierung (Definition, Mindeststandards, Markenschutz) und Aufbau entsprechender Strukturen im führenden Bioland Europas zu etablieren.

## 9. Zukunftsaspekte der Berglandwirtschaft

Die Diskussion regionaler Strategien und Zukunftsbilder im Berggebiet und für die Berglandwirtschaft muss berücksichtigen, dass die Berggebiete in hohem Maße mit den Gebieten außerhalb der Bergregionen verknüpft sind. Bei Zukunftsstrategien müssen daher die Austauschbeziehungen und Abhängigkeiten zwischen den Regionen beachtet werden.

### 9.1 Entwicklungen und Szenarien

Für die Zukunft der Berggebiete sind verschiedenen Szenarien denkbar. Die jeweilige Wahrscheinlichkeit der Realisierung ist von vielen Faktoren abhängig, unter anderem auch von der Politik, der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aber auch von den Aktivitäten der Menschen, die in den Berggebieten leben. Dax (2007) unterscheidet beispielsweise folgende vier Szenarien bis zum Jahr 2025:

- ♦ Marginalisierung der Berggebiete (wirtschaftliche Marginalisierung und starke Reduktion der Landwirtschaft, massive Aufforstung)
- ♦ Museum Alpen (Landwirtschaft hat keine Produktionsfunktion mehr sondern vermittelt „Bilder“ für den Tourismus)
- ♦ Ökologische Ausgleichsräume Europas (Landwirtschaft als Beitrag für ökologische Ausgleichs- und Erholungsflächen)
- ♦ Berggebiete als Modellregionen nachhaltiger Entwicklung (innovative Wege und Strategien der sozioökonomischen Entwicklung mit Leitmotiv Kulturlandschaft).

Der Rückblick und die Analyse der derzeitigen Situation der Berglandwirtschaft lassen den Befund zu, dass die Berglandwirtschaft im Sinne der Ziele der europäischen Agrarpolitik als multifunktional zu bezeichnen ist und über die Produktionsfunktion hinausgehend wichtige Leistungen für die Gesellschaft und die Umwelt erbringt.

Im Vergleich zu den Nichtbergbauernbetrieben zeigt sich, dass der Rückgang der Zahl der Bergbauernbetriebe in den letzten 20 Jahren bzw. seit dem EU-Beitritt nicht größer ist und beim landwirtschaftlichen Einkommen der große Rückstand verringert werden konnte. Eine wichtige Rolle für diese relativ gute Entwicklung spielt die gezielte Förderung der Berglandwirt-



Freilichtmuseum Stübing

Foto: Daniela Rosenbichler

schaft. Im Rahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums sind vor allem die Bergbauernförderung (Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete) und das ÖPUL zentrale Fördermaßnahmen. Die Zukunftschancen der Berglandwirtschaft werden in der Literatur von Politik und Wissenschaft bei entsprechenden Rahmenbedingungen als intakt eingeschätzt, allerdings wird häufig eine Gesamtstrategie für die integrierte Entwicklung der Berggebiete als notwendig erachtet (Fischler 2002 und 2006; Barnier 2002; Ebner 2002; Bätzing 2003; Dax/Hovorka 2004; Nordregio 2004).

Wegen der großen Bedeutung für die Entwicklung der Berglandwirtschaft und der Berggebiete soll im Folgenden auf mögliche Entwicklungsszenarien des biologischen Landbaus detaillierter eingegangen werden.

## 9.2 Exkurs: Zukunftsperspektiven für den Biologischen Landbau

Obwohl die statistischen Kenngrößen einen neuerlichen, moderaten quantitativen Aufschwung dokumentieren, befindet sich der biologische Landbau derzeit in einer sensiblen Transformationsphase, die seitens der verantwortlichen PolitikerInnen, aber auch KonsumentInnen zu wenig wahrgenommen wird. Medienwirksame Berichterstattungen in Politik und Werbung überdecken viele latente Problemfelder.

Gerade angesichts des ungebrochenen landwirtschaftlichen Strukturwandels, problematischen Entwicklungen in ländlichen Regionen, der nahenden Energiekrise, des zunehmenden Gesundheits- und Ernährungsbewusstseins und der globalen Ernährungskrise sowie der angespannten Umweltsituation (Klimawandel, Biodiversitätsverluste) sind die mit dem Biolandbau verbundenen Werte wie Qualität, Regionalität, Innovation und Nachhaltigkeit wichtiger denn je.

Speziell die im Zuge der kommenden Energiewende zu erwartenden substantiellen Veränderungen in allen relevanten Gesellschaftsbereichen werden der Weiterentwicklung des biologischen Landbaus neue Impulse verleihen und die Bedeutung des gesamten Biosektors – nicht nur in Österreich – weiter stärken. Entscheidend ist deshalb zukünftig die Frage, ob und auf welche Weise der biologische Landbau sein innovatives und nachhaltigkeits-orientiertes Potential und Profil bewahren bzw. weiterentwickeln kann (Groier 2007).

Der biologische Landbau wird sich, ähnlich wie die konventionelle Landwirtschaft, entsprechend der unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten und Entwicklungen zukünftig stärker segmentieren und in Wechselwirkung verschiedene Regionsprofile bzw. Regionstypen mitgestalten. Vor allem für das Berggebiet stellt diese Bewirtschaftungsweise eine zentrale Zukunftshoffung- bzw. Entwicklungsstrategie dar. Bezüglich der regionalen Ausprägung des Biolandbaus sind zukünftig prinzipiell folgende Szenarien vorstellbar (s.a. Dörr / Fiby / Hilbert (Hg.) 2005):

### *„Traditioneller Biolandbau“ in „Bioregionen“*

Betriebe, die nach den Grundwerten des biologischen Landbaues (IFOAM) wirtschaften; Grünland- und Gemischte Regionen mit einem überdurchschnittlich hohen Bioanteil und intakter Kulturlandschaft, diversifizierte Landwirtschaft, mittelgroße, spezialisierte Betriebe mit Erwerbskombination, regionale Spezialitäten (Leitprodukte), Direktvermarktung, regionale Märkte, Vernetzung und Koope-

ration mit anderen regionalen AkteurInnen (Tourismus, Gastronomie, Gewerbe, Handel, Energie etc.), Konzept der endogenen, integralen und nachhaltigen Regionalentwicklung

### *„Konventionalisierter Biolandbau“ in Rohstoff-/Energeregionen*

Betriebe, die unter Einhaltung der Biolandbau-spezifischen Minimalauflagen wirtschaften und sich konventionellen Produktionsmethoden annähern; Großbetriebe in intensiven Ackerbaugebieten mit degradierter Kulturlandschaft, Erzeugung konventioneller und biologischer Rohstoffe für die Lebensmittel- und Energiewirtschaft, Vertragslandwirtschaft, Vermarktung über Großhandel und Verarbeitungsindustrie, nachwachsende Rohstoffe („Energiebetriebe“), nur bedingt Impulse für Regionalentwicklung

### *„Musealer Biolandbau“ in intensiven Fremdenverkehrsregionen*

Eher kleinere (Bio)betriebe (Hobby- und Schau- und Museumsbetriebe), die Hoteliers als (teures) Hobby oder als touristische Vorleistung im Rahmen der Inszenierung der „bäuerlichen, echten und uralten“ Landwirtschaft für BesucherInnen betreiben, Streicheltiere, Landschaftspflege, Schausennereien, museale Aufbereitung des „alten Lebens am Bauernhof“, Verkauf von Bioprodukten, Bewirtschaftung durch Fremdpersonal, geringer Rentabilitätswang durch Quersubventionierung durch den des Tourismus

### *„Experimenteller Biolandbau“ in peripheren Regionen*

Kleine Subsistenz- bzw. Aussteigerbetriebe zur Verwirklichung (alternativer) Lebenskonzepte, geringe Markteinbindung, Erneuerungspotential für den Biolandbau (Alte Kulturpflanzen und Nutztierassen, Permakultur etc.), oft betriebsgebundene Erwerbskombination (Dienstleistungen, Kunst und Kunsthandwerk etc.)

Diese Differenzierungen in der Ausrichtung und Ausprägung des biologischen Landbaus verlangen deshalb auch eine differenzierte Bio-Politik, die sich in den zukünftigen nationalen Bioaktionsprogrammen niederschlagen sollte.

## **9.3 Eckpunkte zukünftiger Entwicklungen im Berggebiet**

Die zukünftigen Entwicklungen im Berggebiet werden einerseits von der Gestaltung der wirtschafts-, agrar-, sozial- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen auf internationaler und nationaler Ebene sowie von der Qualität und Intensität der regionalen Umsetzung abhängig sein. Andererseits werden gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen zu einer weiteren Anpassung urbaner und ländlicher Lebensstile führen, die wiederum Auswirkungen auf den Umfang und die Qualität des Weiterbestandes der Bergbauernbetriebe und der Berglandwirtschaft allgemein haben werden. In wirtschaftlicher Hinsicht wird die Liberalisierung der Agrarmärkte weiter zunehmen und damit der Konkurrenzdruck auf die Betriebe weiter steigen.

Für eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft sind daher vor allem folgende Punkte von Bedeutung (Hovorka 2007; Hovorka/Hoppichler 2006):

◆ *Die gesellschaftliche Anerkennung und ein adäquates Theoriekonzept*

Die gesellschaftliche Anerkennung der multifunktionalen Leistungen der Berglandwirtschaft war und ist für das Selbstbild der Bergbauern und -bäuerinnen und für die Zukunft der Berglandwirtschaft wichtig. Zusätzlich ist aber auch eine theoretische Fundierung der Bedeutung und der Notwendigkeit der Berglandwirtschaft erforderlich. Diese können neoklassische Theorieansätze der Marktverherrlichung nicht leisten, auch wenn in den letzten Jahren der theoretische Aspekt von nachhaltiger Entwicklung und die Multifunktionalität verstärkt untersucht wurden. Es bedarf alternativer theoretischer Denkansätze, die auch für die Berglandwirtschaft relevant sind.

◆ *Die Abgeltung der gesellschaftlichen Leistungen der Berglandwirtschaft*

Aus dem Markterlös alleine kann die Berglandwirtschaft – mit wachsender Bewirtschaftungerschwernis immer weniger – kein ausreichendes Einkommen erzielen. Die gezielte Förderung im Rahmen des Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 ist – wie in der Vergangenheit – zentral wichtig, da die Förderungen aus diesen Maßnahmen bereits bisher den Großteil des landwirtschaftlichen Einkommens ausmachen (insbesondere Ausgleichszulage und ÖPUL). Dennoch sind Verbesserungen bei der Ausgestaltung diskutierbar und vor allem im Sinne einer sozial gerechteren Verteilung der Direktzahlungen zwischen Groß- und Kleinbetrieben zu adaptieren.

◆ *Breite Entscheidungsfindung*

Längerfristig wird die Gesellschaft nur dann bereit sein, für die Landwirtschaft die erforderlichen Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, wenn nachvollziehbar ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele damit erreicht werden. Entscheidend könnte auch die Frage werden, ob es gelingt, die Agrarpolitik in eine allgemeine Politik im ländlichen Raum zu integrieren und nicht umgekehrt und ob es gelingt, einen Ausgleich mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu finden. Jedenfalls wird der bisher enge Kreis der agrarpolitischen Akteure zukünftig andere gesellschaftliche Gruppen bei der Entscheidungsfindung stärker einbinden müssen. Denn die Zukunft der (Berg)Landwirtschaft betrifft alle Menschen. Darin liegt die Herausforderung, aber auch die Chance für die Agrarpolitik und für die Landwirtschaft.

◆ *Agrarpolitische Rahmenbedingungen*

Die Berglandwirtschaft hat in einem globalisierten, deregulierten Agrarmarkt mit anonymer Massenproduktion nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren. Für ihre Zukunft sind agrarpolitische Rahmenbedingungen, die neben Ausgleichszahlungen auch sinnvolle Marktbeschränkungen (Milchquotenregelung), strenge Qualitätskriterien und ökologische und soziale Mindeststandards sowie Kennzeichnungsregelungen beinhalten, wichtig. Für den Bereich der Marktordnungspolitik gilt, dass zukünftig das Betriebsprämienystem auf eine einheitliche Flächenprämie (je ha), die auf die Bewirtschaftungerschwernisse und auf kleine Betriebe besonders Rücksicht nimmt, umgestaltet werden sollte. Langfristig sollte der notwendige Arbeitseinsatz der land- und forstwirtschaftlichen Produktion als Maßstab der Förderhöhe herangezogen werden. Ohne entsprechende Änderungen der Agrarpolitik zugunsten der österrei-

chischen Klein- und Mittellandwirtschaft werden sektorale Maßnahmen zur Sicherung der Berglandwirtschaft daher relativ ineffizient und wirkungslos sein.

◆ *GVO-Freiheit im Berggebiet*

Von zentraler zukünftiger Bedeutung wird die Frage der GVO-Freiheit sein, da die österreichische Landwirtschaft langfristig nur mittels der Strategie der Qualitäts- und Umweltführerschaft, nicht aber der Preisführerschaft überlebensfähig ist. Koexistenzszenarien (das Nebeneinander von GVO- und GVO freier Landwirtschaft) sind in Österreich schon aus strukturellen Gründen untauglich, da einerseits die kleinteilige Betriebsstruktur, die verzahnte Flächenstruktur sowie der hohe Anteil an Bio-Betrieben eine praktikable, effiziente Trennung von GVO- und GVO-freien Betrieben ausschließen (Hoppichler 2005). Das positive Umwelt- und Qualitätsimage, das vor allem durch die Bergland- und Almwirtschaft und den biologischen Landbau getragen wird und das über den landwirtschaftlichen Bereich hinaus bedeutende gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert schafft, wäre durch den GVO-Einsatz unwiederbringlich verspielt. Die KonsumentInnen und SteuerzahlerInnen würden darauf entsprechend reagieren und Bemühungen zur Umsetzung einer nachhaltigen, multifunktionalen Landwirtschaft in Österreich erschweren (Gefährdung der Nachfrage nach hochpreisigen inländischen Qualitätsprodukten und der langfristigen finanziellen Solidarität mit den BäuerInnen). Es müssen seitens der Verantwortlichen daher alle Anstrengungen unternommen werden, die GVO-Freiheit z.B. durch die Erlassung entsprechender Gentechnik-Vorsorgegesetze auf Bundsländerebene langfristig sicher zu stellen.

◆ *Zukunftsstrategie biologischer Landbau*

In kausalem Zusammenhang mit der Sicherung der GVO-Freiheit steht Zukunftsstrategie biologischer Landbau. Gerade im Bereich der Berglandwirtschaft und dem daraus resultierenden Potential an naturnah erzeugten Qualitätsprodukten liegt hier noch ein großes Entwicklungspotential brach. Studien zeigen, dass Bio-Betriebe nicht nur umweltfreundlicher wirtschaften, sondern – bei entsprechenden Rahmenbedingungen – auch wirtschaftlicher sind und aufgrund ihrer höheren Flexibilität, des Anpassungsvermögens sowie der größeren Unabhängigkeit (Betriebsmittel) stabiler sind als konventionelle Betriebe (Darnhofer 2005). Weiters erfreuen sich Bio-Produkte nicht nur in der Direktvermarktung und im Regionalmarketing zunehmender Nachfrage, und der biologische Landbau fungiert in ländlichen Regionen als Kristallisationskern für Projekte nachhaltiger Regionalentwicklung. Auf dieses Entwicklungspotential sollte gerade im klein strukturierten Berg- und Almgebiet strategisch nicht verzichtet werden (biologischer Landbau als Leitbild für die Berg- und Almwirtschaft). Gerade für Bergbauern- und Almbetriebe mit ihrem gesellschaftlich tief verankerten Image als „natürlichste Form der Landwirtschaft“ und den geschätzten, qualitativ hochwertigen Almspezialitäten wäre die Zertifizierung als Bio-Betriebe ein „logischer“ Entwicklungsschritt. In dieser Hinsicht sollte der biologische Landbau im Rahmen des Bio-Aktionsprogramms, in Programmen zur nachhaltigen Regionalentwicklung und speziell in entsprechenden Almentwicklungsprogrammen als Leitbild stärker verankert werden (Groier 2005).



◆ *Qualitätsproduktion im Berggebiet*

Die Berglandwirtschaft muss sich noch stärker als bisher auf die Marktwünsche der KonsumentInnen einstellen und ihre Produkte klar von anderen abgrenzen. Das bedeutet auch eine verstärkte Hinwendung zur Biolandwirtschaft, obwohl diese bereits bisher in Österreich den Schwerpunkt bei den Bergbauernbetrieben hat (76% der Biobetriebe sind Bergbauernbetriebe). Das positive Image von gesunden Produkten und nachhaltiger Bewirtschaftung, Erhaltung der Umwelt und Biodiversität im Berggebiet passen gut zusammen.<sup>29</sup> Eine weitere Perspektive liegt in der Ausdehnung der Produktpalette mit auf europäischer Ebene geschützten Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben, die ein eigenes Logo führen dürfen und von denen bisher in Österreich im Bereich Käse und Fleischerzeugung alle im Berggebiet liegen.<sup>30</sup> Ein ermutigendes Zeichen in diesem Bereich ist auch die im Dezember 2005 von 54 Vertragsparteien unterzeichnete „Europäische Charta zu qualitativ hochwertigen Lebensmittelproduktion aus Berggebieten“ (Euromontana 2005). Eine überbetriebliche Zusammenarbeit über das System der Maschinenringe hinaus verbessert die wirtschaftlichen Möglichkeiten.

◆ *Diversifizierung der Bergbauernbetriebe*

Für jene Bergbauernbetriebe, die die erforderlichen Arbeitskapazitäten und Infrastrukturausstattung (Maschinen etc.) haben bzw. erreichen können und das entsprechende regionale Umfeld vorhanden ist, ist eine Diversifizierung des Betriebes einerseits mit dem Einstieg in eine höhere Wertschöpfung durch Weiterverarbeitung der eigenen Produkte, Direktvermarktung und Regionalmarketing, andererseits durch Anbieten von kommunalen Dienstleistungen, Urlaub am Bauernhof etc. eine geeignete Zukunftsstrategie. Die erneuerbare Energie (vor allem der Wald) soll in der Berglandwirtschaft im Rahmen von regionalen Energiekonzepten zukünftig stärker zum Einkommen beitragen.

◆ *Integrierte Regionalentwicklung im Berggebiet*

Die Berglandwirtschaft wird immer stärker in die regionalen Strukturen integriert und ist eng mit anderen wirtschaftlichen Bereichen (dem vor- und nachgelagerten Bereich, Handwerk und Gewerbe, Tourismus) verknüpft, es bestehen wechselseitige Abhängigkeiten. Seit langer Zeit wird ein hoher Anteil der Bergbauernbetriebe im Nebenerwerb geführt. Beispielsweise haben Leader-Initiativen positive Möglichkeiten der regionalen Vernetzung und Identitätsbildung in Verbindung mit wirtschaftlichem Erfolg gezeigt (Dax/Hovorka 2003; BMLFUW 2003). Eine zukunftsfähige Berglandwirtschaft kann daher nicht alleine auf verstärkte Marktpolitik, Sektoralpolitik und adäquate Agrarpolitik begründet werden, sondern braucht Modelle integrierter Regionalentwicklung, die nicht nur eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sondern auch Infrastrukturerhaltung und –ausbau beinhalten. Regionale Entwicklungs- und Förderungskon-

---

29. Als ein Beispiel sei an dieser Stelle „Bio vom Berg“ genannt, eine Marke der Tiroler Biobergbauern (siehe: <http://www.bioalpin.at/index1.htm>).

30. Nach VO (EWG) Nr. 2081/92 und Nr. 2082/9 geschützte europäische Agrarerzeugnisse und Lebensmittel Siehe dazu auch die Ergebnisse des Forschungsprojektes über Qualitätserzeugnisse aus Berggebieten der Euromontana (Euromontana 2004).



zepte werden langfristig aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht von anderen, sektoralen Politikfeldern (national, EU) und dadurch induzierten Entwicklungen konterkariert werden. Ein Beispiel dafür ist die im Zuge des Strukturwandels zentralisierte/konzentrierte Struktur der Verarbeitungsbetriebe, die regionale Verarbeitungspotentiale zerstört hat, die dann nur mühsam – wenn überhaupt – unter großem finanziellen Aufwand im Rahmen von Regionalentwicklungsprojekten wiederhergestellt werden.

◆ *Ausbau der nationalen und internationalen Netzwerkstrukturen*

Netzwerke fördern Innovation und die Erarbeitung neuer Strategien. Um von Erfolgen und Fehlern auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene zu lernen und gemeinsame Interessen besser vertreten zu können, sollten Netzwerkstrukturen außerhalb der etablierten Interessenvertretungen verstärkt genutzt und neue Netzwerke gegründet werden. Einige Beispiele für funktionierende Netzwerke: Euromontana, Netzwerke der Alpenkonvention, Leader Netzwerke, Mountain Forum, Internationales Mountain Partnership.<sup>31</sup>

◆ *Soziokulturelle Öffnung*

Ein wesentlicher zukünftiger Stabilitätsfaktor der Berglandwirtschaft werden nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch die Schaffung eines modernen, offenen und emanzipatorischen Klimas in den Regionen, Dörfern und Familien sein. Auch ein konstruktiver Diskurs mit tradierten bäuerlichen Lebensmustern und neuen soziokulturellen Herausforderungen, die Integration des Gender Mainstreaming in alle Lebensbereiche sowie eine offene und kreative Auseinandersetzung mit traditionellem Brauchtum und zeitgenössischen urbanen kulturellen Strömungen werden die zukünftigen Generationen im Berggebiet am modernen gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Um – schlussendlich – in Verbindung mit einem modernen Berufsbild, der hohen Wohnqualität und neuen wirtschaftlichen Betätigungsfeldern den Lebens- und Arbeitsplatz Bergbauernhof auch für zukünftige Generationen attraktiv und erstrebenswert zu erhalten bzw. zu gestalten.

## Ausblick

Der Strukturwandel im Agrarsektor in Österreich wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Ebenso wird die Integration des Agrarsektors in die EU und damit die Intensivierung des Wettbewerbs weiter zunehmen. Die Globalisierung macht vor der Landwirtschaft nicht halt, und auch die BergbäuerInnen werden sich – auf lokaler und regionaler Ebene – mit entsprechenden Effekten und Entwicklungen auseinandersetzen müssen. Verstärkter Konkurrenzdruck, veränderte Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, Markterfordernisse, neue technologische Möglichkeiten, die Energiewende mit all ihren Gefahren und Chancen sowie gesellschaftspolitische Veränderungen und mögliche Brüche werden die zukünftigen Herausforderungen darstellen. Wie die Geschichte beweist, haben sich die

31. Die Internetadressen der Netzwerke lauten: <http://www.euromontana.org/> (Euromontana); <http://www.alpenkonvention.org> (Alpenkonvention), <http://www.leader-austria.at> (Leader Österreich); [http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/agriculture/rur/leaderplus/index_de.htm) (Leader EU-Ebene); <http://www.mtnforum.org/> (Mountain Forum); <http://www.mountainpartnership.org/> (Mountain Partnership).

BäuerInnen in den Berggebieten aber trotz naturräumlich bedingter Benachteiligungen und wirtschaftlicher Problemphasen bisher überraschend flexibel auf die unterschiedlichsten externen Einflüsse eingestellt und sich behauptet.

Zentraler Aspekt für die zukünftige Gestaltung des Berggebiets bzw. der Berglandwirtschaft wird es sein, den jungen Menschen und den zukünftigen BergbäuerInnen zu vermitteln, dass das Leben und Arbeiten in den Bergbauernregionen mit hoher Lebensqualität und positiven Zukunftsperspektiven verbunden sein kann und dass das Berggebiet zwar ein sich dynamisch verändernder, aber auch mitgestaltbarer Lebensraum mit erheblichen Zukunftschancen ist.

Die hohe Wohnqualität, die Vielfalt beruflicher Betätigungsfelder innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft, die Bedeutung des Berggebietes für das nationale und internationale Gemeinwohl sowie die generell hohe gesellschaftliche Wertschätzung durch die Bevölkerung sind Aspekte, die die Attraktivität dieses Lebens- und Arbeitsraumes zukünftig bestimmen werden.



Blick ins Tal

Foto: Gerhard Hovorka

Eine positive Entwicklung in diese Richtung kann aber nur dann erfolgen, wenn sich insgesamt gesellschaftlich etwas ändert, wenn sich mittelfristig gesellschaftspolitische Werte wie Emanzipation, Nachhaltigkeit und Solidarität großräumig durchsetzen und damit auch in ländlichen Regionen wie dem Berggebiet wirksam werden. Die Berglandwirtschaft der Zukunft bedarf Menschen mit einem neuen Selbstverständnis, Kreativität und auch eines neuen Berufsbildes, um die neuen Herausforderungen wie Globalisierung, Regionalisierung und Nachhaltigkeit bewältigen zu können.

Es geht also um die Schaffung von Lebensbedingungen und -perspektiven, die auf gesellschaftlicher Teilhabe, einer ausreichenden wirtschaftlichen Basis sowie einem offenen, soziokulturellen Klima basieren und den Menschen im Berggebiet ein befriedigendes, interessantes Leben ermöglichen. Schlussendlich bedarf es einer mutigen Neuorientierung und Reform der Agrarpolitik, die als Teil einer modernen Regionalpolitik mit anderen relevanten Politikinstrumenten abgestimmt werden muss.

## 10. Literaturverzeichnis

### Literatur Kapitel 2

- Bruckmüller, Ernst / Hanisch, Ernst / Sandgruber, Roman / Weigl, Norbert (2002): Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft, Wirtschaft. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2007): Grüner Bericht 2007 (48. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006): Grüner Bericht 2006 (47. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2005): Grüner Bericht 2005 (46. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2004): Grüner Bericht 2004. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2003. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2001): Grüner Bericht 2000. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2000. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2000): Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (BMLF) (1991): Grüner Bericht 1990. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 1990. Wien.
- Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tàlos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2006): Die Einkommen und die ungleiche Verteilung nehmen zu. Analyse des Grünen Berichtes 2006, in: Wege für eine bäuerliche Zukunft Nr. 294/95, 31, Wien.
- Hovorka, Gerhard (2004): Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt. Evaluierung des Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Forschungsbericht Nr. 52 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard, Hoppichler, Josef (2006): Agrarpolitik. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tàlos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: 701 – 710.

- Posch, Alois (1988): Österreichs Landwirtschaft – Von der Unter- zur Überversorgung, in: Steger Gerhard (Hg): Grünbuch. Krise und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft. Wien. 31 – 36.
- Priebe, Hermann (1990): Die subventionierte Naturzerstörung. Plädoyer für eine neue Agrarkultur. München.
- Sandgruber, Roman (2002). Die Landwirtschaft in der Wirtschaft – Menschen, Maschinen, Märkte, in: Bruckmüller, Ernst / Hanisch, Ernst / Sandgruber, Roman / Weigl, Norbert (2002): Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert. Politik – Gesellschaft, Wirtschaft, Wien. 191 – 408.
- Statistik Austria (2006): Agrarstrukturerhebung 2005. Betriebsstruktur. Schnellbericht 1.17. Wien.
- Statistik Austria (2005): Agrarstrukturerhebung 2003. Betriebsstruktur. Schnellbericht 1.17. Wien.
- Statistik Austria (2001). Agrarstrukturerhebung 1999. Gesamtergebnisse. Wien.
- Steger, Gerhard (1988). Budgetbelastung, in: Steger Gerhard (Hsg): Grünbuch. Krise und Perspektiven der österreichischen Landwirtschaft, Wien. 45 – 51.

### Literatur Kapitel 3

- Bacher, Ludwig / Kugler, Rupert / Ladstätter, Christian (1997): Projekt „Neuer Berghöfekataster“, in: BMLF: Informationstechnologie in der Land- und Forstwirtschaft. 30 Jahre Land- und forstwirtschaftliches Rechenzentrum. Sonderausgabe der Zeitschrift „Förderungsdienst“ 3c/1997, Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006): Grüner Bericht 2006 (47. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.
- Dax, Thomas / Hovorka, Gerhard (2004): Berggebiete in Europa. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse. Facts & Features Nr. 32 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Europäische Akademie Bozen (2004): Collectio Alpenkonvention. Bozen.
- Groier, Michael (2006): Agrarpolitische Rahmenbedingungen der Almwirtschaft. Beitrag im Teilbericht Programm und Plan zur Entwicklung der Almwirtschaft. Projektbericht Alp Austria. Klagenfurt.
- Groier, Michael (1993): Bergraum in Bewegung. Forschungsbericht Nr. 31 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2004): Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt. Evaluierung des Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Forschungsbericht Nr. 52 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien:

- Hovorka, Gerhard (2001): Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen. Evaluierung der Maßnahme Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe. Forschungsbericht Nr. 47 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (1998): Die Kulturlandschaft im Berggebiet in Österreich. Politiken zur Sicherung von Umwelt- und Kulturleistungen und ländliche Entwicklung. OECD-Fallstudie. Forschungsbericht Nr. 43 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard / Reichsthaler, Rudolf / Schneeberger, Walter (1999): Die wirtschaftliche Lage der Bergbauernbetriebe, in: Der Förderungsdienst, Heft 5/1999. Wien.
- Kirchengast, Cristoph (2005): Über Almen. Teilprojekt 15 des Projekts ALP AUSTRIA. Klagenfurt.
- Knöbl, Ignaz (1987): Bergbauernförderung in Österreich - Direktzahlungen von Bund und Ländern. Forschungsbericht Nr. 10 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Nordregio (2004): Mountain areas in Europe. Analysis of mountain areas in EU Member States, acceding and other European countries. Nordregio Report 2004:1. Stockholm.
- OECD (1998): Rural Amenity in Austria. A Case Study of Cultural Landscape. Paris.
- ÖROK (2006): STAT.AT 2007/2013. Nationaler Strategischer Rahmenplan. Österreich 2007–2013. Wien.
- Parizek, Thomas (2006): Almen und Almwirtschaft in Österreich. Teilbericht des Projekts ALP Austria. Klagenfurt.
- Ressi, Wolfgang u.a. (2006): Programm und Plan zur Entwicklung der Almwirtschaft. Teilbericht des Projekts ALP Austria. Klagenfurt.
- Statistik Austria (2006): Agrarstrukturerhebung 2005. Betriebsstruktur. Schnellbericht 1.17. Wien.
- Statistik Austria (2005): Agrarstrukturerhebung 2003. Betriebsstruktur. Schnellbericht 1.17. Wien.

#### Literatur Kapitel 4

- Alpenkonvention (2006): Übersicht über die Ratifizierung der Protokolle ([http://www.alpenkonvention.org/page3\\_de.htm#P2](http://www.alpenkonvention.org/page3_de.htm#P2)) am 29.12.2006.
- CIPRA – Internationale Alpenschutzkommission (2006): Internationale Alpenschutzkommission – Aktivitäten. ([http://www.cipra.org/datenbankseiten/willkommen.asp?n\\_LID=1](http://www.cipra.org/datenbankseiten/willkommen.asp?n_LID=1)) am 29.12.2006
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006a): Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft. Ländliche Entwicklung 2007 – 2013. Entwurf – Maßnahmenbeschreibung. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006b): Grüner Bericht 2006 (47. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.

- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2000): Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wien.
- EU-Kommission (2006): Indicative Figures on the distribution of aid, by size-class of aid (financial year 2005) [http://ec.europa.eu/agriculture/fin/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/fin/index_en.htm)
- Europäische Akademie Bozen (2004): Collectio Alpenkonvention. Bozen.
- Hovorka, Gerhard (2004): Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt. Evaluierung der Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Forschungsbericht Nr. 52 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard / Hoppichler, Josef (2006): Agrarpolitik. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tàlos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: 701 – 710.
- Krammer, Josef (2005): Landwirtschaftliches Organisations- und Förderungswesen. Lernbehelf. Wien.
- Krammer, Josef (1995). Von „Blut und Boden“ zur „Eurofitness“ – Die Entwicklung der Landwirtschaft seit 1945, , in: Siedler, Reinhard / Steinert, Heinz / Talos, Emmerich (Hg.). Österreich 1945-1995. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien. 567-580.
- Krammer, Josef / Hovorka, Gerhard (2006): Interessenorganisation der Landwirtschaft: Landwirtschaftskammern, Präsidentenkonferenz und Raiffeisenverband. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tàlos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien. 480 – 492.
- ÖROK (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001. Wien
- Poschacher, Gerhard (1999): Bauern und Agrarpolitik in der Zweiten Republik, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (ÖGKG) (Hg): Landwirtschaft und Agrarpolitik in den 90er Jahren. Österreich zwischen Tradition und Moderne, Wien. 118 – 130.
- Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs (PRÄKO) (1994): Agrarpolitik 93/94. Leistungen und Forderungen der Bauernvertretung, Wien.
- Reichert, Tobias (2006): EU-Agrarsubventionen auf dem Prüfstand. Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau. Hamm/Berlin.
- Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention (2005): Das mehrjährige Arbeitsprogramm der Alpenkonferenz 2005 – 2010. Innsbruck.
- Tamme, Oliver (2004): Beschäftigungswirkungen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Facts & Features Nr. 30 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.



## Literatur Kapitel 5

- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006a): Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft. Ländliche Entwicklung 2007 – 2013. Entwurf – Maßnahmenbeschreibung. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2006b). Grüner Bericht 2006 (47. Grüner Bericht) gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2005a): Grüner Bericht 2005. 46. Grüner Bericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes. Wien:
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2005b): Evaluierungsbericht 2005. Update-Evaluierung des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wien.
- Handler Franz, Stadler Markus, Blumauer Emil (2006): Standarbeitszeitbedarf in der österreichischen Landwirtschaft. Wieselburg.
- Hovorka, Gerhard (2007): Situation und Zukunftschancen der Berglandwirtschaft in Österreich. In: Oedl-Wieser, Theresia (Redaktion) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2006): Die Einkommen und die ungleiche Verteilung nehmen zu. Analyse des Grünen Berichts. In: Bäuerliche Zukunft Nr. 294/95. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2004): Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt. Evaluierung der Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums. Forschungsbericht Nr. 52 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2001): Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen. Evaluierung des Maßnahme Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe. Forschungsbericht Nr. 47 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard / Kirner, Leopold (2005): Empirische Analyse der Direktzahlungen in der österreichischen Landwirtschaft. In: Online-Fachzeitschrift des BMLFUW: Ländlicher Raum, Jahrgang 2005. Wien. 1-15
- Knöbl, Ignaz (1987): Bergbauernförderung in Österreich - Direktzahlungen von Bund und Ländern, Forschungsbericht Nr. 10 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- LBG Wirtschaftstreuhand (2005): Buchführungsergebnisse 2004. Land- und Forstwirtschaft Österreich. Wien: Eigenverlag
- LBG Wirtschaftstreuhand (2004): Buchführungsergebnisse 2003. Land- und Forstwirtschaft Österreich. Wien: Eigenverlag
- Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (2002a): ÖROK-Atlas zur räumlichen Entwicklung Österreichs. Blatt 03.02.06/2002. Wien.



STATISTIK AUSTRIA (2006): Agrarstrukturerhebung 2005, Schnellbericht. Wien.

## Literatur Kapitel 6

Alston, Margaret (2000): *Breaking Through the Grass Ceiling. Women, Power and Leadership in Agricultural Organisations*. Amsterdam: harwood academic publishers.

Bäck, Erfried (2005): Anerben- und Höferecht. In: Norer, Roland (Hg.) *Handbuch des Agrarrechts*. Wien New York: Springer Verlag. 529-543.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2005): *Grüner Bericht 2005. Bericht über die Lage der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2004*. Wien.

Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.) (1991): *Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen*. Frankfurt: Campus. 25-34.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel Reinhard (Hg.) (1983): *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2*. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 183-198.

Braithwaite, Mary (2000): *Mainstreaming Gender in the European Structural Funds*. Paper prepared for the Mainstreaming Gender in European Public Policy Workshop, University of Wisconsin-Madison, 14–15 October 2000.

Brandth, Berit (2002): Gender identity in European family farming: a literature review. In: *Sociologia Ruralis*, Vol 42, Number 3, July 2002. Oxford: Blackwell Publishing. 181-200.

Brauneder, Wilhelm (1980): Die Entwicklung des bäuerlichen Erbrechts. In: Dworsky, Alfons, Schieder, Hartmut (Hrsg.) (1980): *Die Ehre Erbhof. Analyse einer jungen Tradition*. Salzburg: Residenz Verlag. 55-66.

Brüggemann, Beate / Riehle, Rainer (2005): Wird der Bauer zur Frau auf dem Hof? Männer im Wandel der landwirtschaftlichen Arbeitswelt. In: *Arbeitsergebnisse Heft 59, Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und Regionale Agrarpolitik der Universität Kassel*. Witzenshausen

Dax, Thomas / Niessler, Rudolf / Vitzthum, Elisabeth (1993): *Bäuerliche Welt im Umbruch*. Forschungsbericht Nr. 32 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Dax, Thomas / Machold, Ingrid (2001): Zwischen Mobilität und Anpassung - Perspektiven Jugendlicher in ländlichen Regionen, in: *Ländlicher Raum, Online - Fachzeitschrift des BMLFUW*, Ausgabe 1/2001, Wien. [www.laendlicher-raum.at](http://www.laendlicher-raum.at)

Dax, Thomas / Loibl, Elisabeth / Oedl-Wieser, Theresia (1995a): *Erwerbskombination und Agrarstruktur. Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte im internationalen Vergleich*. Forschungsbericht Nr. 34 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

- Dax, Thomas / Loibl, Elisabeth / Oedl-Wieser, Theresia (1995b): Pluriactivity and Rural Development. Theoretical Framework. Forschungsbericht Nr. 35 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Dax, Thomas/ Machold, Ingrid. (2002): Jung und niemals zu Hause. Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 50 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.
- Dax, Thomas/ Machold, Ingrid (Hg.) (2003): Voices of Rural Youth. A Break with Traditional Patterns? Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Gamauf, Sigrid (2000): Die Rolle der Bäuerin – Eine qualitative Inhaltsanalyse der in landwirtschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlichten Meinung. Diplomarbeit an der Universität für Bodenkultur Wien. Wien.
- Goldberg, Christine (2003): Postmoderne Frauen in traditionellen Welten. Zur Weiblichkeitskonstruktion von Bäuerinnen. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Groier, Michael (2004): Wachsen und Weichen. Betriebsaufgaben in der Österreichischen Landwirtschaft. Forschungsbericht Nr. 51 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien
- Groier, Michael (1999): Mit'n Biachl heign (Heuen nach dem Buch). Forschungsbericht Nr. 41 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien
- Jentsch, Birgit / Shucksmith, Mark (Hrsg.) (2002): Young People in Rural Areas of Europe. Ashgate
- Krammer, Josef (1976): Geschichte der Bauern in Österreich. In Sachen, Heft 2. Wien.
- Kirchengast, Christoph (2005): Über Almen. Teilprojekt 15 des Projekts ALP AUSTRIA. Klagenfurt.
- Knöbl, Ignaz / Kogler, Michael / Wiesinger, Georg (1999): Landwirtschaft zwischen Tradition und Moderne. Über den Struktur- und Wertewandel in der österreichischen Landwirtschaft. Forschungsbericht Nr. 42 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Langthaler, Ernst (2003): Ernte. Ein Phänomen und seine Wandlungen. In: Umwelt&Bildung Nr.3/03
- Loibl, Elisabeth (2003): Das Brot der Zuversicht. Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Machold, Ingrid / Dax, Thomas (2002): Gehen oder Bleiben? Perspektiven Jugendlicher im ländlichen Raum, in: tracts, Zeitschrift des Österreichischen Instituts für Jugendforschung, Nr. 0302, Wien, 18-25.
- Meyer-Renschhausen Elisabeth (2001): Die Frau im Rauch – oder verschwindet die Mahlzeit? In: Schweighofer-Brauer Annemarie / Kaller-Dietrich Martina (2001): Frauen Kochen - Kulturhistorisch-anthropologische Blicke auf Köchin, Küche und Essen. Studienverlag Innsbruck – Bozen.
- Mlinar, Monika / Gattringer, Christine / Ornauer, Brigitte / Eigelsreiter-Jashari, Gertrude / Haindl, Elfie / Loibl, Elisabeth (Red.) (2001): Auf zu neuen Horizonten – Begegnungsreise mit Bäuerinnen nach Ecuador im Herbst 2000. Wien.

- Oedl-Wieser, Theresia (2006): Frauen und Politik am Land. Forschungsbericht Nr. 56 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Oedl-Wieser, Theresia (2004): Chancengleichheit im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Mid Term Evaluierung 2003. Facts & Features Nr. 28 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Oedl-Wieser, Theresia (1997): Emanzipation der Frauen am Land. Ambivalenzen und Lebenszusammenhänge. Forschungsbericht Nr. 40 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- ÖROK (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001. Wien
- Prügl, Elisabeth (2005): Genderordnungen in der deutschen Landwirtschaft: Vom patriarchalischen Wohlfahrtsstaat zum Ökoliberalismus. In: Arbeitsergebnisse. Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und Regionale Agrarpolitik der Universität Kassel. Witzenshausen
- Rossier, Ruth (2003): Sieben Schweizer Bauernfamilien im Vergleich. Paper zur Tagung „Sozialer Wandel in ländlichen Räumen“ 19-21 Juni 2003 in Rostock.
- Scheuringer, Margareta (2005): Feminisierung der österreichischen Landwirtschaft. In: Arbeitsergebnisse Heft 59, Schriftenreihe des Fachgebietes Landnutzung und Regionale Agrarpolitik der Universität Kassel. Witzenshausen
- Schmitt, Mathilde (1997): Landwirtinnen. Chancen und Risiken von Frauen in einem traditionellen Männerberuf. Opladen: Leske+Budrich.
- Schweighofer-Brauer Annemarie / Kaller-Dietrich Martina (2001): Frauen Kochen - Kulturhistorisch-anthropologische Blicke auf Köchin, Küche und Essen. Studienverlag Innsbruck – Bozen.
- Siegl, Angelika (1993): Wenn die Kinder nicht weitermachen...Zu Problemen und Chancen der Hofaufgabe. In: Der kritische Agrarbericht 93. Kassel.
- Whatmore, Sarah (1991): Farming Women. Gender, Work and Family Enterprise. Hampshire, London: Macmillan Academic and Professional Ltd.
- Wiesinger, Georg (2000) Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich. Forschungsbericht Nr. 46 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.

## Literatur Kapitel 7

- Groier, Michael (2005): Sozioökonomische Effekte des ÖPUL. ÖPUL Evaluierung. BMLFUW. Wien.
- Groier, Michael / Gleirscher, Norbert (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Forschungsbericht Nr. 54 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Band 1. Wien.
- Groier, Michael / Schermer, Markus (Hg.) (2005): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Forschungsbericht Nr. 55 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Band 2. Wien.
- Hoppichler, Josef (2005): Biolandbau und Gentechnik: Von der Unmöglichkeit eines Nebeneinander. In: Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Band 2 (Hg.: Groier, M. / Schermer, M.). Wien.

Piatti, Alfons u.a. (2006): Bio Landbau Spannungsgeladen. In: Bio-Austria 3/06

UBA (2006): [www.UBA.at](http://www.UBA.at)

## Literatur Kapitel 8

CIPRA: Zukunft in den Alpen, Projektfolder, Schaan, Liechtenstein 2005.

Dax, Thomas (2007): Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa. In: Oedl-Wieser, Theresia (Red.) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Dax, Thomas (1998): Regionalpolitik in Österreich – Erfahrungen und Diskussion des Konzeptes der Nachhaltigkeit. Unveröffentlichter Vortrag am 23. Nov. 1998 in Kassel.

Dax, Thomas / Hovorka, Gerhard (2004): Berggebiete in Europa. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse. Facts & Features Nr. 32 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Dax, Thomas / Hovorka, Gerhard (2003): Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel. Facts & Features Nr. 25 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

Ebner, Michl (Hg). (2002): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen: Verlagsanstalt Athesia.

Europäische Gemeinschaften (2003): Die Politiken der Gemeinschaft und die Berggebiete. Konferenzbeiträge – organisiert von der Europäischen Kommission in Brüssel vom 17-18. Oktober 2002. Brüssel.

Europäische Kommission (2007): Die Kohäsionspolitik 2007 – 2013. Erläuterungen und offizielle Texte. Luxemburg.

FAO (2006): Managing Mountain Biodiversity for Better Lives. Rom.

Favry, Eva / Hiess, Helmut / Musovic, Zeljka / Smrzka, Barbara / Pfefferkorn, Wolfgang (2005): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Rosinak & Partner im Auftrag der ÖROK. Wien.

Gerhardter, Gabriele/ Gruber, Markus (2001): Regionalförderung als Lernprozess. Förderungen des Bundeskanzleramtes für eigenständige Regionalentwicklung. Schriften zur Regionalpolitik und Raumordnung Nr. 32 des Bundeskanzleramtes. Wien.

Heintel, Martin (2005): Regionalmanagement in Österreich. Professionalisierung und Lernorientierung. Wien.

Hovorka, Gerhard (1998): Die Kulturlandschaft im Berggebiet in Österreich. Politiken zur Sicherung von Umwelt- und Kulturleistungen und ländliche Entwicklung. OECD-Fallstudie. Forschungsbericht Nr. 43 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

LBG Wirtschaftstreuhand (2005): Buchführungsergebnisse 2004 der Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Wien.

- LEADER Austria (2006): Das österreichische LEADER+ Programm; <http://www.leader-austria.at/network/leaderplus> am 28.12.2006
- Machold, Ingrid (2004): LEADER – Case study Vorarlberg (Austria). Beitrag zum ESPON-Projekt (Teil 2.1.3), Juli 2004. Wien.
- Machold, Ingrid / Tamme, Oliver (2005): Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Forschungsbericht 53 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Nordregio (2004): Mountain areas in Europe. Analysis of mountain areas in EU Member States, acceding and other European countries. Nordregio Report 2004:1. Stockholm.
- ÖROK (2006): Die EU-Strukturfonds 2000 – 2006. Homepage <http://www.oerok.gv.at> am 13.10.2006
- ÖROK (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001. Wien.
- ÖROK (1992): Österreichisches Raumordnungskonzept 1991. Wien.
- ÖROK (2006): STAT.AT 2007/2013. Nationaler Strategischer Rahmenplan. Österreich 2007 – 2013. Wien.
- Rohrmoser, Anton (2004): Streiflichter der Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Österreich. In: Rohrmoser, Anton (Hrsg) 2004: GemeinWesenArbeit im ländlichen Raum. Zeitgeschichtliche und aktuelle Modelle aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sozialarbeit und Regionalentwicklung. Innsbruck.

## Literatur Kapitel 9

- Barnier, Michael (2003): Bergregionen in Europa. In: Ebner, Michl (Hg.) (2003): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen. 139 – 149.
- Bätzing, Werner (2003): Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. München.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) (2003): Halbzeitbewertung des Leader + Programms Österreichs 2000 – 2006. Endbericht 2003. Wien.
- Dax, Thomas (2007): Szenarien der Entwicklung der Berggebiete in Europa. In: Oedl-Wieser, Theresia (Red.) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Dax, Thomas / Hovorka, Gerhard (2004): Berggebiete in Europa. Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse. Facts & Features Nr. 32 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Dax, Thomas / Hovorka, Gerhard (2003): Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel. Facts & Features Nr. 25 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

- Darnhofer, Ika (2005): Resilienz und die Attraktivität des Biolandbaus für Landwirte. In: Groier, Michael / Schermer, Markus (Hg.): Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext. Forschungsbericht Nr. 55 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Band 2. Wien.
- Dörr, Heinz / Fiby, Monika / Hilbert, Andreas (Hrsg.) (2005): Die Zukunft der Landschaft in Mitteleuropa. Verantwortung für die Kulturlandschaft im 21. Jahrhundert. Delphi-Umfrage 2002. Dokumentation und Interpretation, Wien.
- Ebner, Michl (Hrsg.) (2002): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen.
- Euromontana (2005): First Newsletter on Mountain Quality Food Products, Nr. 1/December 2005. Brüssel.
- Euromontana (2004): Mountain Food Products in Europe: Existing Legislation and Examples of Relevant Brands for their Promotion. Report 5. Publication 2. Brüssel.
- Fischler, Franz (2006): Auswirkungen von WTO- und Agrarpolitik auf die österreichischen Grünlandbauern. Abstract des Vortrages bei der Wintertagung 2006 für Grünland- und Viehwirtschaft. Aigen/Ennstal.
- Fischler, Franz (2003): Die Europäische Berglandwirtschaft im Lichte der Unionserweiterung. In: Ebner, Michl (Hrsg.) (2003): Der Berg als Lebensraum – aus europäischer Sicht. Bozen: Verlagsanstalt Athesia. S. 123 – 137.
- Groier, Michael (2006): Verlorene Unschuld. Zur Transformation des biologischen Landbaus In: Oedl-Wieser, Theresia (Red.) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard (2007): Situation und Zukunftschancen der Berglandwirtschaft in Österreich. In: Oedl-Wieser, Theresia (Redaktion) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Hovorka, Gerhard / Hoppichler, Josef (2006): Agrarpolitik. In: Dachs, Herbert / Gerlich, Peter / Gottweis, Herbert / Kramer, Helmut / Lauber, Volkmar / Müller, Wolfgang C. / Tàlos, Emmerich (Hg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: 701 – 710.
- Nordregio (2004): Mountain areas in Europe. Analysis of mountain areas in EU Member States, acceding and other European countries. Nordregio Report 2004:1. Stockholm.
- Oedl-Wieser, Theresia (Redaktion) (2007): Zeitreisen(de) im ländlichen Raum. Diskurse – Re.Visionen. Forschungsbericht Nr. 57 der Bundesanstalt für Bergbauerfragen, Wien.





## Summary

The structural change and the change in values in the mountain area follows a similar pattern to that in the agriculturally favoured -areas or to some extent also in urban regions. However, although old rural values are still of some importance –with regional variations –they are increasingly being overlaid or replaced by urban lifestyles. One also finds signs of the modernisation in the mountain areas, such as the mechanisation of mountain farming, greater labour mobility, (second occupations or pluri-activity, commuter problems), higher standards of education and changed leisure-time behaviour among young people. Tourism in two seasonal tourism communities definitely functions as a strong transmission belt for such changes. According to this, the life and working realities of the mountain farmers have also greatly changed over the last 50 years.

In this research report, the modern life of the mountain farmers is therefore to be outlined, the mountain area as a changing dynamically living space is to be looked at and primarily also the agricultural political, structural, economic and socio-cultural framework conditions, developments and problem issues are to be analysed.

The study is based on several scientific publications by the staff members of the Bundesanstalt für Bergbauernfragen (Federal Institute for Less-Favoured and Mountainous Areas) who have dealt with the most varied problem and action fields of mountain farming and the mountain area, as well as on supplementary-literature research and data calculations, which thematically round off the work.

The first chapters deal with the structure and the current situation of farming in Austria as well as the importance of mountain farming. The agricultural political context is then explained and the income situation and the special support for mountain farming is analysed. A extensive chapter deals with the various aspects of social change in the mountain areas. Chapter seven deals with the natural spatial aspects in the mountain areas, the importance of organic farming and the threats of GMOs (genetically modified organisms). The next chapter is dedicated to the regional innovations, alternatives and the infrastructure in the mountain area as well as EU regional policy. The final chapter raises considerations on the future of mountain farming and corresponding future strategies for discussion.

The development of mountain farming depends on a number of internal and external factors and general conditions. The following points are of primary importance for a forward-looking mountain farming:

- ◆ The social appreciation of the multifunctional performance of farming and a suitable – non neo-liberal – theory concept
- ◆ The financial recompense of the social contribution of mountain farming
- ◆ A broad decision-making process, since in the long run society will only be prepared to make the required budgetary funds available for farming if farming achieves clearly recognisable ecological, social and economic goals
- ◆ Agricultural political framework conditions favouring the Austrian medium and small-scale farming
- ◆ GMO-free production will be of crucial importance for the future of mountain farming
- ◆ Establishing the strategy of organic farming more strongly as a model for mountain farming

- ◆ Quality production in the mountain area should be aimed more clearly at the needs of the consumers
- ◆ Diversification of production with the aim of greater added value by further processing of the farm products and the offer of municipal services as well as renewable energy (primarily wood)
- ◆ Integrated regional development in the mountain area, since mountain farming is always integrated into the regional structures more strongly and is connected closely with other economic sectors (skilled crafts, business, trade, tourism)
- ◆ Further development of the national and international network structure, as this promotes innovations and new strategies
- ◆ Socio-cultural opening up, because an essential future stability factor for mountain farming will not only be the general economic framework but primarily also the creation of a modern, open and emancipatory climate in the regions, villages and families

Structural change in the agricultural sector in Austria will also continue over the coming years. The integration of the agricultural sector into the EU and the associated intensification of the competition will also continue. Globalisation does not stop at the farming.

As history shows, the mountain farmers have, however, thus far surprisingly flexibly adapted to the most varied external influences in the mountain areas despite severe natural handicaps and periods of economic problems, and have thus far held their ground.

The high quality of housing, the variety professional fields of activity within and outside farming and the significance of the mountain area for the national and international public welfare as well as the generally high social esteem it is held in by the population are aspects that will determine the attractiveness of the mountain area in the future. It is a question of showing young people and future mountain farmers that the life and work can be connected to high quality of life and positive future prospects in the mountain areas and that although the mountain area is changing dynamically it is a living space with considerable future prospects.

## Publikationen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen

### Forschungsberichte

FB 57	<b>Zeitreisen(de) im ländlichen Raum</b> Diskurse Re.Visionen (Red.: Theresia Oedl-Wieser - 2007)	ISBN: 3-85311-082-9 €27,00
FB 56	<b>Frauen und Politik am Land</b> (von Theresia Oedl-Wieser - 2006)	ISBN: 3-85311-080-0 €21,00
FB 55	<b>Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext</b> Band 2: Zwischen Professionalisierung und Konventionalisierung (von Michael Groier, Markus Schermer (Hg.) - 2005)	ISBN: 3-85311-077-0 €23,30
FB 54	<b>Bio-Landbau in Österreich im internationalen Kontext</b> Band 1: Strukturentwicklung, Förderung und Markt (von Michael Groier, Norbert Gleirscher - 2005)	ISBN: 3-85311-076-2 €22,50
FB 53	<b>Versorgung gefährdet?</b> Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum (von Ingrid Machold, Oliver Tamme - 2005)	ISBN: 3-85311-074-6 €22,50
FB 52	<b>Den Bergbauernbetrieben wird nichts geschenkt</b> Evaluierung der Ausgleichszulage im Rahmen des österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Gerhad Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-073-8 €19,90
FB 51	<b>Wachsen und Weichen</b> Rahmenbedingungen, Motivationen und Konsequenzen von Betriebsaufgaben in der österreichischen Landwirtschaft (von Michael Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-067-3 €22,00
-	<b>Das Brot der Zuversicht</b> Über die Zusammenhänge von Esskultur und bäuerlicher Landwirtschaft (von Elisabeth Loibl - 2003)	ISBN: 3-85311-064-9 €19,00
-	<b>Voices of Rural Youth</b> A break with traditional patterns (edited by T. Dax and I. Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-062-2 €8,00
FB50	<b>Jung und niemals zu Hause</b> Jugendliche auf der Suche nach Perspektiven im Ländlichen Raum. (von Thomas Dax und Ingrid Machold - 2002)	ISBN: 3-85311-059-2 €7,70
FB 49	<b>Beschäftigungseffekte agrar- und regionalpolitischer Maßnahmen -</b> Landwirtschaft, Beschäftigung und die Entwicklung des ländlichen Raumes (von Oliver Tamme – 2002)	ISBN: 3-85311-057-6 €12,40
FB 48	<b>Biodiversität im Alpengebiet</b> Evaluation und Bewertung – OECD Fallstudie ( BA f. Bergbauernfragen und Umweltbundesamt, von Josef Hoppichler – 2002)	ISBN: 3-85311-058-4 €5,00
FB 47	<b>Keine Berglandwirtschaft ohne Ausgleichszahlungen</b> Evaluierung der Maßnahme Ausgleichszulage in Benachteiligten Gebieten und Nationale Beihilfe (von Gerhard Hovorka – 2001)	ISBN: 3-85311-055-X €7,27

## Facts & Features

FF 36	<b>Wenn der Postfuchs nicht mehr winkt</b> Postversorgung auf dem Land nach der Schließungswelle (von Oliver Tammer - 2007)	ISBN: 978-3-85311-083-6 gratis berggebiete.at €19,00
FF 35	<b>Benachteiligte Gebiete in den Neuen Mitgliedsstaaten</b> Integration in das EU-Förderinstrumentarium (von Thomas Dax und Ingrid Machold - 2006)	ISBN: 978-3-85311-081-2 gratis berggebiete.at €12,00
FF 34	<b>Räumliche Wirkung der GAP und der ländlichen Entwicklungspolitik.</b> Ergebnisse aus dem ESPON Projekt 2.1.3 (von Thomas Dax - 2005)	ISBN: 3-85311-079-7 gratis berggebiete.at €12,00
FF 33	<b>„Braucht Sloweniens Landwirtschaft eine Soziale Betriebshilfe?“</b> Ergebnisse einer explorativen Bedarfsanalyse (von Georg Wiesinger, Marjan Dolenšek, Darija Trpin Švikart - 2005)	ISBN: 3-85311-078-9 gratis berggebiete.at €25,50
FF 32	<b>Berggebiete in Europa - Ergebnisse des internationalen Forschungsprojektes zur Abgrenzung, Situation und Politikanalyse</b> (von Thomas Dax, Gerhard Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-075-4 gratis berggebiete.at €12,00
FF 31	<b>Auswirkungen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes auf die Bevölkerungsstruktur</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-072-x gratis berggebiete.at €13,00
FF 30	<b>Beschäftigungswirkungen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(O. Tamme - 2004)	ISBN: 3-85311-071-1 gratis berggebiete.at €15,00
FF 29	<b>Einkommenswirkung im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003)(G. Hovorka - 2004)	ISBN: 3-85311-070-3 gratis berggebiete.at €14,00
FF 28	<b>Chancengleichheit im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des Ländlichen Raumes</b> (Mid Term Evaluierung 2003) (Th. Oedl-Wieser - 2004)	ISBN: 3-85311-069-x gratis berggebiete.at €18,00
FF 27	<b>Sozioökonomische Effekte des Österreichischen Agrarumweltprogramms</b> (Mid term Evaluierung 2003) (M. Groier - 2004)	ISBN: 3-85311-068-1 gratis berggebiete.at €16,00
FF 26	<b>The Role of Austrian Farm Women in On-Farm Activities</b> (R. Boenink - 2004)	ISBN: 3-85311-066-5 gratis berggebiete.at €15,-
FF 25	<b>Regionalentwicklung im Berggebiet und institutioneller Wandel</b> (T.Dax/G. Hovorka - 2003)	ISBN: 3-85311-065-7 gratis berggebiete.at €11,-
FF 24	<b>Perspektiven für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes - Der GAP Reformbedarf aus österreichischer Sicht</b> (T. Dax/G. Hovorka/G. Wiesinger - 2003)	ISBN: 3-85311-063-0 gratis berggebiete.at €14,--

# BESTELLSCHEIN

Tel.: +43-1-504 88 69-0 Fax: DW-39  
office@berggebiete.at  
http://www.berggebiete.at

**Bundesanstalt für Bergbauernfragen**  
A-1030 WIEN, MARXERGASSE 2

Hiermit bestelle(n) ich (wir) die nachfolgend angegebenen Broschüren

<b>Forschungsbericht Nr.</b>	<b>Stück</b>	<b>Preis €</b>	<b>Facts &amp; Features Nr.</b>	<b>Stück</b>	<b>Preis €</b>

zum Preis laut Liste zuzüglich Versandkosten,  
Lieferungen ins Ausland erfolgen nur gegen Vorausbezahlung.

<b>Absender</b>		<b>Datum, Unterschrift</b>

Michael Groier, Gerhard Hovorka

## Innovativ bergauf oder traditionell bergab?

Politik für das österreichische Berggebiet am Beginn des 21. Jahrhunderts

Der Struktur- und Wertewandel im Berggebiet zeigt ähnliche Muster wie in den agrarischen Gunstlagen oder teilweise auch städtischen Regionen. Wie überall findet man auch im Berggebiet die Zeichen der Modernisierung. Diesem Wandel entsprechend haben sich auch die Lebens- und Arbeitsrealitäten der BergbäuerInnen in den letzten 50 Jahren stark verändert. In diesem Forschungsbericht soll deshalb das Berggebiet als sich dynamisch verändernder Lebensraum betrachtet und vor allem auch die agrarpolitischen, strukturellen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen, Entwicklungen und Problemfelder analysiert werden.

Basis dieser Studie sind verschiedene wissenschaftliche Publikationen der MitarbeiterInnen der BA für Bergbauernfragen, die sich mit den unterschiedlichsten Problem- und Aktionsfeldern der Berglandwirtschaft bzw. des Berggebiets befasst haben, sowie ergänzende Literaturrecherchen und Berechnungen, die die Arbeiten thematisch abrunden. Abschließend werden Überlegungen über die zukünftige Entwicklung der Berglandwirtschaft und entsprechende Zukunftsstrategien zur Diskussion gestellt.

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber  
Bundesanstalt für Bergbauernfragen

A-1030 Wien, Marxergasse 2  
<http://www.berggebiete.at>

Tel.: +43/1/504 88 69 - 0; Fax: +43/1/504 88 69 – 39  
[office@berggebiete.at](mailto:office@berggebiete.at)

Layout: R. Neissl, M. Hager  
Lektorat: H. Pflögner, I. Stiasny  
Druck: Druckerei Robitschek & Co. Ges.m.b.H.

ISBN: 3-85311-085-0

